



SCHLOSS RECHEN BEI SPROTtau
 IN SCHLESIE. * ARCHITEKT: HER-
 ZOGlich SÄCHSISCHER HOFBAU-
 RAT RUDOLF ZAHN IN BERLIN.
 * * * ANSICHT DER DIELE. * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * XLVI. JAHRGANG 1912 * NO. 79, *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

* XLVI. JAHRGANG *

Die XX. Wander-Versammlung des „Ver- bandes Deutscher Architekten- und Inge- nieur-Vereine“ in München 1912. (Schluß aus No. 78.)



en ersten der Glanzpunkte der festlichen Veranstaltungen der Wander-Versammlung bildete das Festessen im Festsaal der Ausstellung an der Theresien-Wiese, dessen Anordnung Hr. Ministerialrat Ludwig von Stempel leitete. Es war ein Fest, wie es malerischer, farbenprächtiger, eindrucksvoller sonst nicht gesehen ward, es sei denn, daß man

den Makart'schen Festzug in Wien, an den manche Szenen erinnerten, zum Vergleich heranziehen will. Der Saal hatte nach den Anordnungen des Hrn. Bildhauer Franz Ringer eine farbenreiche Belebung durch Blumen erhalten. Die Speisekarte wurde von Hrn. Dekorations-Maler Fritz Quidenus entworfen, die Leitung der Tafel



№ 79

BERLIN, DEN ZWEI-
TEN OKTOBER 1912

lag bei Hrn. Direktionsrat Straub. Der künstlerischen Gestaltung des Festmahles lag, wohl nach dem erwähnten Vorbild, der Gedanke zugrunde, die einzelnen Gänge durch Trachtengruppen darstellen und am Beschauer vorüberziehen zu lassen, zu welchen der Architekt Jos. v. Schmaedel teils launige, teils vaterländisch-ernste Vierzeiler gedichtet hatte, die in dem Gedanken gipfelten, daß unser Volk, so siegreich es mit den Waffen war, seine größten Siege doch in dem schweren Kampf errungen habe, den die Kunst und die Technik ausgefochten und damit Deutschland den Vorrang vor allen Völkern der Kulturwelt verschafft haben. In die Anordnung der einzelnen Gruppen der lebendigen Speisekarte teilten sich die Hrn. Bauamtman Ludw. Ullmann, Bildhauer Franz Ringer und Bildhauer Rud. Gedon. Nach den von Musik begleiteten Aufzügen fanden besonderen Beifall die Gruppen Hubertus-Hirsch mit Gefolge und Waldhorn-Musik, ein „geschmackvoll“ garnierter Ochse, ein Riesenfisch mit Fischergruppe usw. Es war ein Schauessen vornehmster Form, eine köstliche Augenweide für alle Festteilnehmer.

Von den Trinksprüchen galt der des Vorsitzenden des Verbandes, Geh. Ob.-Brt. Saran-Berlin, dem Prinzregenten und dem Kaiser, der des Hrn. Städt. Baurat R. Rehlen-München dem Verbands, der des Hrn. Bri. Kölle-Frankfurt dem gastlichen München und den Mitgliedern des Ortsausschusses, der des Hrn. Ob.-Reg.-Rat Kremer den Damen. So ward aus Morgen und Abend der erste Tag.

Am Morgen des zweiten Tages zogen die Teilnehmer zu dem werdenden Neubau des „Deutschen Museums“ auf der Kohleninsel, wo sie von dem geistigen Schöpfer des Museums, Oskar von Miller, begrüßt wurden. In einer kurzen Begrüßungsansprache gab dieser Repräsentant deutscher Tatkraft und Ausdauer einen kurzen Abriss über die Entstehungsgeschichte des Museumsgedankens, des Bauwerkes und des Zieles des Museums und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Bauwerk wie sein Inhalt ein Ehrentempel der deutschen National-Kultur und eine hervorragende Bildungsstätte für den Fachmann wie für den Laien werde. Der Architekt des Bauwerkes, Hr. Prof. Dr. Gabriel von Seidl, erläuterte darauf an der Hand der Pläne die von ihm in die Wirklichkeit übersetzten architektonischen Gedanken, nach welchen das Museum trotz seiner historischen Gestaltung im Einzelnen, trotz seines geschichtlichen Inhaltes, trotzdem es ein Werk ist, dessen vornehmster Charakter rückschauender Art ist, doch ein „modernes“ Werk bester Art wird, wenn es erlaubt ist, dieses viel mißbrauchte Wort in diesem Zusammenhang anzuwenden. Denn es wird nach Gedanken, Inhalt und Form ein gutes Werk und ein solches ist immer „modern“. Diese Eigenschaft haftet nicht an Äußerlichkeiten, sondern am inneren Gehalt. Auch die konstruktive Anlage, zu welcher Hr. Bauamtman Dr.-Ing. Joh. Bosch die Erläuterung gab, trägt dazu bei, dem Werk den Charakter der Gegenwart aufzuprägen. Es ist hier nicht der Ort, auf die Ausführungen der Redner, die eine dankbare Zuhörerschaft fanden, näher einzugehen. Der Zeitpunkt wird gekommen sein, wenn das Werk vollendet sein wird. Mit Recht

aber bezeichnete der Verbands-Vorsitzende in seinen Dankworten an die Redner das Werk als eine nationale Tat allerersten Ranges. Die Vorentwürfe zum Bau, die inzwischen manche Abänderung und Umarbeitung erfahren haben, veröffentlichten wir in Jahrgang 1908, Seite 173 ff.

Der andere Glanzpunkt der Festlichkeiten der Wander-Versammlung war das Fest in Schleißheim, ein köstlicher Rahmen für eine nicht minder schöne Aufführung. Wie Kassel-Wilhelmshöhe, so ist auch Schleißheim von dem Schicksal betroffen worden, daß von einem großartigen Gesamtplan nur ein bescheidener kleiner Teil wirklich zur Ausführung gelangte. Immerhin ist das, was uns auf Geheiß des Kurfürsten Max Emanuel die Architekten Enrico Zuccali und Jos. Effner, sowie der Gartenkünstler Dominique Girard hinterlassen haben, so bedeutend, daß Schleißheim und Nymphenburg zu den großartigsten Werken der Kunstpolitik der bayerischen Fürsten des XVIII. Jahrhunderts zählen. Schleißheim hatte sich Emanuel Seidl, der glückliche Gestalter festlicher Empfänge, zur Darstellung der Calderonschen „Circe“ ausersehen. Auf einer Naturbühne im Freien sollte die Vorstellung vor sich gehen, strömender Regen aber zwang die Besucher, in das schöne Treppenhaus zu flüchten und hier der Darstellung in beengtem, aber vielleicht nicht minder wirkungsvollem Rahmen zu folgen, während draußen rote Flammen die Szene beleuchteten, an welcher der Regen ohne Aufhören herunter rieselte. Es waren auch hier festlich farbige Eindrücke von überwältigender Macht, an welchen der Maler Hirl-Deronco durch den Entwurf der Kostüme einen nicht geringen Anteil hatte. Der Vorstellung gingen ein Gang durch den Schloßpark nach dem kleinen Lustschloß Lustheim und eine Besichtigung der Gemädegalerie des Schlosses voraus, während ihr ein gemeinsames Abendmahl in den hohen stuckgeschmückten Hallen folgte.

Den letzten Tag der Wanderversammlung begleitete endlich die Sonne mit ihrem Schein; sie vergoldete den Ausflug nach dem Chiemsee, zerstreute die Regenwolken und zeigte den Teilnehmern das schneebedeckte Gebirge. Nymphenburg, Schleißheim und nun Herrenchiemsee — drei Zeichen fürstlicher Kunstliebe, drei Zeichen fürstlicher Schicksale. Und im Gegensatz zur weltlichen Größe und Weltsucht der Herren-Insel die stille Demut der bescheidenen Frauen-Insel, beide umrahmt von der Allmacht einer Gottes-Natur, gegen die alles Menschenwerk zurücktritt. Mit dem Besuch des Chiem-See und seiner Inseln fand die Tagung einen harmonischen Abschluß. Alle Teilnehmer aber sind mit aufrichtigem Dankgefühl im Herzen für die opfervolle Hingabe der Münchener Fachgenossenschaft wieder nach Hause gezogen. Hat das Schicksal der Veranstaltung auch nicht die Gunst des Wetters beschert und hat dadurch Vieles an der beabsichtigten Wirkung eingebüßt, so konnte das doch nicht die Anerkennung beeinträchtigen, die allem Dargebotenen rückhaltlos gezollt wurde. Die Wanderversammlung in München 1912 wird daher stets ein heller Punkt in der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Bauwesens sein und bleiben. —

Der Neubau des Schlosses Rechen bei Sprottau in Schlesien.

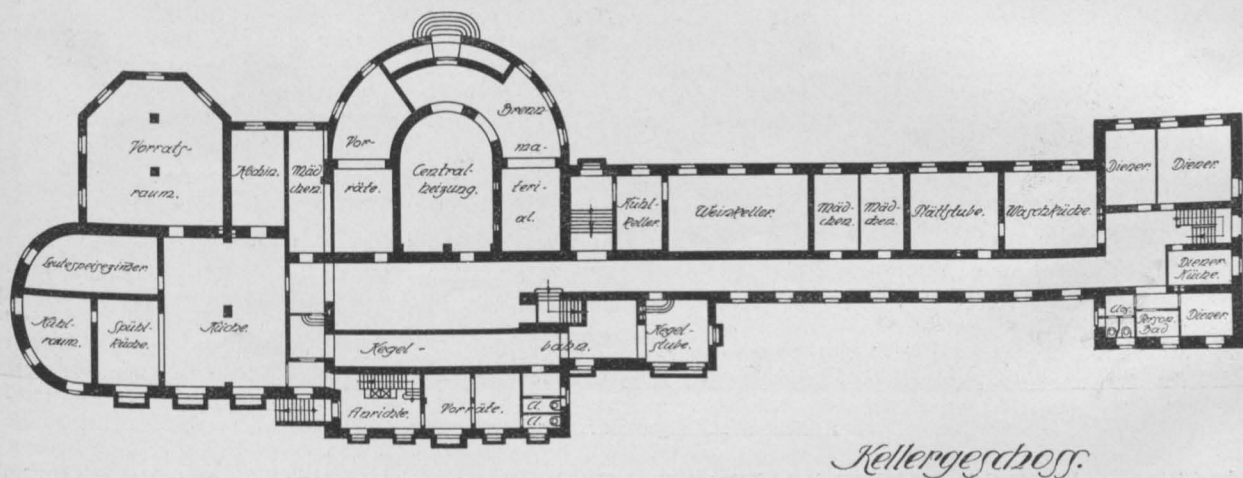
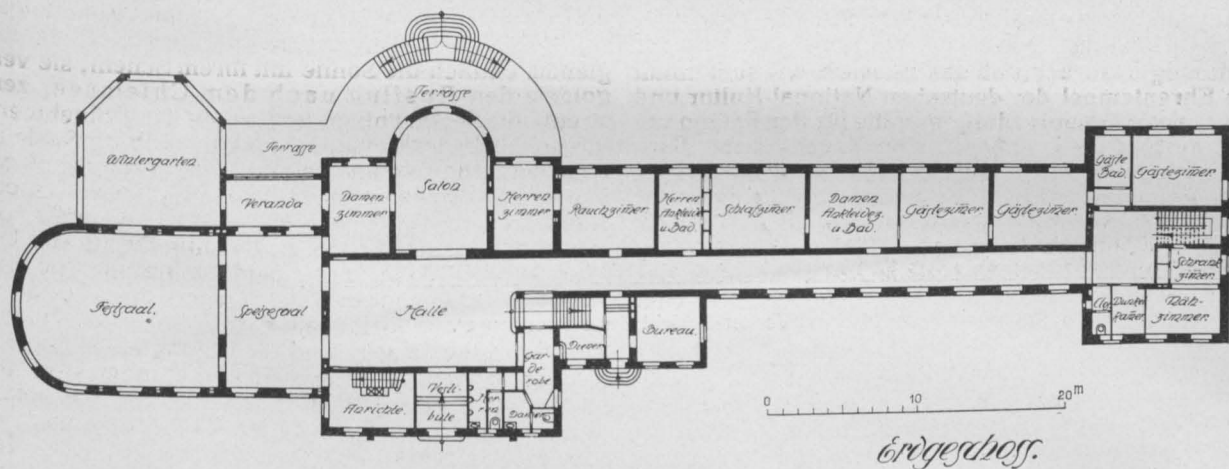
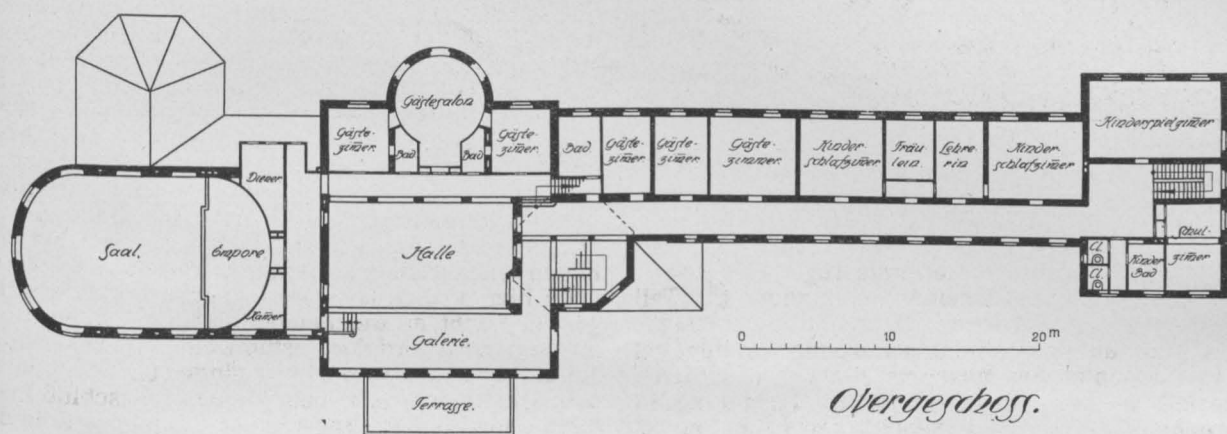
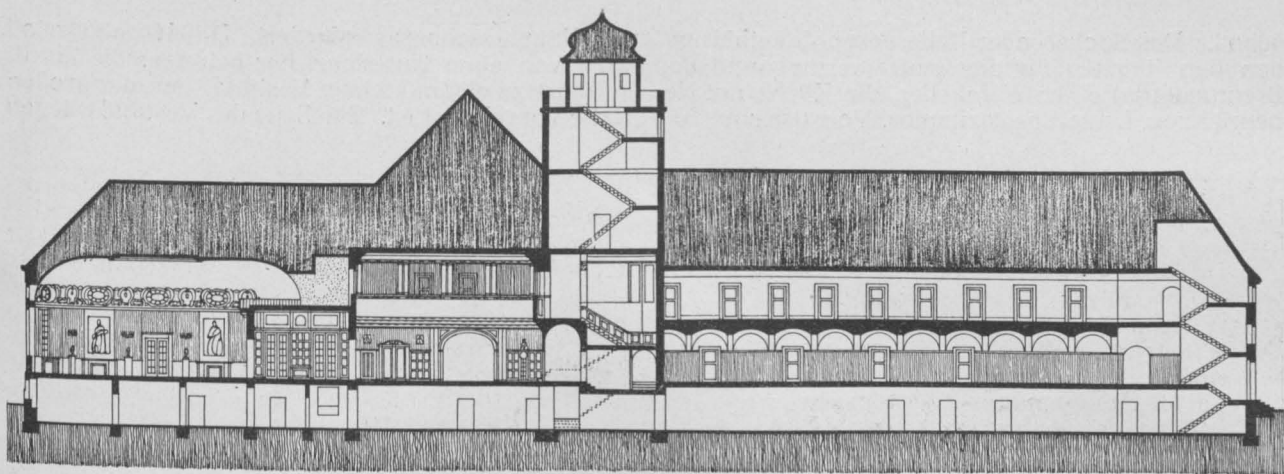
Architekt: Herzoglich sächsischer Hofbaurat Rudolph Zahn in Berlin. Hierzu eine Bildbeilage.



Die Neubaugruppe des Schlosses Rechen wurde von ihrem Besitzer, Hrn. Hauptmann von Scheil, auf einer Bodenerhebung erbaut, die zwischen Sprottau und Niederleschen liegt. Die Gruppe besteht aus dem Herrenhaus und einem großen Stallgebäude, das der Besitzer für seine ausgedehnte Pferdezucht hat errichten lassen. Nach dem Lageplan S. 690 liegen Herrenhaus und Stallgebäude im rechten Win-

kel zu einander und an der Chaussee von Niederleschen nach Sprottau; das Stallgebäude ist nahe an die Chaussee herangerückt, das Herrenhaus so weit zurückgelegt, daß man von der Chaussee in einem bequemen Bogen die Vorfahrt des Schlosses gewinnen und von hier aus unmittelbar zum Stallgebäude fahren kann. Die ausgedehnten Gartenanlagen entwickeln sich hinter dem Schloß gegen den Bober zu mit seinen Eichenwäldern. Durch die Höhenlage des Gebäudes beherrscht das Schloß mit seinem Turm die ganze Gegend.

Das Herrenhaus entwickelt sich in langgestreck-



ter Form von Süden nach Norden. Es teilt sich im Aufbau deutlich in drei Raumgruppen: in die südlich gelegene Saalgruppe mit Wintergarten, in eine mitt-

2. Oktober 1912.

lere Gruppe mit den Empfangsräumen, sowie in den nördlichen Flügel mit den Wohnräumen. Im Aufbau zeigen sich ein Sockel-, ein Haupt- und ein Oberge-

schoß. Das Sockel- oder Kellergeschoß enthält neben den Räumen für die Zentralheizung und das Brennmaterial einen Weinkeller, die Küche mit Nebenräumen, Leute-Speisezimmer, Vorratsraum, An-

des Hauptgeschosses erfordert. Das Hauptgeschoß wird von einer Unterfahrt her betreten, die Zutritt gewährt zu einem kleinen Vestibül, das der großen Halle vorgelagert ist. Zur Seite des Vestibüls liegen



Gesamt-Ansicht der Baugruppe an der Landstraße.



Vorder-Ansicht des Herrenhauses.



Ansicht des Stallgebäudes für Pferdezücht.

riche, Zimmer für Köchin und Mädchen, Plättstube, Waschküche, Dienerzimmer, sowie eine Kegelbahn mit Kegelstube, alle Räume in reichlichem Ausmaß und so zusammen gelegt, wie es die Lage der Räume

Garderoben mit den entsprechenden Nebenräumen. Ihnen schließen sich zu beiden Seiten eines Nebeneinganges ein Dienerzimmer und ein Büro an. Südlich der Halle liegen ein Speisesaal, begleitet von ei-



Gartenansicht und Festsaal des Herrenhauses.



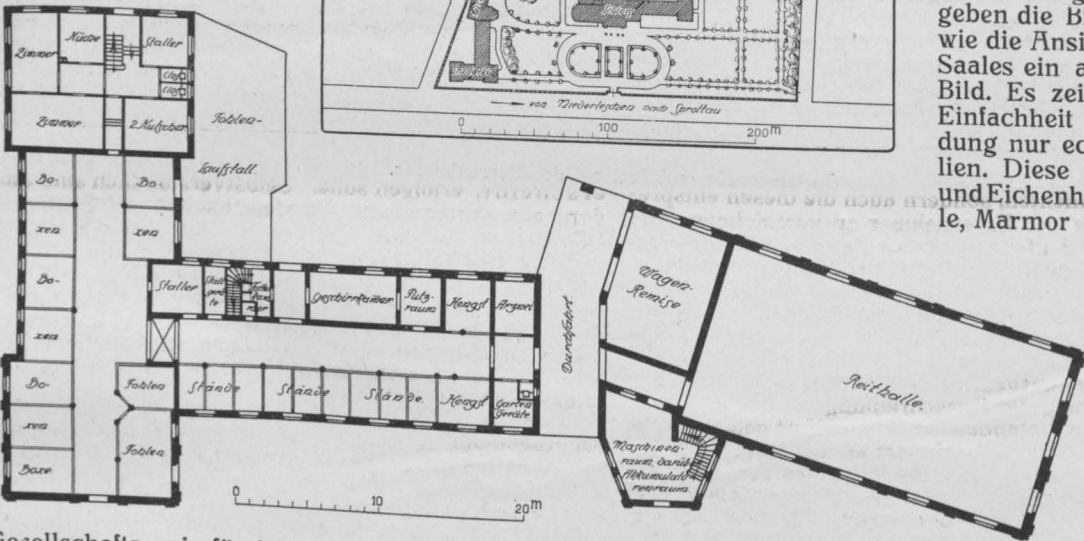
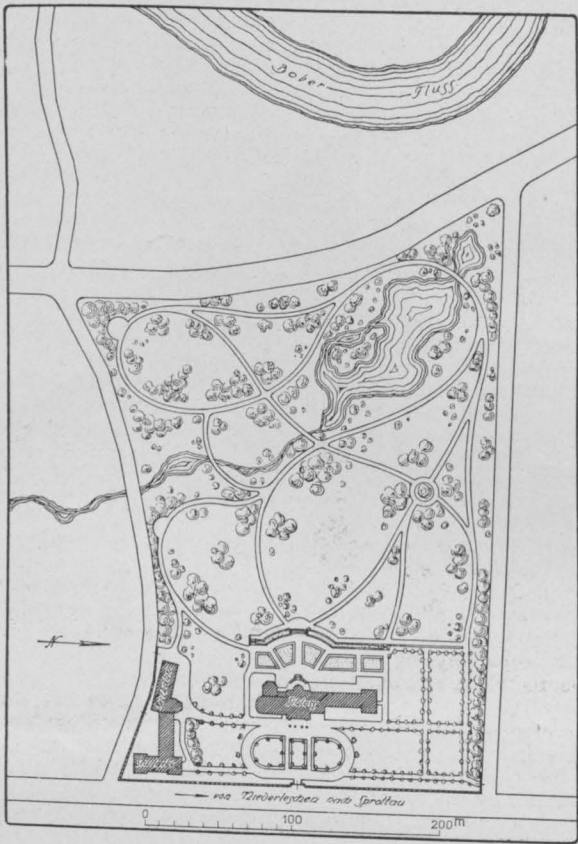
nem Anrichterraum und einer Veranda, sowie der in Bogenform abgeschlossene Festsaal, dem westlich ein geräumiger Wintergarten vorgelagert ist. In der Achse des Haupteinganges sind an die Halle angegliedert der halbkreisförmiggeschlossene Salon mit Damenzimmer, Herrenzimmer und Rauchzimmer zur Seite. Nach Norden folgen, an einem Korridor aufgereiht und in einen Kopfbau mit Nebentreppe auslaufend, Schlaf-Zimmer, Gästezimmer mit Garderoben, Bad usw. Saal und Halle reichen durch zwei Geschosse; über dem Speisesaal liegt die Galerie des Saales. Eine geräumige Galerieumzieht auch die Halle auf drei Seiten; an der Vorderseite liegt sie über Vestibül und Nebenräumen, an der Rückseite ist sie von der Raumtiefe abgetrennt. An der Halle liegen noch Räume für die Gäste, während das Geschoß im übrigen Wohn-Geschoß ist. Das Schloß ist demnach für großen

tischen Bedürfnisse in vortrefflicher Weise Berücksichtigung fanden.

Auch das Stallgebäude gliedert sich in zwei Teile, die von einer Durchfahrt getrennt sind. Oestlich dieser Durchfahrt befindet sich der Gebäudeteil mit den Boxen, Ständen, der Geschirrkammer, Geräte-raum, Arznei-Zimmer und den Kutscher-Wohnungen, westlich davon liegt die große Reithalle mit Wagen-Remise und Maschinenraum.

Herrenhaus und Stall-Gebäude sind in der Hauptsache Putzbauten, bei welchen für die Architektur-Teile in sparsamer Weise Sandstein zur Verwendung gelangte; er ist das Material für den Unterbau, die Vorfahrt und einzelne Architekturteile vor allem des Mittelbaues und des Turmes. Das Herrenhaus ist mit Mönch und Nonne eingedeckt, der Turm und einzelne andere Teile der Bedeckung wurden in Kupfer ausgeführt. Von der Haltung des Inneren geben die Bildbeilage sowie die Ansicht des Fest-Saales ein anschauliches Bild. Es zeigt vornehme Einfachheit bei Verwendung nur echter Materialien. Diese sind Marmor und Eichenholz in der Diele, Marmor und Seide im

großen Saal und in dem Salon. Das Speisezimmer ist ganz mit Eichenholz vertäfelt und mit Malereien geschmückt. Das Ganze ist ein Herren-sitz, der



Gesellschafts- wie für lebhaften Gastverkehr angelegt und zeigt die Raumgruppen in sehr glücklicher Zusammenlegung, bei welcher sowohl die Raumwirkung und Raumsteigerung, wie auch die prak-

erkennen läßt, daß bei seiner Errichtung ein vornehmer Geschmack des Bauherrn mit der reifen Kunst des Baukünstlers sich zu harmonischem Werke zusammen fanden. —

Zur Handhabung des staatlichen Verdingungswesens in Preußen.

Am 1. Januar 1906 sind im staatlichen Bauwesen in Preußen, d. h. sowohl bei der Eisenbahn- wie der allgemeinen Bauverwaltung, neue „Allgemeine Bestimmungen betr. die Vergebung von Leistungen und Lieferungen“ in Kraft getreten¹⁾, die gegenüber den älteren Bestimmungen einen wesentlichen Fortschritt bedeuten und bei deren Abfassung, wie es in einem am 4. September d. J. veröffentlichten neuen Erlaß²⁾ des Ministers der öffentl. Arbeiten heißt, „der Gedanke leitend war, Licht und Schatten zwischen der Verwaltung und den Unternehmern nach Billigkeit zu verteilen und im Sinne einer gesunden Mittelstandspolitik tunlichst auch den Interessen der kleineren Unternehmer, und namentlich auch des Handwerkerstandes Rechnung zu tragen“. Diese Bestimmungen haben durch die Erlasse vom 7. März bzw. 10. Mai 1910, die sich an die Eisenbahn-

Direktionen und die Provinzialbehörden der allg. Bauverwaltung richten³⁾, sowie durch die an die gleichen Stellen gerichteten Erlasse vom 22. März bzw. 20. April 1912⁴⁾ eine weitere Ergänzung hinsichtlich der Bildung und Handhabung der Schiedsgerichte erfahren, die im allgemeinen „unter Ausschluß des Rechtsweges“ über „alle streitigen Rechtsansprüche, die aus Anlaß und in Ausführung des Vertrages von einer Partei gegen die andere erhoben werden“, entscheiden sollen. Während der erstere dieser späteren Erlasse auf die Mittel und Wege hinweist, die einerseits die Möglichkeit des Auftretens von Streitfragen zu beschränken geeignet sind und die andererseits eine Verminderung gewisser Mißstände des an sich durchaus zweckmäßigen schiedsrichterlichen Verfahrens ermöglichen, werden in dem zweiten Erlaß feste Normen für das Verfahren gegeben.

Wenn trotz dieser Erlasse das Verdingungswesen immer wieder der Gegenstand von Klagen aus den Handwerkerkreisen gewesen ist und auch die gesetzgebenden

¹⁾ Eisenb.-Verord.-Blatt 1905 S. 322, Zentralbl. d. Bauverwltg. 1906 S. 53.
²⁾ Eisenb.-Verord.-Blatt 1912 No. 34 S. 341, Zentralbl. d. Bauverwltg. No. 74 S. 473.

Körperschaften beschäftigt hat, da man von gewisser Seite eine gesetzliche Regelung anstrebt, so liegt das einerseits darin, weil andere staatliche, namentlich aber viele kommunale Verwaltungen in Deutschland noch mit einem Verdingungswesen arbeiten, das ganz einseitig den Standpunkt der Verwaltung wahrnimmt und den berechtigten Ansprüchen der Handwerker in keiner Weise entgegen kommt, ein Vorwurf, den man übrigens den Bedingungen großer industrieller Unternehmungen vielfach in demselben Maße machen kann, andererseits aber darin, daß die Handhabung der Bedingungen durch die nachgeordneten Behörden nicht immer den wohlwollenden Absichten entspricht, die in den preußischen Bestimmungen vom Jahre 1905 schon zum Ausdruck kommen.

Deshalb ist der neue, oben schon erwähnte Erlaß vom 4. September ds. Js. mit Freuden zu begrüßen, da er wiederum mit Nachdruck auf eine entsprechende Auslegung und Handhabung der Vorschriften von 1905 dringt, gleichzeitig aber über diese hinaus dem Unternehmertum noch in weiterem Maße gerecht zu werden sucht, als bisher.

Wir bringen nachstehend auszugsweise die wichtigsten Bestimmungen des neuen Erlasses:

Zunächst wird wiederum auf die große Bedeutung hingewiesen, die einer sorgfältigen Ausarbeitung der Verdingungs-Unterlagen zukommt. Eine solche Ausarbeitung gebiete nicht nur das Interesse der Verwaltung, sondern auch die Rücksicht auf die Unternehmer, nicht zum wenigsten dabei auch die Rücksicht auf die Handwerker, die nicht nur über den Gegenstand der Ausschreibung in allen wesentlichen Beziehungen, sondern auch über alle für die Preisberechnung erheblichen Nebenumstände vollständige, eine zutreffende Beurteilung ermöglichende Angaben erhalten sollen. Für die Ausführung von Bauten sind zur Verabfolgung an die Bewerber bestimmte Verdingungsanschläge aufzustellen, gegebenenfalls unter Zuziehung besonderer Sachverständiger. Der Anbieter soll genau übersehen können, was von ihm verlangt wird; er soll aber auch in die Lage versetzt werden, nach den Verdingungs-Unterlagen sein Angebot ohne weitläufige Berechnungen abgeben zu können. Es sollen ferner an die Unternehmer in den Verdingungs-Unterlagen keine unbilligen Anforderungen gestellt werden, und es sind in den Verträgen nicht nur die Pflichten, sondern auch die diesen entsprechenden Rechte der Unternehmer zu verzeichnen. Bezüglich der Beschaffenheit der zu liefernden Waren und der Abmessungen der zu liefernden Gegenstände ist in den allgemeinen Bestimmungen bereits vorgeschrieben, daß ungewöhnliche, im Handel nicht übliche Anforderungen nur insoweit zu stellen sind, als dies unbedingt notwendig ist.

Es wird dann ausgeführt, daß auf eine möglichst weitgehende Zerlegung der Ausschreibungen von den Interessenten des Mittelstandes der größte Wert gelegt werde und es wird daher erneut erinnert an die Vorschrift der allgemeinen Bestimmungen, die folgendes besagt: „Die Ausschreibungen sind tunlichst derart zu zerlegen, daß auch kleineren Gewerbetreibenden und Handwerkern die Beteiligung an der Bewerbung ermöglicht wird. Bei größeren Arbeiten oder Lieferungen, die ohne Schaden für die gleichmäßige Ausführung getrennt vergeben werden können, hat daher die Vergabung in der Regel den verschiedenen Gewerbs- und Handwerkszweigen entsprechend zu erfolgen; auch ist in geeigneten Fällen die Verdingung nach den Arbeiten und den zugehörigen Lieferungen zu trennen. Bei besonders umfangreichen Ausschreibungen sind die auf die einzelnen Gewerbs- und Handwerkszweige entfallenden Arbeiten oder Lieferungen in mehrere Lose zu teilen.“ Hierzu wird jetzt ergänzend bemerkt, daß bei jeder Ausschreibung unter Berücksichtigung der Umstände des einzelnen Falles eingehend zu erwägen sei, ob und inwieweit hier eine Zerlegung angängig oder geboten ist. Von den einzelnen Gewerbetreibenden, mit denen die Verwaltung auf diese Art in unmittelbare Verbindung tritt, müsse aber auch erwartet werden, daß sie danach streben, ihre Leistung der Gesamtausführung anzupassen, und daß namentlich bei Bauten die einzelnen Bauhandwerker nach Maßgabe der Anordnungen der Verwaltung auf ein Zusammenwirken mit den übrigen bei dem Bau beschäftigten Handwerkern bedacht sind.

Was die aus den Kreisen des Handwerkes gewünschte Zuziehung außerhalb der Verwaltung stehender Sachverständiger bei der Vorbereitung der Verdingungen, insbesondere bei Aufstellung der Verdingungs-Unterlagen anbetrifft, so wird in dem Erlaß ausgeführt, daß schon jetzt bei der Aufstellung von Normalbedingungen in umfassender Weise ein Benehmen mit solchen

Sachverständigen stattfinde. Durch Erlaß vom 25. November 1911 sei bei dem Eisenbahn-Zentralamt ein Ausschluß eingesetzt worden, der unter Mitwirkung von Vertretern des Unternehmerstandes die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Staatsbauten sowie für die Ausführung von Leistungen oder Lieferungen durchsehen soll. An diese Arbeit soll sich demnächst eine weitere Prüfung des Bedingniswesens anschließen, wobei ebenso die Zuziehung außerhalb der Verwaltung stehender Sachverständiger in Aussicht genommen ist.

Was die Zuziehung von Sachverständigen zu einzelnen Verdingungsfällen betrifft, so sagt der Erlaß, daß die Beamten des Ressorts des Ministers der öffentl. Arb. zu Industrie und Handwerk in enger Fühlung ständen, ein Verhältnis, aus dem sich schon jetzt in zahlreichen Fällen die Gelegenheit zur Einholung eines objektiven Rates ergebe. „Im übrigen sehen die allgemeinen Bestimmungen, wie schon erwähnt, vor, daß die Verdingungs-Anschläge für die Ausführung von Bauten gegebenenfalls unter Zuziehung besonderer Sachverständiger aufzustellen sind. Wenn auch im allgemeinen vorausgesetzt werden muß, daß die mit Verdingungen befaßten technischen Beamten auf Grund ihrer Ausbildung und Erfahrung ausreichende praktische Kenntnis besitzen, so gibt es doch Fälle, in denen es sich um Einzelfragen handelt, in denen der Beamte seiner vielseitigeren Tätigkeit nach nicht so bewandert sein kann, wie der, welcher die in Frage kommenden Ausführungen usw. berufsmäßig betreibt. Es kommen hier nicht nur neue technische Erfindungen in Frage, sondern auch Spezialkenntnisse voraussetzende, handwerksmäßige Ausführungen. Auch in Bezug auf die letzteren soll sich der Beamte nicht scheuen, zur Vorbereitung einer Verdingung, soweit erforderlich, den Rat eines außerhalb der Verwaltung stehenden Fachmannes einzuholen.“ In diesem Sinne trägt der Minister keine Bedenken, „die genannte, in den allgemeinen Bestimmungen zunächst nur wegen der Aufstellung der Verdingungsanschläge für Bauten gegebene Vorschrift dahin zu erweitern, daß auch im übrigen bei Vorbereitung von Verdingungen — namentlich auch für handwerksmäßige Arbeiten — die Zuziehung außerhalb der Verwaltung stehender Sachverständiger, soweit solche nach den Umständen des einzelnen Falles zweckmäßig oder geboten erscheint, erfolgen solle. Selbstverständlich sind nur durchaus unparteiliche Persönlichkeiten als Sachverständige zu befragen. Wegen der Auswahl derartiger Persönlichkeiten haben sich die Behörden, sofern ihnen solche nicht bereits bekannt sind, in den geeigneten Fällen mit den betreffenden Handelskammern, Handwerkskammern oder mit Interessentenverbänden zu benehmen“. Die Zuziehung von Sachverständigen wird auch weiterhin in erheblich erweitertem Umfange gegen früher zugelassen oder angeordnet.

Wichtig ist ferner, daß die Vorschrift der allgemeinen Bestimmungen in nachdrückliche Erinnerung gebracht wird, daß die niedrigste Geldforderung als solche für die Entscheidung über den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben dürfe. „Der Zuschlag darf vielmehr nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Leistung oder Lieferung gewährleistendes Gebot erteilt werden. Es sind also nur solche Bewerber zu berücksichtigen, welche für die bedingungsmäßige Ausführung sowie für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern die erforderliche Sicherheit bieten“. Auszuschließen sind „Angebote, die eine im offenbaren Mißverhältnis zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, sodaß nach dem geforderten Preise an und für sich eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann. Nur ausnahmsweise darf in dem letzteren Falle der Zuschlag erteilt werden, wenn der Bewerber als zuverlässig und leistungsfähig bekannt ist und ausreichende Gründe für die Abgabe des ausnahmsweise niedrigen Gebotes beigebracht sind oder auf Befragen beigebracht werden. Im übrigen (d. h. wenn alle nicht angemessenen oder sonst nach dem Vorstehenden nicht in Frage kommenden Gebote aus der über die Verdingung aufgestellten Liste gestrichen sind) ist bei öffentlichen Ausschreibungen der Zuschlag demjenigen der drei als Mindestfordernde in Betracht kommenden Bewerber zu erteilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das annehmbarste zu erachten ist.

Nur in dem im vorstehenden Absatz zuletzt bezeichneten Sinne gehen die allgemeinen Bestimmungen für öffentliche Ausschreibungen von dem System der Vergabung an den Mindestfordernden aus, es beruht also die manchmal gehörte Behauptung, die den Zuschlag ertei-

lenden Behörden seien an den Kreis der drei absolut Mindestfordernden gebunden, auf Mißverständnis. Vielmehr gilt auch für die Ermittlung der drei Mindestfordernden der Grundsatz, daß der Zuschlag nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtige und rechtzeitige Ausführung der Leistung oder Lieferung gewährleistendes Gebot zu erteilen ist. Erst aus den hiernach in Betracht kommenden drei Mindestfordernden ist derjenige auszuwählen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das annehmbarste erachtet werden muß.

Wenn mit der oben behandelten Vorschrift auch in erster Linie bezweckt wird, den Staat vor minderwertigen Leistungen zu schützen, so geht die Bestimmung doch auch davon aus, daß einer tüchtigen Arbeit ein entsprechender Lohn werden soll. In diesem Sinne muß der Zuschlag zu einem an sich zu niedrig erscheinenden Preise auf ganz besondere Fälle beschränkt bleiben, die eine Verallgemeinerung als völlig ausgeschlossen erscheinen lassen und deren Umstände auf jeden Fall aktenkundig zu machen sind. Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Bewerbers allein reichen in diesem Sinne niemals aus, um den Zuschlag auf ein an sich zu niedrig erscheinendes Angebot zu rechtfertigen; es müssen außerdem noch ganz besondere Verhältnisse vorliegen.

Wenn auch selbstverständlich von den Behörden und Beamten die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit stets zu wahren sind, so vermag doch, wie der Erlaß ausführt, die Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel einen Verstoß gegen die obigen Grundsätze niemals zu rechtfertigen.

Die Zuziehung von außerhalb der Verwaltung stehenden Sachverständigen, die wiederholt schon erwähnt ist, kann in geeigneten Fällen auch Platz greifen, um Auskunft über die Leistungsfähigkeit nicht

genügend bekannter Unternehmer, wegen Material, Arbeitsausführung, Preis usw. zu erhalten. Hingewiesen wird dabei auf die zuständigen Interessen-Vertretungen wie Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern. Versuchsweise ist bei der Ermittlung von Preisen für laufende Unterhaltungsarbeiten bei staatlichen Hochbauten in verschiedenen Regierungsbezirken schon die Einrichtung getroffen, daß die Handwerkskammern alljährlich in den betr. Bezirken Zusammenstellungen von Arbeits- und Materialpreisen zu machen haben, die dann als Grundlage dienen sollen, wobei sich allerdings die Staatsbehörde die Beurteilung der Angemessenheit der Preise unter allen Umständen vorbehält. Auch bei den Abnahmen kann in gewissen Fällen die Zuziehung außerhalb der Verwaltung stehender Sachverständiger in Frage kommen. Eine Verpflichtung, unter allen Umständen Sachverständige zuzuziehen, wie dies vielfach aus Handwerkerkreisen verlangt wird, geht der Minister allerdings nicht ein.

Der Erlaß schließt mit der nachstehenden Mahnung: „Ich vertraue, daß die Unternehmer die gegenüber ihren Interessen durchaus wohlwollende Haltung, die ich in allen diesen Fragen einnehme, erkennen werden. Untüchtige Arbeiten oder Lieferungen für meine Verwaltung sind freilich niemals zu dulden. Ich vertraue aber auch, daß die mir unterstellten Behörden der Durchführung der Vorschriften über das Verdingungswesen und namentlich auch den vorstehenden Ausführungen besondere Aufmerksamkeit widmen werden. Die Art der Durchführung der allgemeinen Bestimmungen von 1905 habe ich bisher schon an Ort und Stelle durch besondere Kommissare prüfen lassen. In betreff der Ausdehnung dieser Kontrolle, insbesondere durch regelmäßige Vorlage einer Statistik über die erteilten Zuschläge, wird demnächst Anordnung ergehen.“ —

Vermischtes.

Oeffentliche Vorträge im kgl. Kunstgewerbe-Museum zu Berlin werden im großen Hörsaal Prinz-Albrecht-Straße 7a, Hof, in den Monaten Oktober-Dezember 1912 mit Themen gehalten, die für unsere Fachkreise besonderes Interesse haben dürften. Es sprechen: 1. Dr. Rudolf Bernoulli über: „Heizanlagen und ihre künstlerische Gestaltung“; 2. Dr. Oskar Fischel über: „Das Wandbild (Beispiele und Aufgaben der Monumentalmalerei)“ und 3. Dr. Robert Schmidt über: „Geschichte des Möbels vom Mittelalter bis zur Neuzeit“.

Die Vorträge über „Heizanlagen und ihre künstlerische Gestaltung“ gliedern sich in: Die Heizung in ihrem Zusammenhang mit der Architektur. Die Kaminfeuerung, technische Grundlagen und ästhetische Lösungen. Der Kamin bis zur Renaissance. Der Kamin seit der Renaissance. Die Ofenheizung, technische Grundlagen und ästhetische Lösungen. Der Ofen bis zur Renaissance. Der Ofen seit der Renaissance. Zentralfeuerungen, technische Grundlagen und ästhetische Lösungen.

Die Vorträge über „Das Wandbild“ (Beispiele und Aufgaben der Monumentalmalerei) zerfallen in: Das Bild in der antiken Wanddekoration. Der Mosaikschmuck altchristlicher und byzantinischer Kirchen. Romanische Wandmalerei, gotische Glasfenster und Bildteppiche im Norden, Bild und Tafelung. Das mittelalterliche Fresco in Italien, die Entwicklung des monumentalen Stils durch die großen Meister von Giotto bis Rafael. Oberitalienische Dekoration, Illusion, Leinwandbild im Holzwerk. Der malerische Stil in Venedig. Spanische Monumentaldekoration. Das eingelassene Bild im 17. und 18. Jahrhundert. Die Gobelins und ihr Stil. Die Belebung der monumentalen Wandmalerei im 19. Jahrhundert (Nazarener und Prärafaeliten), ihre neuen Ziele und Existenzbedingungen.

Die „Geschichte des Möbels vom Mittelalter bis zur Neuzeit“ betrachtet: Das vorgotische Mittelalter; Gotik; Renaissance; Barock; Rokoko; Louis XVI.; Empire und Biedermeier; Rückblickszeit und moderne Möbelkunst.

Die Vorträge werden durch Lichtbilder und Ausstellung von Abbildungen und kunstgewerblichen Gegenständen erläutert. Der Zutritt ist unentgeltlich. Vortragstage sind Montag, Dienstag und Donnerstag von 8 $\frac{1}{2}$ –9 $\frac{1}{2}$ Uhr. —

Fortdauer der Lehrtätigkeit von Otto Wagner in Wien. Nach den österreichischen Vorschriften ist ein Lehrer einer öffentlichen Anstalt gehalten, nach Erreichung des 70. Lebensjahres vom Lehramt zurück zu treten. In besonderen Fällen kann ihm noch ein sogenanntes Ehrenjahr bewilligt werden. Nun aber ist das Unterrichtsministerium an den Oberbaurat Professor Otto Wagner heran getreten, seine Lehrtätigkeit an der Akademie der

bildenden Künste in Wien noch um ein weiteres Studienjahr auszudehnen. Professor Wagner hat zugesagt, obwohl er bereits im 72. Lebensjahre steht. Der Schritt des Unterrichts-Ministeriums bedeutet eine außergewöhnliche Anerkennung der Verdienste Wagner's um die österreichische Kunst der Gegenwart. Alseinstigen Nachfolger hat das Professoren-Kollegium für den Lehrstuhl den Professor an der Prager Akademie, Plečnik, einen Schüler Wagner's, vorgeschlagen. —

Die Eröffnung der Schiffahrtsschleuse bei Augst-Wyhlen im Stauwehr der dortigen Wasserkraftanlage bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts in der Schiffbar-machung des Oberrheins für die Großschiffahrt. Die Schleuse hat 90 m Länge, 12 m Kammerweite und überwindet ein Gefälle bis zu 8 m. Sie ist mit Hand- und elektrischem Antrieb ausgestattet. Die Eröffnung fand zur Feier der VIII. Generalversammlung des „Vereins für die Schiffahrt auf dem Oberrhein“ statt, der am 14. September d. J. in Basel und Rheinfelden tagte. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Rathaus Landsberg an der Warthe. Bei 146 rechtzeitig und 1 verspätet eingegangenen Entwürfen wurden nach einer ersten Sichtung 126 Entwürfe ausgeschieden, einer zweiten Sichtung fielen noch 10 Entwürfe zum Opfer, sodaß 10 Entwürfe auf die engste Wahl kamen. Von ihnen schieden weiterhin aus die Entwürfe „Im Straßenbilde“, drei verschlungene Kreise und „Auf altem Wall“. Die übrigen gelangten in folgender Weise zur Auszeichnung: I. Preis von 3000 M. dem Entwurf „Ist's recht?“ des Hrn. Arch. Spitzner in Berlin-Schöneberg; II. Preis von 2000 M. dem Entwurf „Der Heimat“ der Hrn. Köhler & Kranz in Charlottenburg; III. Preis von 1000 M. dem Entwurf „Eckstein“ des Hrn. Arch. Paul Baumgarten in Berlin. Für je 500 M. wurden angekauft die Entwürfe der Hrn. Gebr. Ratz in Berlin, Hugo Rüter in Charlottenburg, Kurt Höppner daselbst und Ludwig Rosin in Berlin. Ausstellung bis mit 6. Okt.: Schloß-Straße 14 in Landsberg. —

Wettbewerb evangelische Kirche Aumühle. Verfasser des zum Ankauf vorgeschlagenen Entwurfes „Im Sachsenwaldwinkel“ ist Hr. Ernst Stoffers in Kiel. —

Inhalt: Die XX. Wanderversammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ in München 1912. (Schluß.) — Der Neubau des Schlosses Rechen bei Sprottau in Schlesien. — Zur Handhabung des staatlichen Verdingungswesens in Preußen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der Neubau des Schlosses Rechen bei Sprottau in Schlesien.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE BEIDEN NEUEN HOF-THEATER
 IN STUTTGART. * ARCHITEKT:
 GEH. HOF-RAT PROFESSOR MAX
 LITTMANN IN MÜNCHEN. * PRO-
 SZENIUM DES KLEINEN HAUSES.
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * XLVI. JAHRGANG 1912 * N^o. 80. *



Gemälde „Gesang“ im Foyersaal des „Kleinen Hauses“. Von Professor Adolf Münzer in Düsseldorf.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. № 80. BERLIN, DEN 5. OKTOBER 1912.

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

(Fortsetzung aus No. 74.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 695—699.



Durch die Vorberatungen des Wettbewerbes von 1908, durch die Unterlagen zu diesem, sowie durch sein Ergebnis waren die Richtlinien für die Verwirklichung der Aufgabe so fest vorgezeichnet, daß bei der Ausführung der Bauten von ihnen nicht mehr wesentlich abgewichen zu werden brauchte. Sieger an erster Stelle war Max Littmann mit einem Entwurf, der in allen hauptsächlichsten Teilen mit der heutigen Ausführung übereinstimmt und bei der Bearbeitung nur in Einzelheiten Verbesserungen erfahren hat. Hierzu zählt in erster Linie ein Gewinn für die Lage des Hauses. Nach den Voraussetzungen des Wettbewerbes konnten die Achse des „Großen Hauses“ und die Achse des Anlagensees nicht zusammen fallen. Da jedoch der Wunsch bestand, den Anlagensee und seine nächste Umgebung tunlichst nicht oder doch nur ganz gering zu verändern, aber zwischen „Großem Haus“ und Anlagensee architektonisch geregelte Beziehungen bestehen mußten, so entschloß sich die königliche Hofkammer zum Erwerb des Anwesens Neckar-Straße 5, wodurch die Möglichkeit gegeben war, die gesamte Baugruppe um so viel in nördlicher Richtung zu verschieben, daß das „Große Haus“ mit seiner Längsachse genau in die Achse des Anlagensees gelegt werden konnte. Zugleich war hierdurch die Möglichkeit gegeben, an der Schloß-Straße mehr Raum für einen Droschken-Halteplatz zu gewinnen, sowie die Verkehrs-Verhältnisse in der Umgebung des „Großen Hauses“ überhaupt zu verbessern. Für die beiden anderen Teile der dreiteiligen Anlage, das Verwaltungs- und Magazin-Gebäude, sowie das „Kleine Haus“ ergaben sich nunmehr Beziehungen zur Nachbarschaft, wie sie der Grundriß S. 695 darstellt. Danach stößt nunmehr das „Große Haus“ mit seiner Rückfassade an die Neckar-Straße, die sich hier zu einem geräumigen

Vorplatz, der auch eine vom durchgehenden Straßenverkehr nicht beeinträchtigte Wagen-Vorfahrt gestattet, erweitert, während die beiden anderen Gebäude der Baugruppe mit ihren rückwärtigen Teilen — es sind das Kulissen-Magazin des Verwaltungs- und Magazin-Gebäudes, sowie das Magazin-Gebäude des „Kleinen Hauses“ — an die Hintergebäude der erhaltenen Wohnhäuser der Neckar-Straße grenzen, wobei jedoch ein so breiter Zwischenraum frei gelassen ist, daß im Falle der Gefahr eine Umfahrung der gesamten Baugruppe, sowie eine Durchfahrung ihrer Höfe möglich sind. Auf diese inselartige Lösung der gesamten Baugruppe, sowie die Möglichkeit ihrer Durchdringung und der Erreichung aller wichtigen Teile durch Gefährte bei Gefahr, sowie auf die aus dieser Anordnung hervorgehende Verminderung der Gefahr aus den örtlichen Beziehungen zwischen Theatergruppe und Wohngebäuden ist besonders hinzuweisen. Wir können diesen Teil der Baubeschreibung nicht verlassen, ohne dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß es in absehbarer Zeit gelingen möge, die Privathäuser an der Neckar-Straße zu erwerben, um an ihrer Stelle eine Baugruppe zu schaffen, welche bei ähnlicher Rücklage, wie sie die Bibliothek und das Museum der bildenden Künste zeigen, das Bild der Neckar-Straße zu veredeln und zu verschönern geeignet ist. Es dürfte nicht schwer sein, für eine solche Baugruppe Beziehungen zu den beiden Hoftheatern zu finden, die ihre Errichtung rechtfertigen und wohl auch wirtschaftlich möglich erscheinen lassen. Ein solcher Wunsch wird auch durch den Umstand hervorgerufen, daß der an der Südseite der Schloß-Straße geplante Neubau des Marstall-Gebäude ein Reithaus enthält, das in die Gebäudelucht der Neckar-Straße gerückt ist.

Soweit die Verhältnisse an der Neckar-Straße. Was die wichtigeren Beziehungen der Theatergruppe zu den Anlagen und zum königlichen Schloß anbelangt, so ist auf den Umstand hinzuweisen, daß bereits im Jahre 1907 Oberbaurat von Reinhardt in

Stuttgart einen Vorschlag machte, wie die durch die Errichtung der Theatergruppe angeregte Frage der abgebrannten Hoftheaters geht nunmehr nach den Entwürfen von Theodor Fischer ein Kunst-Ausstellungsgebäude seiner Vollendung entgegen, welches zwar in den gegen den Schloß-Platz geöffneten Arkaden sehr reizvolle Einzelheiten zeigt, das sich aber in seinem Aufbau, namentlich in der fremde und viel zu große Formen zeigenden Laterne so gar nicht harmonisch in seine Umgebung eingliedern will, während entsprechend zu ihm bis an die östliche Seite des königlichen Privatgartens der umfangreiche Neubau des schon genannten neuen Marstall-Gebäudes mit einem gegen den Privatgarten sich öffnenden Hof sich vorschiebt. Er tritt an die Stelle einiger alter Gebäude und des Interims-Theaters, dessen Abbruch bereits begonnen wurde. So darf man hoffen, daß mit den großen Umwälzungen, die durch die Neuanlage des Bahnhofes hervorgerufen werden, auch die nördliche Umgebung des königlichen Schlosses und des südlichen Teiles der Anlagen ihre endgültige Gestalt gewinnen wird. Damit wäre dann für den bedeutend-

Umbauung des südlichen Teiles der Anlagen zu lösen sei. Wir haben diesen Vorschlag in Jahrgang 1907 unser Zeitung, Seite 474, veröffentlicht. Er geht entgegen dem Fischer'schen Vorschlag der Erbauung der Theater-Gruppe an der Stelle der Eberhardgruppe von dem Grundsatz aus, den langen und schönen Zug der Anlagen vom königlichen Schloß bis zum Park des Rosenstein nicht zu unterbrechen, gleichwohl jedoch ein Theater-Forum dadurch zu schaffen, daß entsprechend dem Vorsprung des „Kleinen Hauses“ an der Westseite dieses Forums Gebäudeteile geschaffen werden sollten, die in der Masse und Umrißlinie den Verhältnissen der Theater-Gruppe ungefähr entsprechen; daß ferner der Platz des abgebrannten Hoftheaters wieder bebaut und an der anderen Seite des königlichen Privatgartens ein verwandter Bauteil geschaffen werde. Auf der Stelle des

sten Teil der schwäbischen Hauptstadt Großes und Dauerndes geschaffen. —

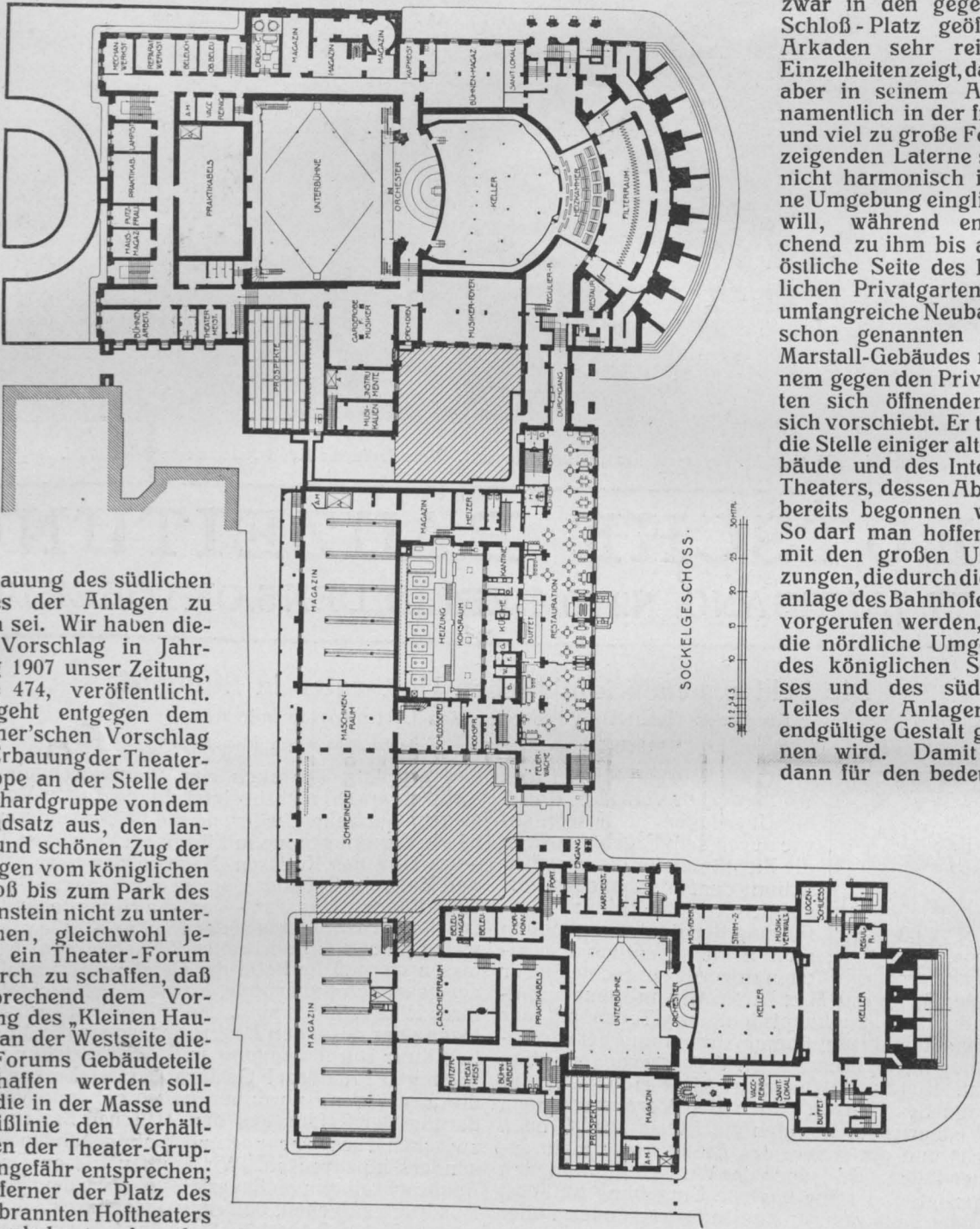
(Fortsetzung folgt.)

Hochwasserschutz und Großschiffahrtsweg bei Breslau.

Von Johs. Wannovius, Direktor der Kanalisation in Breslau.

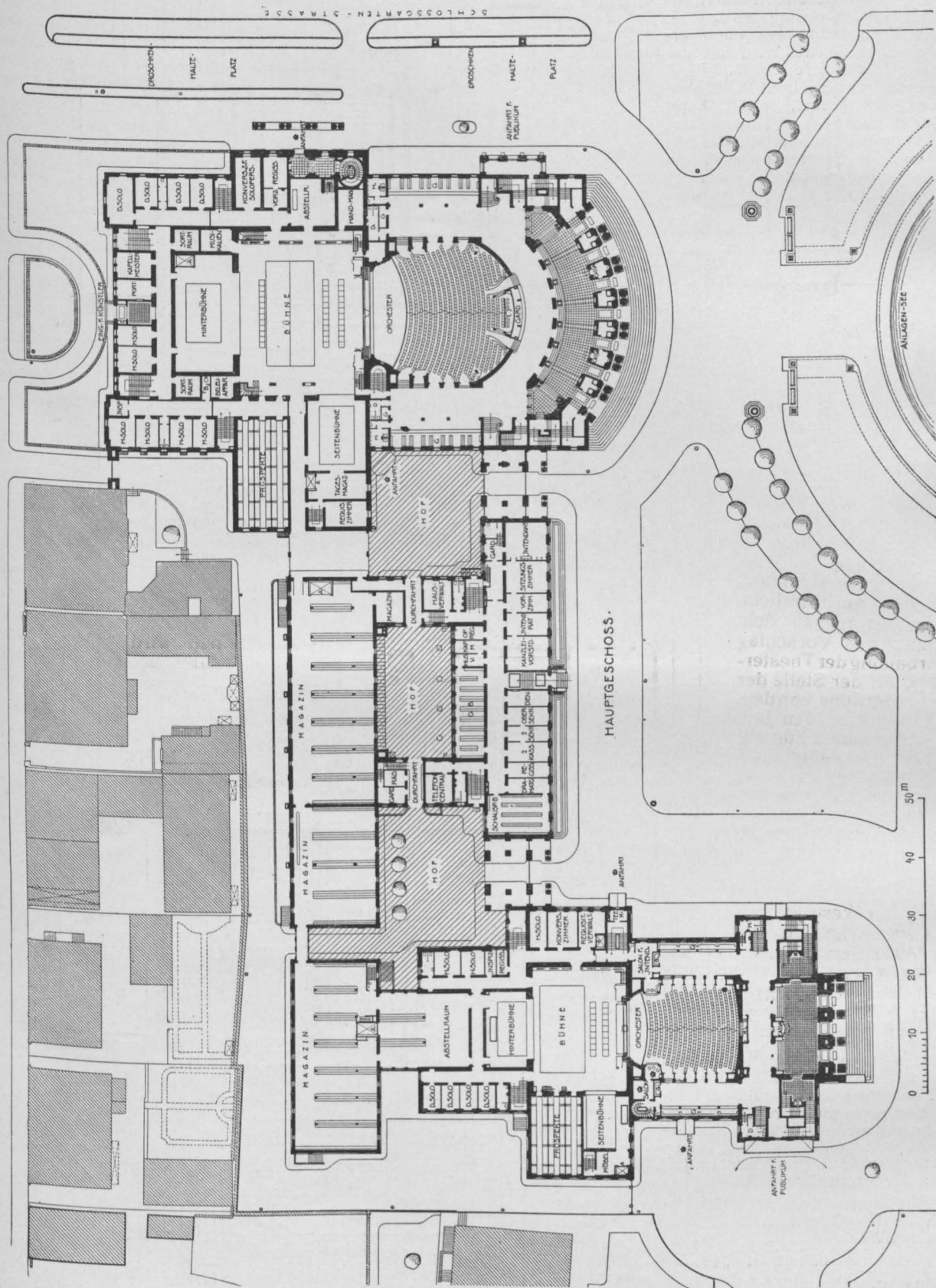
Im Februar 1912 hat ein neuer Entwurf des Hochwasserschutzes für Breslau zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgelegt, nachdem der frühere Entwurf vom 21. November 1908 wie auch dessen Ergänzung, die im Oktober und November 1911 ausgelegt war, wenig Sympathie und großem Widerspruch in den beteiligten Kreisen begegnet waren. Die schwierigen Abflußverhältnisse in und bei Breslau sind bei der Besprechung des früheren Entwurfes in No. 8, 9, 56 und 57 des Jahrganges 1909 der „Deutschen Bauzeitung“ so eingehend erörtert worden, daß sich ein nochmaliges Zurückkommen darauf erübrigt.

Die Grundzüge des neuen Entwurfes sind aus dem Lageplan, Abb. 1, Seite 701, ersichtlich. Der Entwurf wählt im Gegensatz zu dem Entwurf vom 21. November 1908 das Schwarzwassertal als Hauptflutarm; er geht dabei von dem Grundgedanken aus, oberhalb von Breslau den Hochwasserstand vom Jahre 1903 nicht zu heben, ihn unterhalb von Breslau aber erheblich zu senken, und sieht neben dem Hochwasserschutz einen neuen Großschiffahrtsweg bei Breslau vor, dessen beschleunigter Ausbau in den vorjährigen Landtagsverhandlungen gefordert und von der Staatsregierung auch zugesichert war. Während hinsichtlich der Wasserabführung durch die Stadt und über das Strauchwehr (Wehr an der Abzweigung



der „Älten-Oder“ von der „Strom-Oder“) an der früheren Bedingung, sie nicht über die beim Frühjahrshochwasser vom Jahre 1891 ermittelten Wassermengen von 850 und 530 cbm wachsen zu lassen, festgehalten ist, hat man die stärkere Heranziehung des Weidetales zur Hochwasserabführung fallen gelassen, dagegen aber das Schwarzwassertal und

stande, bei dem die Oder ausufernd, verschlossen gehalten wird und bei Hochwasser mit einer sekundlichen Wasserführung von 2400 cbm rd. 870 cbm aufnehmen und der Alte-Oder zuführen soll, ohne daß dabei der Wasserstand oberhalb des Einlaufes in das Schwarzwassertal die Höhe desjenigen des mit gleicher Mächtigkeit nieder gegangenen



Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

die Alte-Oder durch Begradigung des ersteren und durch völligen Ausbau beider in erhöhtem Maße nutzbar gemacht.

Den Entwurfszeichnungen und dem Erläuterungsbericht entnehmen wir, daß eine mächtige Flutmulde durch das Schwarzwassertal gegraben wird, die am oberen Ende durch ein bewegliches Wehr bis zu dem Wasser-

Juli-Hochwassers vom Jahre 1903 überschreiten darf.

Die Oder-Ohle-Niederung wird, wie schon im früheren Entwurf, im unteren Teil hochwasserfrei abgeschlossen, im oberen und mittleren Teil aber bleibt sie mit Ausnahme der Ortschaften Pleischwitz, Treschen, Ottwitz, Althofnass und Neuhaus der Ueberflutung erhalten. (Die überfluteten Flächen sind anschraffiert.) Der Sperreicht

A-B kehrt mittlere Hochwässer, gestattet aber den größeren den Ueberlauf und führt einen Teil der nach der Stadt abfließenden Wassermassen unterhalb der Abzweigung des Schwarzwassers der Strom-Oder wieder zu, so daß an der Enge zwischen Ottwitz und Wilhelmshafen beziehungsweise Barteln durch den Abfluß der der Stadt-Oder zugewiesenen Wassermassen kein Aufstau bedingt wird.

Die Fortsetzung des eben erwähnten Sperrdeiches wird auf der Ohlenseite in den Strecken B-H-I-K-L hochwasserfrei ausgebaut, bleibt aber auf der Oderseite im Zuge B-C-D und F-G nicht hochwasserfrei bestehen, sodaß dadurch auch oberhalb der Abzweigung des Schwarzwassers ein Ueberlaufpolder geschaffen wird.

Der durch die teilweise Absper-

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

Querschnitt durch das „Große Haus“ vor dem Proszenium.

rung der Oder-Ohle-Niederung veranlaßte Verlust an Strömungs-Querschnitt wird durch Zurückverlegung der Deichecken bei Pleischwitz und Lanisch sowie durch Niederlegung der Margarether- und Steiner-Goydeiche möglichst ausgeglichen.

Die Wasserverteilung in $\text{cbm}/\text{Sek.}$ ist nach der Skizze, Abb. 2, S. 701, geplant, aus der auch die bei dem letzten Katastrophenhochwasser im Juli 1903 durch die verschiedenen Wasserläufe abgeführten Wassermassen zu entnehmen sind. Danach sind im Juli 1903 in der Strom-Oder

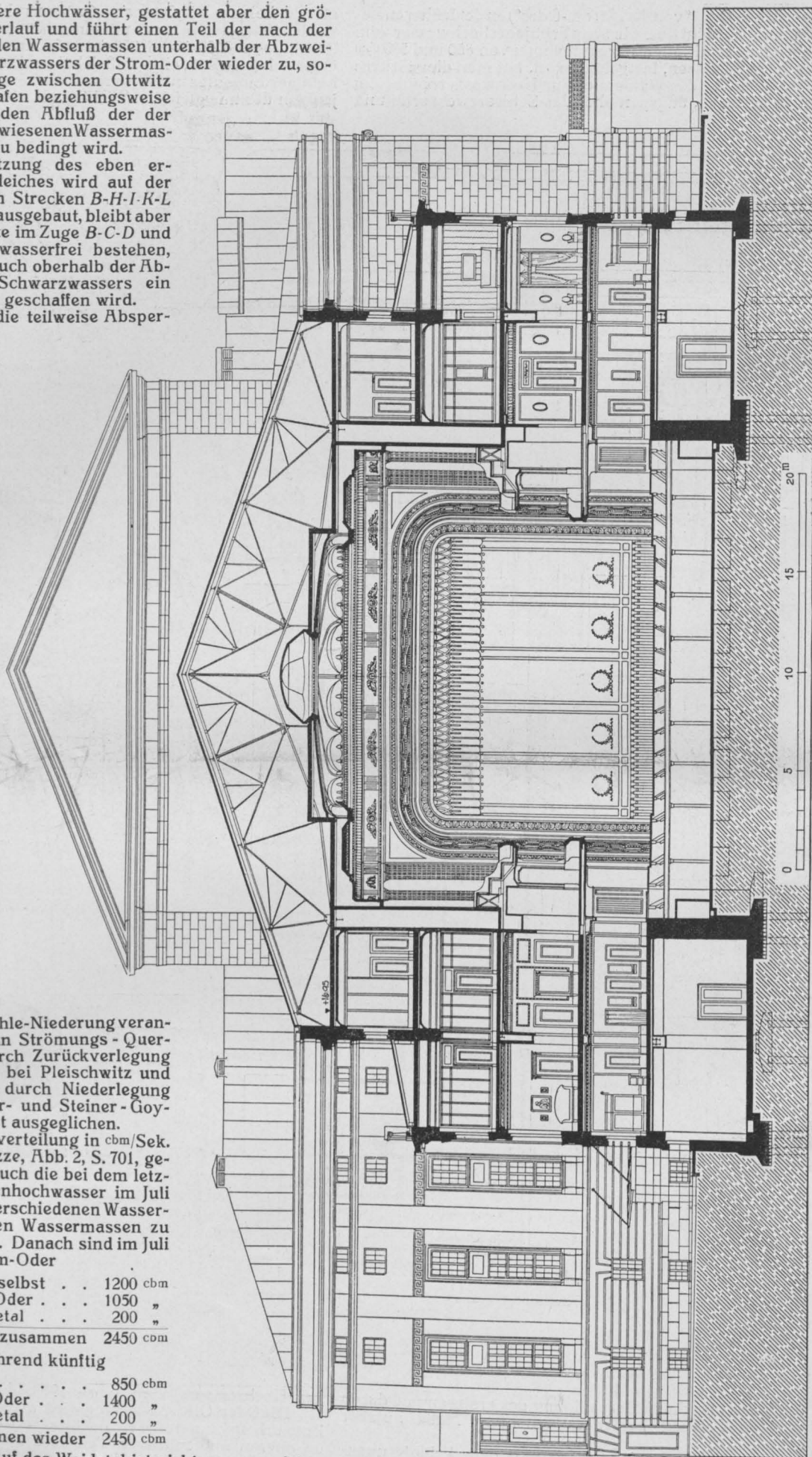
durch die Stadt selbst . . .	1200 cbm
durch die Alte-Oder . . .	1050 "
durch das Weidetal . . .	200 "
zusammen	2450 cbm

abgeflossen, während künftig

durch die Stadt . . .	850 cbm
durch die Alte Oder . . .	1400 "
durch das Weidetal . . .	200 "
zusammen wieder	2450 cbm

gehen sollen. Auf das Weidetal ist nicht ganz verzichtet worden, jedoch sollen nur die letzten 150 cbm der Scheitelwassermenge über einen Erddamm zunächst in den ge-

genwärtigen Einlauf des Schwarzwassers treten und in einer 100m breiten Mulde oberhalb Schwoitsch der Weide zugeführt werden.



Die Flutmulde durch das Schwarzwassertal von Barteln bis zur Alte-Oder, deren Querschnitt im oberen Teil Abb. 3, S. 700 und deren Längsschnitt einschließlich der Alte-Oder zwischen Flutmulde und Ausmündung in die Strom-Oder Abbildung 4 wiedergibt, ist 6 km lang und soll 870 cbm abführen. Einer etwaigen Vergrößerung des zulässigen Gefälles wird durch den Einbau eines festen Wehrrückens bei Wilhelmsruh (W_1 im Plan) vorgebeugt, auf dem ein Nadelwehr zur Regulierung des gewöhnlichen Wasserstandes in der Flutrinne vorgesehen ist. Durch

Hundsfelder-Brücke, Neubau der Eisenbahnbrücke Breslau—Oels und im Niedrigwasserbett durch Buhnen und Deckwerke reguliert werden soll, glatt nach der Strom-Oder unterhalb Breslau abgeführt werden.

Die Strom-Oder erfordert auf der Strecke von Barteln bis zum Strauchwehr und weiter durch die Stadt wegen der künftig geringeren Belastung keine baulichen Maßnahmen, dagegen soll sie von Breslau bis zur Weidemündung, obwohl sie mit 2250 cbm/Sek. nicht stärker als 1903 beansprucht wird, durch Abgrabungen im Vorlande und



Zuschauerraum des „Großen Hauses“.

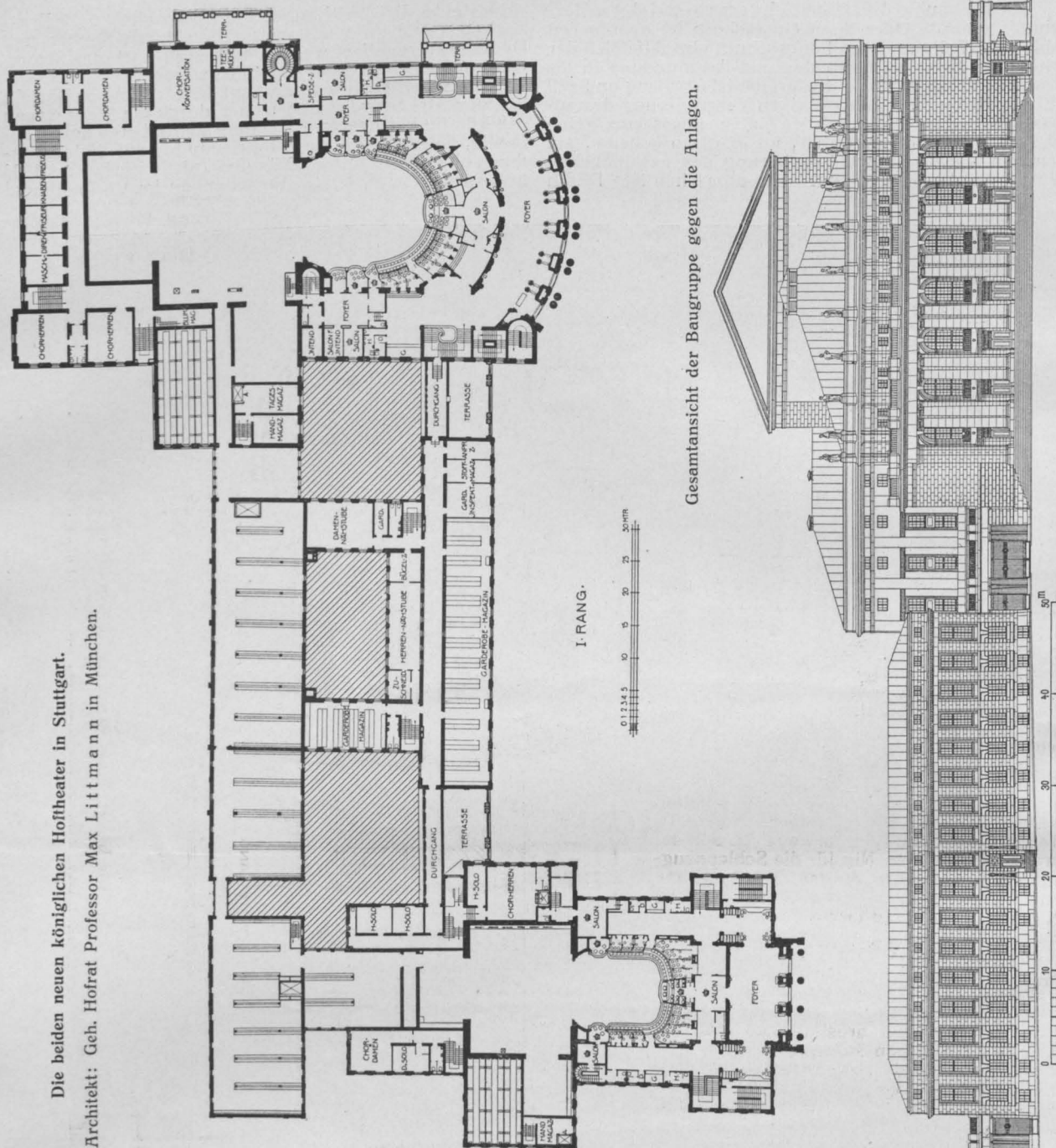
Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

die Anlage des Vorfluters und durch die Anordnung eines beweglichen eisernen Wehres auf dem Wehrrücken an seiner Abzweigung von der Strom-Oder bei Barteln kann bei Eisgängen und etwaigen schweren Eisversetzungen in der Strom-Oder oberhalb oder in der Alte-Oder unterhalb des Strauchwehres das von oben kommende Eis durch die Flutmulde nach der Alte-Oder und durch diese, die wegen der künftigen Inanspruchnahme mit 1400 cbm völlig ausgebaut und durch Abgrabung der Vorländer, Zurücklegung von Deichen, Erweiterung der Rosenthaler- und

durch umfangreiche Abholzungen in den dichten Waldbeständen auf dem rechten Ufer unterhalb Ransern — vgl. Lageplan S. 701 leistungsfähiger als bisher gemacht werden. Dies geschieht nicht sowohl mit Rücksicht auf das Abführungsvermögen der Flutmulde und Alte-Oder, als vielmehr zur Absenkung des Hochwasserspiegels des Unterwassers im Stadtgebiete, auf die vom Magistrat Wert gelegt wird und die mit 60 cm an der Pöpelwitzer Eisenbahnbrücke durch die genannten Maßnahmen erreicht werden soll.

Der Entwurf sorgt, wie bereits erwähnt, neben dem

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.
Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.



Gesamtansicht der Baugruppe gegen die Anlagen.

Hochwasserschutz auch für die Verbesserung der Schifffahrt bei Breslau und hat zu diesem Zweck einen Schifffahrtskanal durch das Schwarzwassertal neben der Hochwasserrinne vorgesehen.

Breslau besitzt seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts eine Schifffahrtsstraße mitten durch die Stadt und seit September 1897 eine 2. Schifffahrtsstraße, die unmittelbar neben und in der oberen Strecke in die Alte-Oder gelegt ist und dicht unterhalb des Strauchwehres in die obere Stadt-Oder mündet. Auch der 2. Schifffahrtskanal genügt bei weitem nicht mehr und ein neuer Großschifffahrtsweg ist seit langem dringendes Bedürfnis geworden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Benutzung der bestehenden Schifffahrtswege der geplanten Erweiterung entgegen stellten, ließen es angezeigt erscheinen, den neuen Kanal im Norden um die Stadt herum zu führen. Es lag nun nahe, den Schifffahrtskanal mit der Hochwasserrinne zu vereinigen, doch scheute man einerseits Störungen des Schifffahrtbetriebes infolge etwaiger Verwilderungen oder Versandungen des Kanalbettes durch das Hochwasser, anderseits war man darauf bedacht, die Kanalufer der Ueberströmung durch Hochwasser zu entziehen und sie für Handels- und Gewerbezwecke nutzbar zu machen. Diese Erwägungen führten dazu, den Kanal neben die Flutmulde zu legen.

Den oberen Eingang in den Kanal vermittelt eine Schleppzugschleuse bei Barteln (S_1 im Plan), den Ausgang in die Alte-Oder, die zwischen der Eisenbahnbrücke und der Gröschelbrücke als Schifffahrtsstraße benutzt werden soll, die Schleppzugschleuse bei Carlowitz und Wilhelmsruh (Schleuse S_2 im Plan).

Unterhalb der Gröschelbrücke ist in der Alte-Oder eine Staustufe angeordnet, oberhalb der die neue Schifffahrtsstraße durch eine 3. Schlepp-

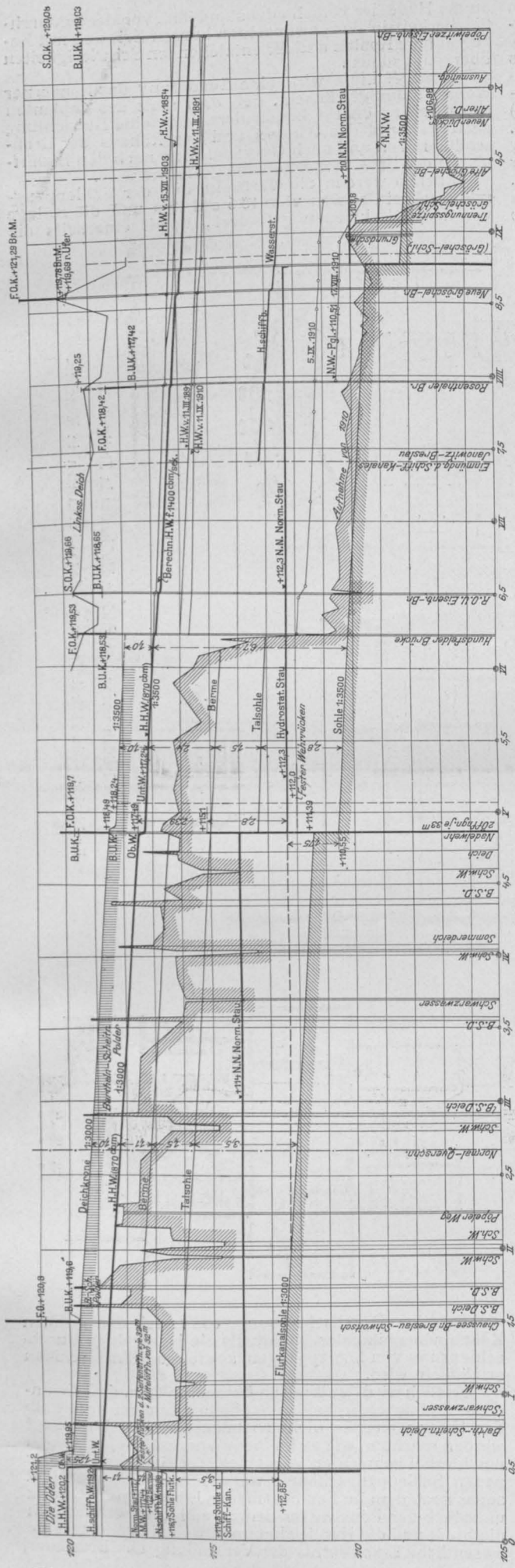


Abbildung 4. Längsschnitt durch die neue Flutmulde im Schwarzwasser und die „Alte-Oder“ bis zur Einmündung in die „Strom-Oder“.

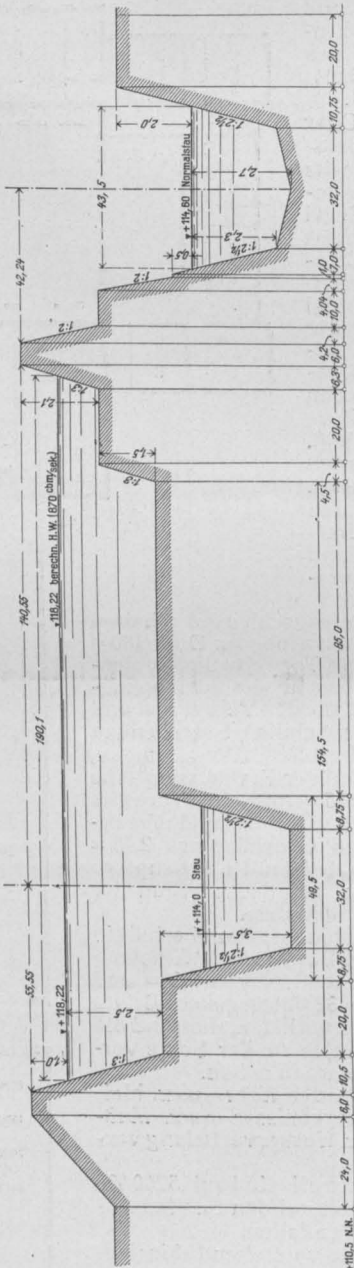


Abbildung 3. Querschnitt durch die Flutmulde.

Stromgebietes mit dem neuen Großschiffahrtsweg und eine Schädigung der Interessen des Breslauer Handels und der Schifffahrt befürchten.

Inzwischen ist, wohl mit Rücksicht auf den Grunderwerb, die Linienführung der unteren Kanalstrecke dahin abgeändert worden, daß bei Leerbeutel nicht mehr eine Abschwenkung vom Flutkanal erfolgen soll. Der Schifffahrtskanal wird auch hier etwa in gleichem Abstand vom Flutkanal wie in der oberen Strecke bis an die Alte-Oder geführt, in die er dann, durch ein bis über den höchsten schiffbaren Wasserstand reichendes Leitwerk vom Flutkanal geschieden, kurz unterhalb der Brücke der Eisenbahn Breslau-Oels einmündet. Bei dieser

Änderung ist auch der Flutkanal nördlich von Leerbeutel etwas weiter von dem für die Bebauung festgesetzten Gelände abgerückt, um für die zwischen dem Baulande und dem Flutkanal geplanten Parkanlagen der Stadt etwas mehr Platz zu schaffen.

Die Einsprüche gegen den Hochwasserschutz-Entwurf setzen seine Ergänzung durch die hydraulischen Berechnungen und durch die Sonder-Entwürfe der einzelnen Bauwerke voraus und beziehen sich auf verschiedene Einzelheiten, von denen allgemeineres Interesse nur die auf die Brückenabmessungen und auf die Höhe des Wehres an der Abzweigung der Hochwasser-Rinne bei Barteln gerichteten haben dürften.

Die über die Alte-Oder führenden Brücken im Zuge der Hundsfelder- und der Rosenthaler - Chaussee haben eine Breite von 9,4 m, wovon für die Fahrbahn nur 5,3 m und für die beiden Bürgersteige je 1,3 m nutzbar sind. Diesen schon jetzt und vollends bei der weiteren Entwicklung der Stadt und der Vororte in jener Gegend unzureichenden Abmessungen ist beim Bau des Großschiffahrtsweges in den 90er Jahren dahin

Rechnung getragen, daß die damals gebauten, im gleichen Straßenzuge liegenden Brücken über den Schifffahrtskanal eine nutzbare Fahrbahnbreite von 8,05 m und Bürgersteigbreiten von je 2,10 m, im ganzen eine Breite von 14,55 m erhalten haben. Da die genannten beiden Brücken infolge Ausbaues der Alte-Oder zur Wasserführung von 1400 cbm/Sek. ganz erheblich verlängert werden müssen, hat der Magistrat von Breslau gefordert, daß unabhängig von der Frage eines völligen Um- oder Neubaus der Brücken, die jetzt noch Eigentum der Provinz sind, die Verlängerung nicht in der bisherigen unzureichenden, sondern in der künftig notwendigen Breite von mindestens 7,5 m für die Fahrbahn und von je 2,25 m für

die Bürgersteige erfolgen solle. Ebenso wünscht die Stadt, daß bei den geplanten neuen Brücken über die Schwarzwasser-Flutmulde und natürlich auch in gleichem Zuge über den Schiffschiffkanal, für die eine Breite von insge-

wasser-Flutmulde wünschen die Stadtgemeinde und der Barteln-Scheitniger Deichverband, daß der Wehr-Rücken relativ nicht höher gelegt werden soll, als der Rücken des Strauchwehres liegt, damit bei Eisversetzungen unterhalb



Abbildung 1 (oben).
Lageplan von Breslau und Umgebung mit Eintragung des neuen Planes für die Hochwasser-Abführung durch das Schwarzwassertal und für den neuen Schiffschiffweg.

Abbildung 2 (unten).
Geplante Verteilung des Hochwassers auf Oder, Schwarzwasser und Weide.

samt 9,0 m bei 6,5 m Fahrbahnbreite vorgesehen ist, die Anbringung von Kragträgern zur Verbreiterung möglich bleibt.

Hinsichtlich des Wehres am oberen Ende der Schwarz-

Barteln oder unterhalb des Strauchwehres das Eis über das Bartelner Wehr durch das Schwarzwasser ohne jeden Aufstau bei gleich niedrigen Wasserständen abgeführt werden kann, wie bei guten Eisverhältnissen über das

Strauchwehr durch die Alte-Oder. Um dies zu ermöglichen, müßte der Wehr-Rücken bei Barteln rd. 50 cm tiefer gelegt werden, als im Entwurf vorgesehen ist.

Betrachten wir den Entwurf allgemein und unabhängig von den Einsprüchen und Wünschen, die sich schließlich nur gegen Einzelheiten richten und unbeschadet des Ganzen berücksichtigt werden können, so muß ohne Einschränkung anerkannt werden, daß hinsichtlich der Erhaltung und Ausnutzung der vorhandenen Werte, sowie hinsichtlich der Verbesserung der alljährlich oder doch häufiger wiederkehrenden Hochwasser-Verhältnisse und der Verhütung einer Verschlechterung bei den größten bisher beobachteten Hochwässern alles angestrebt ist, was billigerweise beansprucht werden kann.

Aus den Abmessungen des Ueberlaufes am Bartelner Wehr, des Vorfluters durch das Schwarzwassertal und weiter der Alte-Oder und der Strom-Oder bis zur Mündung der Weide ist nach überschläglicher und vergleichender Rechnung zu erkennen, daß eine kräftige Senkung im Breslauer Unterwasser erreicht wird und bei Schaffung genügender Durchströmungs-Querschnitte in der oberen Oder-Ohle-Niederung und am Einlauf zur Flutmulde auch eine Hebung des Wasserspiegels für alle mit geringerer oder höchstens gleicher Wassermenge wie im Juli 1903 niedergehenden Hochwässer oberhalb Barteln verhütet werden kann. Um das Letztere zu erreichen, wird man sich wohl zu einigen Änderungen im Ausbau der Oder-Ohle-Niederung, vor allem aber zu niedrigeren Ueberläufen in ihren Kehrdeichen der mittleren Hochwässer als geplant war, entschließen müssen. Und wenn auch dadurch nicht für alle Hochwässer eine Schwellung über den bisherigen Wasserspiegel ganz vermieden werden kann, so wird sie sich doch auf verhältnismäßig geringe Höhen und mittlere Hochwässer mit ungefährlichen Wasserständen beschränken lassen.

Eine ganz erhebliche Verbesserung erfährt nach dem vorliegenden Entwurf neben der Stadt-Oder das Weidetäl, da diesem nur die letzten 150 cm der Scheitelwassermenge zugeführt werden sollen. Haben wir dies auch nicht wörtlich zu nehmen, so ist doch nicht zu verkennen, daß künftig erst bei recht großen Hochwässern und auch dann bis

zum Anwachsen der Wassermasse bis zu derjenigen vom Juli 1903 nicht mehr als 150 cm in einer gut ausgebauten und durch hochwasserfreie Dämme abgeschlossenen Flutmulde der Weide zugeführt werden sollen, während ihr jetzt die Wasser wild durch das Dorf Schwoitsch und über Felder und Chausseen in wenig kontrollierbarer, aber wohl größerer Menge zufließen, wie wir nach einem Gutachten des Oderstrombaudirektors schließen können, auf das sich eine Entscheidung des Bezirksausschusses vom 7. Februar 1899 stützt.

Bezüglich des Schifffahrtskanales könnte die Frage aufgeworfen werden, ob die Nutzung des dem Hochwasser entzogenen Kanales und seiner Ufer die Ersparnisse aufwiegt, die durch Vereinigung des Schifffahrts- und Flutkanales in einer Rinne hätten erzielt werden können. Die im Erläuterungsbericht kurz angedeutete Befürchtung von Störungen des Schifffahrtsbetriebes durch Versandungen oder Verwilderungen des Kanalbettes infolge von Hochwässern scheint bei der Wahl der Trennung beider Kanäle weniger ausschlaggebend gewesen zu sein, da nach den Erfahrungen in dem jetzt schiffbaren Teil der Alte-Oder solche Versandungen keine irgendwie empfindliche Störung veranlaßt haben und stets schnell beseitigt werden konnten. Bei der Trennung beider Kanäle liegt die Gefahr vor, daß etwaige Versandungen der Flutrinne nicht schnell genug oder nicht in genügendem Umfang beseitigt werden und daß sie dann die Leistungsfähigkeit der Flutrinne herabsetzen und die Hochwasserlage ungünstig beeinflussen. Außerdem scheint uns die Beseitigung von Versandungen bei schiffbarer Flutrinne wesentlich einfacher als bei nicht schiffbarer, in die durch besondere Vorkehrungen, die in dem generellen Entwurf noch nicht kenntlich gemacht waren, das Einbringen des Baggers erst ermöglicht werden müßte. Es wird sicher nicht schwer sein, auch Bedenken nach dieser Richtung zu zerstreuen; wir wollen daher hoffen, daß die Einsprüche gegen den ausgelegten Entwurf und die ausgesprochenen Wünsche, so weit sie berechtigt sind, nach Möglichkeit Berücksichtigung finden und daß sich nicht noch im letzten Augenblick der Ausführung des anscheinend feststehenden Entwurfes Schwierigkeiten entgegenstellen. —

Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt.

Der Tag für Denkmalpflege hat in diesem Jahre das uralte Halberstadt im Harzerlande zur Stätte seiner Tagung gewählt. Die kunstberühmte Stadt, die von Anfang des 9. Jahrhunderts, also seit karolingischer Zeit, bis zum Westfälischen Frieden 1648 Bischofssitz war, besitzt aus dem frühen Mittelalter eine Fülle hervorragender Baudenkmäler und sonstiger Kunstschätze ersten Ranges. Sie ist zudem ein Hauptort der köstlichen Holzarchitektur, die sich im 15. und 16. Jahrhundert in Niedersachsen so reich und mannigfaltig entwickelt hat und besitzt gleich Braunschweig und Hildesheim von diesen charaktervollen Erzeugnissen einer hodenständigen Baukunst eine große Zahl wohl erhaltener Beispiele, sodaß die Männer der Denkmalpflege in Halberstadt in stattlicher Zahl sich eingefunden haben.

Der Begrüßungsabend hatte im festlich geschmückten Lyzeum eine große Anzahl Festteilnehmer versammelt. Nach den Ansprachen hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. P. J. Meier, Direktor des herzoglichen Museums in Braunschweig, einen Vortrag über die Geschichte Halberstadts im Spiegel seiner Kunst. Ausgehend von der Verlegung des karolingischen Bistums Seligenstadt (Ostervieck) nach Halberstadt durch Bischof Hildegim schilderte er die geschichtliche Bedeutung und die örtliche Entwicklung Halberstadts im Mittelalter, und dann besonders eingehend den berühmten Dom, die Liebfrauen-, die Pauls- und die Martinikirche, deren Geschichte er auf Grund eindringlicher selbständiger Studien darlegte, wie er auch ihre Schönheiten mit feiner Analyse und warmer Begeisterung seinen Zuschauern nahe brachte. Den Dom bezeichnete er als ein wahrhaft hehres Kleinod, als das schönste mittelalterliche Bauwerk dieser Art, das weit und breit zu finden sei. Bei der Liebfrauenkirche rühmte er die wundervolle Wirkung des äußeren Aufbaues, besonders am Chor von Osten her, und die wundervolle Ausstattung des Inneren mit romanischen Skulpturen, unvergleichlichen Glanzstücken der sächsischen Plastik. Die Paulskirche ist in ihrem Inneren geschickt wieder hergestellt und in ihrer Wirkung durch Äbtrennung des Chores mittels eines Lettners gehoben worden; der Chor wurde dabei in eine militärische Ruhmeshalle (Königgrätz 1866, Marslatour 1870) verwandelt. Dagegen verlangt die Liebfrauenkirche, wie der Vortragende betonte, in dringender Weise eine vorsichtige Wiederherstellung. Nächst diesen

kirchlichen Bauten ging der Vortragende auf die bürgerliche Baukunst Halberstadts ein, die als Hauptwerke die Pfarrkirche, das Rathaus und den bürgerlichen Fachwerkbau aufzuweisen hat. In einer Reihe von Bildern zeigte er die gesamte Entwicklung des Halberstädter Holzhauses in zwei Jahrhunderten, wobei er Winke für eine geschmackvollere Bemalung des Holzwerkes nach dem Braunschweiger Vorbild gab. Auch die Erhaltung der alten bischöflichen Residenz, des Peterhofes, bezeichnete er als eine dringliche Aufgabe der Denkmalpflege. Nach dem Temple, einer schlichten Schöpfung französischer Refugiés, wies der Vortragende endlich auf das an archivalischen Schätzen und Bildnissen reiche Wohnhaus Ludwig Gleims hin, das Halberstadt als bedeutsamen Musensitz kennzeichnet, bis Weimar ihm diese Rolle abnahm. Geheimrat Meier schloß seinen durch Lichtbilder reich belebten Vortrag mit der Mahnung, Halberstadt möge auch fernerhin dessen eingedenk sein, daß es zum Hüter unermeßlicher Schätze bestellt sei, und möge sich auch in Neuschöpfungen seiner großen Vergangenheit bewußt sein.

Die erste Sitzung eröffnete vor dem vollen Saale im Lyzeum der Vorsitzende, Geh. Hofrat Prof. Dr. von Oechelhaeuser, mit einer längeren Ansprache. Er wies darauf hin, daß der Tag für Denkmalpflege durch die Zahl von 300 Teilnehmern, die sich in der alten Sachsenstadt zusammengefunden habe, seine selbständige Lebenskraft glänzend erwiesen habe und bei der reichhaltigen und interessanten Tagesordnung auch seines inneren Erfolges gewiß sein dürfe. Er legte dann dar, wie große Fortschritte der Gedanke der Denkmalpflege in den letzten zwei Jahren gemacht habe: in Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Hamburg, Bremen, neuerdings auch in Württemberg sind neue Denkmalschutzgesetze teils erlassen, teils vorgelegt, teils in Vorbereitung; auch bei der Volksvertretung finden die grundlegenden Gedanken der Denkmalpflege und des Heimatschutzes jetzt Eingang, die kgl. preussische Regierung wird dem Landtag einen Gesetzesentwurf zum Schutze frühgeschichtlicher Funde in der Rheinprovinz vorlegen. In Hessen sind bisher 2056 Denkmäler in die Schutzlisten eingetragen, nur 220 Beschwerden haben sich herausgestellt, rund 90% der Inhaber haben sich dem Klassement gefügt. Das hessische Gesetz wirkt viel besser als das französische, das eine nur geringe Anzahl Denkmäler schützt, die anderen aber der Vernichtung ausliefert. Weiter schilderte der Vorsitzende, wie

der Gedanke der Denkmalpflege sich nach deutschem Vorbild in der Türkei Bahn gebrochen habe; er berichtete über den Fortschritt im Erlaß von Ortsstatuten, die wachsende Tätigkeit der Vereine für Denkmalpflege und Heimatschutz. Trotz alledem bleibt auf diesem Gebiete noch unendlich viel zu tun. Verunstaltungen, Zerstörungen, Verschleppungen und Veräußerungen von Kunstwerken sind noch immer an der Tagesordnung. Glücklicherweise nimmt sich die Presse jetzt in zahlreichen Fällen bedrohter Denkmäler an, sodaß durch ihr Eintreten manch ehrwürdiges Denkmal aus den Händen bauwütiger Restauratoren oder vor völliger Zerstörung gerettet wird. Auch in weiten Kreisen der Bevölkerung nimmt das Interesse an der Denkmalpflege in erfreulicher Weise zu, und der wachsende historische Sinn der Bevölkerung ermöglicht so den rettenden Ankauf manch alten Bauwerkes (z. B. des goldenen Szepters in Breslau).

In einem Rückblick auf die Denkmalpflegetage seit der ersten Tagung in Dresden im Jahre 1900 legte Redner dar, daß die moderne Bewegung sich als gleichberechtigt neben der historischen Methode der Denkmalpflege durchgesetzt habe und, nachdem sie Luft bekommen, selbst duldsamer geworden sei gegenüber den Vertretern der älteren Richtung. Doch soll kein neues Dogma an Stelle des alten treten, nur eine vorurteilsfreie Entscheidung von Fall zu Fall kann zu guten Ergebnissen führen. Einig sind beide Richtungen in der Ablehnung aller willkürlichen und nicht in der Sache selbst begründeten Wiederherstellungen, in der Verurteilung aller mittelalterlichen Stilexerzieren und in der Geringschätzung jener Afterkunst, die ihr höchstes Ziel in der Verleugnung aller künstlerischen Eigenart und in der möglichst sklavischen Anpassung an die Kunstideale vergangener Kulturperioden sieht und dabei viel Unheil in der deutschen Denkmalpflege angerichtet hat. Der konservative Zug, der seit Ruskins Auftreten die Denkmalpflege in England in vorbildlicher Weise durchweht, ist endlich auch bei uns zur Herrschaft gelangt, die Ehrfurcht vor dem historisch Erworbenen hat sich als Leitstern der modernen Denkmalpflege auch bei uns jetzt allmählich durchgesetzt.

Es sprach dann Prof. E. Högg-Dresden über „Moderne Ladeneinbauten in alten Gebäuden“. Einleitend wies er hin auf die reichhaltige, seinem Vortrag zugrunde liegende Ausstellung, an der sich rund dreißig deutsche Städte mit Aufnahmen alter und neuer Beispiele von Ladenbauten beteiligt haben. Der „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ hat eine Auswahl aus dieser Ausstellung zu einem Heftchen vereinigt, das er den Teilnehmern widmet und das an Stelle von Lichtbildern die knappen Ausführungen des Redners unterstützt. Dieser schildert zunächst die Form, in welcher neuerdings die Ansprüche des Handels zum Schaden unserer Straßenbilder auftreten, und bezeichnet als Ausgangspunkt für den grundsätzlichen Wandel der modernen Ladengestaltung die Warenhäuser und die nach ihrem Vorbild umgebauten größeren Geschäftshäuser, die für das pulsierende Leben der Großstadt ihre Berechtigung haben, im Landstädtchen und im Dorf aber als Ramschgeschäfte das geschäftliche Leben oft geradezu zerstören und zugleich alle alte Schönheit vernichten. Die Angst vor dieser übermächtigen Konkurrenz, sowie der Nachahmungstrieb zwingt die kleinen Geschäftsinhaber in Stadt und Land, es den warenhausartig aufgemachten Geschäften in der äußeren Erscheinung nach Möglichkeit gleich zu tun.

Der Redner unterscheidet grundsätzlich zwischen der Denkmalpflegearbeit in den Geschäftsstraßen der Großstadt und in denen der Kleinstadt. Er verlangt, daß in

der Großstadt gewisse Bezirke in Uebereinstimmung mit dem Städtebauer für die Ansprüche des modernen Geschäftslebens freigegeben werden, damit auf der anderen Seite durch geschickte Führung der Verkehrsadern die wertvolle alte Stadt um so energischer vor der Zerstörung durch Ladenausbrüche und Reklame geschützt werden könne.

Er schildert die Nachteile, die in kleinen städtischen Verhältnissen für den Ladeninhaber mit der gedankenlosen Nachäffung großstädtischer Geschäfte verknüpft sind, und verlangt deren energischen Schutz gegen die Rücksichtslosigkeiten der Ramschgeschäfte, sei es durch Gesetz, durch Ortsstatute oder durch Schaufenster-Steuern und dergleichen. Besonders müßten die in kleinstädtischen Verhältnissen vollständig sinnwidrigen und das Straßenbild besonders schädigenden Schaufenster in den Obergeschossen unmöglich gemacht werden.

Beinahe noch einschneidender für das Straßenbild als die Erscheinung der Ladeneinbauten ist aber, wie der Redner schließlich ausführt, die Straßenreklame, also jenes sinnlose Gewirr von Farben und Schriften, unter dem heute die Straßenarchitektur förmlich begraben ist. Er bezeichnet es als durchaus zweifelhaft, ob solche einander überschreienden Reklamen überhaupt ihren Zweck erreichen, und rühmt die geschmackvolle Schönheit der bescheidenen alten Hauszeichen und der kunstgewerblich hervorragenden Auslegeschilder. Gegen die derzeitige Reklamesucht unserer Geschäftswelt aber empfiehlt er abermals das Kunstschutzgesetz, sowie eine Besteuerung durch die Gemeinde. Vor allem gelte es, Kaufleute und sonstige Ladeninhaber zu belehren und aufzuklären, solange diese nicht einsehen, daß die derzeitigen kulturlosen Zustände nicht fortdauern dürfen, da sonst alle Bemühungen der Denkmalpflege vergeblich bleiben. Zu dieser Erziehungsarbeit fordert Högg die hierfür einflußreichen Stellen, die Handelskammern, die volkswirtschaftlichen Vereine und Innungen nachdrücklich auf.

An den Vortrag schloß sich eine Aussprache. Oberbürgermeister Struckmann von Hildesheim legte die Hildesheimer Verhältnisse dar und schlug vor, die bedeutsame Sammlung, die zur Erläuterung des Högg'schen Vortrages dient, in einem volkstümlichen Abbildungswerk zu möglichst billigem Preis der Öffentlichkeit zu übergeben. Oberbürgermeister Dr. Gerhardt legt dar, daß die Ausstellung zunächst am Freitag und Sonnabend den Bürgern von Halberstadt zugänglich gemacht werden soll. Mit dem Ortsstatut hat man hier, ohne Schwierigkeiten zu finden, sehr gute Erfahrungen gemacht. Dasselbe wurde für Rothenburg o. T. bestätigt. Schließlich wurde beschlossen, die Herausgabe eines Werkes, in dem die noch erhaltenen alten guten Kaufläden enthalten sein sollen, nach Kräften zu fördern. Prof. Högg und Geh. Hofrat Prof. Gurliitt werden sich zu diesem Zweck zusammen tun. Die Ausstellung aber soll als Wanderausstellung dem „Dürerbund“, dem „Bund Heimatschutz“ und dem „Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz“ anvertraut werden. Noch erläuterte Kunstmaler Rumpf seine Potsdamer Sonderausstellung mit dem Hinweis darauf, daß die Stadtverordneten dort bisher jeden Entwurf zu einem Ortsstatut abgelehnt haben, daß daher die große Gefahr weiterer Verunstaltung der Potsdamer Baudenkmäler unvermindert weiter besteht.*) Da ein Zwang jetzt unmöglich ist, verlangt er dringend eine Erweiterung des Heimatschutzgesetzes. —

(Fortsetzung folgt.)

*) Anmerkung der Redaktion. Ein Ortsstatut steht in Potsdam zurzeit in Beratung.

Vermischtes.

Zur Erhaltung des alten botanischen Gartens hinter der Universität in Berlin versendet der „Berliner Waldschutz-Verein“ die folgenden berechtigten Ausführungen: „Schwer verständlich ist die Leichtigkeit, mit der sich die öffentliche Meinung in die Bebauung des alten botanischen Gartens hinter der Berliner Universität gefunden hat. Man muß die uralten Gärten der ehrwürdigen Universität Oxford oder die in prächtige Parkumgebung hingelagerten amerikanischen Universitäten gesehen haben, um die fast leidenschaftliche Anhänglichkeit zu verstehen, welche die Schüler dieser Anstalten für ihre alma mater empfinden. Es muß dagegen als ein geradezu beschämendes Zeichen von der geringen Bedeutung des studentischen Lebens und der Universität für die Reichshauptstadt angesehen werden, daß die Nachricht von der geplanten Bebauung des botanischen Gartens unbeanstaltet durch die Presse gehen konnte. Diese Verbauung — ganz abgesehen davon, daß sie einen jedem Berliner Studenten teuren Ort peripathetischer Diskussion zerstört — bedeutet nicht nur eine weitere Einbauung

des kleinen Kastanienwäldchens und eine Beeinträchtigung der Luftzufuhr für die Universität und ihre Tausende von geistig arbeitenden Besuchern, sondern sie ist auch eine Schädigung der neuen Bibliothek und überhaupt des gesamten Bezirkes des Studiums und der Konzentration zwischen Bibliothek und Dom, der doch als unantastbar geheiligt sein mußte. Die Begründung, daß die Verbauung des botanischen Gartens nichts schaden könne, weil das Kastanienwäldchen vorläufig noch als Hof der Universität teilweise freigelassen werden solle, klingt genau wie das Argument, daß die Amputation eines Beines nichts schade, wenn nur das andere einstweilen noch beinahe gesund sei. Daß in dem neu zu errichtenden Gebäude (mit dem darin geplanten Institut für Altertums-Wissenschaften, dem archäologischen Apparat und Seminar für historische Geographie) auch sogar noch Kunstgeschichte gelehrt werden soll, muß als besondere Ironie betrachtet werden. Schon das sogenannte Baracken-Auditorium im Kastanienwäldchen ist auf die Dauer durchaus unpassend. Wenn die Universität neuen Platz braucht, so ist der Ankauf der Grundstücke in der Dorotheen- und

Bauhof-Straße die selbstverständliche Lösung. Ähnlich hat z. B. in der Umgebung der ersten amerikanischen Universität (Harvard-Boston) eine Vereinigung von früheren Schülern die umliegenden Gelände unter der Hand erworben und hält sie für die Erweiterungsbedürfnisse der Universität bereit. In gleicher Weise befinden sich auch die Privathäuser in der Nachbarschaft der Universität von Pennsylvania-Philadelphia längst im Besitz der Universität. Nur im „Lande der Dichter und Denker“ ist man mit der Förderung von Kunstgeschichte und Wissenschaft auf dem Wege der Verbauung der letzten Grünflecken einverstanden. Nachdem die gegenwärtige Generation der Berliner Studenten bisher noch nicht gegen das neue Grünflächen-Attentat Einspruch erhoben hat, ist, wie wir hören, jetzt eine Aktion eingeleitet worden, welche die „alten Herren“ der Berliner Universität zu einem einmütigen Widerspruch gegen die Unschicklichkeit des geplanten Bauplanes zusammenschließen soll.“ —

Die Kanalisierung des Mains von Hanau bis Aschaffenburg ist Gegenstand einer Nachtragsforderung zum diesjährigen Staatshaushalts-Entwurf, die dem bayerischen Landtag kürzlich zugegangen ist. Bezüglich der Kanalisierung von Offenbach bis Aschaffenburg besteht ein Staatsvertrag vom 21. April 1906 zwischen Preußen, Bayern, Baden und Hessen. Von dieser Strecke fällt die Ausführung der 30 km von der Eisenbahnbrücke bei Hanau-Kleinsteinheim bis zur Straßenbrücke in Aschaffenburg Bayern zu. Sie erfordert einen Aufwand von 10,5 Mill. M., von denen jedoch nach dem Reichsgesetz vom 24. Dezember 1911 über den Ausbau deutscher Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben 75% aus den Reinerträgen der im Rheingebiet zu erhebenden Schiffsabgaben zu tilgen sind, ebenso wie die gemeinsame Stromkasse auch die Unterhaltungskosten später zu bestreiten hat. Wenn auch die bezüglichen Bestimmungen genannten Gesetzes noch nicht in Kraft getreten sind, so hält die bayerische Regierung doch den Zeitpunkt schon für gekommen, sich die Mittel bewilligen zu lassen, um zum Bau gerüstet zu sein, sobald die Ausführung der neuen preussischen Kanalstrecke gesichert ist. Durch die Kanalisierung soll bekanntlich erreicht werden, daß 1500 t-Rheinschiffe mit 2,3 m Tiefgang bis nach Aschaffenburg gelangen können. Es soll dementsprechend eine Wassertiefe von 2,5 m hergestellt werden.

Um den Ansprüchen des zu erwartenden Verkehrs zu genügen, sind die Hafenanlagen in Aschaffenburg umzubauen. Nach der Vorlage ist ein solcher Umbau mit 10,5 Mill. M. Kostenaufwand vorgesehen. Die alten Anlagen sollen dem bedeutenden Floßverkehr überlassen bleiben und für den Umschlagsverkehr ist eine neue Anlage am linken Ufer bei Leider in Aussicht genommen, die zwei vom Main abzweigende parallele Hafenbecken erhalten soll. (Erweiterungsmöglichkeit durch ein drittes Becken ist vorgesehen.) An diesen Becken ist auch für Lager- und Industriepätze, an denen es zurzeit fehlt, Raum zu schaffen. Deren Lage soll durchweg über Hochwasser sein. Ein umfangreicher Hafenbahnhof, der mit der Station Goldbach der Linie Aschaffenburg—Würzburg in Verbindung steht, soll den Hafen bedienen. Seine Kosten sind auf 3,5 Mill. M. veranschlagt, sodaß die Gesamtkosten der Kanalisierung bis Aschaffenburg 24,5 Mill. M. betragen.

Der Verkehr, der sich im Hafen bei Aschaffenburg zunächst entwickeln wird, ist auf 1,3 Mill. t geschätzt, von denen etwa 1 Million t auf Kohlenbezug entfallen (700 000 t allein für die bayerischen Staatseisenbahnen). Aus den Abgaben wird eine Einnahme von 2,5 Mill. M., d. h. ein Ueberschuß von fast 2 Mill. M. jährlich, d. i. eine Verzinsung der Baukosten mit rd. 8%, berechnet. —

Ein Versuchstheater zur Prüfung feuersicherer Einrichtungen in Düsseldorf soll in großem Maßstabe bis 1915 errichtet werden. In Wien besteht schon seit 1905 ein solches Modelltheater mit einem Rauminhalt von etwa $\frac{1}{40}$ eines wirklichen Theaters. Das Düsseldorfer Theater, für das Branddirektor Schlunck daselbst den Entwurf ausgearbeitet hat, wird einen Rauminhalt von $\frac{1}{8}$ des Zuschauerraumes und $\frac{1}{10}$ des Bühnenraumes des Düsseldorfer Stadttheaters erhalten. Das Gebäude selbst soll eine Grundfläche von 14 zu 25 m und eine Höhe im Zuschauerraum von 9,5 m und im Bühnenhaus von 12 m bis zum Schnürrahmen und 15,25 m bis zum Hauptgesims erhalten und so hergestellt werden, daß Eisen-, Eisenbeton- und Holz-Konstruktionen zur Verwendung gelangen. Ein Umgang um das Theater wird eine genaue Beobachtung des Feuers in seinen Entwicklungsstadien ermöglichen. Eine Feuergasse mit besonderer Entlüftung nach Art derjenigen im Kasseler Hoftheater und Entlüftungskappen über dem Bühnenhaus und dem Zuschauerraum lassen die Wirkungsweise der einzelnen Arten der Entlüftungen erkennen. Bühnenhaus und Zuschauerraum sind durch

zwei eiserne Vorhänge getrennt, von denen der eine von oben nach unten, der andere von beiden Seiten schließend gedacht ist. Dazu kommen Berieselungsanlagen, Rauchabzüge usw., sodaß sich durch die verschiedenen Zusammenstellungen der Sicherheitseinrichtungen über 100 verschiedene Versuche ermöglichen lassen. Die Kosten sind auf 87 000 M. veranschlagt. Zu dieser Summe werden, wie verlautet, der „Deutsche Betonverein“ etwa 22 600 M., der Stahlwerksverband etwa 16 300 M., der „Bund Deutscher Zimmermeister“ rd. 15 600 M. und die Stadt Düsseldorf etwa 4 000 M. beisteuern. Die Versuche werden unter staatlicher Aufsicht voraussichtlich von der Versuchsanstalt in Groß-Lichterfelde angestellt werden. —

Grundsätze für die Beziehungen zwischen Baupolizei und Bauberater. Der Hauptausschuß für Bauberater der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ in Berlin hat Grundsätze für die Beziehungen zwischen Baupolizei und Bauberater aufgestellt, die wie folgt lauten:

1. Der Hauptausschuß für Bauberater vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die Organisation und der Aufgabenkreis der Bauberaterstellen in Anpassung an die jeweils in Frage kommenden Verhältnisse geregelt werden müssen, und daß die verschiedensten Organe und Einrichtungen sich zur Angliederung von Bauberaterstellen eignen. 2. Unter den für die Angliederung in Frage kommenden Organen steht die Baupolizei an erster Stelle, da ihr alle Projekte von Belang zur Kenntnis kommen und die ganze Entwicklung dahin drängt, daß sie sich nicht lediglich als Polizeibehörde, sondern mehr als Beraterin des bauenden Publikums herausbildet. 3. Wird der Baupolizeibehörde, oder auf dem Lande den technischen Beratern der polizeilichen Organe, die Funktion einer Bauberaterstelle übertragen, so ist darauf zu halten und Vorsorge zu treffen, daß der Bauberater-Tätigkeit jeder polizeiliche Charakter fehlt, daß Mißbräuche vermieden werden und daß das Publikum und die Architektenschaft das vollste Vertrauen zu der Sache gewinnen können. Zu diesem Zwecke ist vor allem Folgendes zu beachten: a) Wo Privatchitekten oder Architekten-Organisationen vorhanden sind, sind Vertreter derselben mit heran zu ziehen und es muß im Einvernehmen mit diesen ehrenamtliche Mitwirkung der Privatchitekten in den Beratungsstellen angestrebt werden. b) Zweckmäßig ist die Bildung eines Ausschusses, der dem Bauberater einerseits als Rückhalt gegenüber unberechtigten Anfeindungen seiner Tätigkeit dient und der andererseits in prinzipiellen Fragen und bei etwaigen Beschwerden entscheidet. Die Zusammensetzung des Ausschusses muß eine unparteiliche Arbeit gewährleisten. Architektenschaft und Bauunternehmertum sollen darin vertreten sein. c) Wo die Zahl der zur Verfügung stehenden Kräfte es gestattet, sollten die Bauberater und die polizeiliche Prüfung der Projekte verschiedenen Personen übertragen werden. d) Die unbedingt notwendige Voraussetzung für die Übertragung der Bauberater an die Baupolizei ist das Vorhandensein einer technisch und künstlerisch durchgebildeten Persönlichkeit, die sich in selbstloser Hingabe der Sache widmet. Wo diese Voraussetzung nicht zutrifft, soll eine Bauberaterstelle nicht eingerichtet werden. Ganz unzulässig ist es, daß Nichtfachleute die Bauberater ausüben. 4. Auch dort, wo die Bauberater nicht der Baupolizei übertragen, sondern anderweitig organisiert wird, empfiehlt sich ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der beiden Stellen insbesondere in der Weise, daß die Baupolizei auf die Benutzung der Beratungsstelle hinwirkt. —

Tote.

Regierungs- und Baurat Julius Habicht †. Am 1. Oktober entschlief in Berlin-Halensee nach kurzer Krankheit und unerwartet im Alter von nur 38 Jahren der Regierungs- und Baurat Julius Habicht, der zu den besten Hoffnungen unter dem architektonischen Nachwuchs Preußens zählte und dessen Verlust schwer empfunden werden wird. Seit mehr als 10 Jahren war Habicht bautechnischer Referent des Reichsbank-Direktoriums und hat als solcher in einer Reihe deutscher Städte Reichsbank-Gebäude ausgeführt, die sich ebenso sehr durch glückliche Anpassung an den Charakter des jeweiligen Stadtbildes, wie durch schlichte, sachliche, künstlerisch vornehme Ausdrucksweise auszeichnen. Der Verstorbene wurde am 19. Jan. 1874 in Elberfeld geboren und machte seine fachlichen Studien auf den Technischen Hochschulen zu Berlin und München. Vor seiner Tätigkeit für die Reichsbank war Habicht bei den Neubauten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg, sowie bei den Neubauten auf der Museums-Insel zu Berlin beschäftigt. —

41. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu München am 13. September 1912.

Nacheiner Begrüßung im Künstlerhaus am Abend des 12. Sept. begann am Freitag, den 13. Sept., die ernste Arbeit. Zehn Haupt- und vierzehn Nebenpunkte standen auf der Tagesordnung. Unter dem Vorsitz des Geh. Oberbaurates Saran-Berlin wickelten sich die Verhandlungen trotz auftauchender Meinungsverschiedenheiten schnell ab. Zunächst widmete der Vorsitzende den verstorbenen Verbandsmitgliedern, zu denen auch der Erbauer des Deutschen Reichstagsgebäudes, Paul Wallot, gehört, ehrende Worte des Gedenkens. Ein freudigerer Anlaß löste diesen ernsten Erinnerungstribut ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß Dr.-Ing. h. c. Reinhold Baumeister, ein Gründungsmitglied des Verbandes, im Juli d. J. sein 50jähriges Professoren-Jubiläum in Karlsruhe feierte, weshalb der Vorschlag mache, Baumeister zum Ehrenmitglied des Verbandes zu ernennen, was mit einhelligem Beifall aufgenommen wurde. Als dies dem Genannten, nachdem er in den Saal geleitet worden war, bekannt gegeben wurde, dankte er und betonte, daß diese Ehrung ihm die höchste unter den Auszeichnungen dünke, die ihm zuteil geworden seien, denn sie käme aus den Reihen der Fachgenossen.

Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß die Zahl der vertretenen Stimmen 131 betrage, wurde in den weiteren Gang der Verhandlungen eingetreten. Der Geschäftsbericht weist 10225 Mitglieder aus, die Zunahme beträgt 288, die der Einzelmitglieder nach Abzug der mehreren Vereinen angehörigen 9565. Der genehmigten Abrechnung des Jahres 1911 zufolge betrug das Verbandsvermögen rund 61 300 M. Der Voranschlag mit 27000 M. Einnahmen und Ausgaben für 1913 fand Zustimmung. Von den zur Rechnungsprüfung berufenen Architekten- und Ingenieur-Ver-



einen München, Straßburg, Karlsruhe mußte Straßburg ausscheiden und Mainz trat an seine Stelle. Der Jahresbeitrag für 1913 wurde mit 2,50 M. für das Mitglied festgelegt.

Eine nicht allzu optimistische Beurteilung fand die Angelegenheit der Herausgabe des groß gedachten illustrierten Werkes „Das deutsche Bürgerhaus“. Es seien zwar zu den zurzeit des Rechnungsabschlusses vorhandenen Beiträgen von 14910 M. noch über 5000 M. Beiträge angemeldet, auch sei mehrfach kostenlose Mitarbeit in Aussicht gestellt worden, aber bei den großen Herstellungskosten und dem bedeutenden Umfang des Werkes sei man doch zu der Erwägung gelangt, jeden neuen Band erst dann in Druck zu legen, wenn die Kostendeckung hierfür vorhanden ist.

Der Einladung für die nächste Abgeordneten-Versammlung im Jahre 1913 nach Bromberg wurde ebenso entsprochen, wie der für die Wander-Versammlung von 1914 nach Hamburg, während für die Wander-Versammlung 1916 Dresden in Aussicht genommen ist. Gelegentlich der Versammlung in Bromberg wird auch Posen besucht werden.

Zur Aufnahme in den Verband haben sich gemeldet der „Osthüringische Architekten- und Ingenieur-Verein Weimar“ (32 Mitglieder), Metz (19 Mitglieder), der „Privat-Architekten Verein Kaiserslautern“ (34 Mitglieder), der „Architekten- und Ingenieur-Verein Hagen i. W.“ (15 Mitglieder) und der „Architekten-Verein Saarbrücken“ (26 Mitglieder). Hier entspann sich nun eine lebhafte Debatte, die in der Warnung vor der Aufnahme kleinerer Zweigvereine gipfelte, während andererseits die Ansicht vertreten wurde, daß die Kraft des Verbandes nicht allein in der Zugehörigkeit nur großer Vereine liegen könne. Schließlich trat eine Einigung für die Aufnahme der genannten Vereine ein, mit Ausnahme des von Kaiserslautern, mit dem erst weitere Verhandlungen gepflogen werden sollen und zwar aus sachlichen Gründen.

Recht ausgiebig wurde die Neuorganisation des Verbandes besprochen. Hercher-Wiesbaden trat mit dem Gedanken hervor, alle deutschen Verbände zusammenzufassen und die großen Landesverbände in Bezirksvereine zu gliedern. Der Plan wurde eingehend erwogen und führte dazu, daß der Entschluß gefaßt wurde, bestimmte Vorschläge in dieser Richtung auszuarbeiten, denen die Leitsätze der Organisation des „Bundes der Privatchitekten“ zugrunde gelegt werden sollen. Es läge zu allermeist im Interesse des Verbandes, die Privatchitekten in diesen hineinzu ziehen, ebenso aber alle höheren Techniker. Dies fand allgemeine Zustimmung.

Der technisch-wissenschaftliche Teil des Programmes, der im Druck vorlag, wurde ohne nennenswerte Debatte kurzer Hand zur Kenntnis genommen. Lebhaftere Auseinandersetzungen gab es bei dem Kapitel Schiedsgerichte. Es wurde hervorgehoben, daß die Schiedsrichter sich meist und zwar ohne genauere Kenntnis der Gesetze zu sehr als Anwälte ihrer Partei fühlen und gebärden. Dem wurde entgegengehalten, daß dem Juristen die technische Vertrautheit mit der Materie in der Mehrheit mangle, aber es könne wohl ein Ausgleich damit angebahnt werden, daß ein Jurist zum Obmann des Schiedsgerichtes gewählt werde.

Was die Frage: neuzeitliche Bauordnungen anlangte, sei es Dr. Hecker nicht möglich gewesen, als Berichterstatter nach seinem Vorgänger in der Sache diese so weit zu fördern, daß er zurzeit mit bestimmten Vorschlägen hätte hervortreten können. Daraufhin nahm der Verband aber dennoch Stellung zu der Angelegenheit, indem er der von Baurat Redlich-Berlin vorgeschlagenen Entschliebung: „Der Verband begrüßt es, daß die Kommission des Reichstages für ein Reichswohnungsgesetz nicht ein einheitliches Gesetz in Vorschlag bringt, sondern eine Reihe von im Ziele unter sich zwar zusammenhängenden, aber immerhin doch einzelnen für sich selbstständigen Gesetzen. Der Verband hält es gleichzeitig für durchaus erwünscht, daß in erster Linie von diesen Gesetzentwürfen auch jener betreffend die Wohnungsaufsicht zur Annahme gelangt“, zustimmte und die Mitteilungs der Errichtung eines Lehrstuhles für Kleinwohnungsbauten an der Dresdener Technischen Hochschule lebhaft begrüßte, nicht minder aber den Vorschlag, dahin zu wirken, daß Industrie-, also auch vorwiegend rein technische Fabrik-Hochbauten in Zukunft mehr den ästhetischen Forderungen entsprechen sollen.

Die Abänderung der Gebührenordnung für Architekten hatte bereits im März d. J. den Ausschuß unter Vorsitz von Dr.-Ing. h. c. Gleim-Hamburg beschäftigt, und jener kam damals zu der Anschauung, daß es wohl das Zweckmäßigste wäre, dem Vorschlag des Bayerischen Vereins zu folgen und die Gebührenordnung ähnlich wie bei den analogen österreichischen Vereinen

in Gruppen: Hoch-, Wasser-, Brücken-, Tiefbau zu zerlegen und hier grundlegende Beziehungen zwischen Architekt, Ingenieur und Auftraggeber festzustellen unter gleichzeitiger möglichst eingehender Bestimmung der Gebühren für jede Einzelgruppe.

In der Angelegenheit der Berechtigung zur Führung des Baumeistertitels wird vom Verband seit geraumer Zeit eine gesetzliche Regelung angestrebt, bisher ohne nennenswerten Erfolg. Die Sache wurde nun neuerlich einem achtgliederigen Ausschuß zugewiesen.

Die Wahlen für ausscheidende Mitglieder des Vorstandes und der Fachausschüsse ergaben Nachstehendes: Für Körte Arch. Groothoff-Hamburg, für Kölle Dr. Ritzmann-Karlsruhe. Im Ausschuß für Architektur verbleibt Dr.-Ing. h. c. Grässel-München, an Saran's Stelle tritt Habicht-Berlin. Bei den Privat-Architekten scheiden aus: Reimer und Freih. v. Schmidt, neu treten ein: Reg.-Bmstr. Jürgens-Allenstein, Prof. Hönig-München; Arch. Henry-Breslau bleibt. Für das Ingenieurwesen verbleiben Prof. Barkhausen-Hannover und Prof. Lucas-Dresden, an die Stelle von Grantz-Charlottenburg tritt Kayser-Darmstadt und an die von Scheelhase Reg.-Bmstr. Fresow-Hildesheim. Im Zivil-Ingenieur-Ausschuß verbleiben Dir. Haag-Berlin und Dr.-Ing. h. c. Gleim-Hamburg, für Direktor Lechner tritt Ob.-Brt. Schmick-München ein. Der Ausschuß für allgemeine Fachfragen bleibt mit Bt. Boethke-Berlin und Ob.-Brt. Dr. phil. h. c. Wolff-Hannover bestehen.

Das Zeitschriften-Unternehmen des Verbandes wurde zunächst in einem Ausschuß behandelt, da man die Geschäftslage nicht der Öffentlichkeit mitteilen wollte. Die darauf folgende Behandlung in der Abgeordneten-Versammlung löste eine ziemlich langwierige Aussprache aus. Die Inseratenzuweisung läßt nämlich viel zu wünschen übrig, wogegen die Versandkosten u. a. sehr erheblich sind. Daher wurde der Antrag gestellt, vom 1. Januar 1913 einen Zeitungsbeitrag von 2,50 M. von jedem Mitglied zu erheben. Nun wurde aber seinerzeit die kostenlose Verabfolgung und Zustellung der Vereins-Zeitschrift zugesagt und somit erhob nun die Opposition ihr Haupt; es entwickelte sich ein lebhaftes Wortgefecht. Schließlich kam aber bei der Mehrheit die Anschauung zum Durchbruch, man dürfe die Zeitung nicht fallen lassen, und die Abstimmung brachte der Erhebung des genannten Betrages die Mehrheit.

Die Frage der Ausbildung der Architekten wendete sich in der Hauptsache gegen den Vorschlag einiger technischer Hochschulen, den jetzigen vier noch ein fünftes Studienjahr anzufügen. Die jungen Leute kämen dadurch zu spät in die Praxis. Es soll in der Sache eine Denkschrift ausgearbeitet und den Behörden sowie der Öffentlichkeit zugeleitet werden, was Zustimmung fand. Das nämlich war der Fall mit der Anregung von Seite des badischen Vereins zu einem Wettbewerb über die Frage: „Wie werden Luftschiffe, die auf festem Boden oder auf dem Wasser landen, am besten gesichert?“ Wohl lägen hierfür beim Patentamt schon zahlreiche Anmeldungen vor, trotzdem aber soll der Frage von Seiten des Verbandes näher getreten werden.

Baurat Stapf-Berlin erwähnte noch die Angelegenheit des Schutzes der Bauforderungen, bezüglich der die Nichteinführung des zweiten Abschnittes des Gesetzes in manchen Kreisen lebhaft Bewegung hervorgerufen habe. Der Berliner Verein besitze zur Sache reichliches Material. Der Vorstand erklärte jedoch, daß dieses Thema mit den Aufgaben des Verbandes in zu losem Zusammenhang stehe und deshalb ausgeschaltet worden sei.

Dr.-Ing. h. c. Baumeister-Karlsruhe dankte nach Schluß der siebenstündigen Verhandlungen dem Vorstand und dem Vorsitzenden für ihre Mühewaltung, was mit Beifall aufgenommen wurde. —

K—.

Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Breslau. Auf der vom 3.—5. September ds. Js. abgehaltenen Versammlung des Vereins, der z. Zt. 1580 Mitglieder zählt, wurden eine Reihe von Themen behandelt, die den Techniker besonders interessieren. Zu diesen gehörte der Bericht des Obering. Dr.-Ing. Mautner aus Düsseldorf über „schallsichere Bauten“, und des Stadtrates Dr. Luther aus Magdeburg sowie des Geh. Hofrates Prof. Dr. Gärtner aus Jena über „die Frage der Wasserversorgung vom hygienischen Standpunkt“ und zwar unter besonderer Berücksichtigung des preuß. Wassergesetz-Entwurfes.

Hr. Dr. Mautner führte aus, daß die Schalldämpfung zweifellos eine hygienisch wichtige Aufgabe sei und daß bei der Konstruktion unserer modernen Gebäude der Techniker Mittel und Wege finden müsse, dieser Forderung nach Möglichkeit gerecht zu werden. Die Erfüllung

der Aufgabe dürfe aber nicht auf Kosten der Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Feuersicherheit oder anderer Aufgaben der Hygiene erreicht werden; somit kann das Bestreben der modernen Konstrukteure nur dahin gehen, die den Ansprüchen der Wirtschaftlichkeit und den anderen Anforderungen genügenden Konstruktionen gleichzeitig möglichst schallsicher zu machen. Alle neuzeitlichen Baumaterialien, wie gut gebrannte Mauersteine, eiserne Träger, Eisenbeton begünstigen die Schallübertragung, und zwar um so mehr, je geeigneter die Materialien in statischer Beziehung sind und je höher die Gebrauchsspannung ist, mit welcher sie im Bauwerk wirken. Die Mittel, welche zur Bekämpfung der Hellhörigkeit zur Verfügung stehen, sind die Verringerung der Schwingungen der den Raum umschließenden Bauteile; die Vermeidung der Schwingungsübertragung auf benachbarte Bauteile; die Reflexion und Brechung der Schallwellen, die durch die den Raum abschließenden Körper eindringen; die Beseitigung etwaiger Resonanzwirkungen und endlich die Verringerung der Geräusch-Entstehung. Die Verringerung der Schwingungen der den Raum abschließenden Bauteile ist nur möglich durch Vergrößerung der Masse und Verringerung des Spannungszustandes, somit Vergrößerung der Bauhöhe der Decken und der Stärke der Wände. Zur Verringerung der Kosten werden Füllstoffe in den statisch unwirksamen Teilen verwendet werden müssen. Hohl- und Hohlkörperdecken wirken nur in sehr geringem Maße schalldämpfend, ihre Wirkung wird durch gänzliche Isolierung der Unterdecke von der tragenden Rippenkonstruktion unterstützt. Die Schwingungsverringerung tragender Wände kann nur durch eine reichliche Bemessung erfolgen. Das Mittel der Auflösung der Wände in Doppelwände und Zwischenfüllung kann auch zur Kostenverringerung von schallsicheren tragenden Wänden benutzt werden. Die Vermeidung der Schwingungsübertragung auf benachbarte Bauteile muß durch Auflager-Isolierung erfolgen. Auch in der Isolierung des Estriches von den Umfassungswänden liegt ein Mittel zur Vermeidung der Schwingungsübertragung. Schwingungen von Maschinen werden zweckmäßig durch federartige Dämpfungsunterlagen abgeschwächt. Die Schalldämpfung durch Brechung der Schallwellen an der Grenze verschiedener Materialien ist ein sehr wirksamer Behelf. Die Beseitigung der Resonanzwirkung ist nötig bei Hohldecken und erfolgt durch frei untergehängte Unterdecken. Die Verringerung der Geräuschestellung beim Gehen und Bewegen von Lasten ist Aufgabe der Fußbodenbeläge.

Redner kommt zu dem Schluß, daß die Mittel, welche uns zur Erreichung möglichstster Schallsicherheit zu Gebote stehen, in ihrer Wirkung vielfach den statischen Anforderungen und denjenigen der Wirtschaftlichkeit und der Wärmedichtigkeit entgegenlaufen, daß daher von Fall zu Fall durch den Techniker sorgfältig erwogen werden müsse, wie eine möglichste Schalldämpfung zu erreichen ist ohne wesentliche Beeinträchtigung anderer berechtigter Ansprüche an ein neuzeitliches Bauwerk.

In der sich anschließenden Aussprache wies Hr. Geh. Mediz.-Rat Dr. Roth aus Potsdam auf die Notwendigkeit hin, bei Krankenhausbauten mehr als das bisher geschehe, die Schallsicherheit zu berücksichtigen, da stärkere Geräuschstörungen geeignet seien, die Genesung der Kranken zu verzögern. Stadtr. Wagner aus Glogau führt aus, daß es vor allem wichtig sei, die Wände durch Einlage von Isolierschichten an der Schallübertragung zu hindern, da die Wände nach dieser Richtung noch stärker wirkten als die Decken. Namentlich bei Schulbauten sei diese Vorsicht erforderlich.

Das zweite Thema behandelte Hr. Dr. Luther zunächst vom juristischen Standpunkt, da der Wassergesetz-Entwurf für die Frage der städtischen Wasserversorgung von einschneidender Bedeutung sei. Redner bedauert zunächst, daß die wichtige Materie nicht reichsgesetzlich geregelt werde, erhofft aber eine solche Regelung noch für die Zukunft. Er erkannte dann die Fortschritte an, die in dem Gesetzentwurf liegen, der eine außerordentlich verwickelte und schwierige Materie behandle, hielt aber seine Bedenken gegen eine Reihe von Bestimmungen nicht zurück. Diese richteten sich besonders gegen die Bestimmungen des Grundwasserrechtes, ferner gegen die Zusammensetzung der ausführenden Behörden, denen in ihrer Entscheidung ja ein sehr weit gehender Spielraum gelassen werden müsse, deren Zusammensetzung dann aber auch die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen gewährleisten müßte. Redner spricht sich zum Schluß für die Schaffung von Stromausschüssen aus, die aber nicht nach Provinzen, sondern nach Stromgebieten gebildet werden sollten. Zu weitgehend erschienen ihm die Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen bei Abwässereinleitung in Wasserläufe.

Darauf behandelte Dr. Gärtner die hygienische Seite der Frage. Für die Wasserversorgung der Gemeinden kommen Oberflächenwasser und Grundwasser in Frage. Das Oberflächenwasser eignet sich im allgemeinen nicht für Trinkwasser, doch sind manche Gemeinden genötigt, Oberflächenwasser zu gebrauchen, wie z. B. Berlin. Um das Oberflächenwasser rein zu halten, sind Verschmutzungen fernzuhalten. Es läßt sich nicht leugnen, daß bisher für die Einleitung von Abwässern in die Flüsse eine verschiedene und oft lockere Praxis herrschte. Auch die Entnahme des Wassers unterstand der polizeilichen Aufsicht, die aber zumeist recht unbedeutend war. Nach den neuen Bestimmungen dürfen Abwässer und feste Stoffe in die Flüsse eingeführt werden, wenn dadurch das öffentliche Wohl nicht gestört wird. Der Begriff des öffentlichen Wohles ist nicht festgelegt. Viel wichtiger für die Wasserversorgung ist das Grundwasser, denn das Grundwasser ist reiner und auch in Bezug auf Geschmack, Geruch und Temperatur von besserer Beschaffenheit. Die Entnahme von Grundwasser war bisher fast völlig ungehindert. Nach dem neuen Entwurf soll nur dann die Entnahme gestattet sein, wenn die Interessen eines Anderen nicht geschädigt werden oder das Wasser eines offenen Wasserlaufes nicht verändert wird. Solche Schädigungen werden sehr oft behauptet, sind aber wohl nur in sehr seltenen Fällen wirklich vorhanden. Auch die Einleitung von fremden Stoffen in den Boden ist nicht statthaft, nur die Düngung ist immer gestattet. Das ist ein recht bedenklicher Grundsatz, denn es kann sehr wohl eine Infektion entstehen, wenn die Wasserläufe dicht unter dem Boden liegen. Das Bedenklichste in dem Gesetzentwurf ist aber, daß den begutachtenden und entscheidenden Behörden keine Gesundheitsbeamte angehören. Bei der außerordentlichen Bedeutung der Wasserangelegenheiten für die öffentliche Gesundheitspflege müsse die Mitwirkung von Medizinalbeamten durchaus gefordert werden. Bedeute der Gesetzentwurf in hygienischer Beziehung im allgemeinen auch eine Verbesserung, so dürfe die Benutzung des Grundwassers zur Wasserversorgung doch nicht so außerordentlich im Interesse der Anlieger erschwert werden, wie das zum Teil schon im Entwurf, noch mehr aber in den Kommissions-Beschlüssen geschehen sei. Die von der Kommission hinein getragenen Änderungen müßten, als dem öffentlichen Wohl entgegenstehend, wieder beseitigt werden. (Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes in der Kommission sind einige Schärpen inzwischen wieder abgeschwächt worden. Die Red.)

Wie der Vorsitzende, Geh. Brt. Stadtr. Peters aus Magdeburg, unter dem lebhaften Beifall der Versammlung betonte, stimme diese den Ausführungen ihrer beiden Berichterstatter in allen wesentlichen Punkten zu, sodaß sich eine weiter gehende Aussprache über dieses Thema erübrige. —

Verein Deutscher Ingenieure. Fränkisch-Oberpfälz. Bezirksverein. In der Versammlung am 5. Januar 1912 sprach Hr. Baurat Soberski aus Berlin über: „Die Entwicklung, der gegenwärtige Stand und die Aussichten des elektrischen Vollbahnwesens“. Unter Hinweis auf den zuerst von Werner Siemens im Jahre 1879 verwirklichten Gedanken, die Elektrizität auch zur Selbstbewegung von Fahrzeugen und zur Fortschaffung angehängter Lasten nutzbar zu machen, zeigte der Vortragende, wie dieser Gedanke zuerst bei den Straßenbahnen praktische Verwendung in weiterem Umfang fand, und wie derselbe dann auch — zunächst in Anlehnung an die hier erprobten Konstruktionen — auf die Vollbahnen übertragen wurde. In zahlreichen Lichtbildern wurden Akkumulatoren-Vollbahnwagen aus der ersten Zeit ihrer Einführung und solche jüngsten Datums, ferner die neuerdings zur Verwendung gelangenden benzo-elektrischen Triebwagen, sowie Anlagen mit sogenannter dritter Schiene (Stromschiene neben den Fahrgleisen) und solche mit Luftüberleitung vorgeführt und Vor- und Nachteile dieser reinen Gleichstrombetriebe erläutert. Die Vorteile liegen besonders in der großen Regulierbarkeit des Gleichstrommotors und in der Einfachheit der Luftleitung, bei den benzo-elektrischen Triebwagen außerdem in ihrer völligen örtlichen Unabhängigkeit, die Nachteile in der Unmöglichkeit der Anwendung hoher Spannungen und damit der Ausdehnung über große Entfernungen. Nach einem besonderen Hinweis auf die besseren Ergebnisse des Akkumulatorenbetriebes bei den Vollbahnen als bei den Straßenbahnen ging der Vortragende auf die Erläuterung der Drehstrom-Gleichstrombetriebe und der reinen Drehstrombetriebe über; für letztere wurden ebenfalls Lichtbilder von ausgeführten Anlagen gezeigt und die Vorteile und Nachteile auseinander gesetzt; erstere

liegen in der leichten Ueberwindung großer Entfernungen, letztere in der Schwierigkeit der Luftleitungsanlagen, da mindestens zwei gegeneinander zu isolierende Fahrleitungen über oder neben den Gleisen anzuordnen sind, und in der geringen Regulierfähigkeit des Drehstrommotors, die zu einer gewissen Unwirtschaftlichkeit in den Krafterzeugungsstationen und zu deren Verteuerung Veranlassung gibt. Die Vereinigung der Vorteile des Gleichstrom- und Drehstrombetriebes für Vollbahnzwecke und damit zugleich die Beseitigung ihrer Nachteile wurde in dem einphasigen Wechselstrom gefunden, nachdem es ziemlich gleichzeitig den Ingenieuren Lamme in Pittsburg und Winter & Eichberg in Berlin gelungen war, einen brauchbaren Einphasen-Bahnmotor zu konstruieren. Nach seiner eingehenden Erprobung seitens der Preussischen Staatsbahnverwaltung — besonders auf der Linie Blankenese—Ohlsdorf — und seitens der Schwedischen Staatsbahnen wurde der erste elektrische Vollbahnbetrieb mit einphasigem Wechselstrom von der Preussischen Staatsbahnverwaltung auf der Strecke Dessau—Bitterfeld ausgeführt. Von den hier zur Verwendung gekommenen elektrischen Lokomotiven sowie von den Leitungsanlagen wurden wiederum mehrere Lichtbilder vorgeführt und an Hand derselben verschiedene Einzelheiten der Konstruktionen, sowie der für diesen Betrieb besonders errichteten Kraftzentrale bei Muldenstein erläutert. Im Anschluß hieran erörterte der Vortragende die für die nächste Zeit in Deutschland und im Ausland in Aussicht stehenden Elektrisierungen von Vollbahnen und ging dann dazu über, die wirtschaftliche Seite dieser Unternehmungen zu beleuchten. Es wurde dabei gezeigt, daß trotz des im allgemeinen für elektrische Vollbahnen erforderlichen höheren Anlagekapitales in den Betriebskosten — besonders bei dem Lokomotiv- und Putzpersonal sowie bei der Reparatur der Lokomotiven — gegenüber dem Dampfbahnbetrieb so erhebliche Ersparnisse erzielt werden können, daß die letzteren bei regem Verkehr die Mehraufwendungen für Verzinsung und Amortisation des höheren Anlagekapitales übersteigen.

Der letzte Teil des Vortrages galt den militärischen Bedenken, die im Interesse der Landesverteidigung bisher noch der weiteren Einführung elektrischer Vollbahnen entgegen stehen. Der Vortragende kam an der Hand seiner Ausführungen sowohl hinsichtlich dieses Punktes als auch bezüglich der vorher behandelten wirtschaftlichen Verhältnisse zu dem Schluß, daß an einen völligen Ersatz des Dampfbetriebes durch den elektrischen Betrieb im Vollbahnwesen nicht zu denken sei, aber trotzdem erwartet werden könne, daß der Elektrotechnik auch auf dem Gebiet der Vollbahnen ein weiteres Betätigungsfeld erwachsen werde. Der in sehr klarer Form gehaltene, durch reiches Material in Bildern unterstützte Vortrag fand allgemeinen, lebhaften Beifall. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Wiesbaden. Um Verbesserungen auf dem Gebiet des Verdingungswesens herbeizuführen, insbesondere zunächst eine Vereinheitlichung der Arbeitsverzeichnisse und Lieferungsbedingungen für Hochbauten in Wiesbaden anzubahnen, hatte der Verein, der sich schon seit Jahresfrist mit dieser Frage befaßt, am 28. Aug. d. J. eine Versammlung einberufen, zu der Vertreter der Handwerkskammer, des Innungs-Ausschusses, des Nassauischen und des Lokal-Gewerbe-Vereins, der Staats-, Landes- und Stadtbauverwaltung und eine Anzahl Privat-Architekten geladen und erschienen waren. Nachdem der Vereinsvorsitzende, Hr. Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Hercher, die Versammelten begrüßt und sich über die Vorgeschichte verbreitet und Hr. Stadtrat Meyer den Dank des Innungs-Ausschusses und der Handwerkskammer für ihre Zuziehung ausgesprochen hatte, begründete Hr. Reg.-Bmstr. a. D. F. Wolff die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens von Architekten und Handwerkern zur Beseitigung der großen Verschiedenheiten und Unklarheiten in den Unterlagen zu den Verdingungen, die den soliden Handwerkern die Abgabe angemessener Preise und den Architekten die Berücksichtigung geeigneter Handwerker erschwere, und fand darin die warme Zustimmung aller Anwesenden. Die Meinungen gingen nun zunächst darin auseinander, wieweit man in den Festsetzungen der Verdingungsunterlagen gehen solle. Während Hr. Zimmermstr. Carstens die Festsetzung von Preislisten für undurchführbar hielt und den Hauptwert auf gleichmäßige Arbeits- und Lieferungsbedingungen legte, und Hr. Stadtrat Meyer besonders die Gleichberechtigung der Handwerker in den allgemeinen Vertragsbedingungen ausgesprochen sehen möchte, auch Hr. Reg.-Bmstr. a. D. Heß auf die starken Preisschwankungen mancher Materialien hinwies, wünschte Hr. Stadtrat Kaltwasser doch die Festlegung von

Preisen da, wo es — wie z. B. im Tapezierergewerbe — durchführbar sei, damit dem Pfuschertum ein Riegel vorgeschoben werde. Nachdem noch Hr. Landesbmstr. Müller geraten hatte, die Festsetzungen vorerst auf das Gebiet der Stadt Wiesbaden zu beschränken, weil auf dem Lande erst eine bessere handwerkliche Erziehung einsetzen müsse, und Hr. städt. Bmstr. Pauly empfohlen hatte, beim weiteren Vorgehen zuerst die allgemeinen und besonderen Bedingungen der Behörden einer Prüfung zu unterziehen, wird schließlich auf Vorschlag des Hrn. Reg.-Bmstrs. a. D. F. Wolff mit allgemeiner Zustimmung beschlossen, daß in einer nächsten Zusammenkunft die allgemeinen Vertragsbedingungen möglichst unter Anlehnung an diejenigen der preuß. Staatsbauverwaltung durchberaten werden sollen, während bis dahin zur Probe von der Handwerkskammer und dem Innungs-Ausschuß ein Arbeitsverzeichnis für Dachdeckerarbeiten, von den Architekten unter Leitung des Hrn. F. Wolff die besonderen Bedingungen und technischen Vorschriften für die Vergabe von Dachdeckerarbeiten aufgestellt und dann beide in gemeinschaftlicher Sitzung festgesetzt werden sollen. —

Hauptversammlung des „Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt“ in Neuß a. Rh. Unter Beteiligung von etwa 300 Personen fand am 15. und 16. September d. J. zu Neuß a. Rh. die diesjährige Wanderversammlung des Vereins statt, die unter dem Vorsitz des Geh. Reg.-Rats Prof. Flamm aus Berlin tagte. Die Vorträge, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, bezogen sich auf „Neuere Organisations-Änderungen in der Rhein-Schifffahrt“, die „Entwicklung der Motor-Industrie für die Binnen-Schifffahrt“ und die „Bedeutung und Entwicklung des Freihafens von Neuß“.

Der erste Vortrag, rein wirtschaftlicher Natur, wurde von Hrn. Prof. Dr. Werminghaus, Syndikus der Kölner Handelskammer, gehalten. Es sei nur erwähnt, daß Redner die Lage der Rheinschifffahrt im allgemeinen als wirtschaftlich wenig günstig bezeichnet, besonders die der Kleinschifffahrt. Eine Wendung zum Besseren sei aber möglich durch bessere Regelung und Verbilligung des Betriebes durch Zusammenschluß. Dieser sei nicht aber in Form von Trusts oder gar der Verstaatlichung der Binnen-Schifffahrt anzustreben, wie das von einigen Seiten vorgeschlagen sei, sondern durch Bildung von Interessengemeinschaften, wie sie jetzt schon stellenweise im Entstehen begriffen seien. Auch der preussische Staat sei bereits bei einigen derselben beteiligt und in Bayern sei eine staatliche Beteiligung zu erwarten. Die Kleinschifffahrt für sich zu organisieren, sei bisher nicht geglückt und auch aussichtslos, sie müsse Anschluß an die Groß-Unternehmung suchen, diese ihr innerhalb der Organisation regelmäßige Transporte zusichern. So würde auch Industrie und Handel am besten gedient sein.

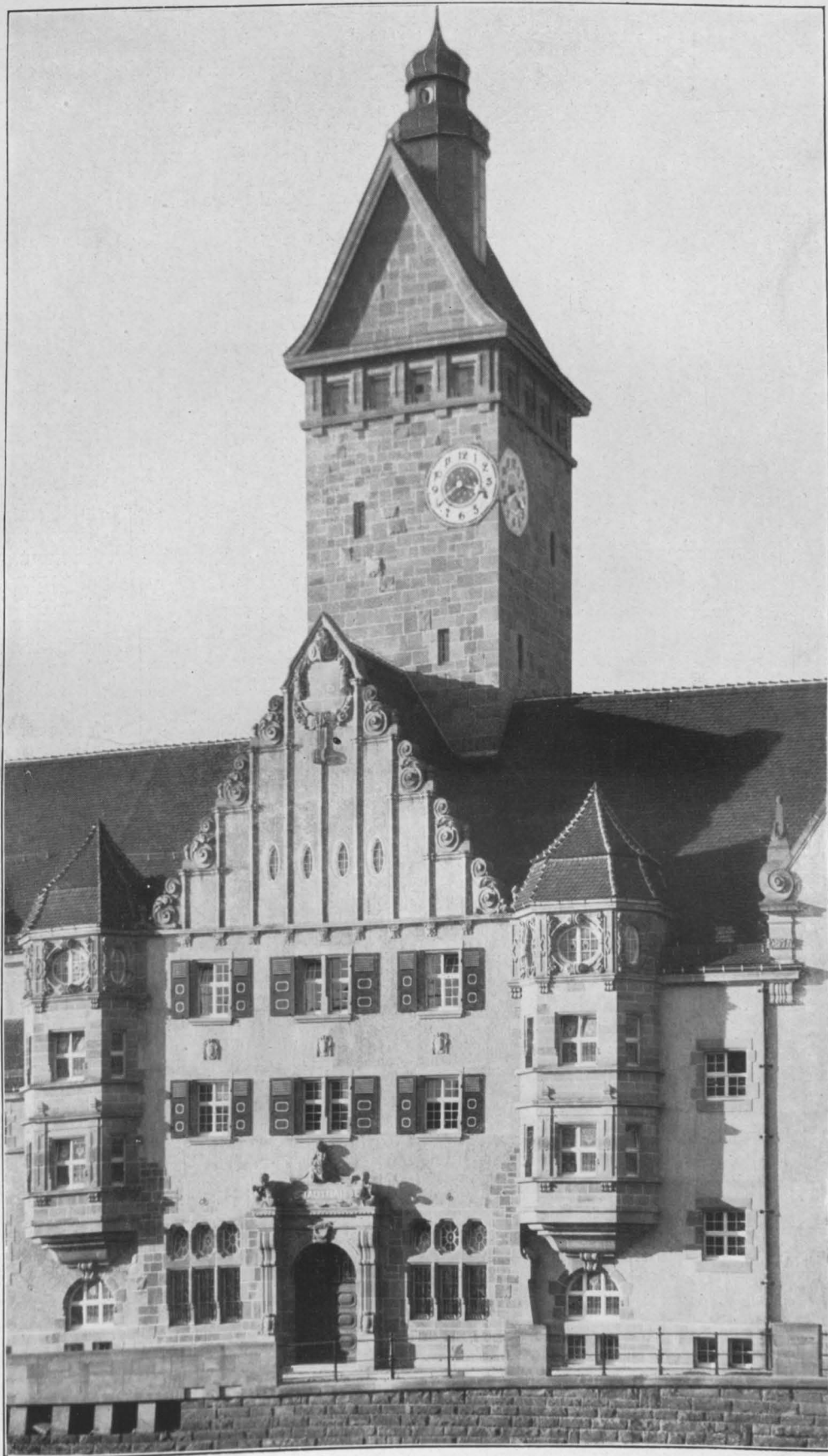
Den zweiten Vortrag hielt Hr. Ing. Rosemann aus Mannheim und erläuterte unter Vorführung von Lichtbildern die verschiedenen Arten von Motoren und ihre Verwendbarkeit und Wirtschaftlichkeit für verschiedene Schiffstypen. Als einen der wichtigsten bezeichnet er heute den Dieselmotor, der sich durch Einfachheit, Sicherheit und Gefährlosigkeit des Betriebes und durch geringen Raumverbrauch auszeichne. Bediene man sich deutscher Steinkohlen-Oele, so seien bedeutende Ersparnisse gegenüber der Dampfmaschine zu machen. Die Umsteuerbarkeit der Dieselmotore sei auf verschiedene Weise erreicht. U. a. habe sich das seit 5 Jahren verwendete System des schwedischen Ingenieurs Hesselmann durchaus bewährt. Als Korreferent sprach zu dem gleichen Thema noch Hr. Dir. Möller aus Essen, der sich namentlich mit der Verwendungsmöglichkeit der verschiedenen, für die Motore in Betracht kommenden Brennstoffe, namentlich der Oele, befaßte.

Die Reihe der Vorträge schloß Hr. Bürgermeister Gielen der Stadt Neuß. Wir haben im Jahrgang 1911 unter Beigabe von Abbildungen und Plänen ausführlicher über die Hafenanlagen von Neuß berichtet, die bei sparsamem Ausbau eine gute Leistungsfähigkeit besitzen. Die Hafenanlagen sind (ohne Grunderwerb) mit einem Kostenaufwand von 5,27 Mill. M. ausgebaut, besitzen etwas über 11 km nutzbare Uferlänge, 35,7 ha Wasserfläche bei Mittelwasser und wiesen 1910 bereits einen Wasserverkehr von 0,83 Mill. t, einen Bahnverkehr von 1,03 Mill. t auf. —

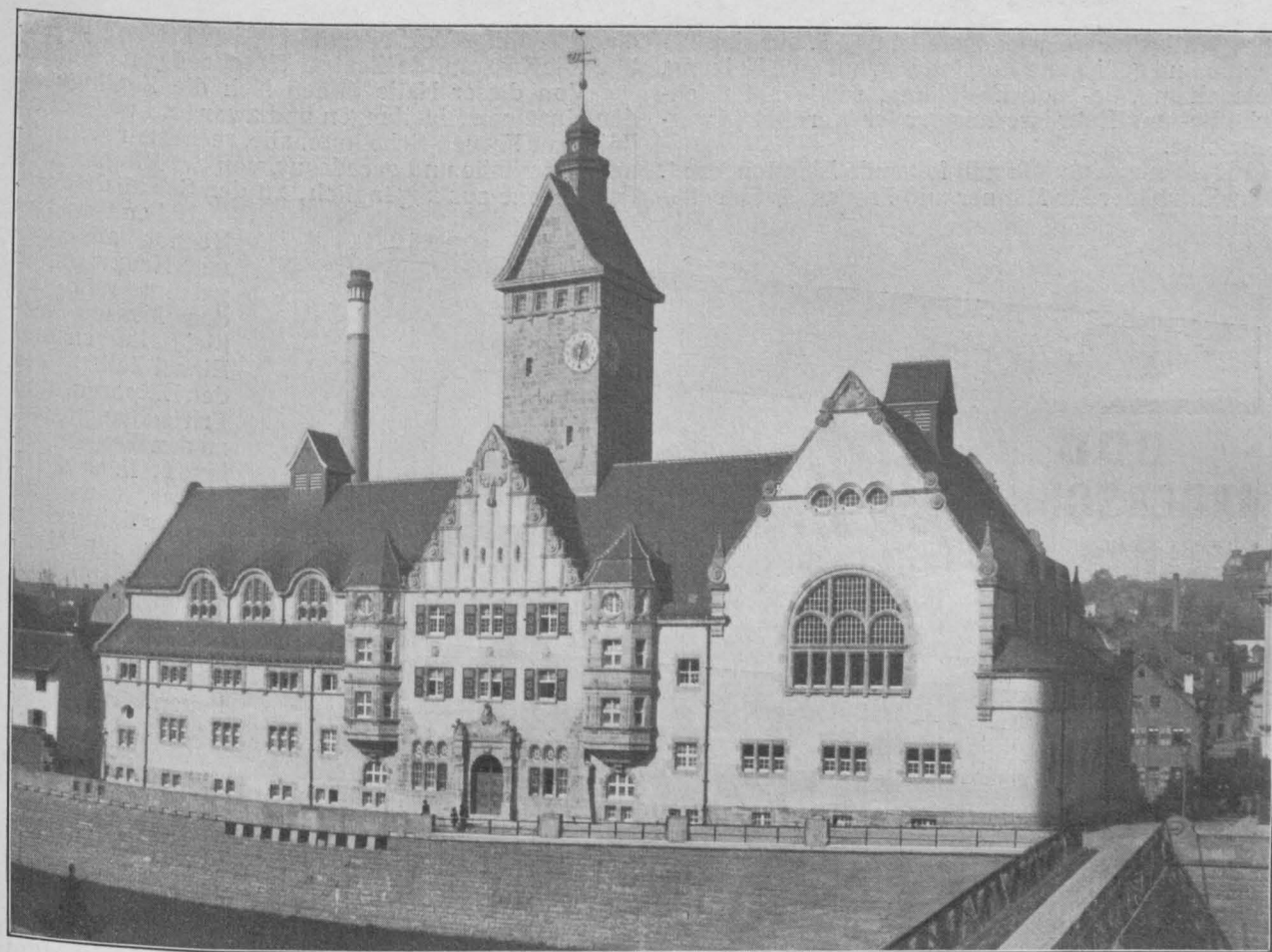
Inhalt: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. (Fortsetzung.) — Hochwasserschutz und Großschiffahrtsweg bei Breslau. — Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. — Vermischtes. — Tote. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ER NEUBAU DES
 STADTBADES IN
 PFORZHEIM. * AR-
 CHITEKT: STADT-
 BAUMEISTER AL-
 FRED ROEPERT IN
 PFORZHEIM. * TEIL-
 ANSICHT DES MIT-
 TELBAUES. * * * *
 DEUTSCHE
 BAUZEITUNG
 XLVI. JAHRGANG 1912
 * * * NO. 81. * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. N^o 81. BERLIN, DEN 9. OKTOBER 1912.

Der Neubau des Stadtbades zu Pforzheim.

Architekt: Stadtbaumeister Alfred Roepert in Pforzheim.

Hierzu eine Bildbeilage.



Die Stadt Pforzheim besaß bis zum Herbst des Jahres 1911 trotz ihrer jetzigen großen Einwohnerzahl von 70 000 Seelen noch keine größere öffentliche Winter-Badeanstalt; sie besitzte aber auch, trotzdem sie an 3 Flüssen liegt — und das mag beinahe als Ironie gelten — keine ordentliche Sommer-Badeanstalt (Flußbad), da die Uferverhältnisse der Flüsse solche Anlagen nur schlecht gestatten. Heute ist das anders geworden und wenigstens die erste Frage gelöst und es steht auch zu hoffen, daß nach Vollzug der Enz- und der Nagold-Korrektion in absehbarer Zeit im Osten und Westen der Stadt Sommer-Badeanstalten errichtet werden, welche nach allen Richtungen hin befriedigen.

Die in den letzten Jahrzehnten an allen Orten des Deutschen Reiches einsetzenden Bestrebungen zur Pflege der Gesundheit und Volkswohlfahrt ließen auch in Pforzheim in allen Schichten der Bevölkerung seit langer Zeit den dringenden Wunsch nach Errichtung einer dem heutigen Stande der Technik entsprechenden Badeanstalt laut werden. In ganz besonderem Maße wurde das Unternehmen unterstützt durch die hochherzige Stiftung einer Pforzheimer Bürgersfrau, der Frau Emma Jäger, die durch eine Spende den größten Teil der Unkosten gedeckt hat. Innerhalb 2 Jahren ist das Bauwerk vollendet worden und seine Türen öffneten sich am 1. Dezember 1911.

Bei der Beratung des der Anlage zugrunde liegenden Bauprogrammes fand die Frage der Schaffung einer besonderen Frauenschwimmhalle mit ihren Nebenräumen wegen der damit verbundenen Kosten eingehende Erörterung. Die Rücksicht auf die notwendige Förderung der Gesundheitspflege gerade beim weiblichen Geschlecht überwand die finanziellen Bedenken. Es wurde weiter geprüft, ob es empfehlenswert sei, Räumlichkeiten für ein Luft-, Licht- und Sonnenbad, vielleicht auch ein Regenbad und solche für Medico-Mechanik zu schaffen. Man war sich dahin schlüssig geworden, die Dachfläche über den Wannenbädern als flaches Dach zu konstruieren und darauf sofort die erforderlichen Einrichtungen für ein Luft- und Sonnenbad mit zu errichten; während man bezüglich der medico-mechanischen Abteilung wohl die erforderlichen Räume wünschte, jedoch den Ausbau derselben der ferneren Zukunft überlassen wissen wollte, wobei der Gedanke vorherrschte, daß sich für derartige Betriebe leicht Unternehmer finden werden, welche die Beschaffung und Unterhaltung der dazu erforderlichen Einrichtungsgegenstände selbst übernehmen.

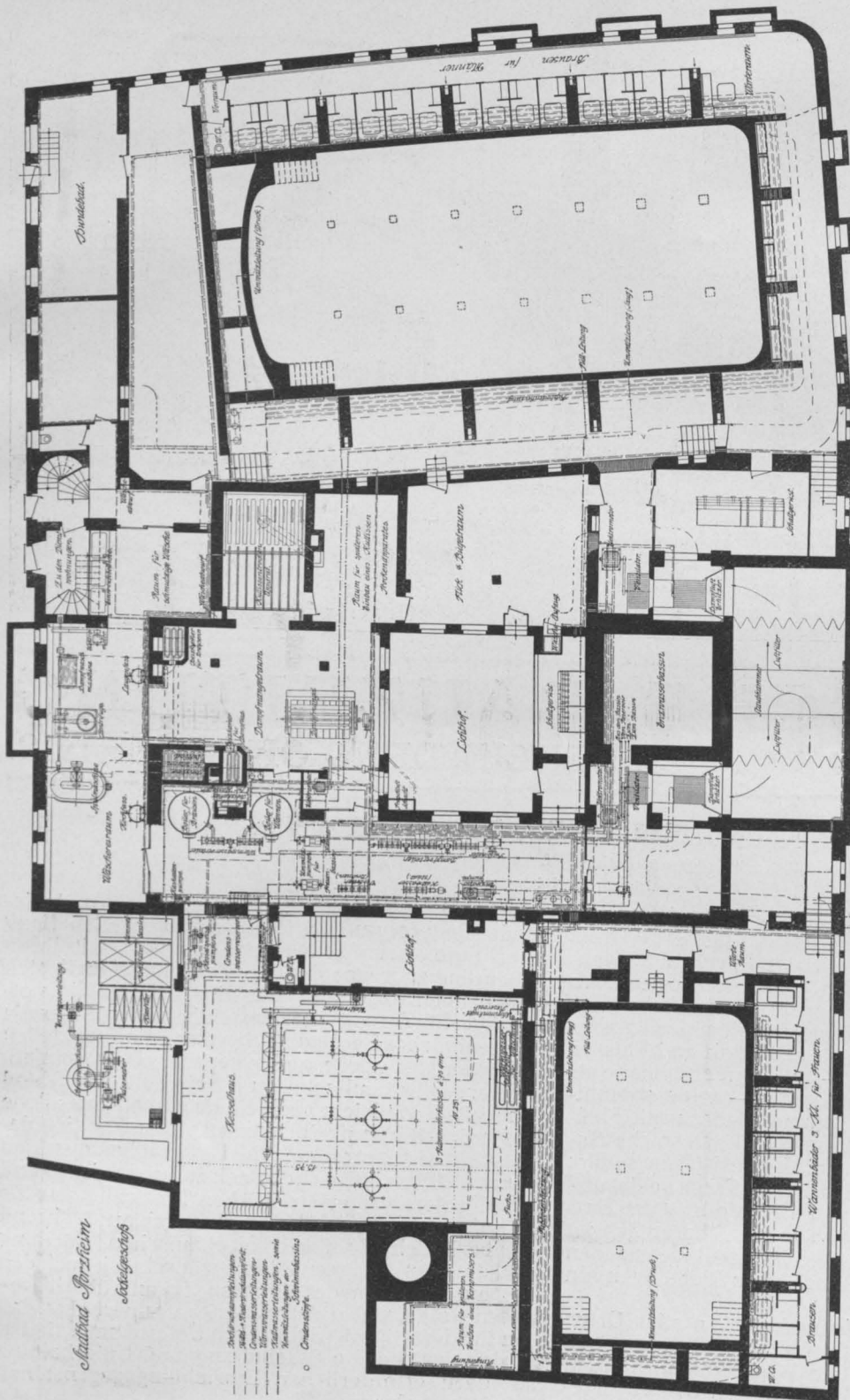
Für die Grundrißgestaltung in ihren Hauptzügen galt es vor allem, darauf Rücksicht zu nehmen, daß: 1. gleich von der Kasse ab eine Trennung der Geschlechter für alle Abteilungen gleich gut durchgeführt wird; 2. unmittelbare und bequeme Zugänge zu den einzelnen Abteilungen vorhanden sind; 3. größtmögliche Uebersichtlichkeit im Betrieb gewährleistet ist; 4. das zur Verfügung stehende Gelände in

der günstigsten Weise ausgenutzt und 5. auf eine bequeme und gediegene Ausstattung, auf gute Heizung, Beleuchtung, Be- und Entlüftung, sowie auf reichliche Be- und Entwässerung großer Wert gelegt werden sollte.

Die Anlage umfaßt nun folgende Abteilungen: 1. Schwimmbäder für Männer und Frauen; 2. Schwitz-

eine geräumige Vorhalle, welche, dem Eingang gegenüber, die Kasse mit der Zentral-Wäscheabgabe enthält.

Von dieser Halle öffnen sich die Zugänge zu den einzelnen Abteilungen und zwar im Erdgeschoß links zur Frauen-Schwimmbad, rechts zur Männer-Schwimmbad und geradeaus, von der Männer- und Frauenseite aus zugänglich, zu den Schwitzbädern.



Architekt, Ober 491
Stadt-Verwaltung

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100

bäder mit Kalt- und Warmwasserbehandlung, darunter Warm- und Heißluftbad, Dampfbad, Elektrisch-Lichtbad und Sprudelbad; 3. Wannenbäder 1.—3. Klasse; 4. Medizinische Bäder; 5. Brausebäder; 6. Licht- und Sonnenbäder; 7. Räume für Medico-Mechanik, die in weitgehender Weise vorgesehen sind.
Der Zugang zur Badeanstalt erfolgt von der Emma Jäger-Straße aus. Man betritt das Bauwerk durch

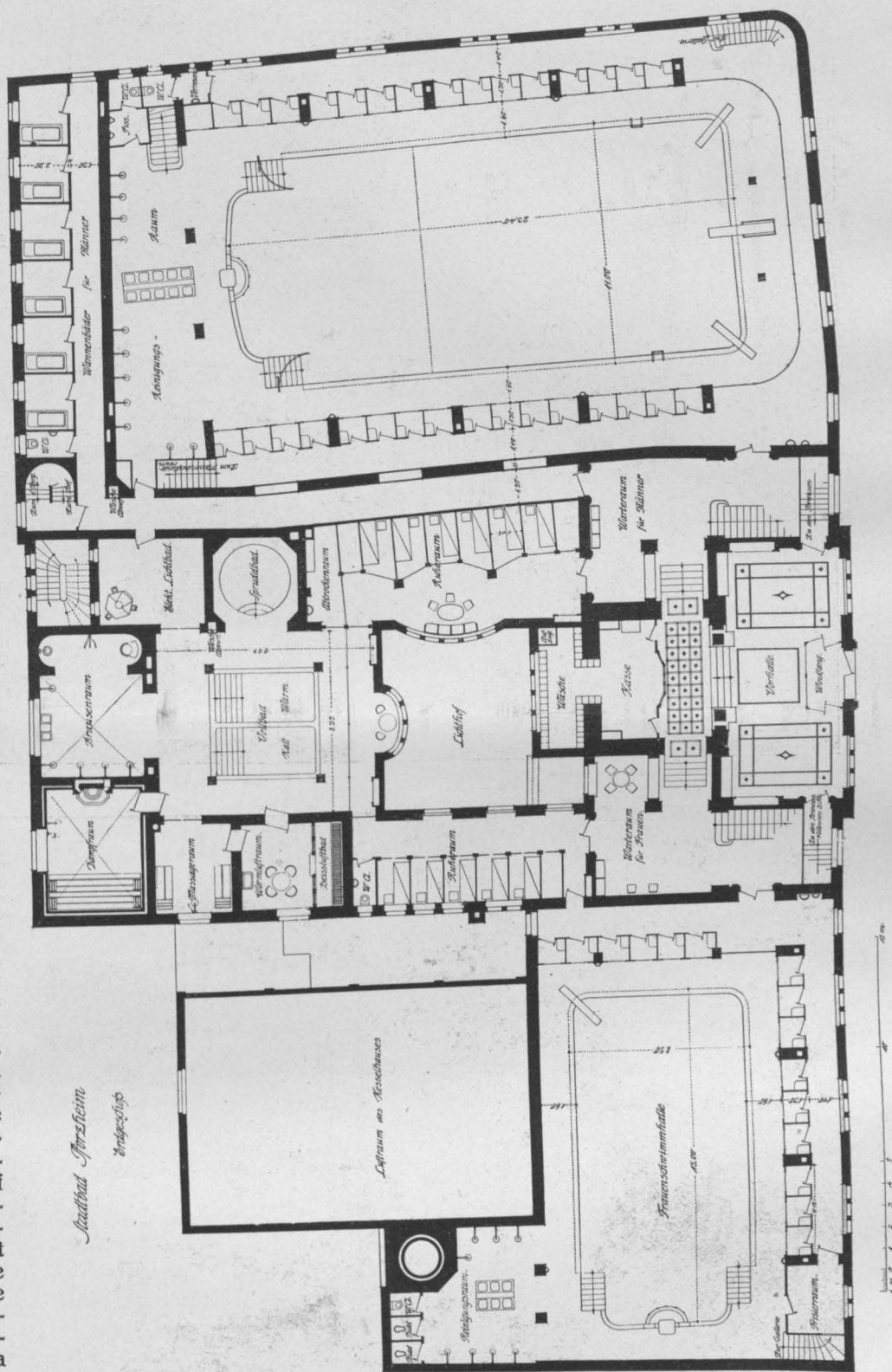
spielen in den Badehäusern eine nicht unbedeutende Rolle. Sie müssen geräumig, jedoch ohne Platzverschwendung angelegt und so angeordnet sein, daß der Besucher von hier aus in alle Abteilungen gelangen kann. Die beiden dem Inneren des Hauses zugekehrten Ecken sind mit Tischen und bequemen Polsterstühlen ausgestattet, um denjenigen Bade-gästen, welche ein Warmbad genommen haben und

noch nicht sofort die Straße betreten wollen, Gelegenheit zum Ausruhen und zum Abkühlen zu geben. Aber auch für zu früh ankommende Personen oder für solche Besucher der Anstalt, welche auf einen Bekannten oder ein Familienmitglied warten wollen, werden diese Plätze willkommen sein.

Die Kasse, hinter der sich die Zentral-Wäscheaufbewahrung befindet, liegt so, daß sie von jedem Besucher beim Eintritt sofort gesehen werden muß. Sie hat einen Hauptschalter und zwei Nebenschalter. Die Kassiererin hat von ihrem Sitz aus einen freien Ueberblick über das Vestibül, über die Vorräume und die Treppenhäuser, sie ist telephonisch mit der Verwaltung und allen Badeabteilungen verbunden und hat infolgedessen die Möglichkeit, alle Vorgänge in der Anstalt leicht und rasch zu vermitteln, wie sie auch alle ein- und ausgehenden Personen übersehen kann. Die Zusammenlegung von Kasse und Wäsche-Ausgabe ist insofern für den Betrieb vorteilhaft, als dadurch die vielfach in Bädern bestehenden Einzelschalter in Fortfall kommen können. Sie wurde dadurch möglich, daß sich die Eingänge zu den einzelnen Abteilungen in unmittelbarer Nähe befinden, was eine Verbilligung im Betrieb mit sich bringt.

Von der Kasse aus gelangt man rechts durch einen erweiterten Korridor, welcher gleichzeitig als Vor- und Warteraum dient, in die Männer-schwimmhalle. Sie ist dreischiffig in Basilikaform erstellt, wobei das Mittelschiff durch ein Moniergewölbe in halbrunder Form überspannt wurde, während die Seitenschiffe gerade Abdeckungen erhielten. Rings um die Halle zieht sich in etwa 4 m Höhe eine Empore, die in ihrer ganzen Ausdehnung für Auskleidezwecke zur Verfügung steht. Je eine in der nordwestlichen und in der südöstlichen Ecke eingebaute Treppe vermitteln den Verkehr der bekleideten Personen zur Galerie, während die in der nordöstlichen Ecke dazu bestimmt ist, für Entkleidete eine Verbindung von der Galerie zum Reinigungsraum und umgekehrt zu schaffen. Die Anlage ist so getroffen, daß jeder Badegast

zunächst einen Umgang betritt, der von den Entkleideten nicht benutzt werden kann. Von diesem Umgang aus gelangt er durch eine stets offene Tür in die Zelle und nach dem Entkleiden daselbst in den inneren Umgang, der in seiner ganzen Ausdehnung niemals von Bekleideten benutzt und infolgedessen auch nicht beschmutzt werden kann. Von hier aus



hat sich der Badegast vorschriftsgemäß in den Reinigungsraum, welcher sich am nördlichen Kopfende befindet, zu verfügen, seinen ganzen Körper abzuwaschen und abzubrausen, um erst nach vollständig erfolgter Reinigung sein Schwimmbad zu nehmen.

Der äußere Korridor ist 1,40 m breit angelegt, während der innere Umgang eine Breite von 1,60 m erhalten hat. Die Zelle ist 1,28 m lang und 1,22 m breit



Haupteingang.

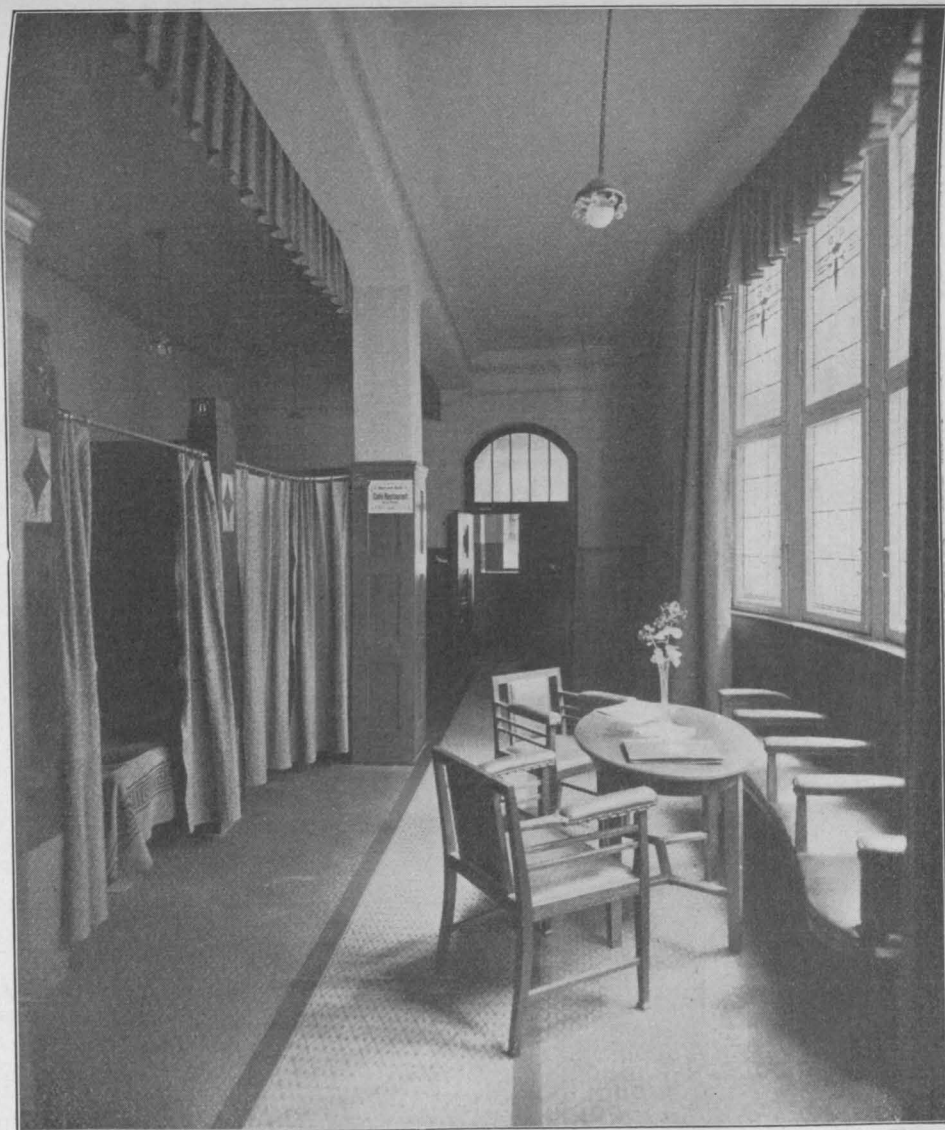


Vorhalle.

Der Neubau des Stadtbades zu Pforzheim. Architekt: Stadtbaumeister Alfred Roepert in Pforzheim.



Schwimmhalle für Männer.



Ruheraum.

Der Neubau des Stadtbades zu Pforzheim. Architekt: Stadtbaumeister Alfred Roepert in Pforzheim.

und besitzt einen Flächeninhalt von 1,56 qm. Es sind im ganzen 62 Zellen und zwar 31 im Erdgeschoß und 31 auf der Galerie vorhanden; ferner befinden sich daselbst an den Giebelseiten noch eine Reihe offener Auskleideplätze für Schüler.

Das Wasserbecken hat eine Länge von 23,3 m und eine Breite von 11,1 m; es hat an der niedrig-

unter dem Becken ein Hohlraum vorhanden ist, damit der Boden des Beckens jederzeit auf seine Dichtigkeit usw. geprüft werden kann. Ferner ist darauf Rücksicht genommen, daß sich das Becken völlig unabhängig von den übrigen Konstruktionsteilen setzen kann. Die Innenflächen sind zunächst wasserdicht verputzt und mit leicht bläulich glasierten Platten, die

Wandplatten glatt, die Fußbodenplatten rau, bekleidet.

Rings um das Becken ist oberhalb des Wasserspiegels eine Ueberlaufrinne angeordnet, in der sich Spuck-Oeffnungen befinden.

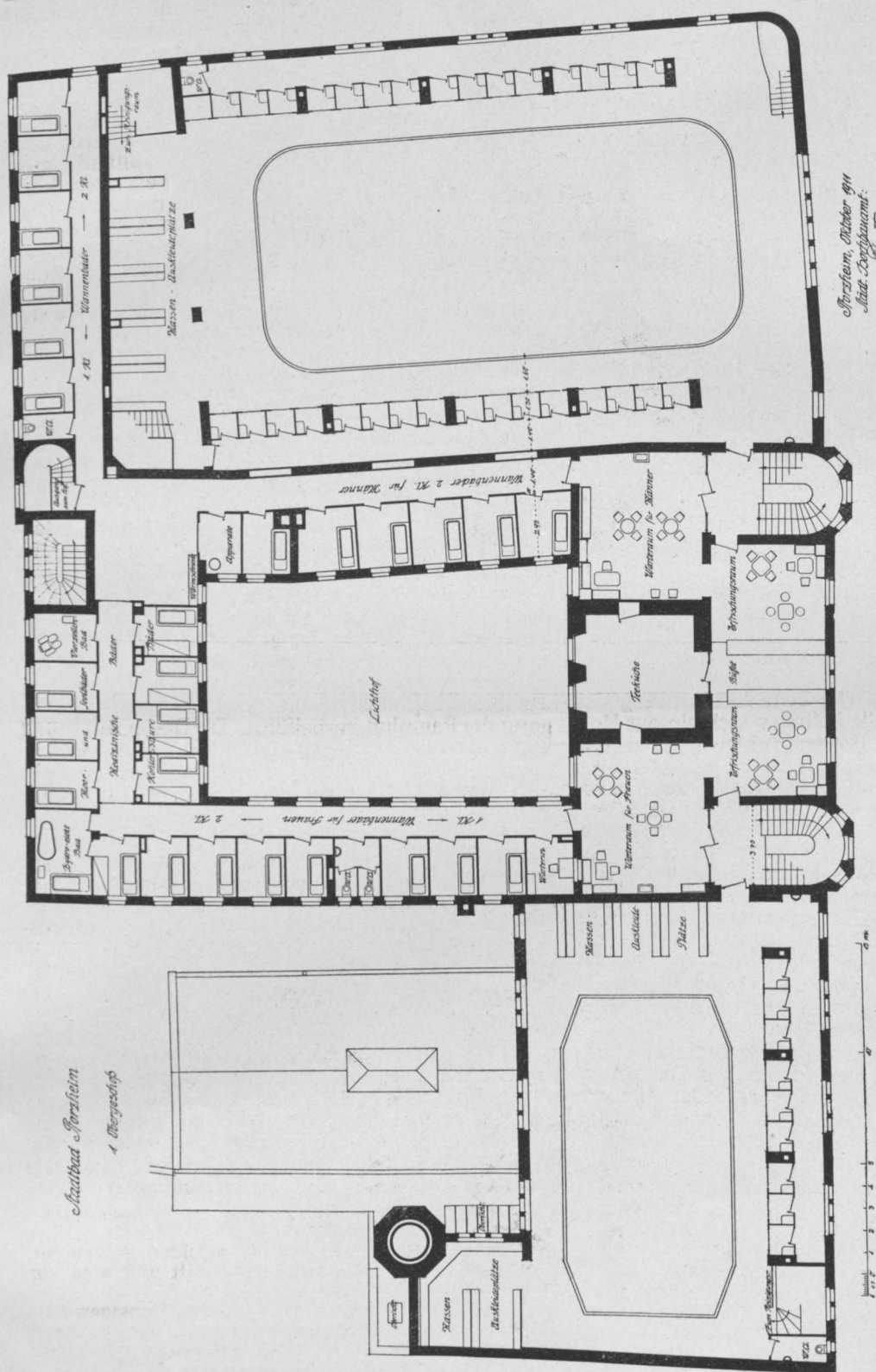
An den in das Schwimm-Becken führenden Treppen sind 4 Hochdruck-Brausen aufgestellt, auf der einen Seite als Strahlbrause, auf der anderen Seite als Dusch-Brause, welche an die städtische Wasserleitung angeschlossen sind. Mit diesen Brausen verbunden ragen an der Decke auf jeder Seite je zwei Wasser-Zerstäuber zur Luftkühlung nach der Mitte der Halle heraus, die einen feinen Wasserstaub über die Oberfläche ausbreiten.

Dem Ueberlauf-Becken gegenüber, an der tiefsten Stelle, sind die Sprungbretter angebracht und zwar befindet sich in der Mitte ein 3 m hohes, während rechts und links davon, über Eck gestellt, je ein 1 m hohes angebracht ist. In der Mitte des nach der Halle zu offenen Reinigungsraumes sind 10 Fußwaschbecken aufgestellt und anschließend daran die verschiedenen Brausen für Männer und Knaben angeordnet.

Die Tagesbeleuchtung erfolgt in reichlichem Maße durch an allen Seiten der hochgeführten Umfassungs- und Mittelschiffwände angebrachte Lichtöffnungen. Die Abendbeleuchtung, welche

durchweg elektrisch eingerichtet ist, erfolgt durch an den Seitenwänden, und zwar oberhalb der Galerie angebrachte Metallfadenlampen. Ferner sind unterhalb der Galerie in kranzartiger Form Glühlampen angeordnet, die in Verbindung mit der Deckenbeleuchtung eine Fülle von Licht zu spenden vermögen.

Das Holzwerk ist mit weißer Oelfarbe gestrichen und mit einem dauerhaften Lacküberzug versehen,



sten Stelle 0,8 m, an der tiefsten Stelle 3 m Wassertiefe und einen Gesamtwasserinhalt von 480 cbm. Der Wasserspiegel liegt 0,6 m unter Fußboden. Die Zugänge zum Becken befinden sich an der nördlichen Schmalseite, in der Nähe der Reinigungsbecken; daselbst liegt auch der immerwährende Wasserzulauf zum Hauptbecken. Das Schwimmbecken ist aus Stampfbeton auf Pfeilern ruhend derart hergestellt, daß

während die sämtlichen Wandflächen, soweit sie nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen mit Platten belegt sind, einen leicht gelblichen Rauhputz erhalten haben.

Der Zugang zur Frauenschwimmhalle erfolgt ebenfalls vom Vestibül aus durch einen kleinen Vorflur. Gesamtanordnung und Ausgestaltung sind miteinigen Ausnahmefällen gleich, wie in der Schwimmhalle für Männer. Dem Eingang gegenüber befindet sich der immerwährende Wasser-Umlauf mit dem Ueberlaufbecken, der durch eine, dem Bade entstiegene, aus karrarischem Marmor gefertigte ideale Frauenfigur bekrönt ist. Da die Halle nur ein Seitenschiff besitzt, enthält sie im Erdgeschoß und auf der Galerie nur 24 Auskleidezellen, dazu allerdings noch zwei größere Räume, welche für Massenauskleidung der Schülerinnen dienen.

Im Reinigungsraum, der absichtlich etwas abseits gelegt ist, sind 6 Fußwaschbecken, 2 Bidetzellen, eine größere Anzahl teilweise geschlossener, teilweise offener Brausen und daran anschließend einige Aborte untergebracht. In der südwestlichen Ecke befindet sich ein kleiner Frisiersalon für Damen, der vom äußeren wie auch vom inneren Umgang aus erreichbar ist. Das Schwimmbecken ist 15^m lang und 8,50^m breit und hat einen Gesamtwasserinhalt von 220 cbm.

Ein Tonnengewölbe von 11,5^m Breite, in Monier-Konstruktion ausgeführt, überdeckt das Mittelschiff, während das Seitenschiff eine der Dachform angepaßte schräge Abdeckung erhalten hat. Die großen Fensterflächen in den Längsseiten sorgen für eine reichliche Lichtwirkung. Hier wie in der Männer-Schwimmhalle ist versucht, durch farbige Platten in Verbindung mit rosafarbigem Putz eine ruhige und vornehme Wirkung zu erzielen.

Wiederum vom Hauptvestibül aus betritt man die Schwitzbäder. In nächster Nähe des Einganges liegen zu beiden Seiten die Ruheräume, die durch einen Verbindungsgang unter einander zugänglich sind. Es sind 11 Auskleidezellen mit und 3 ohne Ruhebett vorhanden. Die Zelle ist 2,2^m lang und 1,7^m breit. In jeder Zelle befinden sich ein aus Holz hergestelltes, fein gepolstertes Ruhebett, ein Nachtschreiben mit Wertsachenkästchen und Stehlampe, ein Spiegel, ein Stuhl, ein Stiefelknecht, ein Fußtepich und eine Klingelanlage. Die Zellen sind in Holz hergestellt, farbig gebeizt und nach vorn durch einen Vorhang abgeschlossen. Das Ganze trägt den Charakter eines behaglich ausgestatteten Schlafraumes. An die beiden Ruheräume schließt sich der Brauseraum oder die Kaltwasserbehandlung an. In ihm sind Horizontal-, Kopf-, Strahl-, Sitz-, Regen- und Wannen-Brausen usw., vorgesehen. Ferner sind darin untergebracht zwei je 3,7^m lange und 2,2^m breite Schwimmbecken, von welchen das eine Warmwasser und das andere kälteres Wasser enthält.

Um den Brauseraum gruppieren sich: das Warm- und Heißluftbad, der Massageraum, das Dampfbad, das elektrische Lichtbad, das Sprudel- oder Wildbad. Zwischen dem Ruhe- und dem Brauseraum ist ein besonderer Abtrockenraum eingeschoben.

Bei allen den Räumen, die viel Feuchtigkeit oder viel Wärme enthalten, ist auf Isolierung Bedacht genommen. So sind Wände und Decken des Dampf-

bades doppelt hergestellt und die des Warm- und Heißluftbades mit 4^{cm} starken Korkplatten isoliert. Die Fenster sind in ersterem Raum dreifach und zwar die äußeren beiden in Holz und das innere in Eisen hergestellt, während die für den Warmluftraum doppelt in Holz zur Ausführung gekommen sind. Im Warmluftbad, in welchem ständig eine Temperatur von 60° C. herrscht, sind die Wände bis auf 1,6^m Höhe mit Marmor belegt; darüber geputzt und gestrichen.

Der Fußboden ist in Terrazzo mit einfacher Friesausbildung hergestellt. In diesem Raum sind aufgestellt: ein Trinkbrunnen aus Marmor, der gleichzeitig als Springbrunnen eingerichtet ist, ein Tisch, einige bequeme Stühle und im höher gelegenen, durch eine Marmorbrüstung abgetrennten Heißluftbad eine durchlöchernte Bank, unter der eine besonders konstruierte Heizschlange angebracht ist, mittels welcher der Raum auf eine Temperatur von 70—75° C. gebracht werden kann. Die Türen sind als Doppeltüren mit besonderer Isolierung hergestellt und mit einem Guckfensterchen versehen.

Der Massageraum ist bis auf 1,8^m Höhe mit weißglasierten Plättchen belegt, hat als Fußboden Terrazzo und im Uebrigen geputzte, mit Oel und Emailfarbe gestrichene Wand- und Deckenflächen erhalten. Um Schwitzwasserbildungen und Zugserscheinungen zu vermeiden, sind die Fenster als Doppelfenster hergestellt. Im Raum sind zwei Massagepritschen aus Marmor und eine Kopf- und Strahlbrause angeordnet.

Im Dampfbad sind die inneren Wand- und Deckenflächen, letztere als Kreuzgewölbe hergestellt, um Abtropfungen zu vermeiden, vollständig mit glasierten Plättchen belegt. Der Fußboden hat gebrannte und leicht gerauhte Tonplatten erhalten. An der westlichen Seite sind die aus Marmor hergestellten, in drei Geschossen durchgeführten Liegepritschen angebracht, während an der gegenüber liegenden Seite eine Kaskade aufgestellt ist, an welcher fortwährend ein leichter Wasserschleier herunter rieselt, der von der Luft umspült wird und eine vollkommene Sättigung der Raumluft herbeiführt. Die Dampfzuführung und eine Brause mit Kalt- und Warmwasser vervollständigen die Einrichtung. Die Türen sind ebenfalls als Doppeltüren in Eisen hergestellt und mit Isoliermaterial gefüllt.

Im elektrischen Lichtbad sind zwei Kasten-Lichtbäder mit je 16 röhrenförmigen Glühlampen, 4 gewöhnlichen und 3 Gleichstrom-Bogenlampen vorgesehen. Diese Einrichtung ermöglicht durch den intensiven Strahlungsreiz einen starken Schweißausbruch schon bei einer Lufttemperatur von 25—35° C.

Das Sprudelbad oder Wildbad ist kreisförmig angelegt, hat eine Tiefe von 52^{cm} und einen Durchmesser von 3,3^m. Der Boden wird mit Sand beschüttet. Das Wasser sprudelt mit einer gleichmäßigen Temperatur von 35° C. inmitten dieses Bades hoch und fließt durch einen seitlichen Ueberlauf ab. Auf eine stimmungsvolle Beleuchtung dieses Raumes sowie der Kaltwasserbehandlung ist Wert gelegt. Vom Schwitzbad aus bestehen unmittelbare Verbindungen zu den beiden Schwimmhallen, damit jeder Badegast Gelegenheit hat, nach dem Schwitzbad noch ein längeres kaltes Vollbad zu nehmen. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Eine Gedächtnisfeier für Paul Wallot findet am 27. Okt. d. J. im Reichstags-Gebäude in Berlin auf Anregung der „Vereinigung Berliner Architekten“ und unter Beteiligung aller künstlerischen Kreise Berlins statt. Es ist beabsichtigt, der Feier einen deutschen Charakter zu geben, daher werden Redner aus Nord- und aus Süddeutschland sprechen. Die Begrüßungsrede wird Min.-Dir. Karl Hinckeldeyn halten, während für die Gedächtnisrede auf den verstorbenen Meister Friedrich von Thiersch gewonnen wurde, der in seiner Frankfurter Zeit, als er bei Mylius & Bluntschli tätig war, den Werdegang Wallots andauernd verfolgen konnte und der später, beim zweiten Wettbewerb um das Reichstagsgebäude, sein ernstester Mitbewerber war. Nach der Gedächtnisrede wird je ein Vertreter der Städte Berlin (Rich. Wolfenstein), Dresden und Frankfurt a. M. sprechen. Die Feier findet in dem zu 9. Oktober 1912.

dem besonderen Zweck ausgeschmückten großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes statt und wird von Musik eingeleitet und geschlossen.

Zur Zeit der Feier wird im Lichthof des Kunstgewerbemuseums zu Berlin eine Ausstellung der Werke Wallots stattfinden, deren Leitung der Wallot-Schüler Heinrich Straumer in Berlin übernommen hat. —

Protest „Alter Herren“ der Berliner Universität und des „Berliner Waldschutz-Vereins“ gegen die Vernichtung des Universitätsgartens zu Berlin. An die ehemaligen Studenten der Friedrich Wilhelm-Universität zu Berlin wenden sich die „Alten Herren“ mit nachfolgenden Ausführungen gegen ein Unternehmen, das nicht nachdrücklich genug verurteilt werden kann:

„Vor bald 100 Jahren ist der vorübergehend auftauchende Plan, den Berliner Universitätsgarten zu bebauen, aufgegeben worden. Seit dieser Zeit verwandelte sich

das kleine Berlin in eine steinerne Wüste, in der jede grüne Oase unermesslichen idealen und hygienischen Wert gewonnen hat. Ganz besonderer Wert muß heute jeder Freifläche in der Nähe der Universität zugesprochen werden. Heute schützen alte Universitäten ihre Parks wie Heiligtümer — man denke z. B. an Oxford und Harvard — und neue Universitäten werden weitsichtig in große Park-Anlagen gruppiert. Heute bedeutet die plötzlich drohende Verbauung des kleinen Universitätsgartens, für die bereits die Fundamentbohrungen gemacht wurden, einen solchen Mangel an Ehrfurcht vor diesem durch Tradition geheiligten Fleckchen Erde und eine solche Verständnislosigkeit für die Rechte der kommenden studierenden Generationen, daß hier ein ernstes Wort aller derer, die die Friedrich Wilhelm-Universität ihre Alma Mater nennen dürfen, wohl am Platze ist. Ein kräftiges: „Ruft zu Hilf die Poesie gegen Zopf und Philisterei“ soll im Sinne des alten Studentenliedes „Burschen heraus!“ erschallen und soll das poesievolle kleine Stückchen alten Baumbestandes hinter der Universität gegen eine Herabwürdigung seines idealen Wertes zur Baustelle schützen.

Es handelt sich hier nicht nur um den Verlust des Botanischen Gartens selbst, sondern eine ernste Prinzipienfrage steht zur Entscheidung. Daß die Friedrich Wilhelm-Universität wächst und sich vergrößern muß, ist auf das freudigste zu begrüßen. Selbstverständlich muß für alle praktischen Bedürfnisse, wie Lesehalle, Speisesaal usw., auf deren Befriedigung die gegenwärtige Generation von Studierenden mit Recht dringt, schnell und ausgiebig gesorgt werden. Der dem Studium und der Konzentration geweihte Bezirk zwischen Bibliothek und Dom soll sich erweitern! Daß diese Erweiterung aber in würdiger Weise erfolge, ist von so großer Bedeutung, daß jeder geplante Schritt wohl der Ueberlegung wert ist. In der Richtung nach Norden und Nordwesten zur Georgen-Straße, zum Kupfergraben und zum Anschluß an die Museums-Insel hin ist eine Erweiterung des Universitätsbezirkes bei erstem Willen noch möglich, und glücklicherweise liegen dort auch noch weitere Gärten (z. B. zwischen Dorotheen-, Bauhof- Straße und Hegel-Platz), die ebenfalls unter keinen Umständen dem Schicksal der Verbauung (Park der Tierarzneischule!) verfallen dürfen, sondern sinnvoll in eine weitsichtige Erweiterung einbezogen werden müssen. Nur auf diesem Wege, nicht aber durch intensivere Bebauung des historischen Bodens kann die Universität in edler Weise wachsen und so eine würdige Umgebung geschaffen werden für das in der Welt fast einzig dastehende hauptstädtische Monumental-Zentrum von Museen und wissenschaftlichen Anstalten, auf das jeder Deutsche mit Recht stolz sein kann. Es darf nicht sein, daß man durch eine kurzsichtige Erweiterungspolitik das vornehme Universitätsgebäude und die neue Bibliothek ins Gedränge bringt und ihren tausenden von geistig arbeitenden Besuchern die Luftzufuhr beeinträchtigt! Der alte Prinz Heinrich-Bau und die dahinter liegende Freifläche sind Schöpfungen Friedrichs des Großen. Für beide wurde der Platz — wie sich aus den ältesten Entwürfen nachweisen läßt — nach sorgfältigster Erwägung gewählt. Teile dieses Ganzen zu zerstören, würde dem Ganzen schaden. Die Traditionen der Berliner Universität reichen nicht so weit zurück, wie die anderer (deutscher, englischer, französischer, italienischer, spanischer, ja amerikanischer) Universitäten. Um so heiliger müssen sie gehalten werden. Die erste Blüte der Berliner Universität ist unlösbar mit dem Andenken der großen von Humboldt verknüpft. Die Vernichtung des exotischen Baumbestandes des alten botanischen Gartens (Eiben, echtes Feigenspalier, Trompetenbaum, chinesischer Ginkgo biloba, Mannabaum usw. usw. und viele schöne Exemplare heimischer Baumarten) wäre eine Versündigung an dem Andenken Alexander von Humboldt's. Auch die Kastanien des benachbarten sogenannten Kastanienwäldchens würden durch die drohende Einbauung ernstlich gefährdet.

Ein Komitee „Alter Herren“ der Berliner Universität hat sich gebildet, um in Gemeinschaft mit dem Berliner „Waldschutz-Verein“ lebhaft einzutreten für die Erhaltung des ehrwürdigen Gartens.

Wir, die wir in sommerlicher Zeit einst stille Stunden zwischen zwei Vorlesungen im Schatten dieses idyllischen Gartens verbringen und in beschaulicher, wissenschaftlicher Einkehr hier weilen durften, unterstützen diese Bestrebungen mit allen guten Wünschen für die Erhaltung eines der seltensten Kleinodien der Reichshauptstadt.

Einige Hoffnungen hierfür ergeben sich aus dem Umstand, daß, wie Berliner Tagesblätter zu berichten wissen, die Verwendung des alten königlichen Opernhauses unter den Linden für Universitätszwecke in Frage stehen soll. Sind diese Nachrichten zutreffend, sie wären erfreulich,

denn falls die Universität durch den Umbau des Opernhauses eine Bereicherung ihrer Gebäude erfahren würde, wäre auch die Gefahr für den Universitätsgarten, eine weitere Schmälerung zu erleiden, beseitigt. Der Universitätsgarten, der der Erholung der Studierenden in den Zwischenpausen dient, erweist sich bereits seit langem als zu klein. Die Entfernung des Baracken-Auditoriums würde wesentlich zu der in hohem Maße erwünschten Vergrößerung des Universitätsgartens beitragen. —

Wettbewerb.

Der Wettbewerb um den Großen Staatspreis der königlichen Akademie der Künste zu Berlin auf dem Gebiete der Architektur für das Jahr 1913 wird vom Senat mit Frist zum 12. und 19. April für Bewerber eröffnet, die Preußen sind und das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben. Der Preis beträgt 3000 M. sowie 300 M. Reisekosten für eine einjährige Studienreise, hinsichtlich deren der Stipendiat nur soweit beschränkt ist, als er Italien zu besuchen hat, falls er dieses Land noch nicht kennt. Die Bewerbung erfolgt durch „alle Arten selbständig durchgeführter Entwürfe von größeren Bauten, die ausgeführt (mit 30 Jahren!) oder für die Ausführung entworfen sind, aus denen ein sicherer Schluß auf die künstlerische und praktische Befähigung des Bewerbers gezogen werden kann“. Man könnte einmal darüber nachdenken, ob man einen Preis nebst Reisekostenentschädigung von 3300 M. noch mit dem prunkenden Wort „Großer Staatspreis“ belegen und ob man unter den heutigen Verhältnissen mit dieser bescheidenen Summe überhaupt eine einjährige Studienreise bestreiten kann. So erfreulich die Errichtung dieses Preisausschreibens an sich ist, so erwünscht erscheint uns seine „Modernisierung“. —

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Distrikts-Krankenhaus in Traunstein, ausgeschrieben im Auftrag der Stadt Traunstein durch den „Münchener (oberbayerischen) Architekten- und Ingenieur-Verein“, liefen 34 Arbeiten ein. Das Preisgericht, bestehend aus den Hrn. städt. Baurat Wilh. Bertsch, Bauamtsassessor H. Buchert, Arch. O. O. Kurz, Hofbauamtman H. Neu, Prof. Franz Rank und Arch. Karl Söldner, sämtlich in München, verlieh den I. Preis von 1800 M. dem Entwurf „Gute Besserung“ des Hrn. Karl Jäger in München; den II. Preis von 1200 M. dem Entwurf „Iris“ der Hrn. Lange und Grandy in Pasing; den III. Preis von 700 M. dem Entwurf „Bairisch“ des Hrn. Prof. Schweighardt in Gern. Zum Ankauf wurden empfohlen Entwürfe der Hrn. Simon & Kranebitter in München, sowie Emlich & Schönwetter in Neustadt a. H. Eine lobende Erwähnung fanden die Arbeiten der Hrn. A. Nopper, Hans Dötsch, sowie Stengel & Hofer in München. —

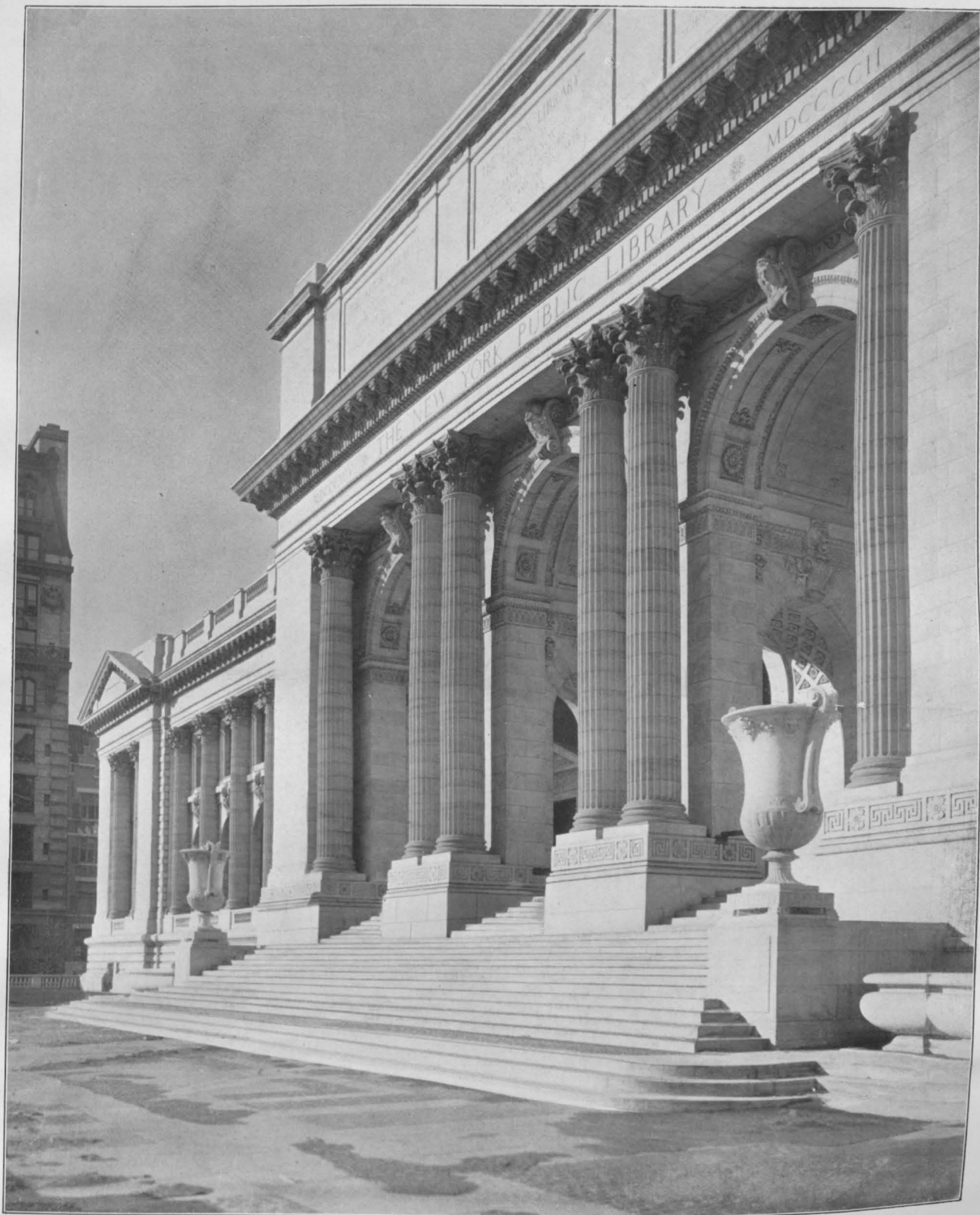
Preisauszeichnung für Wohnhaus-Fassaden in Düsseldorf. In Düsseldorf wurde seiner Zeit von der Stadtverwaltung ein Betrag zur jährlichen Verteilung von Preisen für die künstlerischsten und am besten ausgeführten Wohnhaus-Fassaden ausgeworfen. Zur Auszeichnung sollten nur Drei-, Vier- und Mehrfamilien-Häuser zugelassen werden. Die Preisverteilung hat jetzt stattgefunden; folgende Bauten sind auf Vorschlag der „Städtischen Fassaden-Kommission“ in Anerkennung der guten Ausgestaltung ihrer Fassaden mit Geldpreisen ausgezeichnet worden: je 800 M. 1. Roß-Straße 13-21, Bauherren: Erben Hintze, Architekt: Dipl.-Ing. E. Lyonel Wehner; 2. Belzen-Straße 19, Bauherr: K. Grohmann, Architekt: Emil Fahrenkamp; 3. Am Turnisch 6, Bauherren: K. Windolf & W. Harings, Architekt: August Pramann; je 500 M. 4. Behren-Straße 26-28, Bauherr: Spar- und Bauverein, Architekt: Fritz Hofmeister; 5. Blücher-Straße 28, Bauherr: W. Nohs, Architekten: Verheyen & Stobbe; 6. Gneisenau-Straße 69, Bauherr: H. Bünger, Architekten: Verheyen & Stobbe; 7. Gumbert-Straße 79, Bauherr: F. Keusen, Architekt: J. Schönen. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kunstgewerbe-Museum in Leipzig ist vom Rat genehmigt worden und liegt der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung vor. Der Neubau soll bei der Johannis-Kirche errichtet werden, das Grassi-Museum am Königs-Platz entlasten und neue Sammlungszweige aufnehmen. Es sind 3 Preise von 5000, 4000 und 3000 M. in Aussicht genommen. —

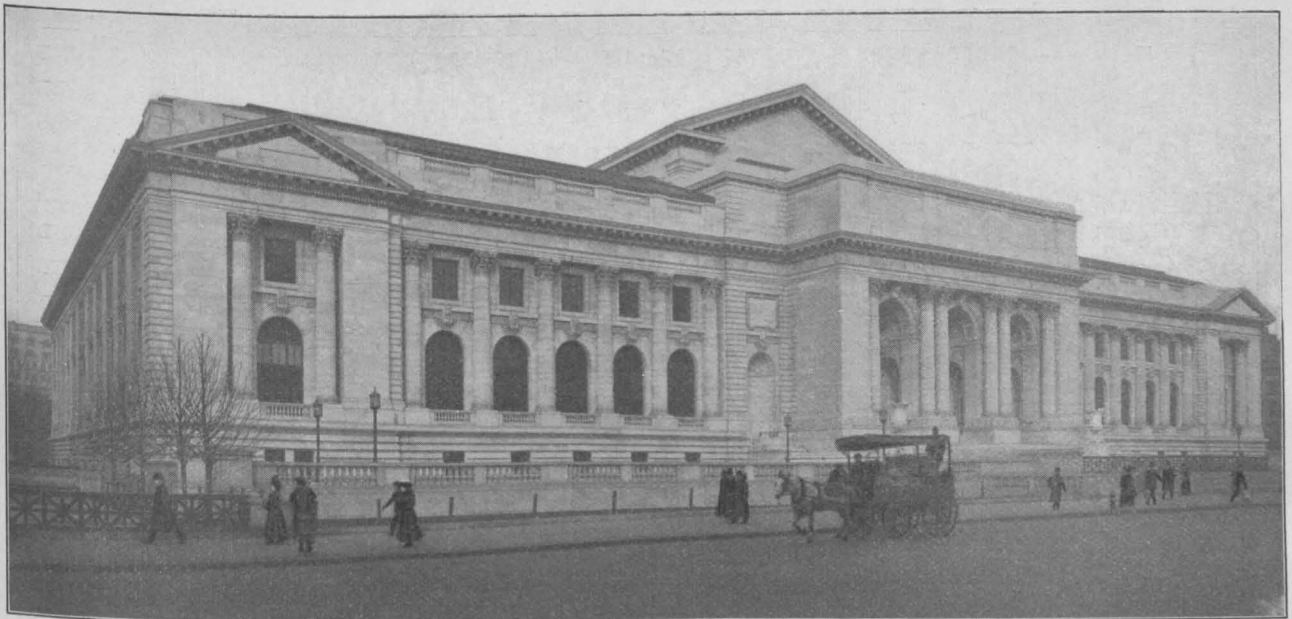
Inhalt: Der Neubau des Stadtbades in Pforzheim. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der Neubau des Stadtbades in Pforzheim.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE NEUE ÖFFENTLICHE BIBLIO-
 THEK IN NEW YORK. * ARCHITEK-
 TEN: CARRÈRE AND HASTINGS
 IN NEW YORK. * ANSICHT DES
 HAUPTINGANGES. * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * XLVI. JAHRGANG 1912 * N^o. 82. *



Hauptansicht an der 5. Avenue.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. № 82. BERLIN, DEN 12. OKTOBER 1912.

Das neue Gebäude der „Oeffentlichen Bibliothek“ in New York.

Architekten: Carrère und Hastings in New York.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 720 und 721.



Im vergangenen Jahre ist in New York das neue Gebäude der „Oeffentlichen Bibliothek“ (Public Library) seiner Bestimmung übergeben worden. Es ist ein stolzes Denkmal demokratischen Gemeinnes, das an der fünften Avenue, die Rückseite auf den Bryant-Park stoßend, zwischen der 40. und der 42. Straße

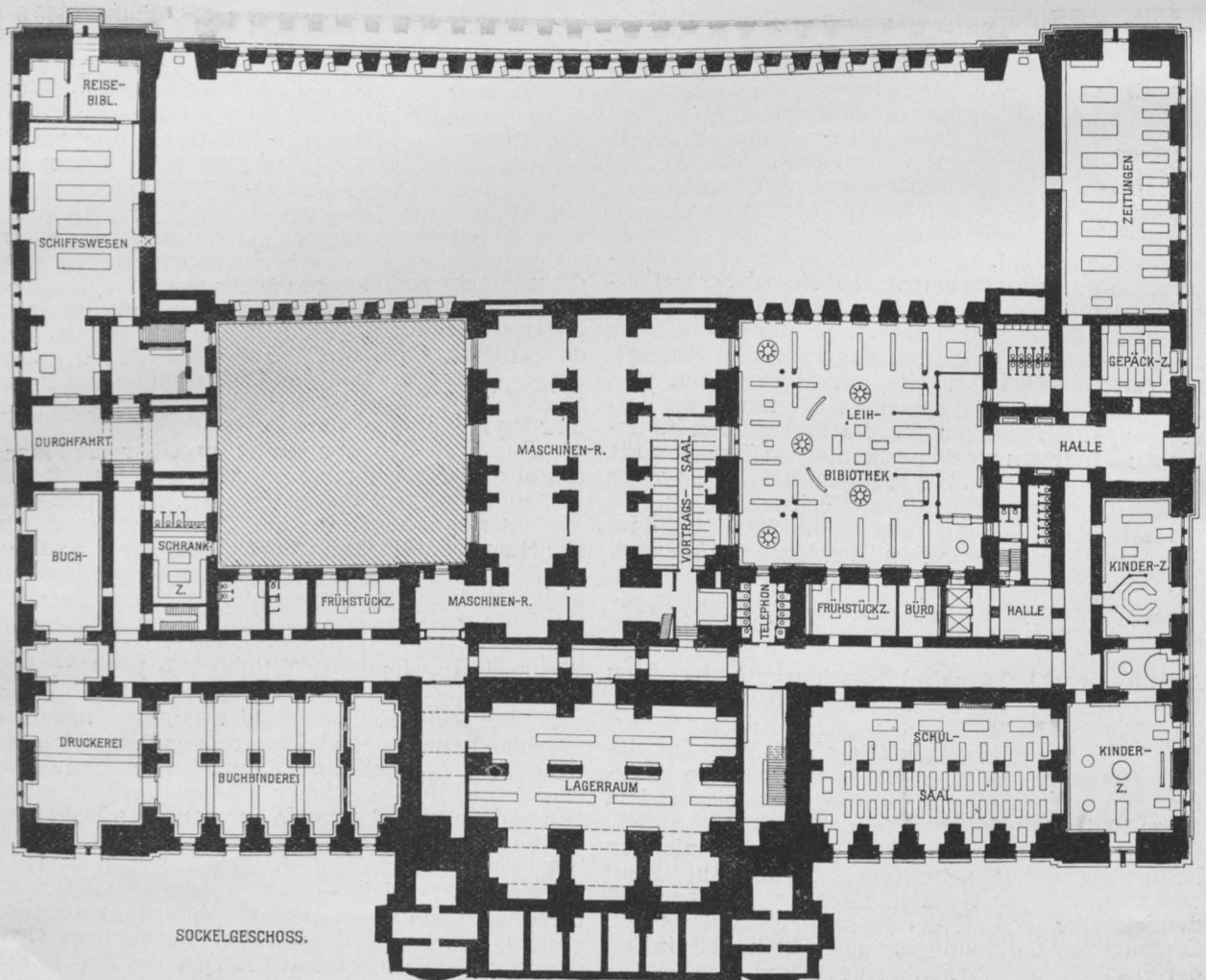
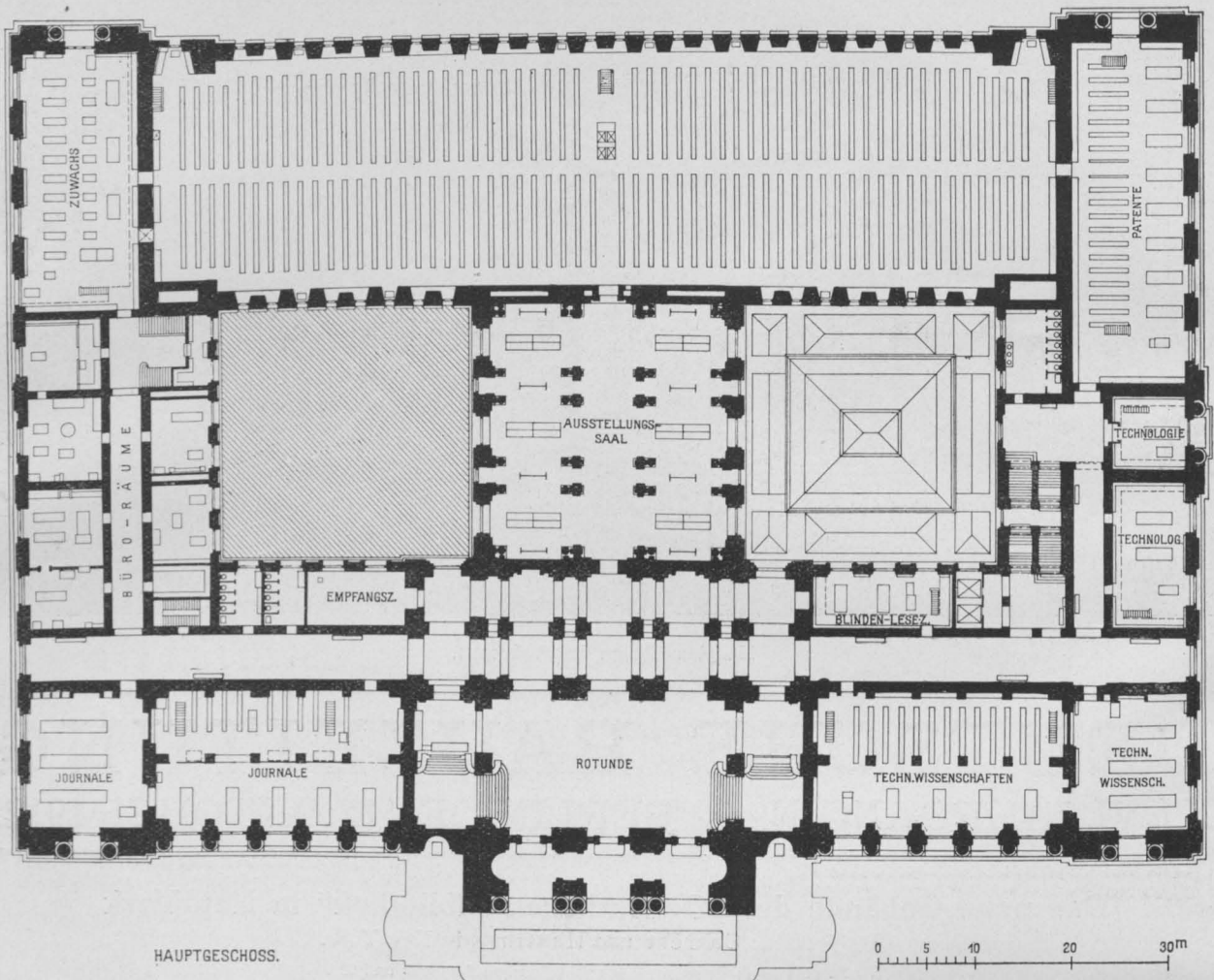
an der Stelle steht, an der bis dahin das alte Croton-Reservoir zur Wasserversorgung New Yorks sich erhob, dessen düstere, jedoch malerisch mit Efeu bewachsene Mauern auch dann noch standen, als der Bedarf New Yorks an Wasser längst über die Leistungsfähigkeit dieses Reservoirs hinausgewachsen war. Das neue Gebäude ist zugleich ein Denkmal der Vereinigungsbestrebungen für die drei großen Bibliotheken der ersten nordamerikanischen Handelsstadt. Im Jahre 1849 begründete John Jacob Astor als erster in New York eine öffentliche Büchersammlung für die freie Benutzung durch das Volk. Ihm folgten im Jahre 1870 James Lenox und im Jahre 1887 Samuel J. Tilden mit ähnlichen Gründungen. Diese drei Anstalten wirkten jede für sich getrennt, bis sich zu Beginn der neunziger Jahre Vereinigungsbestrebungen geltend machten, die im Jahre 1895 zum tatsächlichen Zusammenschluß der drei Anstalten unter der neuen Bezeichnung „New York Public Library“ führten. Zugleich wurden mit der neuen Anstalt Bestände vereinigt, die der ehemaligen „New York Free Circulating Library“ und ihren Zweig-Bibliotheken angehörten, eine Stiftung des Andrew Carnegie aus dem Jahre 1901.

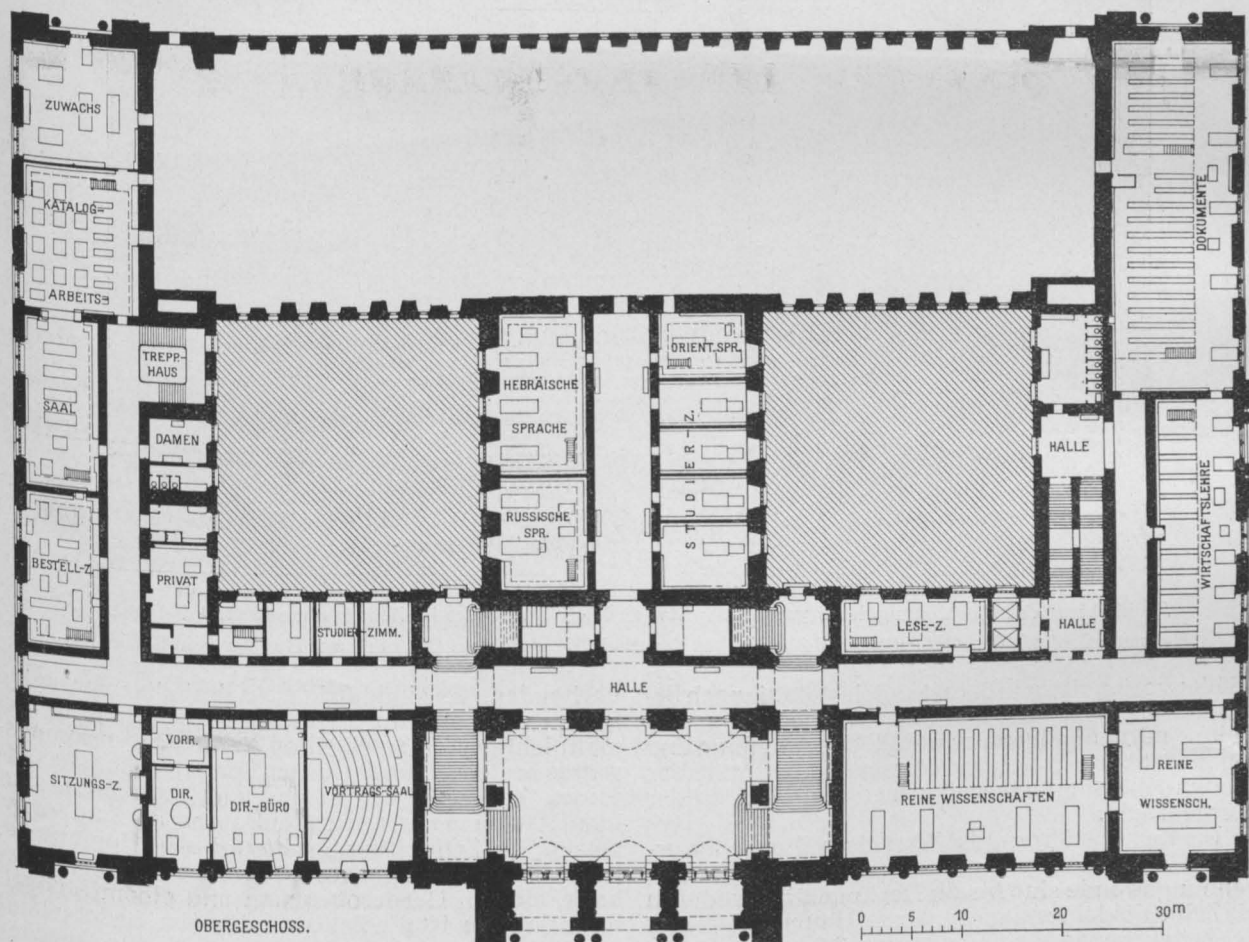
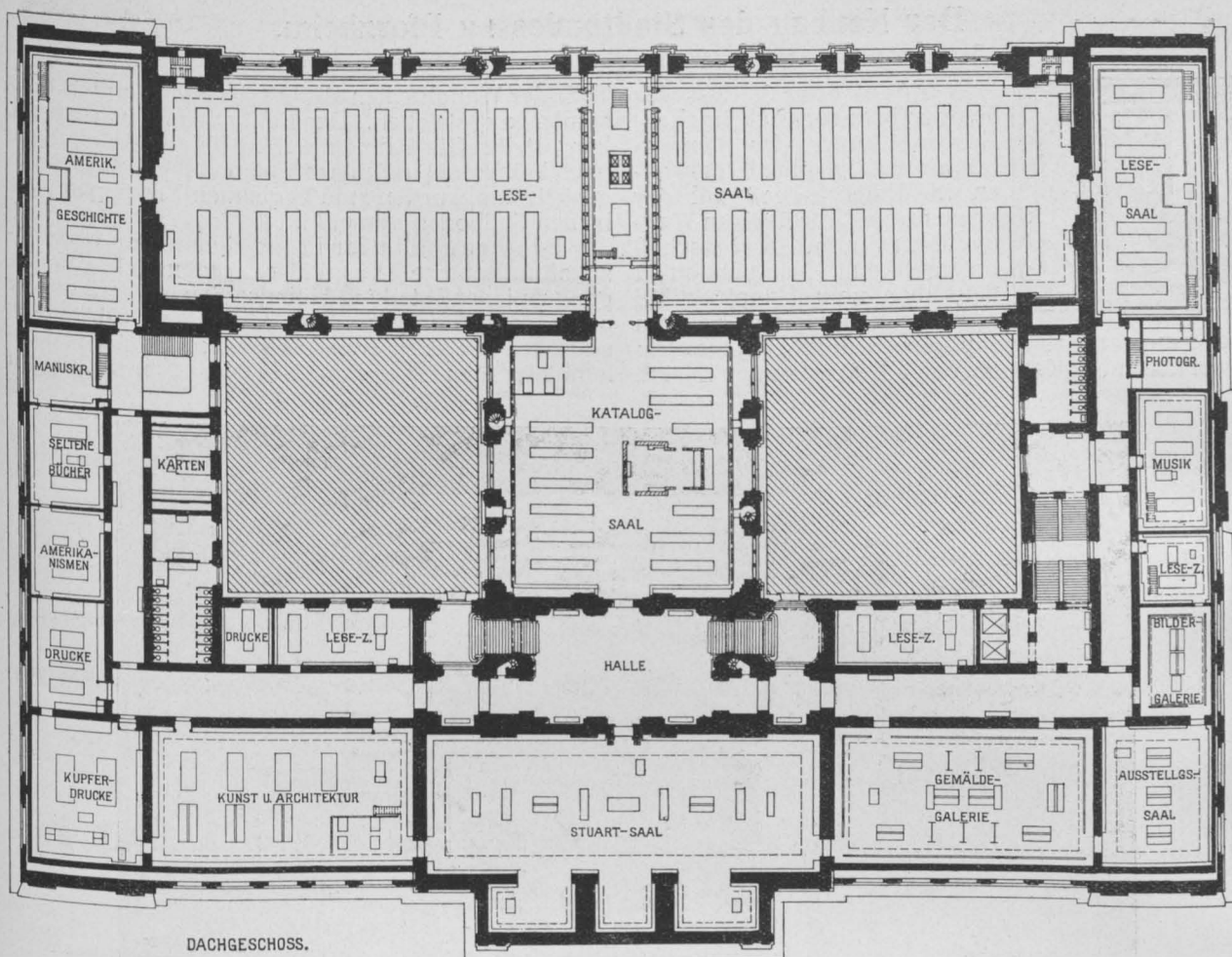
Diese Vereinigung wurde genehmigt unter der Bedingung, daß die neue Bibliothek jeden Abend und außerdem an den Nachmittagen der Sonntage und der Feiertage der Bevölkerung freigeöffnet sein sollte. Zugleich war die Bedingung zu erfüllen, daß ein Teil der Bestände ausgeliehen werden könne. Zur Zeit der

Vereinigung war der Bestand der Bibliothek 350 000 Bände; heute hat er die erste Million schon erheblich überschritten.

Es lag nahe, daß mit der Vereinigung auch der Gedanke eines Neubaus für die Büchersammlung zur Erörterung gelangte. Ein Programm hierfür stellte bald darauf, im Jahre 1897, der Direktor der vereinigten Büchersammlungen, Dr. John S. Billings, auf. Im gleichen Jahre wurde zur Erlangung geeigneter Entwürfe ein allgemeiner Wettbewerb erlassen, aus welchem sechs Bewerber siegreich hervorgingen, die nunmehr zugleich mit sechs weiteren Architekten und Architektenfirmen von Bedeutung zu einem engeren Wettbewerb aufgefordert wurden, in welchem die Architekten Carrère und Hastings als Sieger bestanden und das Glück hatten, auch der Frucht ihres Sieges durch Uebertragung der Ausführung teilhaftig zu werden.

Das neue Gebäude nimmt ungefähr die Fläche des alten, rechteckigen Wasser-Reservoirs mit seinen abgeboßchten, ägyptisierenden, mit Efeu belebten, einer ehemaligen Festung ähnlichen Mauern ein. Die Hauptfront liegt an der Westseite der 5. Avenue; die Rückfront wendet sich einem kleinen Park zu, während die Seitenfronten in den beiden Parallel-Straßen liegen, welche mit zahlreichen anderen die Manhattan-Halbinsel fischgrätenartig von Osten nach Westen in regelmäßiger Teilung durchziehen. Mit der Wahl dieser Stelle ist der Verkehrslage in vorzüglicher Weise Rechnung getragen, denn das neue Gebäude kann ebenso leicht von den Bahnhöfen der New York Central- und Pennsylvania-Eisenbahn wie durch die zahlreichen lokalen Verkehrsmittel „up-and-down and cross-town“ von allen Teilen der Stadt erreicht werden. Die Anlage stellt ein regelmäßiges Rechteck von stattlichen Maßen — 117 m Länge und 81 m Tiefe — dar, welchem lediglich an der Eingangsseite ein größerer Vorsprung vorgelagert ist, während an den übrigen Seiten nur bescheiden vortretende Risalite den Körper des Rechteckes





überschreiten. Das Haus erhebt sich in vier Geschossen: in einem Sockel-, zwei Haupt- und einem ausgebauten Dachgeschoß. Das letztere kommt in

der äußeren Erscheinung des Bauwerkes nicht zur Geltung. Im Schlußartikel werden wir auf die Gestaltung des Bauwerkes im Einzelnen eingehen. — (Schluß folgt.)

12. Oktober 1912.

Der Neubau des Stadtbades zu Pforzheim.

Architekt: Stadtbaumeister Alfred Roepert in Pforzheim. (Schluß.)



Die Wannenbäder 3. Klasse für Männer befinden sich im Erd-Geschoß hinter der Männer-Schwimmhalle und die für Frauen im Untergeschoß auf der Frauenseite. Alle übrigen Wannenbäder sind im I. Obergeschoß untergebracht. Man gelangt zu denselben vom Hauptvestibül über 2 zur linken und rechten

Teile der Wandflächen sind rauh geputzt und mit Caissefarbe gestrichen. Der Fußboden ist in Terrazzo hergestellt. Die Wannen, welche für alle Abteilungen nach Zeichnung in Feuerton, also völlig fugenlos hergestellt sind, wurden zum bequemen Einsteigen 15 cm in den Fußboden versenkt.

Die Brausebäder liegen sämtlich im Untergeschoß und sind vom Vestibül aus zugänglich. Am Eingang zu jeder Abteilung befindet sich ein geräumiger und behaglich ausgestatteter Vorraum mit Sitzbänken und Tischen. Es sind 2 Brausebäder und 6 einfache Wannenbäder für Frauen und 15 Brausebäder für Männer

Seite angeordnete Haupttreppen durch je einen im Ober-Geschoß gelegenen Vor- oder Warteraum. Es sind



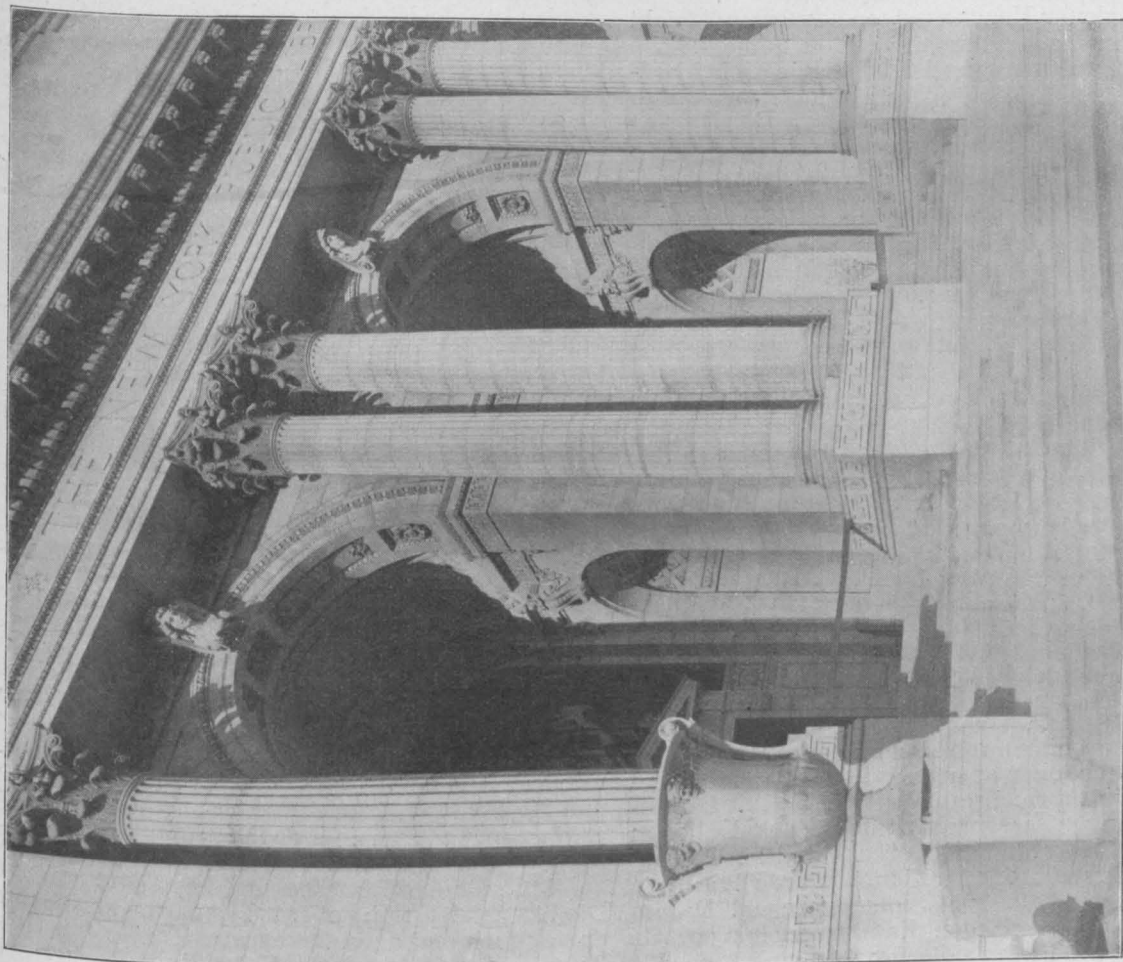
Architektonische Umrahmung des Bryant-Denkmales an der Rückseite der Bibliothek, ohne die Bildnis-Statue.
Das neue Gebäude der „Öeffentlichen Bibliothek“ in New York. Architekten: Carrère und Hastings in New York.

41 Bäder vorhanden und derart angelegt, daß je nach Bedarf einzelne Zellen der männlichen Abteilung in Verbindung mit denjenigen der weiblichen Abteilung und umgekehrt benutzt werden können. In der Mitte der Wannen-Abteilung sind die medizinischen Bäder untergebracht.

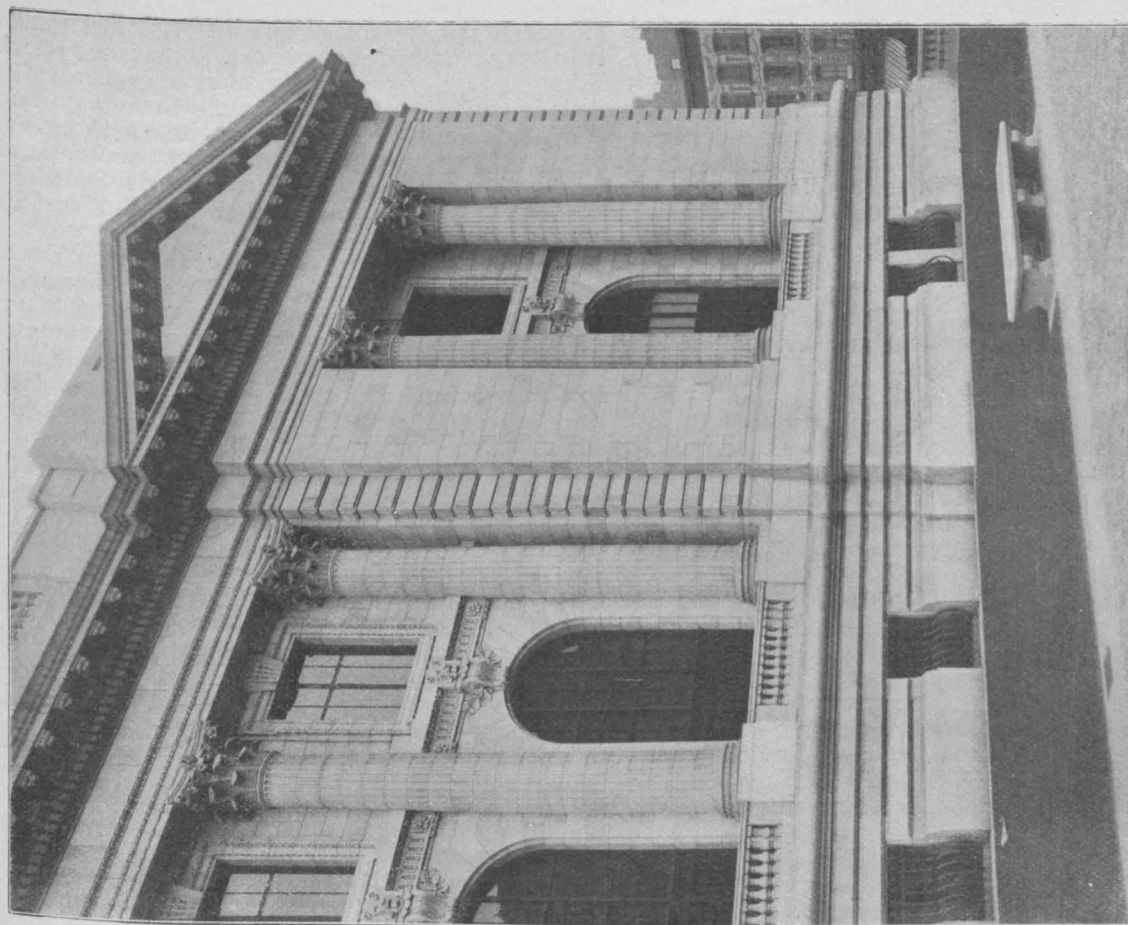
Bei der Ausführung ist Wert darauf gelegt worden, daß jede Zelle Tagesbeleuchtung erhält. Die Trennungswände sind bis zur Decke geführt, wodurch jede Zelle als kleines abgesondertes Zimmer erscheint. Die Zellen haben eine Länge von 2,8 m, eine Breite von 2,15 m und eine Höhe von 3,3 m.

Die Wandflächen sind, soweit sie befeuchtet werden können, mit glasierten Platten belegt, die übrigen

vorhanden. Es sind für Frauen deshalb nur wenige Brausebäder angeordnet, weil die Frau erfahrungsgemäß nicht gern ein solches Bad nimmt. Die Trennungswände bestehen aus glasierten Spaltvierteln. Die einzelnen Zellen, je 2,35 m lang und 1,2 m breit, sind in 2 Abteilungen als Auskleide- und als Baderaum geteilt. Jede Zelle ist ausgestattet mit einer Kopfbrause, Fußbodenvertiefung zum Fußwaschen, einer Sitzbank, einigen Garderobehaken und einem Spiegel. Vom Flur aus ist die Zelle durch einen verschiebbaren Tuchvorhang abgeschlossen. Die medico-mechanische Abteilung, im II. Obergeschoß gelegen, ist ebenfalls in eine männliche und eine weibliche Abteilung getrennt. Sie besteht aus je einem Turnsaal



Architektur des Haupteinganges.
Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York.



Architektur der End-Risalite der Hauptfassade.
Architekten: Carrère und Hastings in New York.

für Frauen und Männer, einem Zimmer für den Arzt, einem Vorzimmer und einem Garderoberraum. Wie schon angedeutet, wurden hierfür zunächst nur die nackten Räume hergestellt, die erst einen weiteren Ausbau erfahren sollen, wenn sich ein geeigneter Unternehmer findet.

12. Oktober 1912.

Das Licht-, Luft- und Sonnenbad. Ueber je eine Nebentreppe von der männlichen und von der weiblichen Abteilung aus gelangt man in die Abteilung des Licht-, Luft- und Sonnenbades. Es besteht aus den Entkleideräumen und dem offen gelegenen Baderaum. Prächtig, von allen Seiten gegen Wind und Wetter sowie gegen Blicke Unberufener geschützt und doch vom frühesten Morgen bis zum spätesten Abend der Sonne ausgesetzt, liegt das Luftbad. Luftbäder sind das beste Abhärtungsmittel, das wir bis jetzt besitzen. Sie stellen eine Methode dar, mittels welcher man einen großen thermischen Reiz unter sehr geringer Wärmeentziehung applizieren, die Stoffwechselvorgänge intensiv steigern und die so äußerst wichtige Hauttätigkeit fördern kann.

In den Auskleideräumen befinden sich Einzel-Auskleidezellen und Massenauskleideplätze, ferner Fuß- und Handwaschbecken. Die Badefläche ist zum Teil mit Kies und Sand überschüttet und zum Teil mit Rasen angelegt. Die an der Westseite angebrachte Pergola mit den damit in Verbindung stehenden massiven Aufbauten sollen zum Schutz gegen zu große Wärme dienen. In der Mitte des ausgedehnten Platzes ist ein 3 m langes, 1,75 m breites und 50 und 65 cm tiefes Wasserbecken angeordnet, dem ein Brausebad und ein Fußwaschbecken vorgelagert sind.

Der Erfrischungsraum befindet sich im I. Obergeschoß in Verbindung mit den Vor- oder Warterräumen der Wannen-Badeabteilung. Er besteht aus einer Kaffee- und Teeküche und einem geräumigen Restaurationslokal, welches den Charakter eines feinen Cafés besitzt.

Die Wäschereianlage liegt im Untergeschoß. Es sind für diese Anlage große, mit reichlich Licht und Luft versehene Hallen vorhanden. Bei der Aufstellung der Apparate wurde dem Vorgang des Waschprozesses besondere Beachtung geschenkt, sodaß die verschiedenen Handhabungen bequem und leicht nacheinander vorgenommen werden können. Die Wäschestücke werden von zwei Seiten in leicht handlicher Weise durch senkrechte Schächte und durch Kastenwagen der Wäscherei zugeführt. Der Antrieb der Wäschereimaschinen erfolgt mittels Transmission, die wiederum von einem Elektromotor mit einer Leistung von 3,3 PS. betrieben wird. An diese Wäscherräume schließt sich ein Flick- und Sortierraum an, aus welchem die fertigen Wäschestücke mittels Aufzuges in den neben der Kasse gelegenen Wäscheabgaberaum befördert werden.

Die Wasserversorgung. Während des normalen Badebetriebes erfolgt die Wasserversorgung durch den im Hof vor dem Kesselhause erbohrten Brunnen. Das Bohrloch besitzt eine Tiefe von 41,5 m, hat im unteren Teil eine lichte Weite von 230 mm und im oberen Teil auf eine Länge von 15 m unter Hofgelände eine lichte Weite von 1 m. Die Ausfütterung des letzten Teiles erfolgte durch starkwandige Gußrohre, die außerdem noch mit Beton umgossen wurden. Unmittelbar anschließend an diesen Brunnenschacht befindet sich der Pumpenschacht, welcher eine Tiefe von 9 m besitzt. In diesem Schacht haben zwei Pulsmeter mit einer stündlichen Förderungsleistung von je 55 cbm Aufstellung gefunden, die den Zweck haben, das für den Badebetrieb notwendige Wasser, etwa 14 1/2 Sek. bei normalem Betrieb, in ein im Keller-geschoß gelegenes gemauertes Becken von 90 cbm Inhalt zu fördern oder unmittelbar den Verbrauchsstellen zuzuführen, oder aber auch in die im 3. Obergeschoß gelegenen Hochreservoirs zu leiten. Da dieses Tiefbrunnenwasser sich infolge seines hohen Härtegrades (14°) für Waschzwecke und zur Kesselspeisung nicht besonders eignet, wurde für diese Zwecke das Enzwasser mit hinzugezogen. Die im alten Mühlbachbett gelegene Enzwasserleitung wurde in der Nähe des Bades unterbrochen und eine Abzweigleitung von 200 mm l. W. bis in den Hof vor das Kesselhaus geführt. Da in regnerischer Zeit eine starke Trübung des Enzwassers vorherrschen wird, wurde zur vollkommenen Klärung desselben eine

ausgedehnte Filteranlage aus vier Kammern unterhalb des Hofgeländes eingebaut. Sollte eine zustarke Trübung des Enzwassers eintreten und außerdem die Brunnenanlage versagen, so steht außerdem noch das Wasser aus dem städtischen Rohrnetz zur Verfügung. Dieses wird ferner zu Trinkzwecken sowie zur Speisung der Hochdruckbrausen, der Schwimmhallen, römisch-irischen Bäder und Kohlensäure-Bäder verwendet.

Für die Erzeugung des Dampfes zur Erwärmung des Wassers auf die erforderliche Badetemperatur, ferner auch zur Beheizung sämtlicher Räume der Anstalt wurden in dem rechts an das Hauptgebäude anschließenden Kesselhause drei Zweiflammrohrdampfkessel mit einer wasserberührten Heizfläche von je 75 qm und einer Rostfläche von 2,26 qm eingebaut.

Für die Warmwasserbereitung sind im Apparateraum zwei Boiler von je 10 cbm Inhalt aufgestellt mit einer stündlichen Leistung von 60 cbm von 10° auf 40° C. Den Boilern wird das kalte Wasser entweder von den Hochreservoirs oder aus dem Brunnen mittels den im Pumpenschacht stehenden Pulsmetern zugeführt. Das Wasser der beiden Schwimmbecken wird während ihrer Benutzung durch Umwälzung in fortwährender Bewegung gehalten. Zu diesem Zweck sind im Apparateraum eine Duplex-Dampfpumpe mit einer stündlichen Leistung von 20 cbm für die Frauenschwimmhalle und 35 cbm für die Männer-Schwimmhalle eingebaut, die das Wasser an der tiefsten Stelle des Beckens entnehmen und mittels Wasserspeiern an der flachsten Stelle wieder abgeben.

Die Erwärmung der Räume erfolgt durch Zuführung angewärmter Luft und durch die Anordnung örtlicher Heizkörper, die teils mit Niederdruckdampf mit einer Spannung von 0,1 Atm. und teils mit Mitteldruckdampf mit einer Spannung von 1,5 Atm. gespeist werden. An die Niederdruck-Dampfheizung sind angeschlossen alle Wannen-zellen, die Flure, Vestibüle, Warteräume, Ruheräume, Kassen- und Büroräume. An die Mitteldruck-Dampfheizung, bei welcher die Heizkörper aus glatten Rohrschlangen bestehen, wurden, um ein schnelles Aufheizen zu bewirken, die Schwimmhallen, die medico-mechanischen Räume, die Schwitzbäder und alle Luftheizkammern angeschlossen. Das sich bildende Kondenswasser wird dem unter dem Kesselhaus-Fußboden liegenden Speisewasser-Reservoir zugeleitet, um wieder zum Kesselspeisen Verwendung zu finden.

Die Lüftung ist für die gesamte Badeanstalt eine Pulsions- und eine Aspirationslüftung. Die Frischluftzuführung für erstere Lüftungsart erfolgt von dem Enzfluß aus, indem die Luft durch die in der Ufer-Mauer gelassenen Oeffnungen in die unter der Jäger-Straße und unter dem Vestibül liegenden Räume eintritt, und von hier nach den rechts und links vom Turm im Keller-geschoß gelegenen Heizkammern mittels elektrisch angetriebener Ventilatoren angesaugt wird. Vor Eintritt in die Ventilatoren wird die angesaugte Luft in Röhrenkesseln auf etwa 25° C. erwärmt. Die Ventilatoren drücken die erwärmte Luft durch wagrechte und senkrechte Mauerkanäle in die Schwimmhallen, Wannenbäder, Brausebäder und Ruheräume. Die zweite Lüftungsart wird bei den römisch-irischen Bädern angewendet. Zu diesem Zweck werden in den Wäschereiräumen des Keller-Geschosses vier Heizkammern eingebaut, welche mit Rohrschlangen als Heizkörper ausgerüstet sind und den Zweck haben, die angesaugte Frischluft zu erwärmen, und zwar: für das Warmluftbad auf 60° C., für den Massageraum auf 30° C., für den Dampfraum auf 45° C., für den Wasserbehandlungsraum auf 30° C. Die Frischluft wird im oberen Teil des Lichtschachtes entnommen und durch gemauerte Kanäle den Heizkammern zugeführt. In den Schwimmhallen herrscht ein einmaliger, im Warmluftbad ein fünfmaliger, im Massageraum ein dreimaliger, im Dampfraum ein viermaliger und in den anderen Baderäumen ein zweimaliger stündlicher Luftwechsel. In den Schwimm-

Hallen tritt die frische Luft zuerst in die äußeren Umgänge ein, durchstreicht die Ankleidezellen und steigt in der Mitte der Halle nach oben, saugt die nach oben steigenden Wasserdünste auf, um dann durch fünf Deckenöffnungen in der Männer-Schwimmhalle und drei in der Frauen-Schwimmhalle durch einen Sammelkanal über das Dach ins Freie geführt zu werden. Die Reinigungsräume in der Männer-Schwimm-

halle haben noch zwei elektrisch angetriebene Ventilatoren erhalten, welche den Zweck haben, die stark mit Dampf gesättigte Luft nach außen zu befördern. In den Wannenbädern wird die frische Luft zunächst den Korridoren zugeführt, um von dort aus durch die an den Zellenüren angebrachten Jalousien in die Zellen selbst zu treten. In den Korridoren liegen Deckenkanäle, die an senkrecht geführte Ablufschlote anschließen, in welche die Abluftkanäle einmünden. Alle übrigen Räume wie Waschräume, Schwitzbäder, Dampfbäder usw. haben unmittelbar über das Dach ins Freie geführte Ablufschlote erhalten.

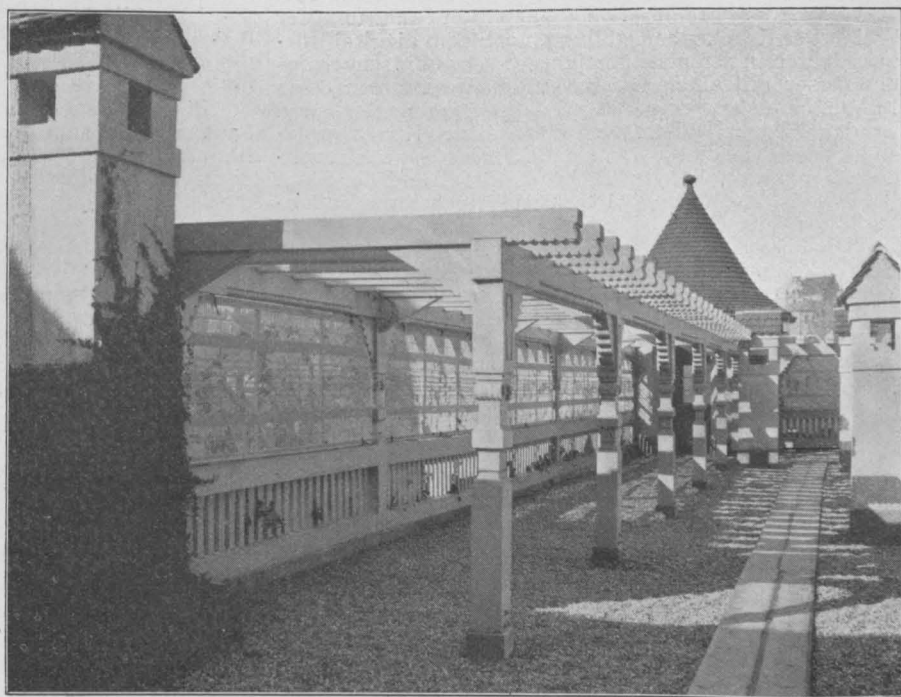
Die Entwässerung der beiden Schwimmbecken erfolgt durch besondere von einander getrennte Leitungen in den Hauptsammelkanal.

Die Beleuchtung erfolgt ausschließlich mit elektrischem Glühlicht. Es sind hierfür annähernd 550 Glühlampen vorgesehen. Der Strom wird vom städtischen Elektrizitätswerk geliefert, jedoch ist die Einrichtung so getroffen, daß eine eigene Strom-Erzeugungs-Anlage eingebaut werden kann. Durch die ganze Anstalt geht ein ausge dehntes Schwachstromnetz, denn man legte großen Wert darauf, daß alle Badeabteilungen durch Haustelephon von der Kasse aus erreichbar sind und umgekehrt. Ebenso wurden auch vor den Wannen-Abteilungen und medizinischen Bädern umfangreiche Tafeln angebracht, wodurch jeder Badegast in der Lage ist, von seiner Zelle aus die Bedienung zu rufen. Die Uhrenanlage wird ebenfalls elektrisch betrieben.

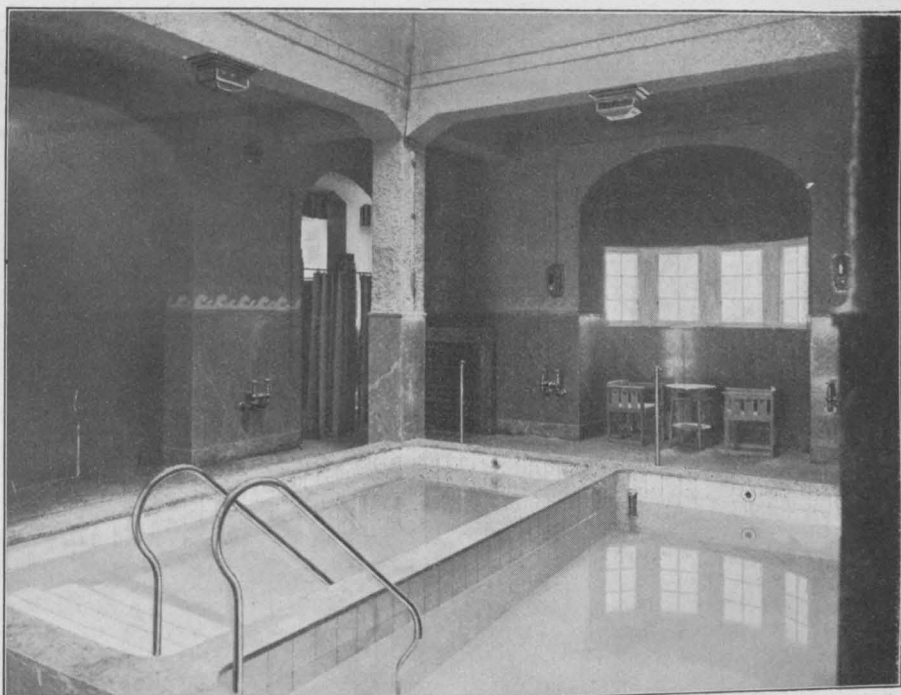
Das Äußere des Bauwerkes, dessen Hauptfront sich am Enzufer befindet, ist dazu berufen, eine hervorragende Rolle bei der geplanten künstlerischen Ausgestaltung der Enz-Uferpartien zu spielen und dem Stadtbilde ein für Alt-Pforzheim charakteristisches Gepräge zu geben. Mit Rücksicht auf den mittelalterlichen Charakter, der der Umgebung der Auer-Brücke erhalten werden soll, und mit Rücksicht auf die Lage des Gebäudes auf dem alten Stadtmauer-Gelände wurde die Formensprache der deutschen Renaissance gewählt. Die Mitte der Enz - Uferfront nimmt ein Giebelbau ein, der von 2 Erkern, hinter welchen sich die Treppenhäuser befinden, flankiert wird. Hier befindet sich auch in zentraler Lage der

Haupteingang mit einem in Sandstein ausgeführten, reich ausgebildeten Portal. An diesen Mittelbau schließt sich nach Osten die Männer-Schwimmhalle und nach Westen die Frauen-Schwimmhalle an. Der inmitten der Anlage aufragende Turm dient zur Aufnahme der Wasserreservoirs und des mechanischen Uhrwerkes.

Auf einem roh bearbeiteten Granitsockel erhebt



Licht-, Luft- und Sonnenbad.



Vollbäder in der Schwitzbadeanlage.

sich der Aufbau in Werksteingliederung mit Putzflächen, welche leicht abgetönten graublauen Anstrich erhalten haben. Die Dächer sind mit naturroten Biberschwanzziegeln eingedeckt. Bei der äußeren Ausgestaltung war der Gedanke leitend, nicht durch reiche Einzelheiten, sondern durch geschickte Massengruppierung die Wirkung zu erreichen und die Aufwendungen für die Architektur nach Möglichkeit zu beschränken.

Die gesamte maschinelle Einrichtung als: Hei-

zungs- und Lüftungsanlage sowie Warmwasserbereitung, Ent- und Bewässerung usw., welche sich bis heute bewährt hat, stammt von der Firma F. Mieddelmann & Sohn in Barmen.

Vermischtes.

Neue klinische Krankenhäuser in Freiburg i. Br. In seiner Sitzung vom 3. Okt. d. J. genehmigte der Bürgerschaftsausschuß von Freiburg einstimmig ein Abkommen zwischen der Stadt Freiburg, dem badischen Staat und der Freiburger Krankenhausstiftung, nach dem die drei Körperschaften in den nächsten Jahren sechs klinische Krankenhäuser mit einem Gesamtkostenaufwand von 8 bis 10 Mill. M. als gemeinschaftliches Unternehmen erbauen werden. Zunächst wird eine chirurgische Klinik hergestellt, deren Gesamtkosten auf 3558000 M. geschätzt werden. An diesen Kosten tragen die Stadt und der Staat je 1229000, die Stiftung 1100000 M. Nach ihrer Vollendung wird die Klinik 1000 bis 1300 Betten Raum geben.

Die bisherigen Krankenanstalten, deren Erbauung in eine Zeit fiel, die mit der heutigen Einwohnerzahl keinen Vergleich mehr zuläßt, und in welcher der Besuch der Universität in der medizinischen Fakultät ein weit geringerer war, haben sich seit geraumer Zeit als nicht mehr den Verhältnissen genügend erwiesen. Diesem Uebelstand will nun die Vorlage abhelfen. Die Stadt hat in Gemeinschaft mit dem badischen Staat und drei Stiftungen an der Hugstetter-Straße, in der Nähe der Artilleriekaserne, ein 132 835 qm großes Gelände erworben zum Preise von 10 M. für 1 qm. Auf diesem Gelände sollen sechs Krankenhäuser erbaut werden. Als dringendes Erfordernis ist in erster Linie für die allernächste Zeit die Erbauung der chirurgischen Klinik (Hospital) vorgesehen. Nach dem Vertrag zwischen Stadt und Staat steuert letzterer zu etwaigen Betriebszuschüssen zwei Fünftel, die Stadt drei Fünftel bei.

Ueber Denkmalschutz im 18. Jahrhundert berichtet die „Schwäb. Chronik“ u. a. Folgendes: „Wer heut mit offenem Sinn für die Schönheiten der Heimat nach Eßlingen kommt, dessen Auge ruht mit Entzücken nicht nur auf den Kirchen der Stadt, sondern auch auf den wichtigen Mauern der Burg und den stattlichen Resten der alten Stadtbefestigung, vor allem dem Pliensau-Tor, dem heißumstrittenen, dem Schelz-Tor und Wolfs-Tor. Im Streit um den Abbruch einiger Türme und Kapellen wurde am 25. Juni 1784 ein Gutachten des städtischen Bauamtes abgegeben, das in den Worten gipfelte: „Ehrwürdige Denkmäler des Altertums, Zierden der Stadt, Zeugen des ehemaligen Wohlstandes und der Industrie der Einwohner derselben, dergleichen zum Teil unsere hiesigen Türme sind, abzubrechen und außer Existenz zu setzen, ist wohl unter keinen Umständen schicklich und rätlich, als wenn der Fall der äußersten Notwendigkeit eintritt. Noch weniger anzuraten ist der Abbruch des Heiligkreuzkirchleins an der äußeren Brücke; denn es befindet sich noch in einem ziemlich guten Zustand, ist mit schönem Kreuzgewölbe und einem auf besondere Art schief stehenden Türmlein versehen und gibt, da es hart an dem Tor, an der frequenten Land- und Heerstraße steht, der ganzen Stadt von dieser Seite her kein übles Ansehen, ist daher auch in allen von der Stadt aufgenommenen Rissen und Karten besonders bemerkt und gezeichnet“. Wahrlich, diese Worte heben die entscheidenden Gesichtspunkte hervor, wie es eine von modernem Geist erfüllte Bauordnung oder ein Gutachten einer Heimatschutz-Organisation nicht besser tun könnten. Für den Augenblick half der Mahnruf, später aber kamen „Zeiten der Zerstörungssucht“, worüber der Geschichtsschreiber der Stadt, Karl Pfaff, schwer seufzte. Um so erfreuter wäre dieser Freund der vaterländischen Altertümer, wenn er sähe, wie man heute pietätvoll die Reste zu schonen sucht. Die Worte jenes Eßlinger Stadtbaumeisters aber möchte man allen seinen Kollegen und allen, die es angeht, als Richtschnur wünschen.“

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Skizzen für die Neubauten einer kgl. Kunstakademie in Düsseldorf wird vom Oberbürgermeister für Architekten, die Angehörige des Deutschen Reiches sind, zum 20. Jan. 1913 erlassen. 3 Preise von 12000, 9000 und 7000 M. Zu Ankaufen sind zur Verfügung der Preisrichter 5000 M. Der Ankauf hängt also nur von diesen ab: das ist erfreulich. Im Preisgericht befinden sich als Vertreter des Bauwesens die Hrn. Geh. Ob.-Brte. R. Schultze und Saran, sowie Geh. Brt. Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann in Berlin, Architekt Wöhler und kgl. Brt. Radke in Düsseldorf, kgl. Brt. J. Gräbner

in Dresden, Prof. Dr.-Ing. h. c. Gabriel v. Seidl in München, sowie Stadtr. Schoenfelder in Elberfeld. Zu Ersatzpreisrichtern wurden eingeladen die Hrn. Prof. Friedr. Pützer in Darmstadt, Prof. Dr. phil. h. c. G. Bestelmeyer in Dresden, sowie Ob.-Brt. Prof. Dr. phil. h. c. Herm. Billing in Karlsruhe. Unterlagen gegen 3 M., die zurück erstattet werden, durch das Hochbauamt, Mühlen-Straße 29 in Düsseldorf.

Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe für ein Missionshaus mit Nebenanlagen auf dem Gelände der „Hardt“ in Barmen wird von der „Rheinischen Missionsgesellschaft“ unter den in Rheinland und Westfalen geborenen oder ansässigen evangelischen Architekten zum 31. Jan. 1913 erlassen. 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. Zwei Ankäufe für je 300 M. vorbehalten. Im 7gliedrigen Preisgericht befinden sich als Vertreter des Bauwesens die Hrn. Stadtbaurat Köhler und Arch. D. W. B. Kuebart in Barmen, sowie Reg.-Bmstr. a. D. Plange in Elberfeld. Unterlagen gegen 3,50 M., die zurück erstattet werden, vom Missionshaus in Barmen.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Denkmal der gefallenen 200 kaiserlichen Grenadiere des Jahres 1713 in Freiburg, die bei der Verteidigung Freiburgs auf dem Kampffelde blieben, ist vom Stadtrat von Freiburg i. Br. für badische Künstler beschlossen worden. 3 Preise von 500, 300 und 200 M.

Wettbewerb Verwaltungsgebäude Ortskrankenkasse Langerfeld. Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Langerfeld bei Barmen hatte zum Neubau eines Krankenkassen-Verwaltungsgebäudes einen Wettbewerb ausgeschrieben. Es erhielten den I. Preis von 500 M. der Entwurf „Nordlicht“ der Hrn. Walter und Paul Lange, Architekten in Schwelm und Langerfeld; den II. Preis von 300 M. der Entwurf „Kasse“ des Hrn. Otto Nau in Velbert und den III. Preis von 100 M. die Hrn. Architekten Winter & Habel in Barmen für den Entwurf „Praktisch“.

In einem Wettbewerb betr. die Umgestaltung der Umgebung der Spitalkirche in Mödling bei Wien wurden durch einen Preis von je 500 K. ausgezeichnet die Entwürfe „St. Egydi Spittel“ des Hrn. A. Weber; „Kirchenhof“ des Hrn. Karl Jegersberger und „Alt und Neu“ des Hrn. Max Kropf. Eine ehrende Anerkennung fanden die Entwürfe der Hrn. Bernh. Pichler, Anton Wolf und Adolf Schlaup, sämtliche Verfasser in Wien.

Wettbewerb betr. die Bebauung des alten Bahnhof-Geländes und des Festplatzes in Karlsruhe. Zu Preisrichtern im Wettbewerb für die Bebauung des alten Bahnhof-Geländes und des Geländes des städtischen Festplatzes werden berufen die Hrn. Prof. Dr. Theodor Fischer in München, Prof. Paul Bonatz in Stuttgart und Stadtbau-Direktor Eisenlohr in Straßburg; zu Stellvertretern die Hrn. Brt. Jul. Graebner und Prof. E. Högg in Dresden, sowie Stadtr. a. D. Brix in Charlottenburg. Außer ihnen sollen dem Preisgericht noch der Finanzminister und der Oberbürgermeister angehören.

Kein neuer Wettbewerb betr. den Neubau der Alten Mainbrücke in Frankfurt a. M. Gegen den vom städtischen Tiefbauamt zur Ausführung empfohlenen, auf dem Wege des Wettbewerbes gewonnenen Entwurf zum Neubau der Alten Mainbrücke waren in der Öffentlichkeit Frankfurts künstlerische Bedenken erhoben worden. In mehreren öffentlichen Versammlungen wurde die Veranstaltung eines neuen Wettbewerbes unter den preisgekrönten Verfassern des ersten Wettbewerbes gefordert. Die Stadtverordneten setzten darauf ihre endgültige Entscheidung aus und das Tiefbauamt veranstaltete eine Rundfrage bei den Schiffsahrts-Interessenten. Wie jetzt mitgeteilt wird, äußerten sich alle befragten Interessenten dahin, daß sie gegen den vom Tiefbauamt zur Ausführung empfohlenen Entwurf keine Bedenken zu erheben hätten. Der Magistrat hat darauf beschlossen, den Vereinen, welche die Veranstaltung eines neuen Wettbewerbes gefordert hatten, mitzuteilen, daß er nicht in der Lage sei, ihren Anregungen zu entsprechen.

Inhalt: Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York. — Der Neubau des Stadtbades zu Pforzheim. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Hierzu eine Bildbeilage: Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE BEIDEN NEUEN HOF-THEATER
 IN STUTTGART. * ARCHITEKT:
 GEH. HOFRAT PROFESSOR MAX
 LITTMANN IN MÜNCHEN. * * *
 FOYER IM „GROSSEN HAUSE“.
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * XLVI. JAHRGANG 1912 * NO. 83. *



Gemälde „Musik“ im Foyersaal des „Kleinen Hauses“. Von Professor Adolf Münzer in Düsseldorf.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. N^o 83. BERLIN, DEN 16. OKTOBER 1912.

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

(Fortsetzung aus No. 80.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 727—730.

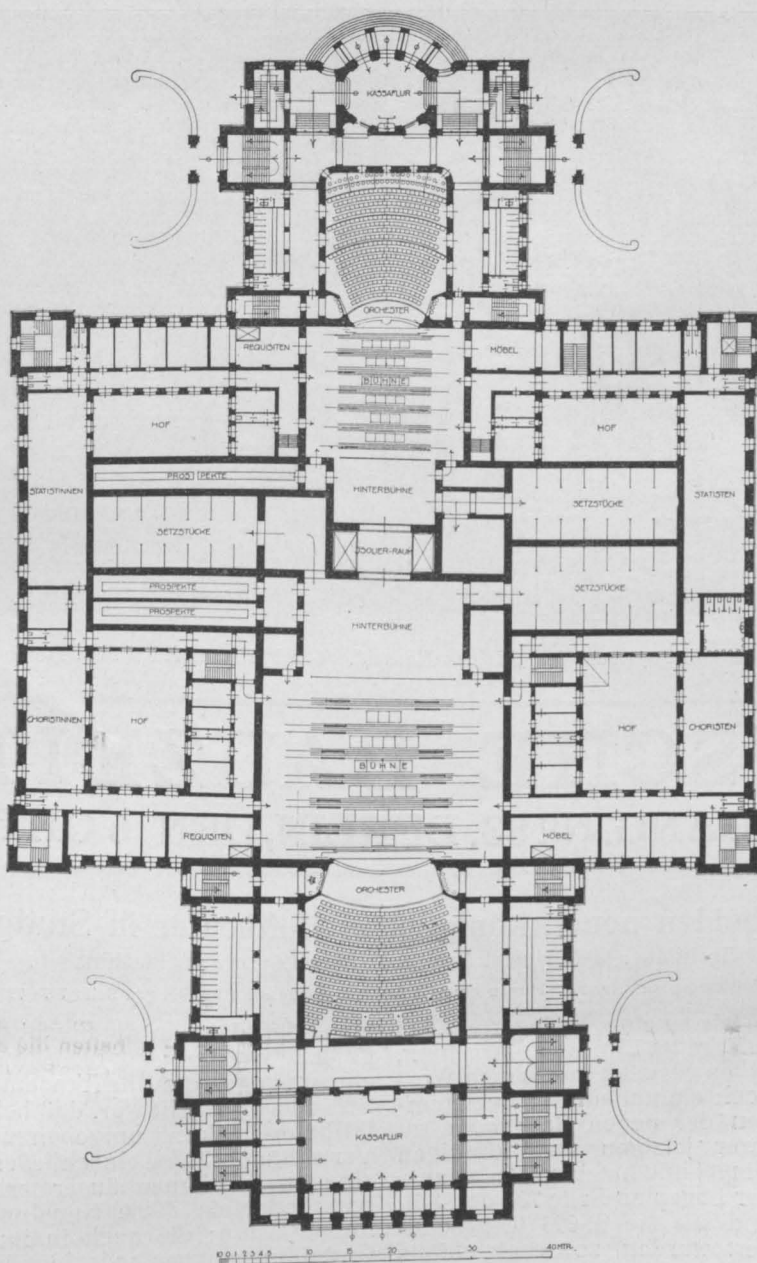


he wir zu einer Erläuterung der Anlage im Einzelnen schreiten, sei es gestattet, mit einem Wort noch einmal auf die Beziehungen der neuen Baugruppe zu ihrer jetzigen und künftigen Umgebung hinzuweisen, wie sie der Lageplan Seite 730 darstellt und wie sie S. 693 ff. geschildert wurden, sowie gleichfalls noch einmal die beiden Vorentwürfe zu streifen, die durch Littmann für den Waisenhaus-Platz angefertigt wurden und auf den Seiten 726 und 727, sowie S. 730 in je einem Grundriß und Lageplan abgebildet sind. Sie zeigen deutlich die fortschreitende Entwicklung, die der Bagedanke durch die wiederholte Bearbeitung gewonnen und lassen die schöne Reife erkennen, die er in der schließlichen Ausführung erhalten hat. In dem einen Entwurf ist der Gedanke verfolgt, nach dem Vorbilde des ehemaligen Viktoria-Theaters in Berlin die beiden Häuser Rücken an Rücken zusammen zu legen, wobei angenommen war, daß sich die Längsachse in der Richtung vom Alten Schloß zur Neckar-Straße entwickelt. Für das auf dem Waisenhaus-Platz stehende Kaiser Wilhelm-Denkmal war in diesem Falle eine Neuaufrichtung vor dem „Kleinen Hause“ gegen das Alte Schloß gedacht. Die beiden Hinterbühnen sind durch einen Isolier-Raum getrennt, entbehren aber jeder weiträumigen Gestaltung, wie sie bei der Ausstattung unserer Tage häufig genug notwendig wird. Und wenn es auch gelungen ist, die Magazine in leidlich gute Verbindung mit den Bühnen zu bringen, so krankt doch alles an einer Enge der räumlichen Entwicklung, die es begreiflich erscheinen läßt, daß dieser Gedanke vom Herbst des Jahres 1902 bald zugunsten einer neuen Annahme, die im Winter 1902 auf 1903 entstand, verlassen wurde. Diese zeigen der Lageplan und die Grundrisse auf S. 727 und 730. Hier ist eine Parallel-Stellung beider Häuser in der Weise angenom-

men, daß diese in die Flucht der Dorotheen-Straße gerückt wurden und die Entwicklung in der Form eines Γ gegen die Alte Akademie und das Königliche Schloß so gedacht war, daß beide Häuser das Kaiser Wilhelm-Denkmal umgeben und zwischen sich die Verwaltungsräume einschließen, während die Magazine um die Bühnenhäuser herum liegen. Unzweifelhaft bedeutete diese Annahme einen erheblichen Raumgewinn; die auch in ihrer architektonischen Gestaltung reicher bedachten beiden Zuschauerhäuser konnten sich freier entwickeln und es war bei dieser Lage der beiden Häuser zu einander die Möglichkeit einer guten architektonischen Ausbildung der Baugruppe gegeben. Die beiden Häuser befanden sich zugleich in einem angemessenen Abstand von den beiden Schlössern und der Akademie, so daß Platzgestaltungen möglich wurden. In räumlicher Beziehung fand der Gedanke auch wenig Beanstandungen; die Bedenken entsprangen bei diesem neuen Entwurf wie bei dem älteren hauptsächlich aus dem Massenaufbau, von dem nicht mit Unrecht eine schädliche Einwirkung auf die Monumentalbauten der Umgebung befürchtet wurde. Auch Verkehrsfragen traten dem Gedanken entgegen. Die Entwicklung der Theaterfrage nahm dann nach eingehenden Beratungen und nach wiederholten Unterbrechungen ihren Lauf über den Vorschlag Fischer's für die Eberhard-Gruppe und den Vorschlag Reinhardt's für den Botanischen Garten zu der jetzigen Ausführung, die im Grundgedanken dem Vorschlag des Oberbaurates von Reinhardt vom Jahre 1907 entspricht, der in dem Lageplan von heute auf Seite 730 seine Durcharbeitung, Durchgeistigung und Veredelung, sowie bereits seine teilweise Ausführung gefunden hat.

Allen bisherigen Entwürfen lag, was die Gestaltung des Zuschauerhauses anbelangt, stets nur der Gedanke des Hof- und Rangtheaters zugrunde. Professor Littmann hat Veranlassung genommen, in einer von ihm zur Eröffnung der beiden Theater herausgegebenen, vortrefflich ausgestatteten Denk-

schrift*) in einem besonderen Abschnitt mit der Überschrift: „Amphitheater oder Rangtheater?“ diese Frage zu erörtern. Das Ergebnis kleidet er in die folgenden Worte: „Ein Amphitheater gehört überall dorthin, wo das große Drama — sei es das Wort- oder das Tondrama — ausschließlich gepflegt werden soll, das eine monumentale Entwicklung des Auditoriums erfordert, und wo das Haus zu periodischen Festaufführungen benutzt wird, bei denen es sich darum handelt, die ganze Aufmerksamkeit der Besucher auf die Bühne zu konzentrieren und den die Besucher gemeinsam verbindenden Gedanken auch in der Einheit der Plätze zum Ausdruck zu bringen. Das Amphitheater ist schließlich da am Platze, wo — wie im Volkstheater — alle Rang- und Klassen - Unterschiede fallen, und das demokratische Prinzip durch die Einheit der Plätze ver-



Entwurf für eine Verbindung der beiden Häuser auf einer Achse auf dem Waisen-Platz.

sinnbildlich werden soll. Und in dieser Beziehung dürfte es noch vor einem großen Entwicklungsgang stehen.

Überall da aber, wo es sich um ein Repertoire-Theater handelt, das den verschiedensten Kunstgattungen zu dienen hat, und bei dem die wiederzugebenden Dichtungen und Kompositionen einen intimen Raum verlangen, da, wo eine Teilung der Besucher aus gesellschaftlichen oder anderen Gründen wünschenswert erscheint, oder wo eine sehr beschränkte Baustelle zur Verfügung steht und wo — wie bei einem reinen Geschäftstheater — die Baukosten auf ein Minimum herabgedrückt werden müssen, überall da wird der Architekt nicht umhin können, immer wieder beim Rangtheater anzuknüpfen.

Es wird sich wohl später noch Gelegenheit finden, auf diese der ganzen Theater - Entwicklung der Gegenwart zugrunde liegende Frage näher einzugehen. — (Forts. folgt.)

*) Verlagsanstalt Alex. Koch in Darmstadt. 1912.

Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. (Fortsetzung aus No. 80.)

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung der „Gesetzliche Schutz kirchlicher Kunstdenkmäler“, zu dessen Erörterung drei Berichterstatter bestellt waren. Zuerst sprach Prof. Dr. Bredt (Barmen) über den gesetzlichen Schutz von Staats wegen. Er hat als ein Ausschnitt aus dem Kirchenrecht nach seiner vermögensrechtlichen Seite hin zu gelten, denn die Kunstdenkmäler gehören zu den wertvollsten Beständen des kirchlichen Besitzes. Manchen Wandel hat das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gesehen. Nach der Herrschaft der Kirche über den Staat im Mittelalter und dem Staatsabsolutismus der späteren Zeit ist seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das System der Staatsaufsicht maßgebend. Vorab ist die Eigentumsfrage der Kunstdenkmäler zu untersuchen. St. Peter in Rom gehört dem Papst, St. Peter in Genf, der Dom Calwins, der politischen Gemeinde. So finden wir auch in Deutschland große Verschiedenheiten. Das Freiburger Münster gehört z. B. der Kirchenfabrik, das Straßburger aber dem Staate. Bedeutungsvoll ist ferner, wer die Bauunterhaltungspflicht und kraft ihrer die Mitbestimmung hat. Im allgemeinen ist die Regelung in Deutschland territorial erfolgt. In Preußen gilt die staatliche Aufsichtsgesetzgebung über die Vermögensverwaltung der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, die dem Staat das Recht vorheriger Genehmigung bei Veräußerungen gibt. Ob auch bei Veränderungen, erscheint infolge der nicht einwandfreien Gesetzes-

fassung leider fraglich. Das Äußere der Kirchengebäude wird zwar auch durch das Gesetz gegen Verunstaltung geschützt, jedoch bedarf, wie erst der neue Erlass des Kultusministeriums beweist, die preußische Gesetzgebung namentlich für die beweglichen res sacrae der Präzisierung. Sachsen und die meisten norddeutschen Staaten ähneln mehr oder minder Preußen. In den kleineren dieser protestantischen Staaten liegt eine gewisse Garantie darin, daß Staats- und Kirchenbehörden vielfach zusammenfließen. Im Süden besitzt Bayern die wirksamsten Kuratelvorschriften kraft des Gemeinde-Ediktes aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Veräußerung und Veränderung sind in strenger Weise von der staatlichen Aufsichtsbehörde abhängig. Die jüngst vorgelegte neue Kirchengemeindeordnung verspricht noch eine Verstärkung der Kuratel herbeizuführen. Württemberg plant, durch ein regelrechtes Denkmalschutzgesetz seine bisherigen Maßnahmen auszubauen. Hessen und Oldenburg haben solche, die auch die Kirche eingehend berücksichtigen, bereits erlassen. In Baden gewährt die neue Bauordnung in Verbindung mit dem Polizeistrafgesetzbuch für die kirchlichen Gebäude manche Befugnis. In Elsaß-Lothringen geben französische und deutsche Bestimmungen vielseitige Maßnahmen. In beiden Staaten, wie auch in mehreren anderen, sind die kirchlichen Mobilien am wenigsten gesichert. Dafür finden sich oft nur Verwaltungsvorschriften. Gesetze sind aber besser als die letzteren, denn sie verpflichten den Staatsbeamten, ein-

zuschreiten, während jene oft dehnbar sind. Selbst der kunstsinigste Pfarrer, mag er evangelisch oder katholisch sein, hat zunächst seine Pflicht als Seelsorger zu erfüllen. Deshalb wird für ihn oft ein Konflikt zwischen dieser Aufgabe und der Fürsorge für das Kunstdenkmal entstehen. In solchen Fällen erscheint der Staatsbeamte objektiver gestellt. Ihm liegt es alsdann ob, nach Anhö-

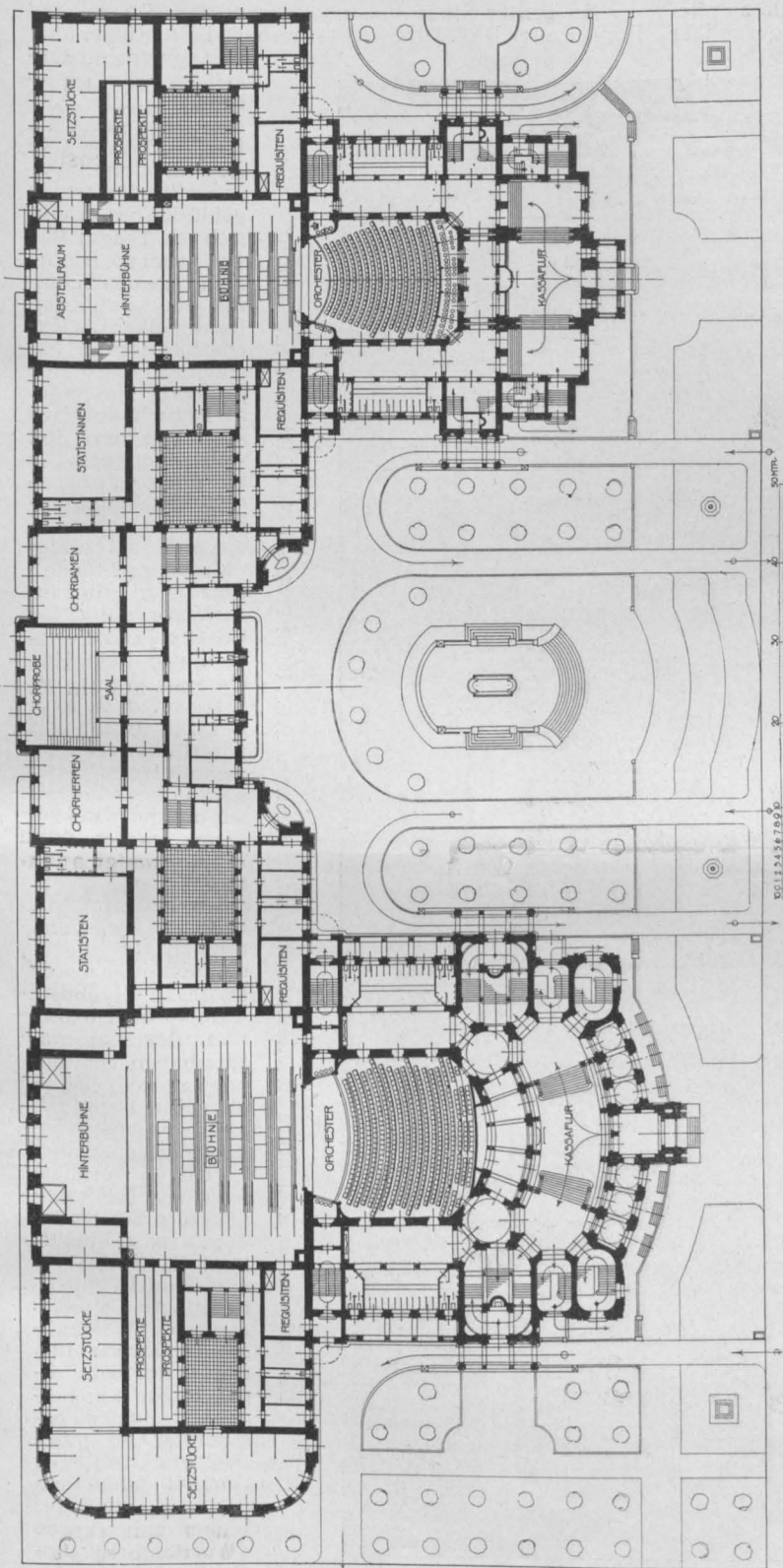
setzlichen Schutz der kirchlichen Kunstdenkmäler verordnet ist und zu Recht besteht, sowie was ferner dazu an Gesetzen und Verordnungen gegeben werden könnte und zu erwarten sei. Von einer eigentlichen kirchlichen, sozusagen innerkirchlichen Gesetzgebung, die nach diesem Ziele hin durch die Organe der Kirche auf dem Boden der Kirche für die Kirche eingesetzt hätte, kann nicht die

Rede sein. Es bestehen nur Kirchengesetze, die für ganz andere Zwecke geschaffen sind und eine ganze andere Rechtsmaterie erfassen, doch auch die gesetzlich gesicherte Handhabe zum Schutze kirchlicher Kunstdenkmäler bieten. Bei der Gewährung und Durchführung der Selbstverwaltung auf kirchlichem Gebiet sprechen die betreffenden Gesetze in Preußen den Presbyterien das Recht und die Pflicht zu, die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung zu vertreten und das kirchliche Vermögen einschließlich des Bauwesens zu verwalten. Aber für gewisse Stücke behielt sich der Staat durch Staatsgesetze zu der Kirchenverfassung der evangelischen Kirchen entgegenüber dem des preussischen Landrechtes abgemildertes Aufsichtsrecht vor. Dieses gilt besonders hinsichtlich der Kunstdenkmäler im weitesten Sinne genommen. Das preussische Gesetz vom 3. Juni 1876 betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie sagt im Artikel 24:

„Die Beschlüsse der kirchlichen Organe bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen: 2) bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben.“

Gleichartige Bestimmungen enthalten die allmählich auch in den neuen Provinzen entstandenen Gesetze betreffend die evangelische Kirchen-Verfassung. Ähnliche Vorschriften finden wir in den Kirchengemeindeordnungen, welche vor ungefähr 20 Jahren für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und noch früher für das Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha erlassen wurden. Für Meiningen enthält das Gesetz vom 4. Januar 1876 betreffend die Kirchengemeinde- und Synodalordnung ähnliche Bestimmungen, nur mit dem Unterschied, daß die Genehmigung zum Verkauf oder zur Veränderung von Gegenständen, die Kunstwert haben, von den oberen Kirchen-Behörden einzuholen ist. Im übrigen gründen sich alle Verfügungen der Kirche für die Denkmalpflege auf die Maßnahmen und Vorschriften, welche der Staat, als Hüter des öffentlichen Wohles und im Interesse der Allgemeinheit, zum Schutze der Kunst- und Baudenkmäler getroffen hat. „In dem allgemeinen Berufe des Staates zur Pflege von Kunst und Wissenschaft ist auch das Recht und die Pflicht enthalten, für die Erhaltung der nationalen Denkmäler zu sorgen“ (O. H.

Lezius). Viele der kirchlichen Verfügungen kommen daher von der staatlichen Stelle, welche mit der Ausübung dieses staatlichen Hoheits-Rechtes betraut ist, und nehmen ihren Weg durch die kirchlichen Aufsichtsbehörden zu den Gemeinde-Kirchenräten und Geistlichen. Aber es finden sich auch solche in den verschiedenen Kirchengemeinden, welche die Kirchen-Behörden von sich aus erlassen haben, und die deren warme Teilnahme für die Denkmäler durch Ratsschlüsse für deren Erhaltung und Pflege offenbaren. Eigent-



Entwurf für eine Parallel-Stellung der beiden Häuser auf dem Waisen-Platz. Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

lung des zuständigen Konservators kraft der gesetzlichen Bestimmung, jedoch unter Vermeidung aller Härten, zu entscheiden. Die Kirche wird bei reiflicher Prüfung erkennen, daß dadurch nicht bezweckt wird, ihre Rechte zu schmälern, sondern ihre edelste Dienerin, die Kunst, zu schützen.

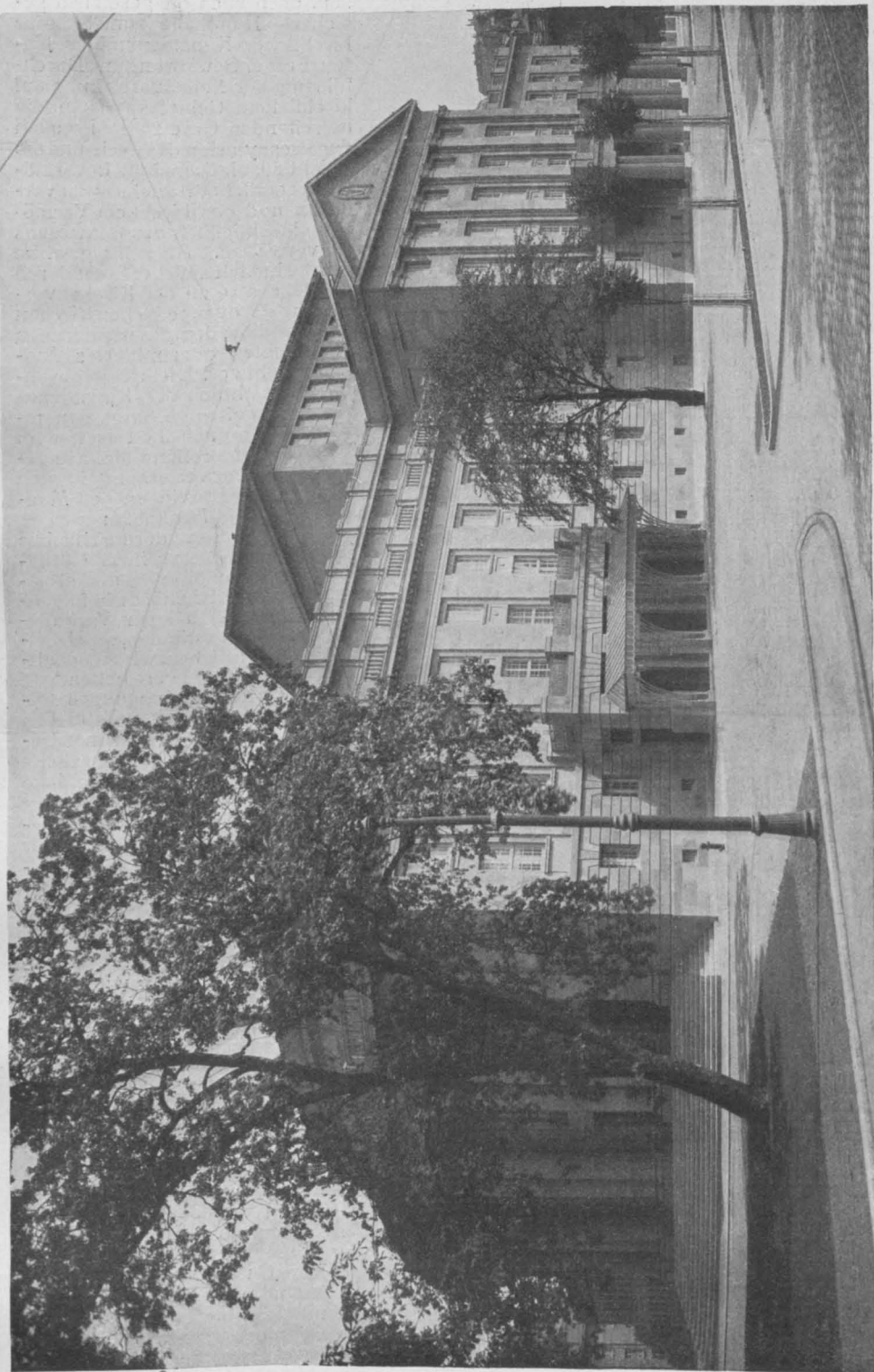
An zweiter Stelle sprach über denselben Gegenstand Superintendent Wissemann (Hofgeismar). Er legte dar, was in den evangelischen Kirchen Deutschlands zum ge-

liche Denkmalgesetze sind bis jetzt nur in den Großherzogtümern Hessen und Oldenburg erlassen. In Württemberg ist eines in Vorbereitung, in Lübeck ist es vorgelegt. Der Redner empfiehlt, in allen deutschen Staaten solche zu erlassen, da für die Kirche keine Gefahr daraus erwächst, wenn bestimmte Sicherungen gegeben werden. Für solche Gesetze sprechen die Gefahren, die dem kirchlichen Besitz an Altertümern aus dem Altertümerhandel und dem Sammeleifer drohen. Die Kirche hat die Ideale zu pflegen, darum muß sie auch dem wohlwollend gegenüber

Pflege durch die Erkenntnis von dem Wert der Denkmäler gewonnen sind. Darauf gilt es seitens der Kirchenbehörden hinarbeiten. Geeignete Lehrstühle an den Hochschulen für die Studierenden der Theologie, Einstellung der kirchlichen Kunst als Lehrgegenstand für die Predigerseminare, Kurse für Pfarrer über kirchliche Kunstpflege können und werden hier Segen schaffen. Dies alles aber zu dem sursum corda, die Herzen in die Höhe!

An dritter Stelle behandelte denselben Gegenstand Konservator Prof. Dr. Sauer-Freiburg i. Br. Gegenüber

der so verschiedenartigen Formulierung, welche die staatlich geregelte Denkmalpflege in den einzelnen deutschen Bundesstaaten gefunden hat, erhebt sich die Frage: Wie stellt sich die Kirche zur Frage des Schutzes der kirchlichen Denkmäler? Die Kirche hat den kirchlichen Denkmalschutz jederzeit gesetzgeberisch wie praktisch im Geiste ihrer Zeit wahrgenommen. Die allgemein - kirchenrechtliche Grundlage für diesen Schutz ist die sich auf uralte kirchenrechtliche Satzungen gründende Verordnung des Corpus Juris Canonici, daß kein Kirchengut, keine res pretiosa, d. h. kein mit Sach-, Kunst- und Altertumswert ausgestattetes Objekt, verkauft oder sonstwie aus der Hand gegeben werden darf. Die Kontrolle für den kirchlichen Denkmalschutz sind die in kurzen Zwischenräumen stattfindenden Visitationen und Diözesan - Synoden. Entsprechend diesem Rechtsgrundsatz haben die Päpste seit dem Mittelalter Kunst- und Altertums-Gegenstände entsprechend der jeweiligen Auffassung von Denkmalpflege in Schutz genommen, so Pius II., Paul II., Sixtus IV. und Paul III. durch besondere Edikte. Das erste systematische Denkmalschutz-Gesetz erließ die römische Kurie im Jahre 1624 und noch bestimmter im Jahre 1802 und 1820 (Lex Doria-Pamfili-Pacca). In ähnlicher Weise haben auch die Bischöfe Verordnungen erlassen, eine



Ansicht des „Großen Hauses“ von der Schloßgarten-Straße. Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

stehen, was der Kunst durch die pflegliche Erhaltung ihrer Werke dient. Um der Pietät willen gilt es, das von den Vätern ererbte künstlerische Gut ungeschmälert der Nachwelt zu erhalten. Das großherzogliche Oberkonsistorium in Darmstadt betont die guten Erfahrungen, die es mit dem Gesetz für den kirchlichen Besitz gemacht hat. Aber mit diesen papierenen Bestimmungen allein ist's nicht getan. Sie werden erst Segen schaffen, wenn die beteiligten Personen und Körperschaften, besonders die Pfarrer, innerlich für die Bestrebungen der Denkmal-

ne einheitliche oder vollständige Gesetzgebung liegt aber hier nicht vor. Durchweg wurde in allen deutschen Diözesen seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mancherorts noch viel früher (Osnabrück schon 1628) der Verkauf, die Abänderung oder Zerstörung alter Gegenstände kirchlicher Einrichtung verboten, zum Teil unter Androhung schwerer kanonischer Strafen (Freiburg), und sorgsame Aufbewahrung entweder in Landes- oder in den neugegründeten Diözesan-Museen angeordnet; in Bezug auf kirchliche Bauten läßt sich seit der

Mitte des 19. Jahrhunderts eine klarere gesetzgeberische Tätigkeit im Sinne der Denkmalpflege nachweisen, sehr eingehend in Köln in Erlassen von 1852 und 1856, ebenso in Regensburg.

Seit Erlass und Durchführung der staatlichen Verordnungen hat die Kirche in Deutschland sich meist mit deren Veröffentlichung begnügt (in Preußen, Bayern, Oldenburg, Sachsen, Reichslanden, Hessen), aber nicht ohne sie durchweg dringend einzuschärfen, mancherorts auch noch je nach den örtlichen Verhältnissen zu ergänzen (Breslau, Münster, Metz durch Verordnung von 1906 und Synodal-Verfügung von 1912, Kulm usw.). Für Württemberg gilt die sehr systematische bischöfliche Verfügung von 1909. in der Erzdiözese Freiburg gelten die kirchlichen Erlasse von 1892, 1894, 1904, 1908 und 1909.

Trotz dieser regen und durchweg freudig betätigten Mitarbeit an der staatlichen Denkmalpflege steht die Kirche doch einer zu straffen gesetzlichen Regelung skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüber. Das hat sich nachträglich dem hessischen Denkmalschutzgesetz gegenüber gezeigt, das kam dem ersten Entwurf der Clemen'schen Denkschrift über die Denkmalpflege in den Rheinlanden gegenüber zum Ausdruck, und ebenso dem württembergischen Entwurf. Die Gründe für diese Haltung sind die Furcht einer Einschränkung des kirchlichen Eigentumsrechtes über die gesetzlich festgelegte Grenze hinaus und des freien Verfügungsrechtes, weiterhin aber auch die Erwägung, daß der Zweck der Denkmalpflege sich ohne das Odiose eines starren Gesetzes auf dem bisherigen Weg erreichen lasse.

Viel wichtiger und wirksamer als alle Gesetze erscheinen aber eine gründliche und allseitige Ausbildung der zur Hut kirchlicher Denkmäler in erster Linie bestellten Geistlichkeit in Kunstgeschichte und Altertumskunde durch Universitäts- und Seminar-Kurse und eine Weckung des geschichtlichen Sinnes durch örtliche Vereine, Sammlungen, Vorträge und Zeitschriften. —

Weiter sprach Dombaumeister Knauth-Sträßburg über die Arbeiten zur Sicherung der Fundamente des Turmes am Dom zu Sträßburg, die, während die Risse an sich bekannt waren, durch zufällige Beobachtungen im Jahre 1903 veranlaßt wurden. Er schilderte die vorläufigen Maßregeln, sodann die Untersuchungen der Fundamente und die Ergebnisse. Er gab u. a. folgende Zahlen an: die Belastung des Turmpfeilers beträgt rund

17 Mill. kg (bei 220 000 qcm auf das qcm 31 kg); der Pfeiler wies eine Ausbauchung von 8 cm auf; das Fundament des Turmpfeilers ist 5,8 m tief, etwa 2,5 m breit. Der Verstärkungspfeiler an der Nordseite ist 6,5 m tief gegründet; die Belastung des Fundamentes beträgt 7 130 000 kg (bei 250 000 qcm auf das qcm 28,5 kg); noch schlimmer ist der Druck auf den Boden: 8 Mill. kg auf 580 000 qcm, d. i. auf 1 qcm 15 kg. Der Redner erörterte darauf kurz, warum trotz der starken Belastung und trotz der mißlichen statischen Verhältnisse der so stark belastete innere Turmpfeiler nicht ein-

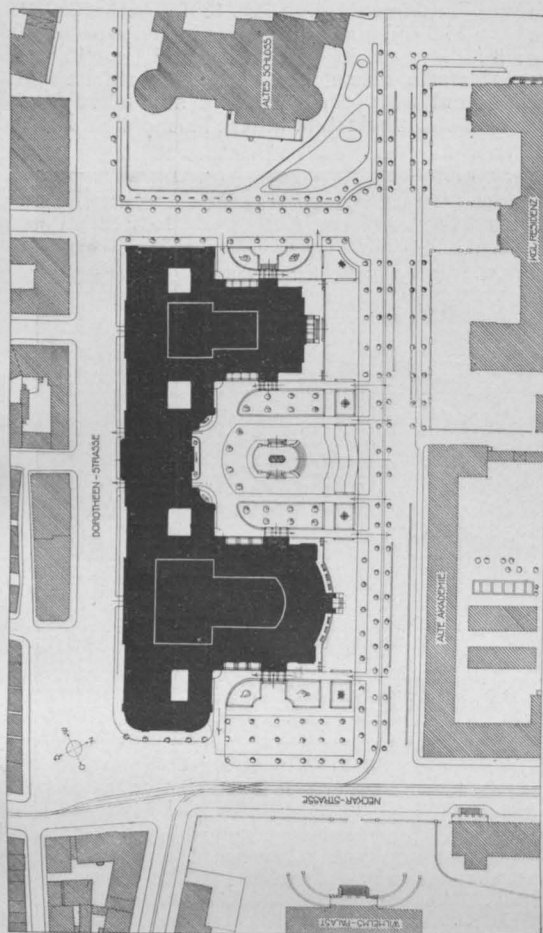


Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

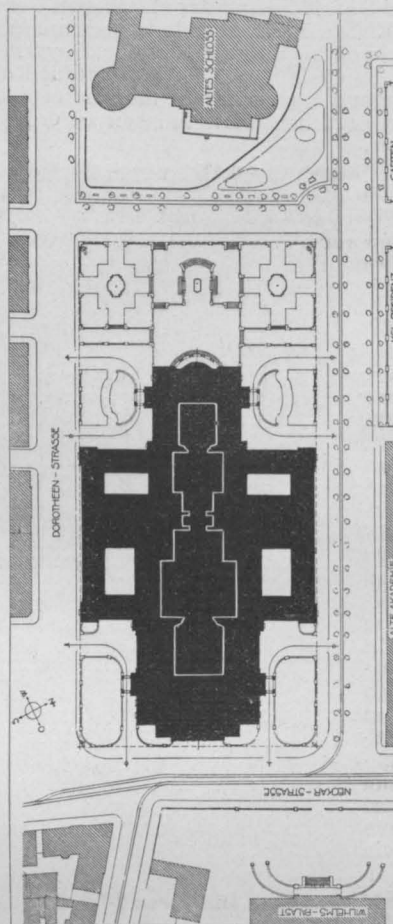
stürzte; er schilderte weiter die Grundwasserverhältnisse und die sich ergebende Notwendigkeit, nicht bloß die Schiffspfeiler wieder herzustellen, sondern auch am Turm die Fundamente zu verstärken. Von den verschiedenen Verfahren ergab sich als möglich nur die Ummantelung des Pfeilers bis auf die Fundamente und darauf Auswechselung der betreffenden Steine. Die weiteren Mitteilungen des Redners, die durch Abbildungen erläutert wurden, bezogen sich auf die Vergebung und Ausführung der Arbeiten, sowie auf die Beschaffung der Mittel dafür.

Zum Schluß des ersten Tages hielt Prof. Dr. Rathgen-Berlin einen Vortrag über „die Ergebnisse seiner Versuche mit Steinschutzmitteln“.

die mit den verschiedensten gebräuchlichen Steinschutzmitteln getränkt worden waren, vier Jahre der Witterung ausgesetzt sind, ist ihr Gewichtsverlust festgestellt wor-

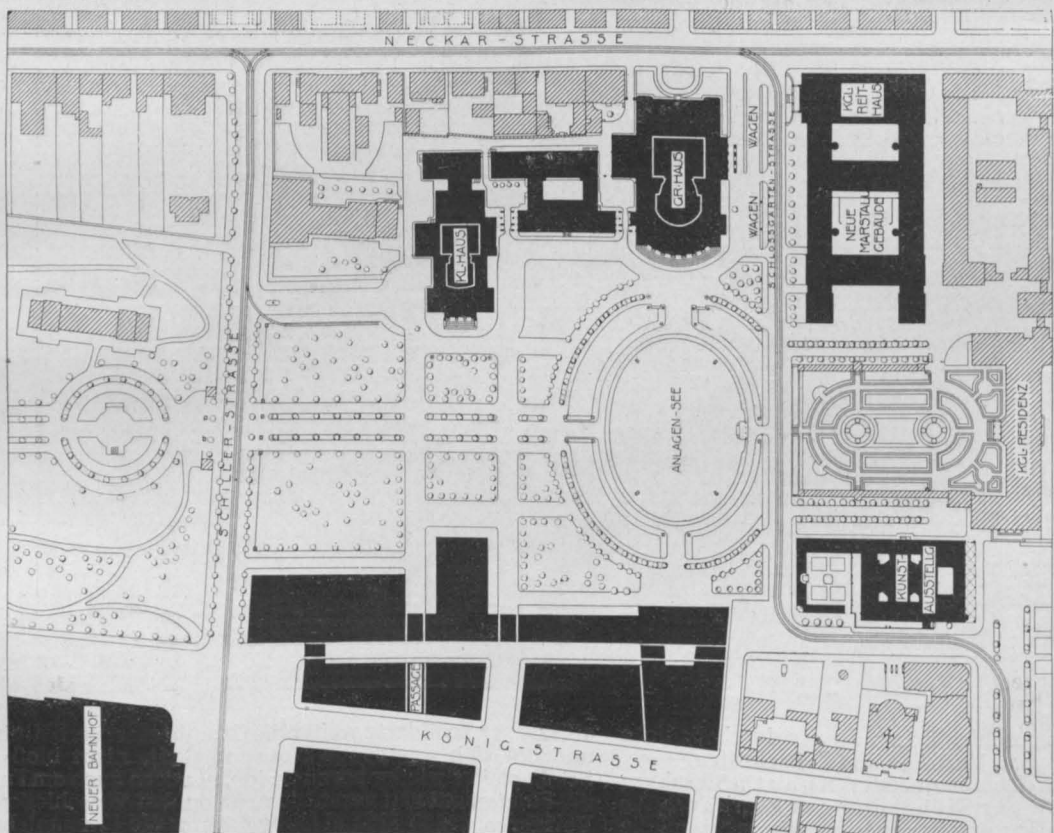


Lageplan für ein Doppelhaus mit Parallel-Stellung der beiden Häuser auf dem Waisen-Platz.



Lageplan für ein Doppelhaus mit Anschluß der beiden Häuser auf einer Achse auf dem Waisen-Platz.

Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.



Lageplan der jetzigen und zukünftigen Gestaltung der Umgebung der beiden Hoftheater.

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Schon auf dem Tage für Denkmalpflege in Danzig hatte Redner über Versuche mit Steinschutzmitteln berichtet. Nachdem seine $7 \times 3 \times 1$ cm großen Steinproben,

den. Im allgemeinen lassen sich auch nach der vierjährigen Auslage noch keine bestimmten Schlüsse über den Nutzen der einzelnen Mittel ziehen, wenn auch in wenigen

Fällen bei einigen Steinen schon heute eine Schutzwirkung zu bemerken und in anderen Fällen beobachtet worden ist, daß ein Steinerhaltungsmittel versagt hat. Es scheint sich die schon in Danzig geäußerte Meinung zu bestätigen, daß für die verschiedenen Steinsorten auch verschiedene Tränkungsmitel in Betracht kommen. Auffallend war bei den drei benutzten Kalksteinen die Wirkung des Szerelmey-Tränkungsmitels und bei dem Marmor die des Ueberziehens mit einer Wachs-Emulsion, des in Berlin bei Denkmälern üblichen Verfahrens; hier hatten beide Tränkungsmitel nach vierjähriger Dauer sicher einen gewissen Schutz ausgeübt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Wirkung auch weiterhin zu beobachten sein wird und ob nicht nach längerem Zeitraum auch andere Schutzmittel einen ähnlichen Erfolg haben. Eine Fluatierung, die bei einigen Steinarten nicht ungünstig gewirkt hat, scheint bei Mar-

mor nach den bisherigen Ergebnissen nicht angebracht zu sein. Zum Schluß schilderte der Vortragende kurz eine ihm mit Hilfe der Jagor-Stiftung ermöglichte große Erweiterung seiner Versuche; es sind jetzt außer neuen Steinproben in Berlin noch solche in Köln, Hamburg und Schleswig ausgelegt. Auch sind außerdem besondere Einrichtungen getroffen, die Verwitterung noch durch eine andere Versuchsanordnung festzustellen. Ganz besonders dankenswert ist es, daß die preußischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten und des Kultus es Prof. Rathgen ermöglicht haben, die Beobachtung noch auf im Bauwerk befindliche Steine auszudehnen, da jetzt in 12 preußischen Städten an alten und neuen Bauten Steinblöcke der verschiedensten Art mit Fluat, Testalin und Szerelmey behandelt sind und dauernd beobachtet werden. —

(Schluß folgt).

Vermischtes.

Die Wertschätzung der akademisch gebildeten Techniker in Bayern. Eine Aussprache über „die bürokratische Zopfigkeit“ in der Verwaltung in einer Ausschusssitzung der bayerischen Kammer der Reichsräte verdient wohl in technischen Kreisen allgemeiner bekannt zu werden. Nach dem Protokoll über die Ausschusssitzung vom 17. Juli 1912 hat sich Frhr. von Cramer-Klett der Hauptsache nach in folgender Weise ausgesprochen:

„Ich bin weit entfernt, irgend einer grundlegenden Aenderung unserer inneren Verwaltung, z. B. durch starke Vergrößerung der Selbstverwaltung, das Wort zu reden. Mein Wunsch ginge nur dahin, daß die bestehenden bürokratischen Mißstände möglichst gemildert würden, und dies wäre bei der inneren Verwaltung nicht so außerordentlich schwer. Handhabe hierzu gibt ja die ganze Richtung unserer Zeit, in welcher neben den rein juristischen Fragen der Verwaltung die technischen Fragen eine so überaus große Rolle zu spielen angefangen haben. Sachlich sind ja die Gutachten der Spezialbehörden ausschließlich maßgebend und so wäre es denn höchst wünschenswert, daß diesen auch formell dieselben vollständig übertragen würden.

Welche Komplizierung liegt z. B. darin: nach Art. 19 des Wassergesetzes von 1907 sind Grund- und Quellableitungen genehmigungspflichtig. Die Beurteilung, ob es sich um Grund- und Quellwasser handelt, ob fremde, öffentliche oder private Interessen berührt oder bedroht werden, ob und unter welchen Bedingungen die Genehmigung erteilt werden kann, kurz, die ganze eigentliche Sachbehandlung einschließlich der gesetzlichen Würdigung obliegt dem Techniker. Das Gutachten wird dem Verständnis der Laien entsprechend niedergelegt und von diesen der Bescheid darauf aufgebaut. Man traue dem amtlichen Techniker doch soviel Gesetzeskunde auf seinem ureigensten Spezialgebiete zu, daß er selbst seinen Bescheid machen kann, und die Sache vereinfacht sich auf einige Zeilen und beschränkt sich auf eine Behörde. Schließlich wären ja noch zwei weitere einigende Instanzen, Regierung und Verwaltungsgerichtshof, mit vorwiegend juristischer Besetzung da. Um das gegenwärtige System künstlich haltbar zu machen, würde eine Fülle detaillierter Vollzugsvorschriften erlassen, Krücken für den ungewandten und bequemen, Hindernisse für den gewandten und strebsamen Beamten. Das ganze Sinnen und Trachten des juristisch vorgebildeten Beamten ist auf die formelle Unanfechtbarkeit seiner Sachbehandlung gerichtet, was dabei praktisch erzielt wird, ist Nebensache. Die Folgen davon sind die Ueberlastung der Bezirksämter und der technischen Behörden durch einen ungeheuren Formalismus und Schematismus — das, was ich unter bürokratischer Zopfigkeit verstehe.

Wird einmal die Technik von den überlasteten Schultern der Bezirksämter genommen sein, so wird man auch bald nicht mehr verstehen können, warum man sich eigentlich gar so sehr dagegen gestraubt hat. Denn das Sträuben dagegen liegt hauptsächlich an dem Widerstand der Verwaltungsbeamten, welche sich einerseits in Erkenntnis des Vorwiegens der Technik in der Verwaltung vielfach dieser ihnen zur Verfügung stehenden technischen Stützen nicht beraubt sehen wollen, nachdem eben doch die Last der Verantwortung ihre Schultern drückt, andererseits sich vor dem einzig logischen Schritt scheuen, diese Last abzuwerfen und die Verselbständigung der technischen Behörden zu fördern — des Systemes wegen, das um jeden Preis zu halten ist. Endlich würde ja, wenn man hierüber eine Befürchtung hegte, die Einheit der Armee durch die Kreisregierungen gewährleistet sein. Würde hierauf von seiten der kgl. Staatsregierung das Augen-

merk gelenkt, so wäre unzweifelhaft ein guter Schritt getan, um die Klagen über Zopfigkeit in Bayern verstummen zu machen.“

Auf diese Ausführungen erwiderte der Staatsminister des Inneren, Dr. Freiherr von Soden-Frauenhofen, das Folgende: Nicht einverstanden sei er bezüglich der Forderung der stärkeren Heranziehung der Techniker gegenüber den Juristen. Er halte den jetzigen Zustand, daß der Bezirksamtmann als Vorstand der äußeren Behörde die einheitliche Leitung des Ganzen und die Entscheidung habe, für das Richtige, weil sowohl die Vorbereitung wie der Vollzug in einer Hand vereinigt sein müßten. Ohne dem Techniker, dessen hohe Bedeutung gerade in der jetzigen Zeit er durchaus nicht verkenne, nahe zu treten, dürfe doch hervorgehoben werden, daß die Vorbildung des Technikers naturgemäß dem Juristen gegenüber eine mehr einseitige sei, während man in Bayern von dem Juristen die Ablegung eines Staatskonkurses verlange, der eine universelle Ausbildung voraussetze. Wenn man die Entscheidung in Angelegenheiten, bei denen technische Fragen mitspielen, die jetzt dem Bezirksamtmann zukäme, ausschließlich dem Techniker überlassen würde, so hielte er das für ein Wagnis, dem er nicht zustimmen könne.

Diese Kundgebungen lassen große Mißstände auf dem Gebiete der Verwaltung erkennen. Leider bestehen sie auch sonst im Deutschen Reich, werden aber selten so scharf beleuchtet, wie dies in der Ausschusssitzung der bayerischen Reichsräte geschehen ist. Der Vorgang zeigt, wie notwendig es ist, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Errungenschaften der Technik nur dann rechtzeitig und in möglichst vollem Umfang allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen können, wenn die leitenden Beamten in der Verwaltung das von der Technik Gebotene selbst zu würdigen und nutzbar zu machen verstehen. Der Vorgang zeigt aber auch, wie wohl begründet die Bestrebungen der Techniker sind, sich zum Vorteil des ganzen Landes einen größeren und unmittelbar zur Wirkung kommenden Einfluß in der Verwaltung zu verschaffen.

Wenn Bayern in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht den gewünschten, seinen natürlichen Verhältnissen entsprechenden Fortgang aufweist, so ist diese schon so oft beklagte Erscheinung nicht zum geringsten Teil durch die geschilderten Zustände veranlaßt. —

x.

Architekten und Landmesser im Städtebau. Unter diesen Worten bricht der kgl. Oberlandmesser a. D. Plähn in Nr. 75 dieses Blattes eine Lanze für die Tätigkeit der Landmesser bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Die Redaktion hat bereits zu den Ausführungen und dem Text des Verfassers eine so klare Stellung eingenommen, daß die Angelegenheit auch für mich als abgetan gelten könnte, wenn nicht die Lanze zum Teil gegen meine Person gerichtet wäre. Hätte Hr. Plähn während meines Schneidemühler Vortrages besser zugehört, so hätte er sich seine große Mühe sparen können. Ihm, dem Fachmann, wäre es um so leichter möglich gewesen, mich richtig zu verstehen, als es sich doch nur um einen volkstümlichen Vortrag handelte. Ich will ihm die beanstandeten Stellen noch einmal vorhalten.

Ich begann: „Wer vor einem halben Jahrhundert eine Reise durch die Städte unseres Vaterlandes machte, konnte gewiß sein, in jeder Stadt ein ganz charakteristisches Bild, etwas Bodenständiges, aus den örtlichen Verhältnissen heraus Gewachsenes zu finden. Wer heute stellt, muß nach solchen Eindrücken suchen. Das Charakteristische ist aus vielen Städten völlig verschwunden, in anderen birgt nur ein kleiner, innerer Kern bescheidene Reste einstiger Schönheit. Was einst selbstverständlicher Besitz war, wird heute als Rarität gezeigt und erhält im Bädeler ein Sternchen. Hätte der Bädeler den

Brauch, alles Schablonenhafte etwa durch einen warnenden Finger zu bezeichnen, dann müßte leider Seite für Seite voll solcher erhobener Finger stehen.

Was unseren Städten so viel von ihrem Reiz genommen hat, das ist die Gleichmacherei, welche die Straßen auf dem Reißbrett statt in der Natur entstehen ließ und leider auch noch entstehen läßt, wenn auch nicht mehr so allgemein wie früher. Warnende Stimmen hatten sich schon Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erhoben. Aber wer hörte damals auf sie? Erst in der Mitte der neunziger Jahre, als uns aus England das erste Ahnen modernen kunstgewerblichen Schaffens kam und wir uns nach der Stilhetze der vorhergegangenen Jahrzehnte in logischer Folge auch in der Baukunst auf uns selbst besannen, zu dieser Zeit erwarb sich auch der Gedanke, daß es etwas wie eine Städtebaukunst gebe, eine weitere Gemeinde.“

Etwas später, als ich die Merk'sche Arbeiterkolonie von Prof. Pützer im Lichtbild vorführte, sagte ich im Anschluß an diese:

„Da ist eben nichts dem Zufall überlassen, sondern Straßenführung, Stellung der Häuser mit Giebel oder Breitseite, Baumanlage, Straßenbrunnen, alles das ist vorher im Geiste geschaut. Das kann aber nur ein Künstler, der mit einer glücklichen, natürlichen Veranlagung das Ergebnis vieler sorgfältiger Studien zu paaren versteht. Deshalb sollten nur solche mit der Anfertigung von Bebauungsplänen betraut werden, und es sollte nicht, wie es leider noch heute vielfach geschieht, den Landmessern oder den städtischen Tiefbauämtern das einzige und letzte Wort überlassen bleiben. Aus der Hand dieser stammen die meisten Bebauungspläne, die unsere Stadt so schablonenhaft gemacht haben.“

Die Kenntnis der Verkehrsfragen und des Tiefbaues, die Beherrschung der einschlägigen Gesetzgebung und der notwendigen finanziellen Operationen allein genügen eben nicht. Es gehört dazu auch die ästhetische Schulung, Schönheit zu schaffen. Und diese Schulung fehlt dem Landmesser und den Tiefbauämtern, sodaß trotz der besten Absichten derselben ein unerfreuliches Ergebnis unausbleiblich ist.

Betrachten Sie Schönheit nicht als Luxus, der nur Geld kostet und sich nie verzinst. Mit ähnlichem Recht könnte man unsere ganze Kultur als Luxus verwerfen. Schönheit beglückt den Menschen, macht ihn heiter und lebensstark. Sie ist ein greifbarer Wert, der neue Werte schafft! Es hieße übrigens, den Verfertignern der eben charakterisierten unerfreulichen Bebauungspläne Unrecht tun, wollte man sie allein für die Verschandelung unserer Städte zur Rechenschaft ziehen. Ein großer Teil der Schuld liegt auch bei denen, die vor einem Jahrhundert mit der Tradition des Hausbaues brachen usw.“

Das ist alles. Mir scheint, daß die Ausführungen des Hrn. Plähn in einem sehr losen Zusammenhang mit meinem Vortrag stehen und daß sie nur geschrieben wurden, weil der Verfasser, der ja nach seiner Angabe schon mehrfach ähnliche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet hat, das Bedürfnis in sich fühlte, wieder einmal einen „eingehenden Nachweis“ zu erbringen. Mein Vortrag wird dabei die Rolle der Nadel in der orientalischen Mythologie gespielt haben, die uns erzählt, wie ein habsüchtiger Kaufmann sein Lasttier vor der Wanderung durch die Wüste so hoch mit Waren beladen hatte, als es nur eben tragen konnte, und wie dann das arme Tier unter der Last einer einzigen noch hinzugefügten Nadel zusammenbrach. —

Reg.-Bmstr. Landsberg in Posen.

Ein neues großes Bühnenhaus für große Oper und Schauspiel in Hamburg wird dort seit Jahren erstrebt. Nunmehr wird aus Hamburg Folgendes gemeldet: „Die Theaterkommission der Bürgerschaft beschloß einstimmig, den Senat um eine Vorlage über die Erbauung eines neuen großen Bühnenhauses für große Oper und Schauspiel zu ersuchen. Der gleiche Antrag wurde vor vier Jahren trotz Anerkennung der bestehenden Mißstände vom Senat auf Grund der wenig günstigen Finanzlage abgelehnt“. Vielleicht wäre es möglich, hier, auf demokratischem Boden, das Theater der Gegenwart und Zukunft zu erhalten, das einen wirklichen Fortschritt im Theaterbau, Theaterwesen und in der Theatergesellschaft bedeutet und das in Berlin durch den Widerstreit der Interessen und falsche Auffassung der höfischen Anschauungen, wie es scheint, nicht erreicht werden kann. —

Tote.

Professor Wilhelm Manchot †. In Dornholzhausen im Taunus ist am 7. Oktober der Architekt Professor Wilhelm Manchot aus Frankfurt a. M. plötzlich gestorben. Manchot, der ein Alter von 68 Jahren erreicht hat, entstammte einer Theologen-Familie und wurde in Nidda in

Hessen geboren. Seine fachlichen Studien machte er an den damaligen Polytechniken in München, Zürich und, wenn wir nicht irren, auch in Karlsruhe. In Zürich schloß er sich Gottfried Semper an. Nach einer Periode von Reisen und praktischer Tätigkeit, teils im Auslande, teils im Inlande, u. a. in Paris, Antwerpen, Brüssel, Frankfurt, Heidelberg usw. begründete er im Jahre 1870 in Mannheim ein Architektur-Atelier und es gelang ihm, hier eine Reihe bemerkenswerter Aufträge auszuführen. Im Jahre 1895 folgte er einem Ruf als Lehrer und Nachfolger Oskar Sommers an das Stadel'sche Institut in Frankfurt a. M., wo er die Architektur-Klasse bis zu deren Auflösung im Jahre 1910 leitete. Nachdem er schon vorher eine zweite Ehe eingegangen war, zog er sich nunmehr zu beschaulichem Lebensabend in das stille Taunusdorf Dornholzhausen zurück, wo er auch starb. Wilhelm Manchot ist in unserer Zeitung wiederholt zu Wort gekommen. Er war in gleicher Weise als planender, ausführender und die Literatur pflegender Architekt tätig. In Wettbewerben war er mehrfach glücklich; so errang er I. Preise beim Kestner-Museum in Hannover, das er auch ausführte, beim Nordischen Museum in Stockholm, bei einem Krankenhaus für Gothenburg, bei der älteren Neckar-Brücke für Mannheim usw. Eine seiner letzten Ausführungen veröffentlichten wir im Palais des Freiherrn A. von Büsing-Orville in Offenbach in No. 56 des Jahres 1910. Seine literarische Tätigkeit war u. a. auch der Denkmalpflege gewidmet. Er behandelte in selbständigen Abhandlungen das Ysenburgische Schloß in Offenbach, die romanische Klosteranlage in Limburg an der Haardt, und griff auch in den Kampf um das Heidelberger Schloß ein. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau einer Thermalwasserleitung der Gemeinde Badgastein wird vom Bürgermeister daselbst für Bewerber, die ihren Sitz in Oesterreich, im Deutschen Reiche oder der Schweiz haben, zum 15. Jan. 1913 erlassen. Es gelangen 3 Preise von 6000, 4000 und 2000 K. zur Verteilung. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Ob.-Brt. Dr. Karl Kinzer, Ob.-Brt. Prof. Rud. Halter, Bt. Ed. Bodenseher und Prof. Dr. H. Mache, sämtlich in Wien. Unter den Ersatzpreisrichtern wird Hr. Ing. Otto Schueller in Villach genannt. Unterlagen gegen 5 K. durch das Sekretariat des Oesterr. Ing.- und Arch.-Vereins in Wien I, Eschenbachgasse 9. —

Wettbewerb Bezirks-Krankenhaus Geislingen. Unter 15 Entwürfen wurde der I. Preis dem des Architekten Reg.-Bmstr. Dollinger in Stuttgart zuerkannt. Der II. und der III. Preis fielen dem Reg.-Bmstr. Friedr. Mößner in Stuttgart, sowie den Architekten Bihl u. Woltz daselbst zu. —

Wettbewerb des Oberrheinischen Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Freiburg i. Br. betr. Ein- und Zweifamilienhäuser des „Gemeinnützigen Bauvereins“ Haslach i. R. Es liefen 12 Entwürfe ein. I. Preise von je 100 M. gewannen 2 Entwürfe des Hrn. Martin Reiher in Freiburg; II. Preise von je 50 M. entfielen auf Entwürfe der Hrn. Aug. Senk, sowie Osk. und Franz Geiges in Freiburg. Für 40 M. wurde ein Entwurf des Hrn. Kurt Holtz angekauft. —

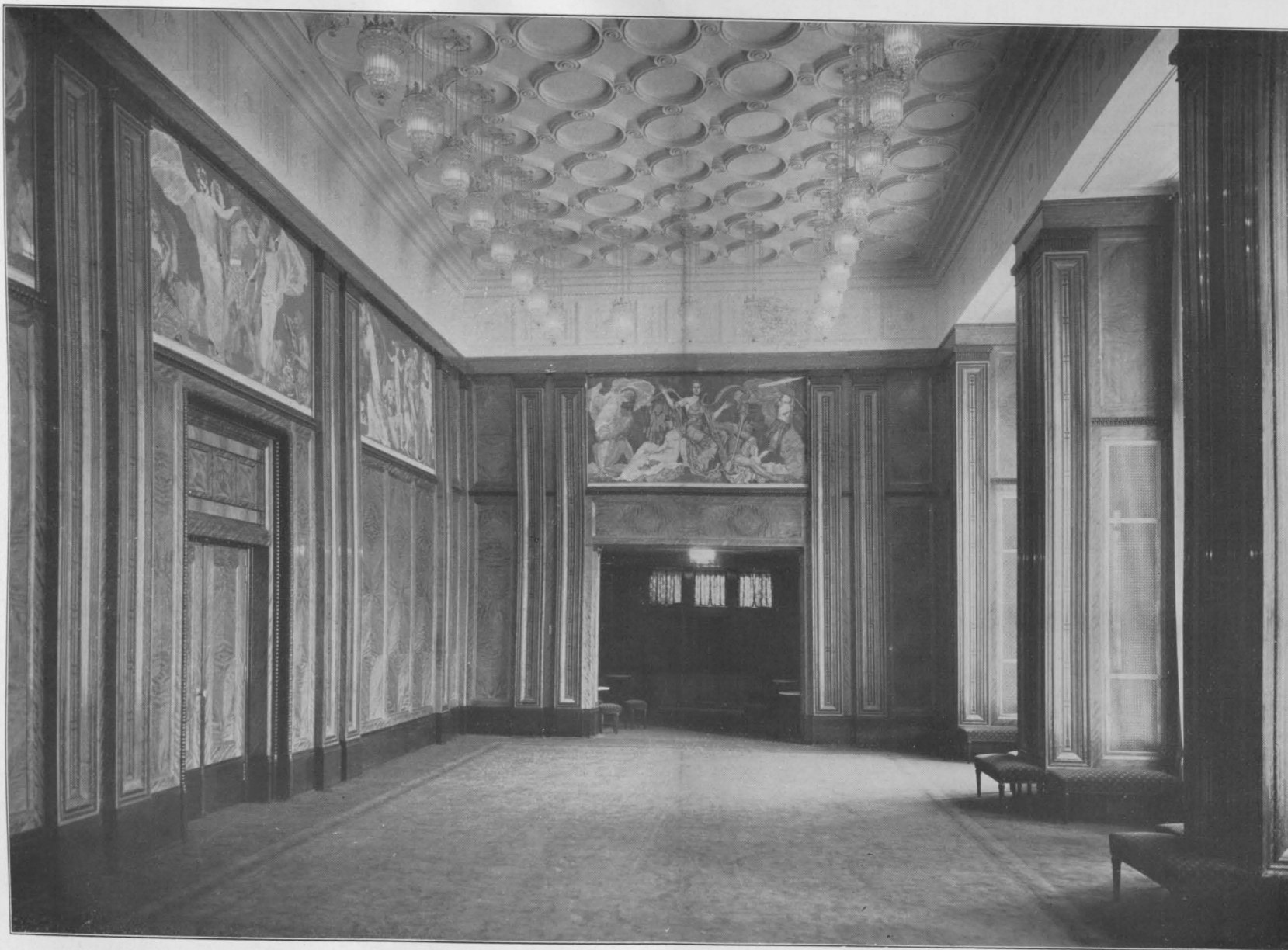
Preis ausschreiben betr. Anlage einer gartenstädtischen Siedelung in Mainleus bei Kulmbach. Es liefen 51 Arbeiten ein; von ihnen kamen 15 Entwürfe auf die engere Wahl. Den I. Pr. von 1000 M. gewann der Entwurf „Dele“ der Hrn. Ebert & Gross in Fürth; den II. Pr. von 700 M. der Entwurf „Thurnau“ des Hrn. Herm. Leitensdorfer in München; den III. Pr. von 400 M. der Entwurf „Heimatglück“ der Hrn. Steidel & Gehring in Fürth. Zum Ankauf empfohlen wurden Entwürfe der Hrn. Rud. Leupold, Fritz Neumüller, sowie Stengel & Hofer, sämtlich in München. Eine Belobung fanden die Arbeiten der Hrn. R. Behringer in Nürnberg, Schweighart & Lehmann in Augsburg, sowie Prof. A. Schweighart in München. —

Wettbewerb Pfarrhäuser und Gemeindehaus für Hagen i. W. Eingegangen 22 Entwürfe, sämtlich von ansässigen Architekten. I. Preis Arch. Ewald Wachenfeld, II. Preis Arch. G. Mucke, III. Preis Arch. Kraus, außerdem wurde eine Arbeit von Arch. Ebinghaus angekauft. Der erste Preisträger wurde bereits mit der weiteren Bearbeitung seines Entwurfes betraut. —

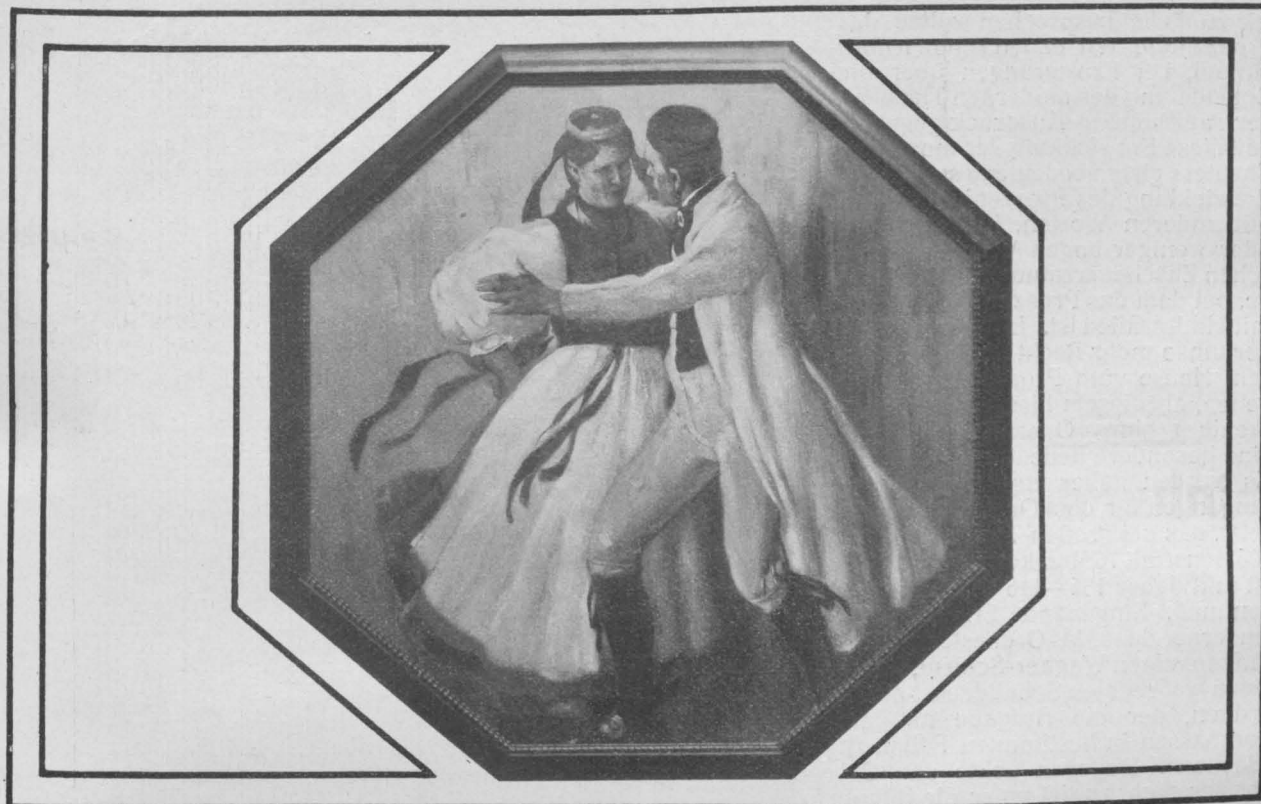
Inhalt: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. (Fortsetzung.) — Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE BEIDEN NEUEN
 HOF-THEATER IN
 STUTTGART. * AR-
 CHITEKT: GEH. HOF-
 RAT PROFESSOR
 MAX LITTMANN IN
 MÜNCHEN. * * * *
 FOYER IM „KLEI-
 NEN HAUSE. * *
 DEUTSCHE * *
 BAUZEITUNG * *
 XLVI. JAHRGANG 1912
 * * * NO. 84. * * *



Tanzendes schwäbisches Bauernpaar. Gemälde von Theodor Lauxmann im Theater-Restaurant.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. № 84. BERLIN, DEN 19. OKTOBER 1912.



„Gesang“ von Prof. Rob. Poetzelberger in Stuttgart.

Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

(Fortsetzung). Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 737 und 739.



in Vergleich der beiden Häuser mit einander läßt erkennen, daß der Verfasser die Gefahr einer Wiederholung und der künstlerischen Abhängigkeit des „Kleinen Hauses“ vom „Großen Hause“ glücklich umgangen hat, ohne in der Anlage beim „Kleinen Hause“ einen grundsätzlich anderen Organismus zur Verwirklichung zu bringen, als bei dem „Großen Hause“. Beide Häuser stimmen vielmehr im Grundgedanken der Anlage überein. Ihre Verschiedenheit liegt neben den Größenverhältnissen in Gestaltungen, die, obwohl an sich bedeutend, doch das Wesentliche der Anlage nicht berühren und beeinflussen. Wir folgen nun in der Schilderung im Einzelnen der schon angeführten Denkschrift, die Littmann zur Eröffnung der beiden Hoftheater als ein Werk von bleibendem Wert herausgegeben hat und welcher auch ein Teil unserer Abbildungen entnommen ist. Nach dieser Denkschrift war der Ausgangspunkt für die Gestaltung des „Großen Hauses“, das

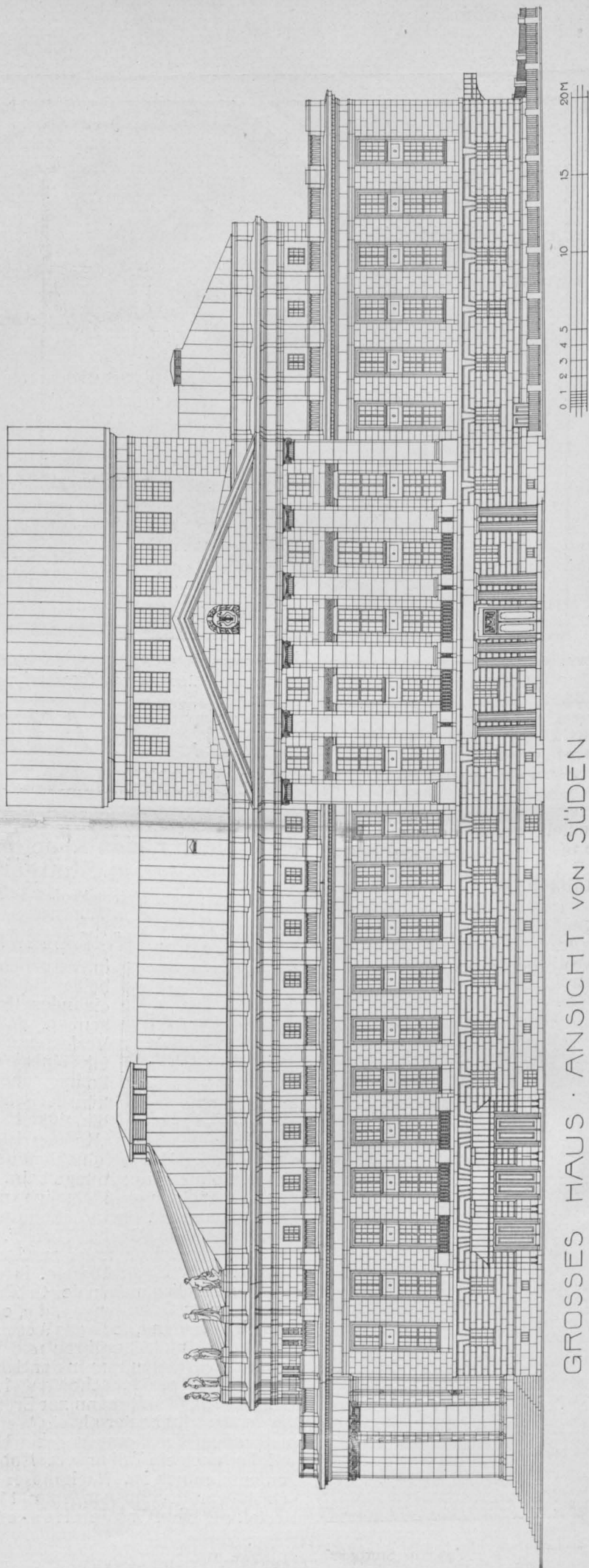


„Schauspielkunst“ von Bildhauer K. Gimmi in Stuttgart.

Figuren über dem Portikus des „Großen Hauses“.

wir zunächst besprechen wollen, das Proszenium. Wir haben schon früher einmal, bei Erörterungen über die Entwicklung des modernen Theaters, der Anschauung Ausdruck gegeben, daß diese Entwicklung des modernen Theaters gleich bedeutend sei mit der Entwicklung des Proszeniums, oder, mit anderen Worten, in dem mehr oder weniger engen Verhältnis zwischen Zuschauerraum und Bühne liege, bei dem das Proszenium ein vermittelndes Glied ist. Littmann tat daher umso mehr Recht daran, bei diesem Hause vom Proszenium auszugehen, als diesem hier, als dem Proszenium eines Opernhauses, noch eine besondere Bedeutung zukommt. Es wurden daher zunächst alle Bedingungen für das Orchester festgesetzt, das bei großen Tondramen mit 106, sonst mit 76 Musikern zu besetzen ist und daher 136—116 qm Fläche haben muß. Eingehende Studien führten ferner dazu, das Orchester zu versenken, einen Wagner-Schirm, sowie einen wagrechten Schaldeckel anzuordnen, der die Aufgabe hat, die Tonmassen in bestimmten Fällen zu „decken“. Dagegen sollte das Orchester nicht zu tief unter die Bühne geschoben und mehr geöffnet, und es sollte von der Errichtung des Wagnerischen doppelten Proszeniums abgesehen werden. Eine unter der Rampe stehende versenkbare Wand ermöglicht eine Verkleinerung des Orchesterraumes, wenn nur 76 Musiker in ihm tätig sind. Wird das Orchester überhaupt nicht gebraucht, so kann es überdeckt und mit Sitzreihen besetzt werden. Dadurch wird eine größere Raumausnutzung erreicht und es werden die für das gesprochene Wort möglichen akustischen Gefahren, die im offenen Orchester liegen, gebannt. Die Ueberdeckung des Orchesters erfolgt in sehr scharfsinniger und praktischer Weise durch in der Wagrechten verschiebbare Tafeln, die sich unter den vorderen Parkettsitzreihen befinden. Zugleich wurde auf der Bühne ein innerer Proszeniums-Rahmen aufgestellt, der die Möglichkeit gewährt, den Bühnenausschnitt nach Belieben zu verkleinern, sodaß das größte Bühnenbild Ausdehnungen von 12 m Breite zu 8,5 m Höhe erhalten kann, die sich nach Bedarf auf 8 m Breite und 5 m Höhe vermindern lassen.

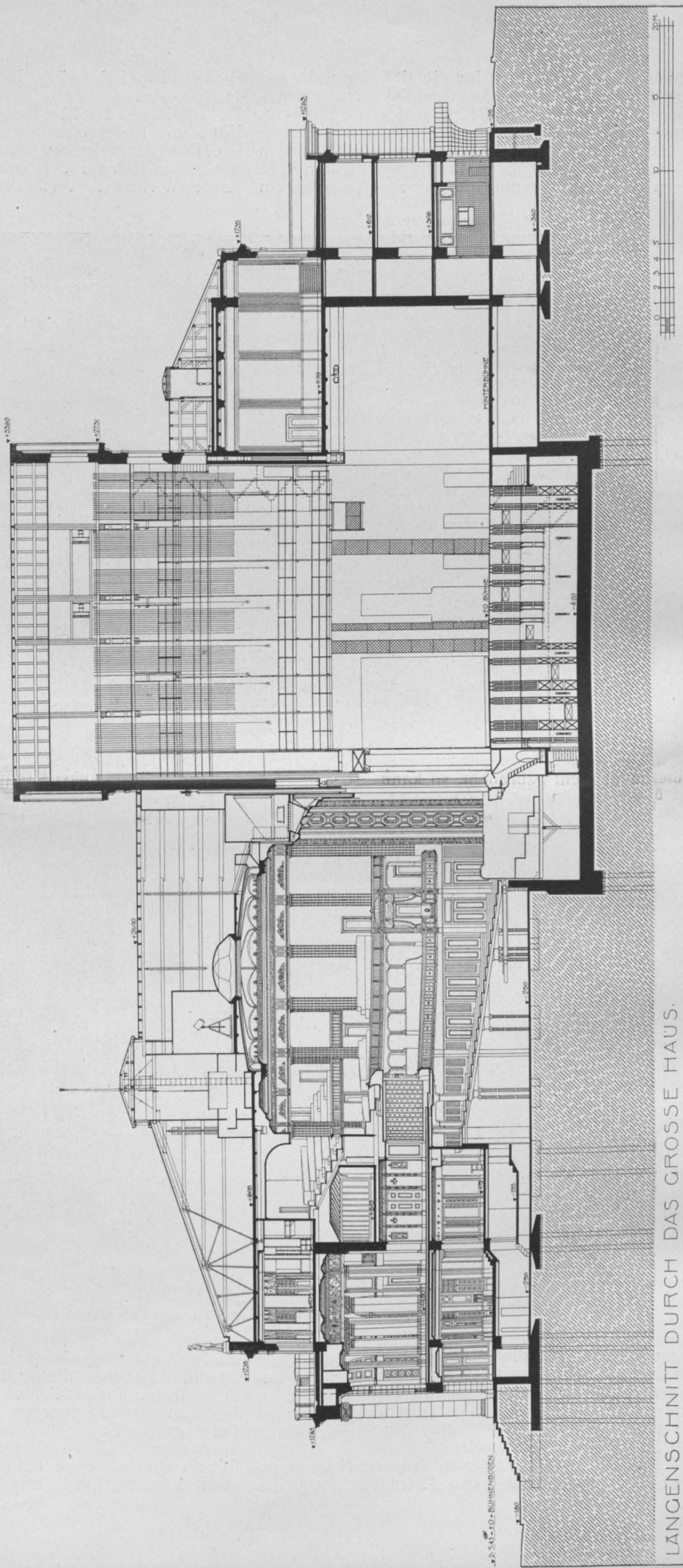
Vom Proszenium aus steigt nun das Parkett, wie der Schnitt S. 735 zeigt, im Verhältnis von 1 : 6,4, also erheblich stärker, als sonst üblich, an. Es ist durchaus als Amphitheater ausgebildet und hat nur seitliche Ausgänge. Eine kleine Loge für Regisseure liegt rückwärts. Der I. Rang zeigt in der Mitte die große königliche Gala-Loge, an die sich hinter zwei Sperrsitzeihen zu beiden Seiten je 7 Logen anreihen. Eigentliche Proszeniums-Logen sind nicht vorhanden; dagegen liegen die Hoflogen zu beiden Seiten vor dem Proszenium. Der II. Rang enthält fast nur Sitzreihen; von ihnen sind in der Nähe der Bühne lediglich 2 Logen für die Mitglieder der königlichen Theater abgetrennt. Der III. Rang



GROSSES HAUS · ANSICHT VON SÜDEN

tritt, wie nebenstehen-
der Längsschnitt zeigt,
lediglich als eine Art
amphitheatralischer
Fortsetzung des II. Ran-
ges in die Erscheinung.
Auch hier sind wieder
2 Logen für das Perso-
nal abgetrennt. Von den
1452 Sitzplätzen, die das
Haus faßt, entfallen 729
auf das Parkett, 126 auf
den I. Rang, 56 auf die
Hoflogen, 230 auf den
II. und 311 auf den III.
Rang.

Die Zugänge zum
Hause für die Besucher
zu Fuß liegen an der
Seeseite, für den Wagen-
verkehr an der Schloß-
garten-Straße. Für den
königlichen Hof sind
besondere Zufahrten
angeordnet. Die Kas-
senhalle dieses Hauses
ist geschwungen; von
ihr führen 7 Zugänge
zu den Umgängen des
Parkett, die völlig wag-
recht liegen, um als
Wandelgang dienen zu
können. Mit großem
Geschick sind die Hö-
henunterschiede zwi-
schen Umgang und den
verschiedenen Höhen-
lagen des Amphithe-
aters durch Stufen ver-
mittelt, deren Benut-
zung durchaus bequem
ist und die nicht den
so häufig beobachteten
Charakter eines Verle-
genheitsmittels haben.
Vom Umgang führen
zwei größere Treppen
zum I. Rang. Auf der
rechten Seite desselben
sind die durch eine be-
sondere Königstreppe
zugänglichen Räume
für das Königspaar an-
geordnet, mit einem
Foyer zwischen Salons
und Logen. Auf der lin-
ken Seite liegen die Sa-
lons für die königlichen
Prinzen und den Inten-
danten, gleichfalls mit
einer eigenen Treppe.
Von der Anlage einer
eigenen Verbindung
zwischen den königli-
chen Seitenlogen und
der großen Galaloge
wurde abgesehen. Beim
neuen königl. Opern-
hause für Berlin ist sie
gefordert und bereitet
bei der Durchbildung
des Grundrisses keine
geringen Schwierig-
keiten. Der Fortfall wird
in Stuttgart damit be-
gründet, daß bei Gala-
Vorstellungen die Be-
sucher des I. Ranges
ohnehin nur aus gela-



LANGENSCHNITT DURCH DAS GROSSE HAUS.

denen Gästen bestehen, für die eine Absonderung von den Fürstlichkeiten naturgemäß nicht in Frage kommt. In der Höhe des I. Ranges liegt noch das eindrucksvolle Foyer (Bildbeilage zu Nr. 83).

Im II. Rang, von dessen Umgängen Einblicke in dieses Foyer sich eröffnen, zeigt auf der linken Seite einen Erfrischungsraum, auf der rechten Seite ein

Parkett 16, im I. Rang 7, im II. Rang 14 und im III. Rang 16 Besucher.

Die Bühne hat 28 m Breite, 21,5 m Tiefe und eine Höhe von Kellersohle bis Rollenboden von 31,4 m. Die Hinterbühne ist 20 m breit und 10 m tief. Um letztere reihen sich die Künstler-Garderoben. Einen besonderen Hinweis verdienen die Seitenbühne und



Probesaal für den Chor im „Großen Hause“.
Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

kleines Foyer für die Mitglieder der königlichen Theater. Im III. Rang ist der Umgang nicht beschränkt und es ist den Besuchern dieses Ranges im Sommer noch die Möglichkeit gegeben, an warmen Abenden auf eine Terrasse über der Säulenstellung des Portikus hinaus zu treten.

Die Garderoben sind in reichlichem Maße angeordnet, es treffen auf jeden Meter Tischlänge im

die Prospekt-Magazine nahe der Bühne. Alles das ist mit außerordentlicher Erfahrung und Sorgfalt durchdacht. Für das Personal dienen ein 103 qm großes Konversationszimmer des Chores, sowie ein 149 qm großes Foyer für die Musiker. Ferner sind vorhanden ein Chorprobesaal von 266 qm, eine Probebühne, ein Ballettsaal, ein Ensemble-Probezimmer, sowie 3 Zimmer für die Kapellmeister. — (Forts. folgt.)

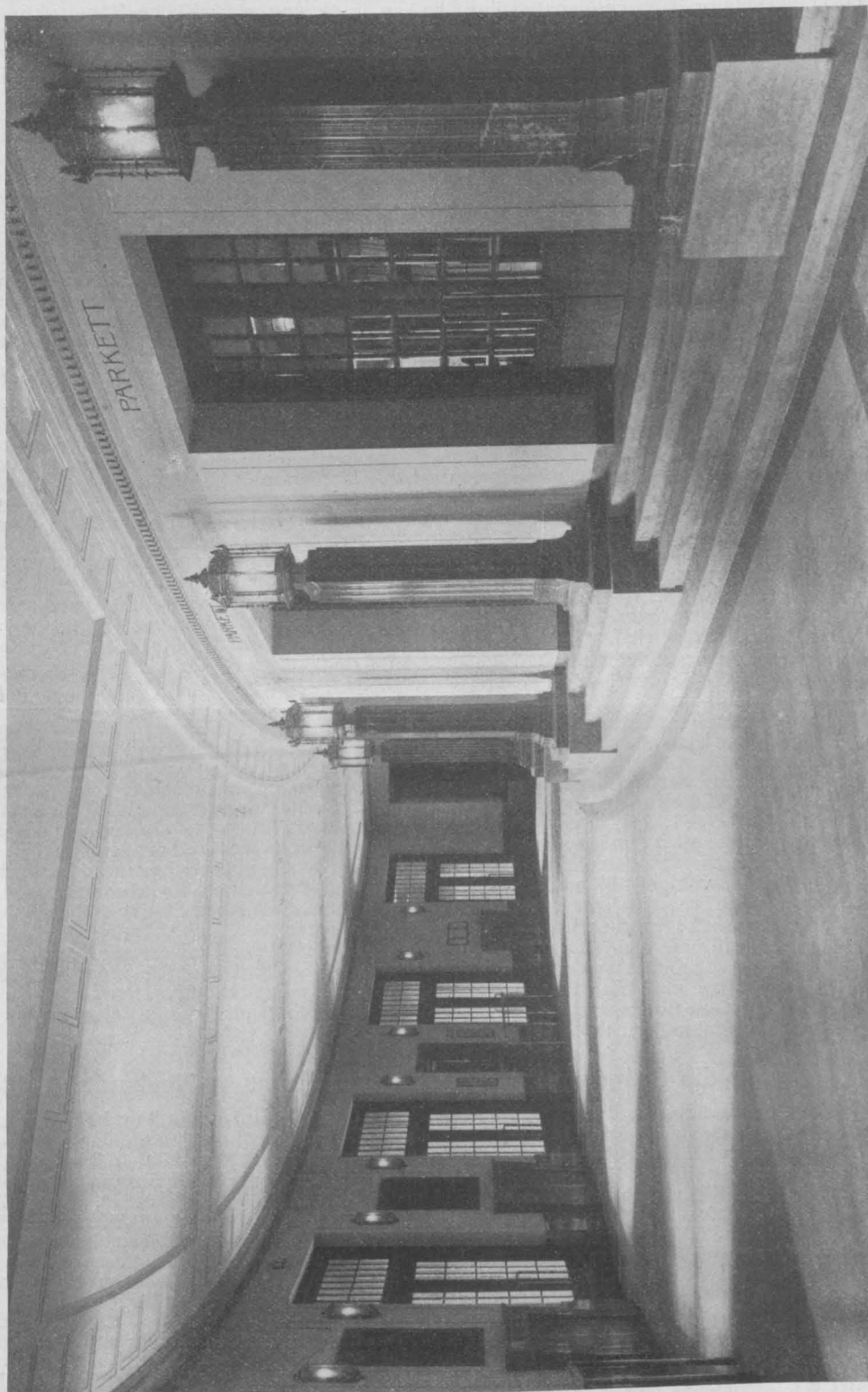
In der zweiten Sitzung am 20. Septbr. schlug der Vorsitzende, Geh. Hofrat Professor Dr. v. Oechelhäuser, als Ort des nächsten Tages für Denkmalpflege 1914 Augsburg vor. Nachdem Baurat Spiegel die Einladung der Stadt überbracht hatte, wird Augsburg einstimmig gewählt. Im Jahre 1913 findet in Dresden die

zweite gemeinsame Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz statt. Eine weitere Einladung liegt aus Rothenburg o. T. vor. Weiter werden durch Zuruf einstimmig in den geschäftsführenden Ausschuß des Tages für Denkmalpflege die bisherigen Mitglieder wieder gewählt.

Nun sprach Geh. Ob.-Brt. Hoffeld-Berlin über „Technisches aus der Denkmalpflege“. Im Gegensatz zu den Fragen allgemeiner Art, die auf den großen zweijährigen, mit dem „Bund Heimatschutz“ gemeinsamen Tagungen erörtert werden, behandelte der Vortrag ein Teilgebiet der praktischen Denkmalpflege, Dinge, die sich als Feinde der Denkmalpflege darstellen. Redner beschränkte sich aber auf das, was für kirchliche Baudenkmäler in Frage kommt, und gab auch davon nur eine Auslese, indem er alles nicht ausgesprochen bautechnischer Art nicht berührte.

Die Hauptkrankheit, an der die Kirchen leiden, ist die Feuchtigkeit. Zu ihrer Beseitigung werden gewöhnlich Mittel empfohlen, die das Uebel verdecken, statt ihm abzu helfen. Es kommt darauf an, der Ursache der Nässe nachzuforschen. Diese kommt von unten, von oben oder von innen, d. h. aus dem Kirchenraum. Im ersten Fall zeigt sich die Feuchtigkeit am Kirchenfuß, am unteren Teil der Kirchenmauern. Häufig tragen die Grundwasser-Verhältnisse die Schuld. Das Grundwasser ist entweder ruhend, wobei die Nässe nur infolge der Kapillarität der Grundmauern aufsteigt. Oder es dringt in der Richtung des Grundwasserstromes, der auch in ebenem Gelände vorhanden sein kann, gegen die Mauern an und steigt in diesen auf. Im ersten Fall hilft wagrechte Isolierung, etwa mit Siebel'schen Platten, die mittels Sägeverfahrens eingebracht werden. Es ist aber sehr teuer und oft, der Art des Mauerwerkes wegen, nicht ausführbar. Oder man senkt das Grundwasser. Dies kann aber, wenn Holzgründungen vorhanden sind, mit großen Gefahren ver-

bunden sein, ist auch für das einzelne Gebäude selten durchführbar. Andrängendes, strömendes Grundwasser ist mit Drainage unschädlich zu machen. Genügende Vorflut ist dabei Bedingung. Fehlt sie, so sind Sickergruben anzuwenden, aber mit Vorsicht, damit, wenn artesischen Verhältnisse vorliegen, keine wasserundurchlässigen Schichten durchstoßen werden.



Kassen-Vestibül des „Großen Hauses“. Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.

Feuchter Mauerfuß entsteht oft auch durch Wachsen der Bodengleiche. Hier helfen vorübergehende Freilegung der Mauern, unter Umständen regelrechte, dauernde Trockengräben.

Kommt die Feuchtigkeit von oben, so trägt gewöhnlich die Undichtigkeit der Dächer, Abdeckungen, Plattformen usw., besonders die der Anschlüsse derselben die Schuld. Oft liegt diese aber auch gerade an den Vorkehrungen, die man an den Dächern zu deren Schutz anbringen zu müssen meint: an den Rinnen und Abfallrohren. Der

Vortragende sprach sich eingehender über die vielumstrittene Frage der Vor- und Nachteile dieser Vorkehrungen aus und kam ihnen gegenüber zu einer im allgemeinen ablehnenden Haltung.

Die Rinnen, besonders wenn sie mit Schneefanggittern verbunden sind, und die Abfallrohre bringen den Kirchengebäuden mehr Schaden als Nutzen. Die Bedenken, die vornehmlich auf die Belästigung des Publikums durch das Traufwasser hinauslaufen, sind leicht zu entkräften. Natürlich wird man unmittelbar über einem Bürgersteig keine freie Traufe anlegen. Gewichtiger sind die Bedenken technischer Art. Doch auch sie sind meist nicht stichhaltig. Die freie Traufe gibt einen klaren Zustand. Die Rinnen und Abfallrohre werden nicht gepflegt. Jene verschmutzen, diese verstopfen sich, frieren ein und platzen; die Nässe dringt an Stellen ein, wo sie dem Gebäude besonders gefährlich wird. Die freie Traufe kann höchstens dem Mauerfuß schaden; ein richtig angelegtes Traufpflaster wird hiergegen aber ausreichende Dienste tun. Natürlich kommt bei der ganzen Frage viel auf die Art des Bauwerkes an. Es ist ein Unterschied, ob man es mit einem auf freie Traufe komponierten schlichten Kirchengebäude zu tun hat, oder ob es sich um ein hochorganisiertes Bauwerk handelt, eine Werksteinkathedrale z. B., die vollständig auf Rinnensystem komponiert ist. Aber auch hier ist die Regel die Wasserscheide, nicht das Abfallrohr, durch dessen Anbringung in unserer Zeit so manches berühmte Baudenkmal empfindlich geschädigt worden ist. Eine Ausnahme machen allenfalls die Putzbauten, bei denen der Mauerfuß, wenn er nicht mit dichtem Gestein verkleidet ist, unter dem Traufwasser leiden kann. Ihre Architektur verträgt aber auch das Abfallrohr in der Regel besser.

Sehr häufig ist es aber die Feuchtigkeit von innen, unter der die Kirchen leiden. Die Kirchenräume, in denen Menschen, Witterungsumschläge usw. viel Feuchtigkeit erzeugen, werden nicht genügend gelüftet. Reichliche Luftflügel und Deckenluftöffnungen, vor allem aber auch Lufttürme sind unerlässlich. Die Luft muß zirkulieren können. Die Vorkehrungen müssen aber nicht nur vorhanden sein, sondern auch dauernd benutzt werden. Das geschieht meist nicht. Wie viele Instandsetzungen hätten gespart werden können, wenn die Kirchen dauernd mit Umsicht gelüftet worden wären! — Pflanzenwuchs, so schön und meist unentbehrlich er ist und obwohl er, wie z. B. Efeu, geradezu zur Trockenhaltung der Mauern dienen kann, darf doch dem Gebäude die Luft und das Sonnenlicht nicht nehmen.

Gut ausgetrocknet werden kann ein Baudenkmal durch eine richtig gewählte Heizung. Nur keine Gasheizung, die noch mehr Nässe in das Haus bringt! Am besten sind Luftheizungen, die auch aus sonstigen konservatorischen Gründen am meisten zu empfehlen sind. Zentralheizung ist, wenn man von ganz kleinen Kirchen absieht, der Lokalheizung immer vorzuziehen. Erhebliche Schwierigkeit bietet fast immer die Anbringung des Schornsteins, ein Hauptgrund, der für die Wahl der nur leider immer noch zu teuren und oft nicht zur Verfügung stehenden elektrischen Heizung spricht. Auch für den Zweck der Kirchenbeleuchtung steht die Elektrizität obenan, wenn nicht bei der in Baudenkmalen unzweifelhaft allen Be-

leuchtungsarten überlegenen Kerzenbeleuchtung geblieben werden kann.

Sodann geht der Vortragende zu den Baustoffen und Konstruktionen über. An die Spitze gestellt wird der Satz, daß bei allen Instandsetzungen und Wiederherstellungen das Bestreben herrschen muß, die neuen Teile in den Stoffen und Konstruktionen so herzustellen wie die alten. Doch kann die Geltung dieses Satzes nur für die sichtbar werdenden Teile des Baues gefordert werden. In den Fundamenten, in Mauerkörpern, unter Fußböden z. B. sind neuzeitliche Konstruktionen und Materialien zulässig. Zweifelhaft kann die Sache da werden, wo die Konstruktion zwar den Augen des großen Publikums entzogen ist, nicht aber den Blicken derjenigen, die dem Bauwerk sozusagen in die Eingeweide sehen. So z. B. bei Dachkonstruktionen und dergleichen. Hier ist auch tunlichst enger Anschluß an das Alte zu empfehlen, wenn gleich es Fälle gibt, in denen neuzeitliche Anordnungen unvermeidlich sind.

Die Baustoffe selbst und ihre Behandlung geben zunächst zu einigen Bemerkungen über die künstlichen Steine, besonders die Backsteine, Anlaß. Das Ersatzmaterial soll nicht nur das gleiche Format, sondern auch die gleiche Beschaffenheit haben wie die alten Steine. Die Industrie muß in dieser Hinsicht mehr entgegenkommen und darf der Bestellung von Handstrichsteinen großen Formates keine Schwierigkeiten entgegenstellen. Mit der Maschine läßt sich Handstrich nicht nachahmen. Handarbeit bleibt Handarbeit. Ähnlich ist's mit den Dachziegeln. Ein altes Dach verlangt Ergänzung mit Ziegeln alter Art. Die neuzeitlichen sind zu dünn und von einer an sich wohl oft einwandfreien, aber zu den alten Steinen selten passenden Beschaffenheit. Für Rabitz-, Monier- und Eisenbeton-Konstruktionen gilt besonders der oben ausgesprochene Satz von der Verwendung moderner Bauweisen: sie dürfen allenfalls da angewandt werden, wo sie nicht in die Erscheinung treten. Auch dem Zement gegenüber ist größte Zurückhaltung geboten. Er sollte nur da verwendet werden, wo es sich um Festigkeit im statischen Sinne und um Wasserbewältigung handelt. Von der Oberfläche ist er tunlichst immer fernzuhalten. Größter Wert ist auf guten Sand zu legen. Namentlich für Putz, dessen Technik sehr im argen liegt, trotz „Edelputz“ und dergleichen neuen Erfindungen, die bei Baudenkmalen ohnehin keine Verwendung finden können.

Zum Schluß bringt der Redner die schon in einer früheren Tagung von anderer Seite gestreifte Frage der dauernden technischen Pflege der Baudenkmalen zur Sprache. Er tritt lebhaft für die Uebertragung dieser primitiven Pflege an einen Bauhandwerker, am besten an einen erfahrenen Zimmermann ein, der natürlich nichts anzuordnen, sondern nur zu beobachten, zu untersuchen und über seine Wahrnehmung den zum Schutz des Denkmals berufenen Stellen höherer Ordnung Meldung zu machen hat. Das Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen ist dann der letzteren Sache, und zwar schnellstens, ehe der noch unbedeutende Schaden zur Bauauffälligkeit, die noch geringfügige Reparatur-Ausgabe zum kostspieligen Instandsetzungs-Verfahren wird. —

(Schluß folgt).

Ueber die Gründungsarbeiten bei den Museums-Neubauten in Berlin.



Auf der von Spree und Kupfergraben umflossenen Museums-Insel in Berlin nördlich der Museums-Straße, auf der bereits an letztgenannter Straße das „Neue Museum“ und die National-Galerie stehen, während die Nordspitze der Insel eingenommen wird vom Kaiser Friedrich-Museum, südlich dessen die Insel von der Stadtbahn überquert wird, sind seit vorigem Jahr bekanntlich Museums-Neubauten im Gange, für welche Messel bei seinem Tode einen allgemeinen Plan hinterlassen hat. Durch das Vertrauen des Kaisers wurde der Geh. Bt. Dr.-Ing. Ludwig Hoffmann, Stadtbaurat in Berlin, dazu berufen, diese Bauten zu verwirklichen, und ihm auf seinen Wunsch als Bauleiter der bisherige Stadt-Baumeister Wille zur Seite gestellt, der als Bauinspektor für diese Aufgaben in den Staatsdienst übernommen wurde. Die Ausführung untersteht unmittelbar dem Kultus-Ministerium, Aufsichtsbehörde ist aber, wie bei allen größeren Staatsbauten, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Ueber die Gründungsarbeiten, die bei diesen Neubauten erforderlich werden, sind nun Mitteilungen in der Tagespresse erschienen, die, gleich unseren eigenen Beobachtungen, erkennen lassen, daß diese Arbeiten mit außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben. Sie sind daher von besonderem fachlichen Interesse.

Daß die Untergrund-Verhältnisse im allgemeinen keine besonders günstigen auf der von zwei Seiten vom Wasser umflossenen Baustelle sind, ist aus älteren Bauausführungen an dieser Stelle bekannt; für einzelne Stellen, so z. B. an der „Eisernen Brücke“, die im Zuge der Museums-Straße den Kupfergraben überschreitet, sind bei den Vorarbeiten für den Neubau der Brücke durch die Stadtgemeinde bereits vor längeren Jahren ganz außergewöhnliche Tiefenlagen des guten Baugrundes festgestellt worden. Bei den ersten Bohrungen, die sich vorwiegend auf den 1. Bauteil, den Neubau des „Deutschen“- und „Antiken-Museums“ bezogen, hatten sich zunächst keine außergewöhnlichen Verhältnisse ergeben. Dieser Bau schiebt sich in Γ -Form zwischen Stadtbahn, National-Galerie und Neues Museum, mit dem nördlichen Flügelbau parallel der Stadtbahn an den Kupfergraben anstoßend. Bei den Gründungsarbeiten dieses Flügels zeigte sich dann an der Innenseite eine verhältnismäßig schmale Stelle, an welcher der gute Baugrund plötzlich in größere Tiefe verschwand, sodaß man hier zu einer tieferen Gründung greifen mußte, die in Beton ausgeführt wurde. Inzwischen aber ließ die Bauleitung den Untergrund weiter untersuchen, teils durch Abgrabung, teils durch Bohrung, und es wurde dabei festgestellt, daß sich, von der genannten Stelle ausgehend, eine sich weiterhin verbreiternde und vertiefende Boden-

spalte von unregelmäßiger Form und mit steilen Rändern am Kupfergraben entlang nach dem Neuen Museum hinzieht, dort ihre größte Breite erreicht und, nach der Museums-Straße zu immer schmaler werdend, schließlich wieder verschwindet. Es handelt sich nach den Feststellungen der geologischen Landesanstalt um eine Erosion aus der Eiszeit, die später mit weichen Bodenmassen wieder gefüllt wurde. Der Flügelbau hinter dem Neuen Museum ist unmittelbar über dieser, hier am oberen Rande des guten Baugrundes, welcher durchschnittlich 6 bis 7 m unter Geländehöhe liegt, etwa 30 m breiten Spalte zu erbauen, die hier eine Tiefe bis über 50 m unter dem mittleren Spreespiegel erreicht.

Eine Gründung bis auf den festen Baugrund hinab ist danach ausgeschlossen. Seitens der Bauleitung wurde daher vorgeschlagen, den Spalt zu überbrücken, und es sind hierfür eine ganze Reihe von Entwürfen aufgestellt worden, die sich nach zwei Richtungen hin grundsätzlich unterscheiden.

Nach dem einen Vorschlag sollten zwischen festen Widerlagern, die sich gegen die Talwände des Spaltes stützen, eisen-verstärkte Beton - Gewölbe gespannt werden, die den ganzen Flügel zu tragen hätten; nach dem anderen Vorschlag dagegen sollten mächtige wasserdichte Kasten - Träger auf beiderseits der Spalte abgesenkte Pfeiler gelagert werden. Es wäre dabei zweckmäßig, die Tragwerke dieser Kastenträger auch als Bögen in Eisen oder Eisen-Beton auszubilden. Der letztere Vorschlag hat den Vorteil, daß der gegen die natürlich sehr kräftig auszubildende Sohle des Kastens wirkende Auftrieb zur Entlastung mit heran gezogen werden könnte, und daß ferner auch die Kastensohle, wenn man sie auf Pfähle stützte, welche in den den Spalt füllenden losen Grund einzuschrauben wären, die Tragfähigkeit des Ganzen noch erhöhte. Den Gedanken dieser letzteren neuartigen Ausführungsweise bezeichneten hervorragende Fachleute als einen durchaus zweckentsprechenden Weg für die Ausführung. In der Tagespresse werden jetzt die Hrn. Geh. Baurat Prof. Bubendey, Wasserbaudirektor in Hamburg, Geh. Brt. Prof. de Thierry von der Techn. Hochschule zu

Berlin und Geh. Hofrat Prof. Engels von der Techn. Hochschule zu Dresden als von der Bauleitung herangezogene Gutachter genannt, was nach unserer Information den Tatsachen entsprechen dürfte.

Der Entwurf findet jedoch dem Vernehmen nach keine Verwirklichung, vielmehr beabsichtigt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, die Gründungsarbeiten nach eigener Methode selbst auszuführen. Man hat vor längerer Zeit angefangen, von der Höhe, bis zu welcher das



Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. Architekt: Geh. Hofrat Professor Max Littmann in München.
Endigung des Kassen-Vestibüles des „Großen Hauses“.

Gelände abgegraben worden ist, Holzpfähle zur Verdichtung des Bodens in der ganzen Fläche des Flügels einzurammen, und will darauf eine mehr als 10 m mächtige Sandschüttung bringen, auf die eine starke Eisenbetonplatte in Fundamenthöhe des Gebäudes aufgebracht werden soll. Man darf gespannt sein, wie sich die alten zum Teil künstlich, aber anscheinend nicht ganz sicher, gegründeten Museumsbauten gegenüber diesen Eingriffen in den Boden verhalten werden, und ob es gelingen wird,

19. Oktober 1912.

diese Ausführung in der beabsichtigten Weise zu Ende zu bringen. In Fachkreisen wird das zum Teil bezweifelt. Es wäre bei dem besonderen Interesse, das die ganze Angelegenheit bietet, den Fachkreisen sicherlich erwünscht, wenn eine authentische Darstellung von den

Vermischtes.

Ueber eine neue Art der Straßenbenennung. Die fortschreitende räumliche Ausdehnung der großen Städte zeitigt ein neues Problem. Es wird sich darum handeln, für die neu entstehenden Straßen eine vernünftige Bezeichnung zu finden. Da, wo schon ein brauchbares Straßenbenennungs-System besteht, kann dem Magistrat die Namengebung nicht schwer fallen. Aber bei der allgemein herrschenden Systemlosigkeit pflegt man die Straße nicht selten nach einem das betreffende Viertel beherrschenden Grundstücks-Spekulanten oder nach einem Helden des Tages zu benennen. Ob aber hiermit eine auf die Dauer befriedigende harmonische Einfügung in das Straßenbenennungsbild erzielt wird, ist zweifelhaft.

In dieser Hinsicht scheint die Benennungsart, wie man sie schon seit langer Zeit in New York hat, geradezu vorbildlich und es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Stadt ihr außerordentliches Wachstum ihrem vorzüglichen Straßenbenennungs-System zum Teil verdankt.

Ganz New York wird von einer Riesenstraße durchschnitten, welche die Stadt in einen Osten und einen Westen zerlegt. Alle Nebenstraßen dieser Riesenstraße führen lediglich Zahlenbezeichnungen. So besitzt diese große Straße, im Süden mit der ersten beginnend, weit über 200 solcher Nebenstraßen, die, wenn sie links von der Hauptstraße liegen, die Zusatzbezeichnung „Westen“, im anderen Falle die Bezeichnung „Osten“ führen. Diese Straßenbenennungsart auf europäische Verhältnisse zu übertragen, ist unmöglich, weil nur wenige Städte so geradlinig gebaut sind, wie New York. Aber der hier vertretene Grundsatz kann ohne weiteres zur Anwendung kommen, wo wir eine Hauptstraße mit einer Gruppe parallel laufender Nebenstraßen haben, wie es z. B. bei der Berliner Friedrich-Straße mit ihren Nebenstraßen zutrifft. In einer Stadt wie Berlin wird es natürlich viele solcher „Grätsysteme“ geben. Man denke nur an den Kurfürstendamm mit seinen zahlreichen parallelen Nebenstraßen.

In einem solchen Grätsystem erhält die Nebenstraße jeweils den gleichen Namen und unterscheidet sich von der parallel laufenden nur durch die voraus gestellte Ordnungszahl. Als Nebenstraße der Friedrich-Straße würde etwa die erste, zweite, dritte usw. Kronen-Straße in Betracht kommen, als Nebenstraße des Kurfürstendamms vielleicht die erste, zweite, dritte usw. Leibniz-Straße.

Nach welchem System die übrigen, d. h. die einem solchen Grätsystem nicht angehörenden Straßen benannt werden, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wäre damit schon ein Fortschritt erreicht, daß die allzu große Verschiedenheit im Vorhandensein von Straßennamen verschwinden würde. Von größerer Bedeutung wäre, daß durch diese Neuerung eine leichtere Auffindbarkeit der Straßen erreicht würde, da ohne weiteres klar wäre, daß die fünfte X-Straße zwischen der vierten und sechsten X-Straße zu suchen sei.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der hier empfohlenen Maßnahmen ist eine außerordentliche. Wer in Berlin beobachtet hat, wie sehr die Polizeibeamten sowie die Straßenbahnbeamten mit der Auskunft-Erteilung über die örtliche Lage von Straßen in Anspruch genommen werden, wird empfinden, wie sehr die Entlastung der genannten Beamten auf diesem Gebiet zu begrüßen wäre.

Zugleich hätten die hier vorgeschlagenen Neuerungen einen verkehrspolitischen Wert. Die Fremden würden nicht mehr Bedenken tragen, eine Stadt aufzusuchen, die seither wegen der schwierigen topographischen Verhältnisse es ihnen unmöglich machte, auf billigstem Wege die Straßen zu erreichen, die sie zu besichtigen vorhatten. Schließlich wäre nicht zu unterschätzen das ästhetische Behagen, das Jedermann darüber empfinden muß, anstelle der Willkür Plan- und Gesetzmäßigkeit treten zu sehen.

Lediglich anhangsweise soll hier darauf hingewiesen werden, daß gelegentlich einer Aenderung der Straßen-Bezeichnungen in dem vorgeschlagenen Sinne eine Reihe weiterer Reformen im Straßenbenennungswesen durchzuführen wären. Es wäre wohl recht wünschenswert, den Charakter einer Straße als Hauptstraße schon in der Bezeichnung derselben zum Ausdruck zu bringen. Auch in dieser Beziehung kann die in New York übliche Art, Hauptstraßen als „Avenues“ und die übrigen Straßen schlechthin als „Streets“ zu bezeichnen, als vorbildlich gelten. Dem würde etwa entsprechen, in Deutschland eine Hauptstraße als „Allee“ oder — wie das in Berlin vielfach üblich ist — als „Damm“ zu bezeichnen. So gibt es in Berlin

verschiedenen Entwürfen, ihren Kosten und den Gründen gegeben würde, die im Ministerium der öffentlichen Arbeiten für die Ablehnung des Vorschlages der Bauleitung und für die Wahl der jetzt in Ausführung begriffenen Gründung bestimmend gewesen sind. —

schon einen Kurfürsten-Damm, Hohenzollern-Damm und Kaiser-Damm.

Auch wäre das noch häufig im Gebrauch befindliche Wort „Gasse“ allenthalben durch „Straße“ zu ersetzen. (Dafür wären wir nicht. Die Red.) Damit wäre ein weiteres Kapitel gestreift: Die Abschaffung teils häßlicher, teils anstößiger Straßennamen, wobei man nur an den „Entenpfuhl“ in Koblenz zu denken braucht. (Auch dafür nicht. Die Red.) —

Tote.

Professor Dr. Karl Hilse †. Am 11. d. M. verstarb in Berlin im 76. Lebensjahr der ehemalige erste Syndikus der Gr. Berliner Straßenbahn-Gesellschaft und frühere Priv.-Doz. für Baurecht usw. an der Techn. Hochschule zu Charlottenburg Prof. Dr. jur. et phil. Karl Hilse. Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen, der als ein guter Kenner des Bau- und Baupolizei-Rechtes galt und in früherer Zeit auch mit größeren Veröffentlichungen auf diesem Gebiete hervorgetreten ist, einen treuen und vortrefflichen Mitarbeiter, der seit mehr als 20 Jahren die Rechtsfragen in unserem Briefkasten behandelt und in dieser Zeit so manchem Fragesteller einen guten Rat erteilt hat, so manchen wohl auch von aussichtslosem Prozeß durch eine zuerst vielleicht mitunter scharf erscheinende Antwort abgehalten haben wird. Durch körperliches Leiden schon seit längerem gequält und nahezu erblindet, hat Hilse seine Tätigkeit für unsere Zeitung, die in den letzten 8 Jahren, dank dem größeren Raum, den wir dem Briefkasten widmen konnten, einen wesentlich größeren Umfang als früher angenommen hat, mit besonderer Liebe fortgesetzt. Ebenso hat er noch vor nicht allzu langer Zeit für unseren Baukalender 1913 den Abschnitt bearbeitet, der die soziale Fürsorge für Arbeiter und Angestellte (Versicherungsgesetze), ein Gebiet, mit dem sich Hilse ebenfalls eingehender beschäftigte, und die Verantwortlichkeit und rechtliche Stellung des Architekten und der Baugewerksmeister behandelt. Wir werden dem Dahingeschiedenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für ein neues Bundes-Gerichtsgebäude in Lausanne wird vom Bundesrat der Schweiz demnächst erlassen werden. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Arch. M. Camoletti in Genf, Bauten-Dir. A. Flückiger in Bern, Architekt F. Melley in Lausanne und Stadtbaumstr. M. Müller in St. Gallen. —

Im Wettbewerb betr. Entwürfe für die Neubauten des Klosters St. Johannis in Hamburg liefen 54 Arbeiten ein. Den I. Preis von 3000 M. erhielt der Entwurf „Die Gärten nach der Alster“ des Hrn. Ludw. Endresen, einen II. Preis von 2000 M. gewann der Entwurf „Klosterformat“ des Hrn. Walther Knoblauch, einen zweiten II. Preis der Entwurf „Baugedanke“ des Hrn. Karl Pewe. III. Preise von je 1000 M. fielen an die Entwürfe „Sonnenseite“ des Hrn. Otto Hoyer, „Klosterfriede“ des Hrn. Aug. Meyer und „Herbstrose“ der Hrn. Aug. Koyen & C. Schmidt. —

Wettbewerb Wasser- und Aussichtsturm Burgstädt i. S. Bei 66 Entwürfen erhielten: den I. Preis der Entwurf „Deutsch“ des Hrn. Emil Wolf; den II. Preis der Entwurf „Himmel und Erde“ des Hrn. Carl H. Müller; den III. Preis der Entwurf „Aqua“ des Hr. Hans Kühn, sämtlich in Dresden. —

Wettbewerb Reform-Progymnasium Gladbeck. I. Preis von 2500 M. den Hrn. Wollmann und Rüschoff in Elberfeld; II. Preis von 1500 M. Hr. Karl Haake in Düsseldorf; III. Preis von 1000 M. Hr. Hugo Lehmig in Königshof bei Krefeld. Zum Ankauf empfohlen die Entwürfe „Freude“, „O schöne Nacht“ und „Lehrstätte.“ —

Wettbewerb Alters- und Siechenheim Jüterbog. I. und III. Preis den Entwürfen „Sonniges Alter“ und „Zu ebener Erde“ des Hrn. Hugo Lehmig in Königshof bei Krefeld; II. Preis dem Entwurf „Nach der Arbeit die Ruhe“ des Hrn. Albert Gyßler in Dresden. Angekauft der Entwurf „Schlicht“ der Hrn. Becker und Kirchberg in Düsseldorf. —

Inhalt: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart. (Fortsetzung.) — Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. (Fortsetzung statt Schluß.) — Ueber die Gründungsarbeiten bei den Museums-Neubauten in Berlin. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die beiden neuen königlichen Hoftheater in Stuttgart.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Architekten-Verein zu Berlin. Der Verein veranstaltet im Winterhalbjahr 1912/13 wiederum einen Vortragskursus über wirtschaftliche Fragen*) (unter Mitwirkung der „Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung“ in Frankfurt a. M.). Die Vorträge haben bereits am 10., 11. und 12. Oktober d. J. begonnen mit einem sechsstündigen Vortrag des Hrn. Priv.-Doz. Dr. W. Zimmermann-Berlin über das Thema: „Arbeitgeber, Arbeitnehmer und ihre gegenseitigen Interessenvertretungen“.

Außerdem finden folgende Vorträge statt: am 13. und 14. Nov. d. J. spricht Prof. Dr.-Ing. Blum-Hannover über: „Eisenbahnen und Wasserstraßen in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (Abgaben und Tarife)“. Der Inhalt zerfällt in folgende Teile. Einleitung: Arten der Binnenwasserstraßen; Geschichtlicher Ueberblick: Blüte zur Zeit des Merkantilismus, Verfall durch den Wettbewerb der Eisenbahnen, neue Blüte in unserer Zeit; Eisenbahnen und Wasserbinnenstraßen: Absolute Ueberlegenheiten, Transportkosten (falsche Berechnungen), Massengüterbahnen; Schiffsabgaben: Geschichtlicher Ueberblick, die Aenderung der Reichsverfassung; der Ausbau der deutschen Wasserstraßen.

Im Dezember d. J. folgt ein Vortrag über: „Die Organisation und Verwaltung von Staats- und Privatbetrieben, insbesondere die Stellung der Beamten“.

Am 8., 9. und 10. Jan. 1913 spricht Prof. Dr. Karl Köhne-Berlin über: „Das Recht der Sozialversicherung nach der Reichsversicherungsordnung und dem Versicherungsgesetz für Angestellte“. Inhaltsangabe: We-

*) Die Vorträge finden im Vereinshause, Wilhelm-Straße 92/93, jeweils von 7—9 Uhr abends statt. Der Preis einer Teilnehmerkarte beträgt: für sämtliche Vorträge für Mitglieder 10 M., für Gäste 15 M.; für einen sechsstündigen Vortrag 3 bzw. 4,50 M., für einen vierstündigen 2 bzw. 3 M., für einen zweistündigen 1 bzw. 1,50 M.

sen, Geschichte und allgemeine Grundsätze der Sozial-Versicherung; die einzelnen Versicherungszweige in der Reichsversicherungsordnung; das Versicherungsgesetz für Angestellte.

Am 12. Febr. 1913 spricht Kommerz.-Rat Haberland-Berlin über: „Die Bedeutung des Privatkapitals für die Bebauung Groß-Berlins“. Inhaltsangabe: Einfluß der Banken; Entwicklung des Wohnungswesens.

Am 25. und 26. Februar 1913 behandelt Stadtrat Prof. Dr. Stein-Frankfurt a. M.: „Bodenpolitik und Bodenerschließung durch Kommune und Private“. Inhaltsangabe: Organisation und Ziele des Bodengeschäftes. Die Formen der Gebäudeverwertung. Baugeld und 2. Hypothek. Rentabilität des Bodengeschäftes; die öffentliche rechtliche Stadterweiterung. Organisation des Grundstücksmarktes. Enteignung und Zusammenlegung. Verwertung des Geländes durch Verkauf, nach Erbbau-recht oder Wiederkaufrecht. Finanzierung des gemeindlichen Bodengeschäftes. Finanzielle Ergebnisse.

Am 4. und 5. März 1913 erörtert Priv.-Doz. Dr. Ernst Cahn-Frankfurt a. M.: „Die Wahlsysteme der modernen Staaten, ihre Vorzüge und Nachteile“ (unter besonderer Berücksichtigung der Vertretung von Berufsständen). Inhaltsangabe: Einleitung; Kurzer Ueberblick über die geschäftliche Entwicklung des Wahlrechts und der Wahlsysteme in den modernen Kulturstaaten; die wissenschaftliche Behandlung der Wahlrechts-Probleme. Grenzen der wissenschaftlichen Behandlung; der Kreis der wahlberechtigten Personen. Allgemeines und beschränktes Wahlrecht. Zensuswahlsysteme. Altersgrenzen. Frauenstimmrecht. Ausschluß einzelner Kategorien vom Wahlrecht. (Armenunterstützte, Verbrecher, Militär-Personen.); das Maß der Wahlberechtigung. Gleiches und ungleiches Wahlrecht. Pluralwahlrecht. Berufsklassen- und Steuer- und Einkommenklassen-Wahlrecht; das Wahlverfahren. Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Mehrheitswahlsysteme (absolute, relative Mehrheit, Stichwahlen, romanisches Wahlverfahren), Minderheitsvertretung (beschränkte Stimmgebung, Stimmenhäufung, Verhältniswahlverfahren). —

Vereinigung Berliner Architekten. Am 3. Oktober fand die erste Mitgliederversammlung nach der Sommerpause statt. Anwesend waren 34 Mitglieder, den Vorsitz führte Hr. Wolfenstein.

Vor Eintritt in die Tages-Ordnung gedachte der Vorsitzende in herzlichen Worten des Ablebens Paul Wallot's. Die Berliner Architekten hätten ganz besonders Anlaß, des großen Meisters dankbar zu gedenken, der durch seine bei der Erbauung des Reichstagsgebäudes zum Ausdruck gebrachte Initiative einen Wendepunkt in unserer Kunst herbeigeführt habe. Die „Vereinigung“ werde Wallot ein dauerndes, dankbares Andenken bewahren. Darauf widmete Hr. Wolfenstein dem nach kurzer Krankheit unvermutet dahingeshiedenen Reg.- u. Brt. Habicht, dem Bauberater der Reichsbank-Verwaltung, einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken beider durch Erheben von den Sitzen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß die Berliner Architekten-Korporationen gemeinschaftlich mit dem „Verein Berliner Künstler“ am 27. Okt. im Reichstagsgebäude eine Wallot-Gedächtnisfeier veranstalten werden, bei der Prof. Friedr. v. Thiersch-München die Gedächtnisrede halten werde.

Sodann erhielt das Wort Hr. Bangert zu einem Bericht über den Denkmalsplegetag in Halberstadt. Da in der „Deutschen Bauzeitung“ über diese Tagung bereits ausführlich berichtet wurde, erübrigt es sich, auf den sehr anregenden Vortrag näher einzugehen. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Hrn. Bangert über die vom Maler Rumpf auf dem Denkmalsplegetag veranstaltete Potsdamer Sonderausstellung, die ein krasses Bild von den baulichen Veranstaltungen in der schönen Havel-Residenz gegeben habe. Nach einer lebhaften Aussprache, an der sich vornehmlich die Hrn. Wolfenstein, Spindler und Ebhardt beteiligten, wurde die Veranstaltung eines gemeinsamen Ausfluges nach Potsdam beschlossen, um die durch widersinnige Laden-Einbauten, Häuser-Anstriche usw. angerichteten Schädigungen des Stadtbildes zu besichtigen. Unmittelbar darauf soll in einer in Potsdam abzuhaltenden Versammlung die Absendung einer Eingabe an die Regierung beschlossen werden, damit sie weiteren Veranstaltungen dieses einzigartigen Stadtbildes entgegen tritt.

Alsdann berichtete Hr. Spindler über die Verhandlungen auf dem Verbandstage in München. Da auch hierüber in der Fachpresse schon ausführlich berichtet worden ist, konnte sich Redner auf diejenigen Punkte be-

schränken, die ein besonderes Interesse für die „Vereinigung“ besitzen. In erster Linie erwähnte Hr. Spindler, daß zum II. Vorsitzenden Hr. Arch. Groothoff-Hamburg, ein Mitglied des „Bundes Deutscher Architekten“, gewählt worden sei. Das könne man als einen Beweis dafür ansehen, daß die Organisationsfrage der Privatarchitekten jetzt beim Verbands ein Hauptthema bilde. Ueberhaupt sei festzustellen, daß die Wünsche der Privatarchitekten allseitig das größte Wohlwollen und Entgegenkommen gefunden hätten. Unter diesen Umständen könne die „Vereinigung“ nichts Besseres tun, als abzuwarten, was aus den jetzt mit dem „Bund Deutscher Architekten“ einzuleitenden Verhandlungen herauskommen werde. Redner hofft auf ein günstiges Ergebnis. Allerdings habe er auf dem Verbandstage Veranlassung genommen, zur Eile zu mahnen, damit nicht andere Strömungen die Durchführung des guten Willens durchkreuzen. Hinsichtlich des Schutzes des Baumeister titels seientsprechend dem Antrage der „Vereinigung“ ein Ausschuß gebildet worden, in dem die Privatarchitekten die Mehrheit haben. Von der „Vereinigung Berliner Architekten“ gehören die Hrn. Bachmann, Boethke, Seel und Redner selber dem Ausschuß an, der den Auftrag zur Ausarbeitung einer Eingabe hat, die zunächst dem Vorstände des Verbandes und darauf dem Staatssekretär des Inneren überreicht werden soll. Einen lebhaften Kampf habe es bei dem Antrag gegeben, für jedes Mitglied und Jahr einen Zuschuß von 2,50 M. zwecks Ausbaurung der Verbands-Zeitschrift zu erheben. Namentlich die bayerischen Architekten hätten entschieden gegen diesen Antrag gesprochen, der aber schließlich doch angenommen worden sei. Den einzelnen Vereinen sei es überlassen worden, diesen Beitrag selber an den Verband abzuführen, im anderen Falle solle der Verband den Beitrag unmittelbar von den Mitgliedern erheben. Des weiteren erwähnte Redner die Ernennung Baumeisters in Karlsruhe zum Ehrenmitglied des Verbandes.

Darauf gab Hr. Spindler der Versammlung ein anschauliches Bild über die geselligen Veranstaltungen in München, die geradezu glänzend gewesen seien. Die Ausflüge habe leider das regnerische und kalte Wetter ungünstig beeinflusst. Weiter berichtete Redner von den Eindrücken, die er bei seiner Wanderung durch München gewonnen habe. Er fand u. a. lobende Worte für mancherlei neuartige Anlagen, wie z. B. die Verbindung von Häusern und Gärten mit der Straße, was ein reizendes Straßenbild gewähre. Die Versammlung dankte dem Redner durch lebhaften Beifall für seine fesselnden Ausführungen. —

Verein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern. Am 16. Juni d. J. tagte in Bamberg die 22. Hauptversammlung des genannten Vereins in Gegenwart seines Protectors, Prinz Ludwig von Bayern, und unter Teilnahme von etwa 300 Personen.

Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, Ob.-Bürgermeisters Geh. Rat Dr. v. Schuh, Nürnberg, auf die der Minister des Inneren, Frhr. v. Soden, dankte und die Verdienste des Vereins um die Verbreitung der Erkenntnis von der Bedeutung der Wasserstraßen für Bayern hervorhob, sowie nach Begrüßung des Vereins durch den Ob.-Bürgermeister von Bamberg, Lutz, erstattete der Vorsitzende zunächst Bericht über das vergangene Vereinsjahr. Aus demselben ist zu entnehmen, daß vom Verein für die Ausarbeitung von Entwürfen für das Donau—Main-Projekt und die obere Donau von 1899—1904 i. G. 130 000 bzw. 60 000 M. ausgegeben worden sind und nachdem 1908 ein neues „Technisches Amt“ vom Verein geschaffen wurde, für die Ausarbeitung von Verkürzungsprojekten weitere rd. 60 000 M. Es ist also 1/4 Million M. bisher für Entwürfe ausgegeben worden, durch welche eine Klärung der Wasserstraßenfrage in Bayern erzielt ist und Unterlagen geschaffen sind, auf welchen die Regierung nun weiterbauen kann.

Den ersten Vortrag hielt Hr. Rechtsrat Wächter aus Bamberg über die Hafenanlagen daselbst, die im Anschluß an die Tagung des Vereins eröffnet wurden, nachdem die Kette im Main bis dorthin weiter geführt worden ist. Durch den Staatshaushaltsentwurf für 1908/09 wurden 4,84 Mill. M. s. Zt. für die Weiterführung der Kette von Kitzingen aufwärts bis Bamberg und für Hafenanlagen daselbst von der Regierung gefordert und von den Kammern bewilligt. Die Stadt stellte das erforderliche Gelände kostenlos zur Verfügung und hatte den Hauptsammler der städt. Kanalisation an der Hafeneinfahrt zu unterdückern, was ihr zus. einen Kostenaufwand von 400 000 M. verursachte. Sie übernahm ferner den Betrieb des vom Staate einschl. der Straßen, Gleise, Krane ausgeführten Hafens, während die Unterhaltung dem Staate verblieb. Das Lagerhaus und Lagermonopol, die Kran-, Hafen- und

Lagergebühren, sowie das Recht der Verwendung der Lagerplätze wurden der Stadt überlassen. Der Hafen ist am Endpunkt der Kette im rechtseitigen Regnitzarm angeordnet in günstiger Lage zum Main und Ludwigs-Kanal, zur Bahn und für den Lokalverkehr. Durch den Stau des Bischberger Wehres sind dem Hafen ferner stets günstige Wasserverhältnisse gesichert.

Das Hafenbecken hat eine Länge von 325 m, eine Wasserspiegelbreite von 40 m, bei Normalstau eine Wassertiefe von 2,4 m. Die Verbindung mit dem Fluß wird durch eine 170 m lange Einfahrt hergestellt. Das Hafenbecken umschließt hochwasserfreie Hoch- und 1 m über dem Normalwasserspiegel liegende Tiefkaianlagen. Straßen, Eisenbahn-Gleise und elektrisch betriebene Kran-Anlagen dienen mit dem von der Stadt mit einem Aufwand von 150 000 M. errichteten, etwa 3000 qm Lagerfläche enthaltenden Lagerhaus dem Umschlagverkehr. Gegen den Fluß schließt ein hochwasserfrei verlegter, mehrere Tagwerk umfassender Lagerplatz die Hafenanlage ab. Die Verbindung vom Hafen zum Ludwigs-Kanal stellt eine vom Staate noch zu erbauende Verbindungsschleuse her, für welche Mittel von den beiden Kammern des Landes bereits genehmigt sind. Die Abmessungen der Schleuse entsprechen den Forderungen der Großschifffahrt. Mit dem Bau soll demnächst begonnen werden. Das Hochwasser im Februar 1909 hat gelehrt, daß auch für Oberfranken mit seinem großen Holzreichtum und seinem weit verzweigten, bedeutenden Holzhandel hochwasserfreie Lagerplätze nicht länger entbehrt werden können. In der Budget-Periode 1910/1911 sind die nötigen Mittel hierfür mit 900 000 M. bewilligt worden. Die Floßhafenanlage, zu welcher die Stadtgemeinde mit einem Aufwand von 205 000 M. den Grund und Boden gestellt hat, grenzt flussabwärts an den Umschlaghafen. Die Herstellung und Unterhaltung der Anlage ist Sache des Staates; der Stadt sind der Betrieb und die Einnahmen aus der Verpachtung der eine Fläche von rd. 40 000 qm umfassenden Lagerplätze überwiesen. Vier je 45 m breite und 150 m lange Becken dienen zur Aufnahme und Zusammenstellung des Holzes, welches entweder unmittelbar von den Gleisen oder vom Lager über armierte Böschungen in die Becken eingeworfen werden kann. Hochwasserfreie, zum Fluß mit 2% Neigung versehene Lagerplätze bieten Schutz und Sicherung für die Auflagerung des Lagerholzes; Straßen- und Gleis-Anlagen sichern und erleichtern den Verkehr. Die Stadt hat sich in dem an die Floßhafenanlage angrenzenden Gelände die Ermöglichung industrieller Niederlassungen gesichert. Das den Hafen und die Floßhafenanlage verbindende Gelände ist für die Herstellung von Tankanlagen vorbehalten. Hand in Hand mit der Durchführung der neuen Anlagen sollte der Umbau der Bischberger Stau-Anlagen vor sich gehen. In ihrer heutigen Beschaffenheit sind sie nach den in den Kreisen der Schiffferei wie der Flößerei vertretenen Anschauungen ein Verkehrshindernis. Die Finanzlage des Landes hat die Mittelanforderung bisher ausgeschlossen; es ist zu hoffen, daß die Wünsche der Interessenten bald erfüllt werden können.

Redner verbreitete sich dann eingehend über die wirtschaftliche Bedeutung des Bamberger Hafens und seine Zukunftsaussichten, die sich in vollem Umfang erst erfüllen können, wenn die Main-Kanalisation bis Bamberg fortgeführt sein wird. Eine solche sei mit aller Kraft anzustreben.

Den zweiten Vortrag hielt Hr. Landtagsabgeordneter Dr. Wendlandt-Berlin über den Plan einer Main-Weser-Verbindung. Redner verbreitete sich zunächst über die Tätigkeit des „Vereins zur Schiffbarmachung der Werra“, der im Jahre 1906 gebildet, es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Weiterführung der Weser-Schifffahrt bis in das Herz Deutschlands, d. h. bis vor die Tore von Meiningen, in die Wege zu leiten. Der Gedanke fand großen Beifall auf allen Seiten, weil es sich einerseits darum handelte, für einen Welthafen wie Bremen in einem deutschen Wasserlauf ein weites bisher unerschlossenes Hinterland zu erschließen, anderseits durch Anlage von Talsperren ein umfassendes Kulturwerk für die Landwirtschaft und die allgemeine Wasserregulierung auf der Werra und der Weser zu schaffen. Im Anschluß an den von Preußen in Angriff genommenen Bau der gewaltigen Talsperren der Eder und Diemel, die für eine dauernde gleichmäßige Wasserhaltung der Weser und des zu bauenden Mittelland-Kanales dienen sollen, hat der „Werra-Verein“ deshalb im oberen Werragebiet von 22 vorliegenden Entwürfen zunächst die Pläne für drei neue Talsperren an der Hasel, bei Ellinghausen, an der Christes und Schöna, Zuflüsse der Schwarz, und an der Schleuse, oberhalb Kloster Vesra bei Themar, ausarbeiten lassen, die zusammen 70 Mill. cbm Wasser aufzuspeichern vermögen. Mit Hilfe dieser ist sowohl die Scheitelhaltung des

geplanten Werra-Main-Kanales im Hochsommer zu speisen, als auch das Wasser der Werra um rd. 7 cbm/Sek. oder um 130% des Niedrigwassers auch in den trockensten Zeiten zu vermehren. Die Anlage von Kraftwerken an diesen Talsperren, bei denen mindestens 14 Mill. PS. gewonnen werden können, ist von der größten wirtschaftlichen Bedeutung. Gleichzeitig dienen diese Talsperren zur Verminderung des Hochwassers der Werra bis zu Zweidrittel. Alle diese Vorarbeiten beziehen sich vorerst auf die Kanalisation der Werra bis Wernshausen. Der „Werra-Verein“ hat, dank der einsichtigen Unterstützung, die er in allen Interessenten- und Regierungskreisen gefunden hat, bereits die fertigen Entwürfe einer Kanalisation der Werra bis Wernshausen in der Länge von 181 km und neuerdings auch die Pläne der genannten Talsperren für die beteiligten Regierungen mit einem Kostenaufwand von 60 000 M. fertig stellen können.

In eine ganz neue Tätigkeit ist der Verein eingetreten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Fortsetzung des Werra-Kanales über Wernshausen-Meiningen unmittelbar auf Bamberg eine ungeahnte technische Lösung ergebe. Dieser Großschiffahrtsweg zur Verbindung von Nord nach Süd ist zuerst als technisch durchführbar von Baurat Contag in Würzburg am 1. Oktober 1910 und am 29. Juli 1911 in Coburg dargelegt worden. Der Main-Werra-Kanal hängt engstens zusammen mit der geplanten Main-Kanalisation bis Bamberg, mit dem Ausbau des Main-Donau-Kanales zu einem Großschiffahrtsweg und mit der vollkommenen Ausnutzung des Bamberger Hafens.

Die Main-Weser-Verbindung erfordert einen Aufwand von etwa 111 Mill. M. bei einer Länge von 289 km von Hann.-Münden bis Bamberg. Der s. Zt. in Coburg ausführlich erörterte Stichkanal, abzweigend bei Kaltenbrunn nach Coburg, in einer Länge von 18 km ist von allen Seiten befürwortet und soll energisch betrieben werden, um gleichzeitig das Coburger Hinterland mit seiner großen Industrie in Sonneberg, Lauscha usw. für den Wasserverkehr zu erschließen. Die geplante Linie übersteigt das deutsche Mittelgebirge an der niedrigsten Wasserscheide und stellt die kürzeste Verbindung zwischen Nürnberg oder Bamberg und der Nordsee her. Die Scheitelhaltung für einen Main-Saale-Kanal würde die Höhe von 660 m erreichen, die Werra-Kanalisation zwischen Meiningen und Römhild nur 358 m. Und auch diese Scheitelhaltung ist durch den neuerdings erwogenen Plan eines Schiffahrtstunnels auf 310 m herabzusetzen. Die Anlage dieses Tunnels, gleich hinter Meiningen unmittelbar auf Römhild, in einer Länge von etwa 13 km, würde außerdem den Vorteil haben, daß eine 40 km lange Scheitelhaltung bis Heldburg unter Zuführung der Abflüsse der Milz geschaffen würde, auch würden die kostspieligen Hebewerke, sowie der damit verbundene Umweg über die Höhe und endlich die Anlage von Staubecken auf der natürlichen Scheitelhöhe erspart. Die Verkürzung der Linie und Ersparnis an Zeit wäre erheblich, weil der Main-Weser-Kanal um 96 oder rd. 100 km verkürzt werden könnte. Nach den bisherigen Plänen würde die Main-Weser-Linie 731 km lang sein, die Main-Rhein-Linie dagegen 895 km. Die Werra-Linie wäre also schon ohne Tunnelanlage um 160 km kürzer als die Rhein-Main-Linie, tarifarisch umgerechnet 84 km oder 9%. Bei Anlage des Tunnels aber stellt sich das Verhältnis der Rhein-Linie zur Werra-Linie wie 895 : 631, also auf eine Verkürzung von 204 km. Die Fracht verbilligt sich schon nach den bisherigen Plänen um 30% gegen die Eisenbahnfrachten, nämlich von 14 M. auf 10,05 M. für die Tonne von Bamberg nach Bremerhaven. Diese Linienführung hat den Vorzug, daß sie einen ganz in deutschem Gebiet verlaufenden Strom aufschließt und einerseits in einen besonders leistungsfähigen Seehafen, anderseits in den neuen Bamberger Binnenschiffahrtshafen ausläuft. Redner führt dann aus, daß ein Übergang von rd. 3 Mill. t auf die neue Wasserstraße erwartet werden dürfe. An Frachtersparnissen durch die Wasserstraße ergibt sich im einzelnen: für Kali, Kohlen und Erze u. a. auf der Strecke Herne (Westfalen)-Wernshausen oder Bremen-Wernshausen oder Coburg-Bremen 2,80 tkm Ersparnis, für die Strecke Wernshausen-Hannover sogar 3,85 tkm und für die Strecke Herne (Westfalen)-Bamberg etwa 3,50 tkm Verbilligung gegenüber der Eisenbahnfracht. Hiernach bedeutet im besonderen die Frachtersparnis mittels der geplanten neuen Wasserstraßen eine unermessliche Förderung der deutschen Industrie und der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Vorläufig hat die preußische Regierung sich noch nicht entschließen können, die Werra-Kanalisation in den Etat einzustellen. Aber es liegt ja nunmehr ein ganz neues Projekt vor. Die Idee des Main-Werra-Kanales erfordert eine Behandlung unter ganz neuen Gesichtspunkten. Der durchschlagendste ist der,

daß Meiningen, Coburg und Bayern zur Weser—Main-Verbindung nun auch ein Wort mitzureden haben, sowohl finanziell, wie auch wirtschaftlich und innerpolitisch! Dadurch ist der Werra—Main-Kanal eine Angelegenheit Nord- und Süddeutschlands geworden, eine Angelegenheit der Bundesstaaten, des Bundesrates, der Bundesfürsten und des Deutschen Reichstages.

Zu den bisherigen Aufwendungen des Vereins für die Schiffbarmachung der Werra von 60 000 M. haben die Preuß. Regierung 5000, die Weimarsche ebenfalls 5000, die Meiningische 2000, die Gothaische 10 000 M. beigesteuert, es sind jedoch noch weitere 30 000 M. erforderlich, um den Plan für die ganze Länge vollständig technisch und wirtschaftlich durchzuführen. Davon sollen weitere 10 000 M. vom preuß. Staat erbeten werden.

An 3. Stelle berichtete Hr. Reg.-Bmstr. Gebhardt-Nürnberg über den Abschluß der vom Technischen Vereins-Amt ausgeführten neueren Arbeiten. Sie beziehen sich auf den von Minist.-Rat Hensel zuerst angeregten Gedanken einer Main—Donau-Großschiffahrtsstraße mit Anschluß der Städte München und Augsburg. Dieser Grundgedanke ist festgehalten, da er sich als ausführbar erwies, aber bei der näheren Untersuchung hat die ursprüngliche Linienführung manche Änderungen erfahren, die namentlich in Wegverkürzungen bestehen. Die dementsprechende Linienführung verläuft jetzt von Ochsenfurt a. M. abzweigend über Uffenheim bis in die Nähe von Nürnberg, das mit Stichkanal erreicht wird, über Reinfeld, Treuchtlingen nach Stepperg a. d. Donau und weiter über Augsburg nach München. Der Höhenunterschied von München (+ 494,50) bis Ochsenfurt (+ 176,80) beträgt 317,70 m. Von der Haltung Uffenheim—Reinfeld wird Nürnberg durch 47,10 m Abstieg erreicht, die Donau von der Haltung Reinfeld—Pötmles bei Stepperg durch einen Abstieg von 25,30 m. Die Gesamtkosten betragen 185 Mill. M. In dem Kanal kommen keine Gegensteigungen vor, das nötige Wasser zur Speisung der Schleusentreppen ist vorhanden. Die Möglichkeit der Führung eines solchen Kanals für 600 t-Schiffe ist nachgewiesen. Weiter ging die Aufgabe des Amtes nicht.

An den Vortrag schlossen sich noch einige Ausführungen des Minist.-Rates Hensel, daß dieser Kanal auch dem Interesse der Landesmelioration in hohem Maße dienstbar gemacht werden könne, daß die Binnenschiffahrtsfrage in Bayern überhaupt mit der Wasserwirtschaftsfrage in engster Berührung stehe und mit ihr verknüpft werden könne. — Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden endeten die Beratungen. —

Verein für Deutsches Kunstgewerbe zu Berlin. Der Verein besuchte im September Friedrichshagen. Er besichtigte zunächst die Werkstätten der A.-G. vorm. H. Gladenbeck & Sohn, Bildgießerei, und deren Erweiterungsbau, der nach Plänen des Reg.-Bmstrs. Karl Bernhard ausgeführt worden ist. Unter Führung der Direktoren besichtigte man die Wachsförmerei und die Sandförmerei, die Ziseleur- und Patinier-Werkstätten, sowie die Abteilung für Metalltreibarbeiten, wohnte dem von etwa 50 Gießern ausgeführten Guß eines größeren Bildwerkes bei und sah zuletzt noch die Werkstätten für Arbeiten in Alabaster und Elfenbein. In der Anstalt, die im ganzen etwa 300 Leute beschäftigt, gingen gerade einige größere Bildwerke ihrer Vollendung entgegen, so das für Kiel bestimmte Denkmal von Klaus Groth von Bildhauer Miefeldt und das für die Michaelis-Kirche in Hamburg bestimmte Luther-Standbild von Bildhauer Otto Lessing, beides Bildwerke von doppelter Lebensgröße. Weiter besichtigte man das von den Arch. Jürgensen & Bachmann erbaute Realgymnasium, das zurzeit etwa 400 Schülern Raum gewährt, das aber nach Ausführung der schon beschlossenen Erweiterung 600 Zöglinge aufnehmen wird. Direktor Dr. Rosenplenter führte durch den sehr zweckmäßig gegliederten Bau, der im Grundriß etwa einem umgekehrten lateinischen T gleicht. Der Querbalken liegt an der Kirch-Straße und enthält Turnhalle, Aula, Räume für den Unterricht in Physik, Chemie und beschreibende Naturwissenschaften, in Gesang und Zeichnen, sowie die Wohnungen des Direktors und des Hausmeisters, der senkrechte Flügel des T enthält die anderen Klassenzimmer und teilt den Schulplatz in zwei Höfe, den Turnhof und den Spielplatz. Das sowohl in seiner Außenarchitektur wie in seiner inneren Aufteilung und Ausstattung, insbesondere auch durch die Farben ansprechende Gebäude hat samt Bauplatz und Ausstattung etwa 380 000 M. gekostet. Unter Führung des Architekten Schmidt von der Gemeinde-Verwaltung in Friedrichshagen besuchte man alsdann den Friedhof mit bemerkenswerten Grabmalen, von Wilhelm Kreis in Düssel-

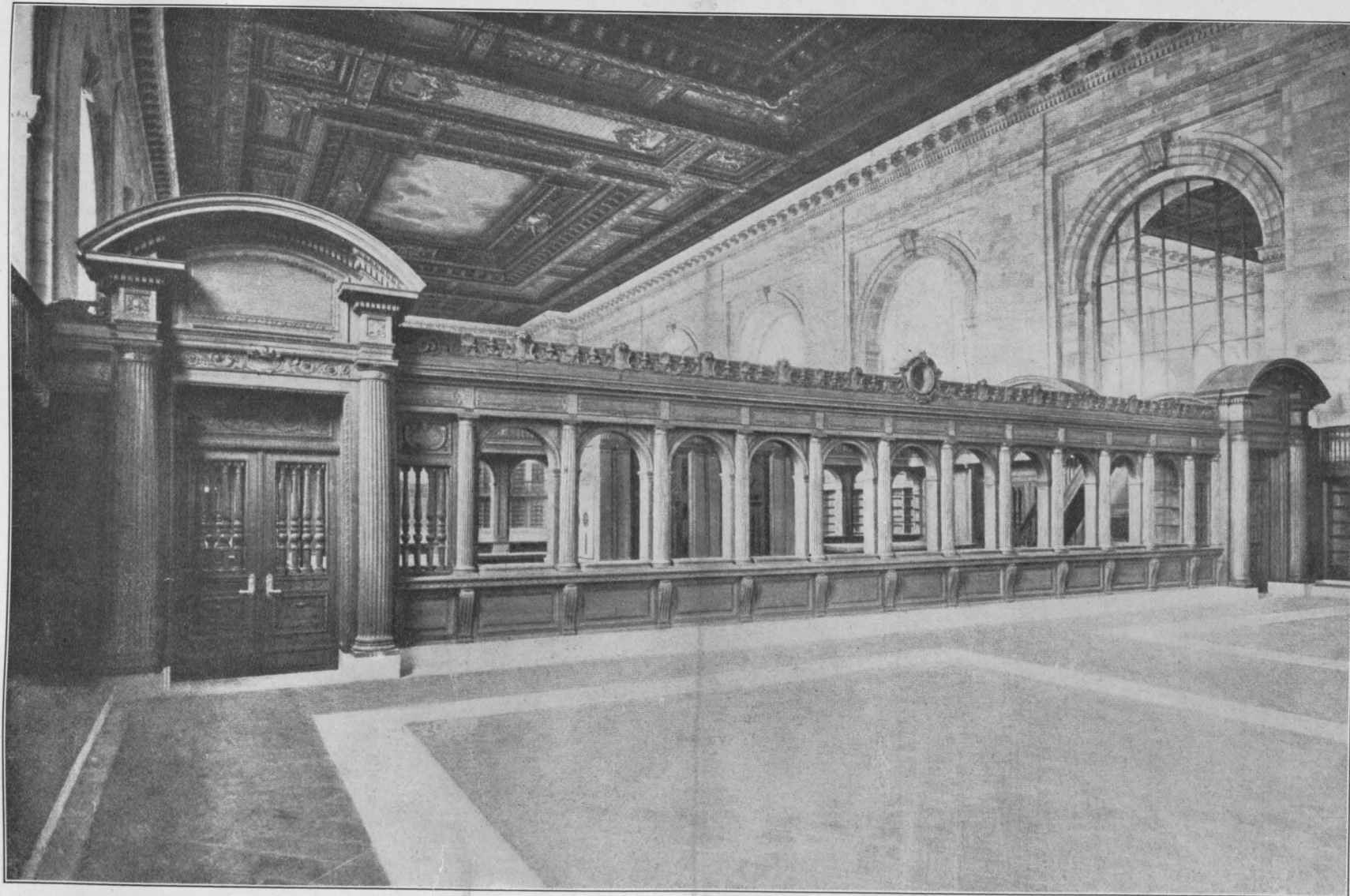
dorf und Felix Goerling in Friedrichshagen entworfen, ging dann an der von Brt. Jürgen Kröger erbauten Kirche und an mehreren von Berliner und Friedrichshagener Architekten entworfenen Neubauten vorüber nach dem östlichen Ortsteil, den die Gemeinde in vierjähriger Arbeit der Bebauung erschlossen hat. Im östlichen Ortsteil besaßen etwa 110 Eigentümer über 400 Parzellen, von denen manche nur 1—5 m breit, dafür 100 und mehr Meter lang waren, sodaß, wenn jemand einen Bauplatz erwerben wollte, er oft von sechs und mehr Eigentümern das Land kaufen mußte. Das hinderte die Bebauung auf das Empfindlichste. Jetzt hat man alle diese Parzellen zusammen gelegt und daraus 300 brauchbare Baustellen geschaffen, und das alles auf gutlichem Wege. Eine 50 m breite Straße wird vom Bahnhof zum Wasserwerk führen, andere Straßen von 16—20 m Breite werden von ihr abgehen. Ueberall ist eine Vorgartentiefe von 5—7 m vorgesehen, sodaß dieser östliche Ortsteil von Friedrichshagen, wenn er in wenigen Jahren bebaut sein wird, ein wohlthuendes, freundliches Bild gewähren wird. —

Das Winterprogramm des Vereins enthält eine große Reihe bemerkenswerter Darbietungen. An Vorträgen sind in Aussicht genommen: „Feinsteinzeug und Schmelzware“ von Dr. W. Pukall, Dir. der Keramischen Fachschule zu Bunzlau; „Ingenieurbauten und Aesthetik“ von Reg.-Bmstr. Karl Bernhard-Berlin; „Ueber Probleme des Bronzegusses“ von Dir. Felix Goerling-Friedrichshagen; Arch. Dr.-Ing. Alfred Wiener über „Das Warenhaus in architektonischer und kunstgewerblicher Beziehung“; Priv.-Doz. Dr. Kurt Regling über „Die antike Münze als Kunstwerk“; Dir. Dr. Peter Jessen vom kgl. Kunstgewerbemuseum wird, von Joakim Skovgaards Fresken im Dom zu Viborg ausgehend, „Die heutige Monumentalmalerei“ behandeln; Arch. Albert Geßner über „Das Mietshaus und seine Stellung in zukünftigen Bebauungsplänen“; Dr. Ernst Salomon über „Fortschritte der elektrischen Beleuchtungstechnik“; Dr. Paul Straumer über „Zeugdruck und verwandte chemisch-färbende Methoden der Zeugmusterung“. Zwischen die Vorträge reihen sich Diskussionsabende ein, die mit größeren Ausstellungen verbunden sind und Tagesfragen des Kunstgewerbes in den Vordergrund rücken. —

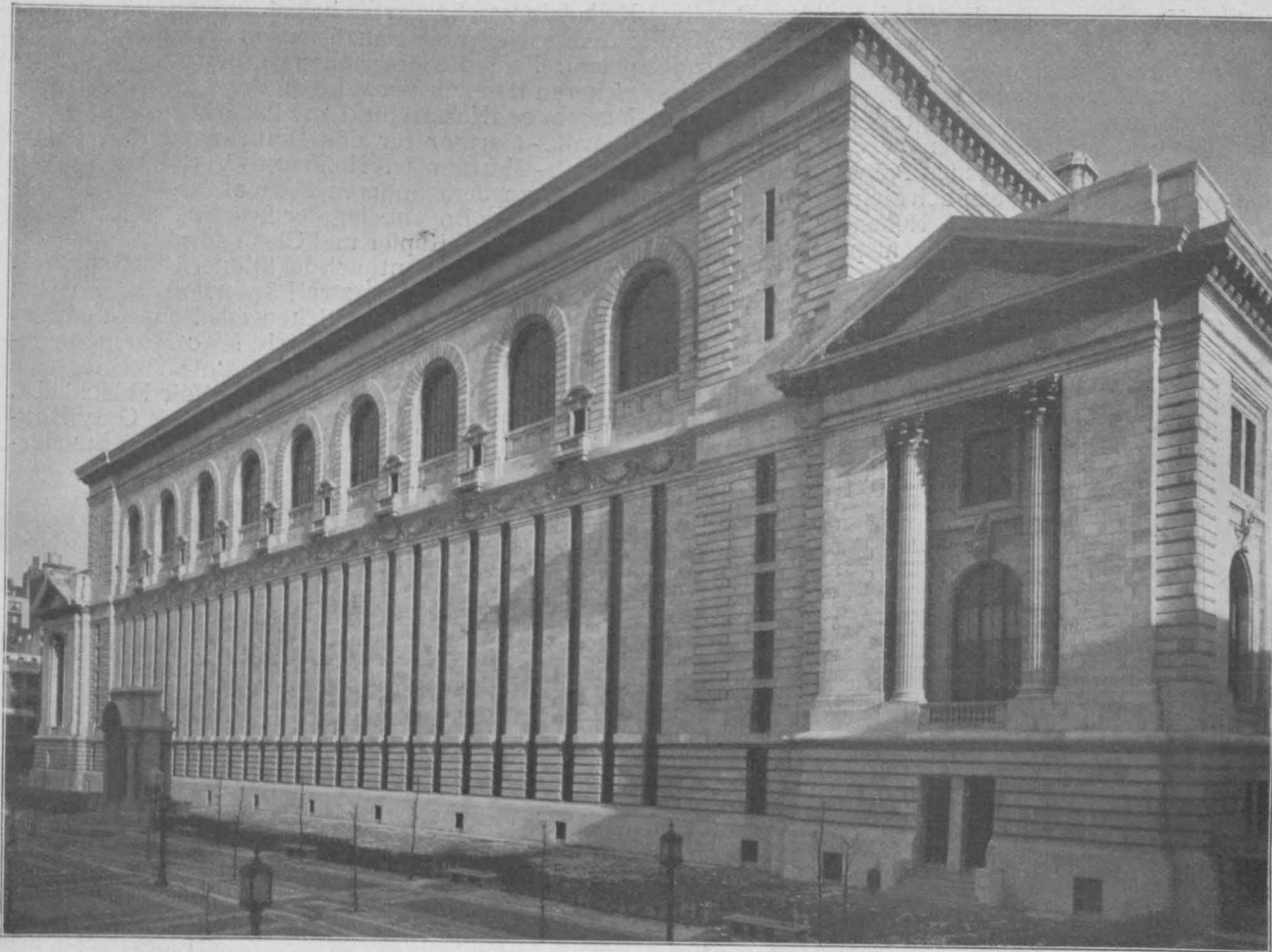
Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen. Versammlung vom 10. Juni 1912. Vorsitzender Hr. Heilmann, Schriftführer Hr. Klewitz, anwesend 20 Mitglieder. —

Nach Berichterstattung über die Eingänge wurden unter lebhafter Beteiligung mehrerer Mitglieder die Leitsätze für die Organisation der Privatarchitektenschaft eingehend besprochen. Bei der Beratung des III. Leitsatzes gibt Hr. Fabricius nähere Mitteilung über die Gründung der „Deutschen freien Architektenschaft“, welche eine Vereinigung von Bauunternehmer und Architekt zuläßt. Er bedauert diese Neugründung und bittet darum, daß der Verein dessen Bestrebungen entgegen arbeite und andere Vereine aufkläre. Auf Vorschlag des Hrn. Fabricius, der dem Ausschuß für die Organisation der Privatarchitekten angehört, wurden die Leitsätze in der vorliegenden Fassung angenommen und es wird beschlossen, dem Ausschuß unter Anerkennung der geleisteten Arbeit vorzuschlagen, die Leitsätze mit der Einleitung zu beginnen: „Der Ausschuß ist sich darin einig, daß eine Organisation der Privatarchitekten nötig ist“. Zum Schluß kündigte Hr. Heilmann einen Vortrag über seine diesjährige Reise nach Italien für eine der nächsten Sitzungen an und gab schon einige interessante Mitteilungen über verschiedene neue Straßenzüge und Verunstaltungen in Rom, Wiederherstellungen an den Domen zur Parma und Pienza. Letztere namentlich erregten besonderes Interesse, da es sich um Sicherung des durch Erdbeben um 6 m gesunkenen südlichen Seitenschiffes der Kathedrale handelt. Diese wird vollkommen bergmännisch betrieben durch genaue Untersuchung des Felsens mittels Stollen und regelrechte Ableitung der angesammelten Wassermengen. In dankenswerter Zuverlässigkeit hatte der bauleitende Architekt Prof. Cesare Spighi aus Florenz, die Führung übernommen. Dem Redner zollte die Versammlung lebhaften Beifall.

Der Vorstand und die Ausschüsse des Vereins setzen sich jetzt wie folgt zusammen: Vorstand: Stadtbrt. Heilmann, Vorsitzender, Ing. Schott, stellvertr. Vorsitz., Stadtbauinsp. Klewitz, Schriftf., A. Drexel, Säckelmeister. Bücherei-Ausschuß: Arch. Mewes, Arch. Heuser, Arch. Paffgen und Ing. Schott. Ausschuß für Ausflüge und Festlichkeiten: Brt. Bauer, Arch. Siebert, Ing. Fellenberg, Ing. Groß, Diözesanbmsr. Renard, Obering. Stobrawa. Ausschuß für Rechnungsprüfung: Bauinsp. Bolte, Arch. Eberhard, Arch. Schreiber. —



AS NEUE GEBÄUDE
DER „ÖFFENTLICHEN
BIBLIOTHEK“ IN NEW
YORK. * ARCHITEK-
TEN: CARRÈRE UND
HASTINGS IN NEW
YORK. * HAUPTLESE-
SAAL, NORDSEITE. *
===== DEUTSCHE =====
** BAUZEITUNG **
XLVI. JAHRGANG 1912
***** NO. 85. *****



Westfront mit den Bücher-Magazinen und dem großen Lesesaal, sowie Esplanade zum Bryant-Park.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. № 85. BERLIN, DEN 23. OKTOBER 1912.

Das neue Gebäude der „Oeffentlichen Bibliothek“ in New York.

Architekten: Carrère und Hastings in New York.

(Schluß aus No. 82.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 747, 748 und 749.



ie die Grundrisse des Gebäudes S. 718 und 719 zeigen, ist die räumliche Anordnung eine außerordentlich einfache; sie erinnert an die ungewollt einfache Grundrißlösung des italienischen Palastes der Renaissance. Ein Rechteck mit zwei inneren Höfen und drei Verbindungsflügeln, das ist alles. Das Sockelgeschoß enthält auf der linken Nebenseite an einer Durchfahrt eine Bibliothek für Schiffswesen und für Reisen. Es folgen Räume für eine Buchdruckerei und eine Buchbinderei mit Nebenräumen. Die mittleren Teile dieses Geschosses enthalten Lager- und Maschinenräume, aber auch einen kleinen Vortragssaal. Der rechtsseitige Hof ist in diesem Geschosß als Leihbibliothek ausgebildet, die von der rechten Seitenfassade durch eine besondere Halle zugänglich ist. Zur einen Seite dieser Halle liegen Nebenräume und das Zeitungs-Archiv. Zur anderen reihen sich Räume für die Schriften für die Bildung des Kindes an. — Im Hauptgeschoß bilden den Mittelpunkt der Anlage die große Eingangshalle mit dem darauf folgenden reich ausgestatteten Ausstellungssaal. An der Hauptfas-

sadeschließen sich zu beiden Seiten der Eingangshalle an die Säle für Journale und für technische Wissenschaften. Der linke Seitenflügel enthält die Büroräume; alles andere, mit Ausnahme eines Empfangszimmers und eines Lesezimmers für Blinde, sind Bücher-Magazine, zum Teil bereits besetzt, zum Teil dem Zuwachs vorbehalten.

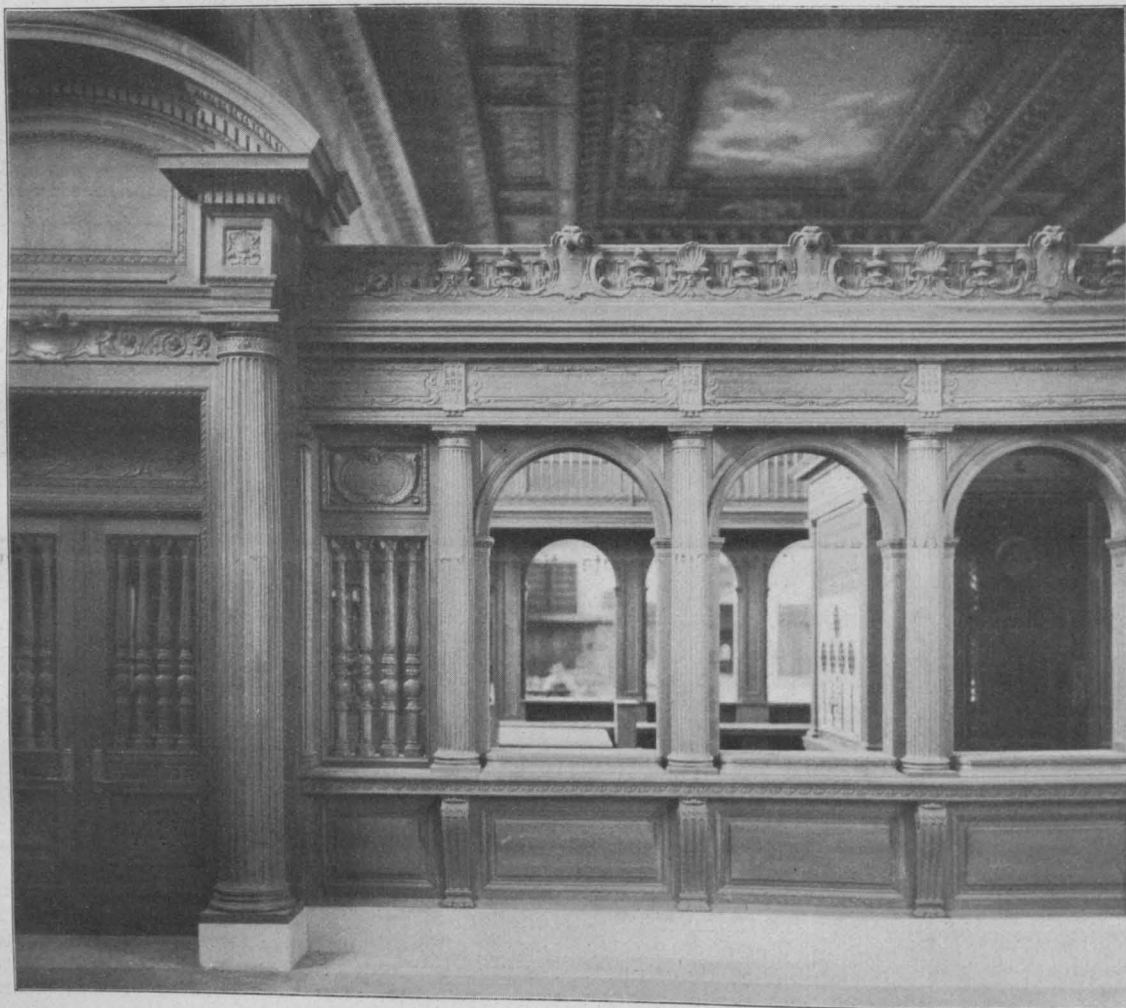
Im Obergeschoß liegen neben der dieses Geschosß noch einnehmenden Halle rechts die Räume für die Schriften über reine Wissenschaften, Wirtschaftslehre und für Dokumente, links ein kleiner Vortragssaal, Räume für die Direktion mit Sitzungszimmer, sowie Katalog-Räume. Nach rückwärts und im Mitteltrakt befinden sich kleine Studier- und Lesezimmer, sowie Studienräume für Sprachwissenschaften. An der Parkfassade (s. oben) ziehen sich auch durch dieses Geschosß die Büchermagazine hin. Ueber diesen nun liegt auf der Höhe des Dachgeschosses, aus der Gruppe herausragend, der große Lesesaal, den unsere Bildbeilage zeigt. Er öffnet sich mit breiten Rundbogenfenstern gegen den Park. Ihm ist der Katalog-Saal vorgelagert, der von einer Halle aus zugänglich ist, von der aus ein Oberlichtsaal, der Stuart-Saal, mit Sammlungsgegenständen, zugänglich ist. Ihm sind zur Rechten angegliedert ein Gemäldesaal, weitere Ausstellungssäle, ein Raum für Musik-Literatur, auf den ein kleinerer Lesesaal folgt, der den

rechten Kopf des großen Lesesaales bildet. Den linken Kopf bildet ein Saal für amerikanische Geschichte. Auf ihn folgen an der linken Seitenfassade Räume für Manuskripte, seltene Bücher, Amerikanismen, Kupferdrucke und ein großer Saal für „Kunst und Architektur“. Wir geben diese Bezeichnung so, wie sie die uns übermittelten Pläne enthalten. An den inneren Höfen liegen noch kleinere Lesezimmer und ein Raum für Karten. Nebentreppen und andere Nebenräume sind in zweckentsprechender Weise verteilt.

Ueber die Bauausführung ist zu bemerken, daß die Gründungsarbeiten mit dem Material erstellt wurden, das beim Abbruch des Reservoirs gewonnen wurde. Die aufgehenden Mauern bestehen aus Ziegelmauerwerk in Zement, das in allen seinen Teilen, die inneren Höfe nicht ausgeschlossen, mit weißem Marmor aus den Brüchen von Dorset Valley

Kalkstein von Basseville belegt und durch Zeichnungen aus dem roten französischen Marmor von Jaspe geteilt. Kostbare Materialien wurden auch in einigen weiteren Räumen verwendet; der farbige Famosa-Marmor aus Nassau für den Zeitschriftensaal, Brèche-Violette-Marmor für das Damenzimmer. Zu dem Nassau-Marmor ist Nußbaum-Vertäfelung abgestimmt, zu dem anderen Marmor brauner Seiden-Damast. Der Bodenbelag der Lesesäle ist Kork. Die Dächer sind in Kupfer und Glas gedeckt.

Beachtung verdient auch der bildnerische Schmuck. Den Eingang bewachen zwei Löwen von E. C. Potter; die Nischen zu beiden Seiten des Haupteinganges sind mit Figuren von Frederic Mac Mormies geschmückt; sie stellen dar: „Schönheit besiegt die Häßlichkeit“ und „Wahrheit besiegt die Falschheit“. „Kunst“ und „Wissenschaft“ von George Gray Barnard bilden den plastischen Schmuck der Endrisa-



Schranke im großen Lesesaal.

und bei Danby im Staate Vermont bekleidet wurde. Die Marmorbekleidung greift durchschnittlich 30 cm etwa in das Mauerwerk ein. Die Freitreppenanlage des Haupteinganges wurde mit ihren Balustraden in dem rosafarbenen Granit von Milford ausgeführt. Auch für die innere architektonische Ausstattung der Räume wurde Marmor verwendet, eine Ausnahme macht nur der große Lesesaal, den unsere Bildbeilage zeigt. Er ist, soweit er nicht aus Eichenholz besteht, verputzt, wobei der Putz den französischen Kalkstein von Caen nachahmt. Für die Eingangshalle wurde pentelischer Marmor gewählt, während für die Gänge amerikanisches Material aus den Brüchen von West-Rutland und Dorset im Staate Vermont verwendet wurde. Die Haupttreppe besteht aus Eastman-Marmor von West-Rutland. Die Decken sind zwischen Eisenträgern gewölbt. Die Fußböden der Flure sind mit dem warmgelben französischen

lite der Hauptfassade. Der bildnerische Schmuck der Attika des Mittelbaues stammt von Paul W. Bartlett; an den beiden Seiten stehen die Figuren der „Geschichte“ und der „Philosophie“, in der Mitte die Doppelgruppen: „Drama und Dichtkunst“, „Religion und Romanze“. In den Feldern der Attika ist verzeichnet, aus welchen früheren Beständen die neue Public Library hervorgegangen ist.

Beispiele der Ausstattung des Inneren geben unsere Bildbeilage, sowie die Decke S. 749 und die obestehende Schranke wieder. Alle Abbildungen zeigen Teile des Haupt-Lesesaales, in dessen Decke ein kühner Farbenversuch gemacht wurde, indem diese in der Art der Decke der Basilika von Santa Maria Maggiore aus dem XVII. Jahrhundert in Gold, Blau und Rot gehalten wurde.

An der Rückseite der Bibliothek ist das Bryant-Denkmal aufgestellt, von dem unsere Abbildung S.

720 die architektonische Umrahmung darstellt. Wie der ganze Bau, so ist auch dieses Denkmal, obwohl durchaus historisch, erlesenste architektonische Kunst von seltenem Feingefühl der Formensprache. Die römische Kunst der Kaiserzeit und die italienische Renaissance sind die mit feiner Wahl benutzten Quellen. Hierzu treten im Inneren Elemente der französischen Barockkunst, namentlich in Schmiedewerken. Diese Wahlkunst ist dem Architekten zum Vorwurf gemacht und gefordert worden, das Gebäude einer öffentlichen Bibliothek für die traditionslose Handelsstadt New York mit ihrem modernen Leben müsse „modern“ sein. Man weise immer auf eine neue Periode des amerikanischen Lebens hin, verharre aber in der Kunst bei den europäischen Ueberlieferungen. Darauf antwortete Hastings, ein Gebäude erfülle zwei Zwecke: es diene einmal dem praktischen Gebrauch, zu dem es errichtet sei, und es suche auf der anderen Seite durch seine Gestaltung das künstlerische Auge zu befriedigen. Der erstere Zweck gehe voran. Das „Moderne“ liege bei unserem Bauwerk in dem Umstand, daß ein solches Gebäude in der Stadt New York errichtet werde zum weitesten und freiesten Gebrauch für das Volk. Das „Moderne“ liege in allen seinen Einrichtungen und in den Maßnahmen, dem geistigen Bildungsbedürfnis des Volkes in unbeengtester Weise dienen zu können. Dieser Zweck sei so groß, das Ziel so bedeutend, daß dabei die Form des Werkes, die doch immer nur Mittel zum Zweck bleibe, zurücktrete.

Die Bibliothek ist für eine Fassungskraft von 3,5 Mill. Bänden eingerichtet; ihr jetziger Bestand be-

trägt etwa 1,5 Millionen Bände. Sie steht mit dieser Zahl nur den Bibliotheken des Britischen Museums in London (4 Mill. Bände), der National-Bibliothek in Paris (3,5 Mill. Bände), der kais. Bibliothek in St. Petersburg (1,8 Mill. Bände) und der Kongreß-Bibliothek in Washington (1 730 000 Bände) nach.

Die Baukosten betragen rd. 8 Mill. Doll. Davon entfallen allein 3 Mill. Doll. auf die Ausstattung des Inneren. Bei der durchweg monumentalen Ausstattung des Inneren ist das Verhältnis zwischen Rohbau und Ausbau hier ein anderes, als das übliche.

Es hat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht an Stimmen gefehlt, die den architektonischen Aufwand, mit dem die Bibliothek ausgeführt wurde, als mit den Grundsätzen eines demokratischen Staatswesens nicht im Einklang stehend ansehen und meinen, in dem Gebäude der „Neuen Oeffentlichen Bibliothek in New York“ komme viel mehr eine imperialistische als eine dem Sinne des Demos entsprechende Tendenz zum Ausdruck. Man kann das bis zu einem gewissen Grade zugeben, aber doch auch mit den Gegnern dieser Anschauung übereinstimmen, die darauf hinweisen, daß von den reichen Bücherschätzen der Bibliotheken von Alexandria bei dem Untergang der Stadt nichts auf uns gekommen sei, während die architektonischen Denkmäler die Jahrhunderte und Jahrtausende überdauerten und heute noch unser künstlerisches und unser Geistesleben befruchten und beleben. In dieser Nachwirkung liege die Berechtigung für die künstlerische Gestaltung bedeutender öffentlicher Bauwerke der Gegenwart auch in Staaten mit demokratischer Regierungsform. —

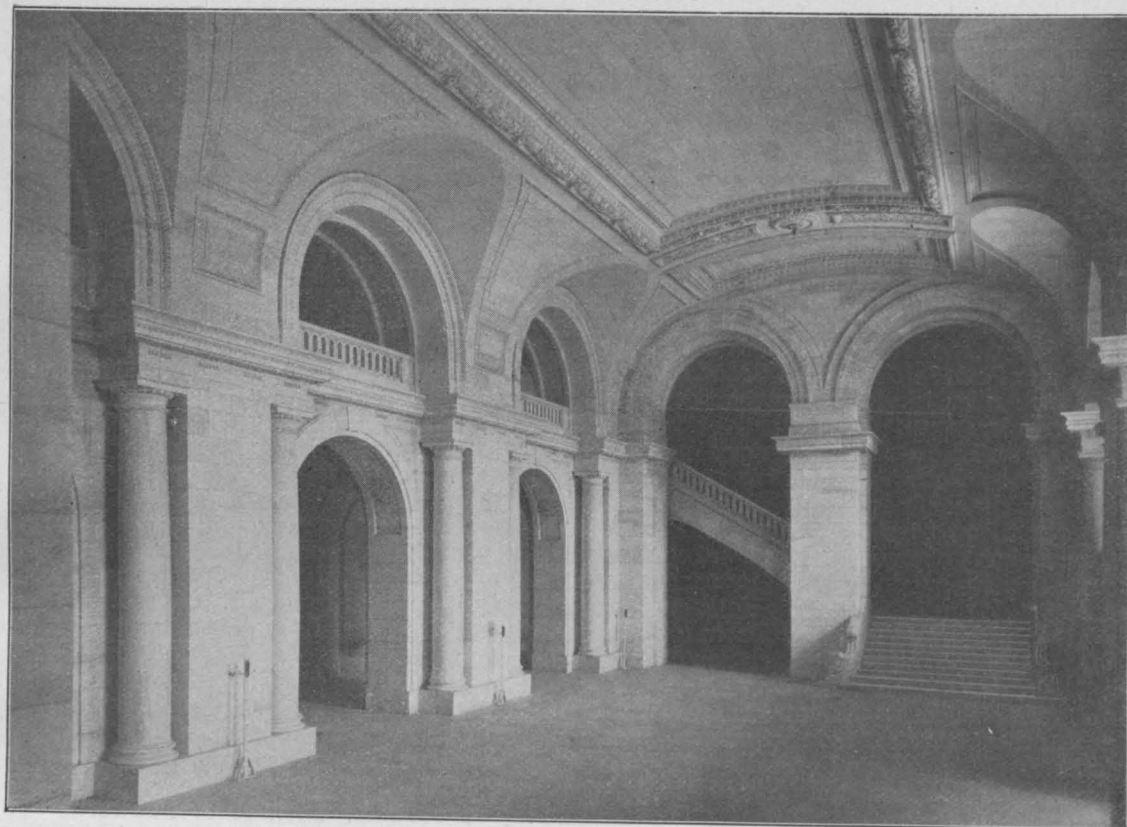
Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. (Schluß.)



Am zweiten Verhandlungstag sprach noch Geh. Brt. Prof. Wickop-Darmstadt über die Wiederherstellung der Liebfrauenkirche zu Arnstadt i. Th. Diese teils im Uebergangs-, teils im gotischen Stil erbaute Kirche ist bereits 1843 und 1880—82 wiederhergestellt worden. Starke senkrechte Risse an den beiden Türmen machten aber neue Arbeiten notwendig, und da die Gründung gut, die Ausführung des Mauerwerkes aber minderwertig war, was sich aus den Ausbauchungen des Mauerwerkes zweifellos ergab, so mußte man dazu schreiten, die beiden Türme abzutragen und auf Grund genauer Aufnahmen soweit es ging mit dem alten Material genau wieder aufzubauen (nach dem mustergültigen Vorbild Hofmanns am Wormser Dom). Da einzelne Teile des Mauerwerkes nicht wieder verwendbar waren, mußte zum Teil Eisenbeton verwendet werden. Die neuen Türme sehen fast genau so aus wie die alten.

Sodann sprach Dombaumeister Hertel-Köln über die Auswahl und Behandlung der für Restaurierungen in Betracht kommenden Materialien. Es legte Redner an drastischen Beispielen dar, welche Sünden auch jetzt noch bei Bauten und Wiederherstellungen bei der Wahl und der Bearbeitung der Baustoffe begangen werden. Mit allem Nachdruck warnte er vor dem Zement, der für die Denkmalpflege in keinem Fall verwendet werden dürfe. Bei der Verwendung von Ziegeln an alten Bauten ist nötig, daß sie in Größe, Farbe und Form genau den ursprünglich verwendeten entsprechen. Zu warnen ist vor Walzblei, zu empfehlen nur Gußblei, aus dem jetzt Platten in jeder Dicke und Größe ohne Schwierigkeit hergestellt werden können. Ausführlich behandelte Redner die wichtige Wahl des natürlichen Bausteines, wobei er namentlich die Ergebnisse der wissenschaftlichen Prüfung der Bausteine und deren Klassement stark kritisierte. Es ist ungenügend, die Bausteine nur auf ihre Festigkeit hin zu prüfen; wichtiger ist die Prüfung auf Wetterfestigkeit und Verwitterung. Durch die Klassifizierung, die auf Grund der geologisch-mineralogischen Prüfung hergestellt worden ist, wird der praktische Restaurator nur in die Irre und zu unnützer Arbeit verführt. Nur aus dem Zusammengehen des Mannes der Wissenschaft und des Praktikers können zuverlässige Ergebnisse gewonnen werden. Die meisten und besten Erfahrungen besitzen die Bauhütten, die sie freilich meist als Geheimnisse hüten und bewahren. Es wäre zu wünschen, daß ihre Erfahrungen besser verwertet und namentlich von den Konservatoren dauernd in den Dienst der Denkmalpflege gestellt würden.

An letzter Stelle stand auf der Tagesordnung das Thema Baugewerkschulen und Denkmalpflege. Hierüber berichtete zuerst Oberbaurat Julius Deininger-Wien. Durch den Wandel der Anschauungen über richtige Denkmalpflege, welcher sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, haben sich natürlich auch die Bedürfnisse der praktischen Denkmalpflege geändert. Früher handelte es sich immer um sogenannte „stilgerechte“ Wiederherstellungen, heute wird eine möglichst unveränderte Erhaltung des Bestehenden angestrebt. Hierbei spielt der stilgewandte Restaurator nicht mehr die wichtige Rolle wie früher; dagegen ist die Aufgabe der die Arbeit ausführenden oder andauernd überwachenden Baugewerksleute schwieriger geworden. Dazu sind bautechnisch tüchtig ausgebildete und auch ein wenig künstlerisch geschulte Leute erforderlich, wie sie an den Baugewerkschulen herangezogen werden können. Diese haben die technisch-künstlerische Kleinarbeit zu verrichten, während alle Pläne und Einzelzeichnungen für die bei einem lebenden Denkmal etwa notwendigen Neuhinzufügungen von einem hervorragenden Baukünstler anzufertigen sind, damit sie künstlerisch, aber ohne Stilzwang, dem alten Bestand möglichst gleichwertig werden. In den letzten Jahrzehnten ist aber außerdem das Gebiet der Denkmalpflege stark erweitert worden, weil es sich nicht mehr auf die Monumentalbauten allein, sondern auch auf Werke der bürgerlichen und bäuerlichen Baukunst erstreckt. Dazu ist ein großer Stab von Fachleuten erforderlich, welche über das ganze Land verstreut sind und sich eine gründliche Kenntnis der alten heimatischen Bauweise erworben haben. Auch diese können nur aus den Reihen der Baugewerkschüler gewonnen werden; es ist daher von großer Wichtigkeit, diese Schulen zur Mitarbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege zu befähigen und heranzuziehen. Dieses Ziel kann ohne nennenswerte Mehrbelastung der Schüler erreicht werden durch einige Ergänzungen des Lehrplanes und durch Verwendung von solchen Lehrern in den maßgebenden Fächern, die für den Schutz der alten Baudenkmale das richtige Verständnis haben. In den konstruktiven Fächern wären auch jene Baukonstruktionen zu berücksichtigen, die einst landesüblich waren, wenn sie auch derzeit nicht mehr im Gebrauch stehen, und allen Anpassungs- sowie Erhaltungsarbeiten wäre größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ferner wäre den Schülern eine eingehende Kenntnis der heimatischen Baudenkmale beizubringen, was am besten durch möglichst viele Aufnahmen und Skizzierübungen geschieht, und schließlich wären einige kurze Vorträge über Denkmalpflege und Heimatschutz zu halten. An den



Oben: Eingangshalle. Unten: Einzelheiten der Haupteingangshalle.
Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York.



österreichischen Baugewerk-Schulen wurde in den neuen Lehrplänen bereits in diesem Sinne Vor-sorge getroffen. —

An zweiter Stelle behandelte darauf denselben Gegenstand Architekt Oberlehrer Scriba aus Hildesheim, indem er namentlich die Leistungen der deutschen Baugewerk-schulen auf dem Gebiet der Denkmalpflege würdigte. Baukunst im weite-

ren Sinne des Wortes umfaßt das ganze große Gebiet der baulichen Betätigung vom einfachsten ländlichen Wohngebäude an über die Aufgaben des bürgerlichen Bauwesens bis zu den sogenannten Monumentalbauten. Auch die kleinsten baulichen Schöpfungen müssen zweckmäßig sein und dem Schönheitsempfinden gerecht werden. Die Aufgabe der Denkmalpflege an Baugewerkschulen besteht darin, die Schüler für den künstlerischen Hauch, der über den gut empfundenen Werken unserer Vorfahren liegt, empfänglich zu machen, damit sie in gleicher Weise schaffen lernen. Wie die Träger jener alten, heimischen Bauweise vor rund 120 Jahren die Dorfbaumeister waren, müssen auch wir den Baugewerksmeister mit dieser Bauweise wieder vertraut machen. Denn der Baugewerksmeister ist der Berater des bauenden Mittelstandes; die Bürger- und Bauernhäuser, das Gehöft, die Scheune, ja sogar die Landkirche — alle diese Bauwerke werden in 90 von 100 Fällen vom Baugewerksmeister, dem ehemaligen Schüler der Baugewerkschule, erbaut. Ihn also müssen wir mit der bodenständigen Bauweise vertraut machen, wenn der Geschmack des Volkes wieder veredelt, der alte Kunstsinn wieder erweckt werden soll. Die dabei notwendige Beschränkung bietet keine Erleichterung, denn gerade mit einfachen Mitteln den Ausdruck wahrer Sachlichkeit zu finden, ist die schwerste Kunst. Durch die Verordnung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. Jan. 1908, eine Folge des Heimatschutzgesetzes, wurden die vierklassigen Baugewerkschulen in fünfklassige verwandelt und die Lehrweise gänzlich verändert. Nach gegebener Skizze wird mit den jungen Baubeflissenen ein kleines Gebäude langsam von innen heraus ent-

wickelt und dabei werden die verschiedenen, an dem Gebäude vorkommenden konstruktiven und formalen Einzelheiten in innige Beziehung zueinander gebracht. Der Umfang der Aufgabe steigert sich von Semester zu Semester. Im Süden Preußens werden fränkische, im Westen bergische, im Nordwesten niedersächsische, im Osten alt-sächsische Bauformen zugrunde gelegt — keine andere Formen werden gelehrt. Es muß also allmählich eine Gesundung des kranken Bauwesens eintreten.

Neben diesen Arbeiten, die unter dem Namen Bauzeichnen gehen, wird der Schüler in der Gestaltungslehre angeleitet, ganz kleine Aufnahmen ländlicher und auch

Unterlage für die selbständigeren Entwürfe in den oberen Klassen. Der Monumentalstil wird dabei ausgeschlossen. Diese Pflege der bodenständigen Bauweise im Bauzeichnen und in der Gestaltungslehre wird unterstützt durch die deutschen Aufsätze mit entsprechenden Themen, wodurch des Schülers Gefühlsleben in die gewünschte Richtung gelenkt wird; durch die Baustofflehre wird er zu stoffgerechter Behandlung der Baustoffe angeleitet. Dem Freihandzeichnen, der darstellenden Geometrie und dem Modellieren endlich kommt die Aufgabe zu, die Gabe räumlicher Vorstellung zu erwecken, zugleich aber auch die Denkmalpflege zu fördern, indem alte



Decke im großen Lesesaal.

Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York. Architekten: Carrère und Hastings in New York.

städtischer Wohnhäuser zu machen, die dann wieder in kleinen Aufgaben über die Gestaltungsmöglichkeit der Aufbauten an Hand eines gegebenen Grundrisses bewertet werden. Der Schüler wird dabei befähigt, das Äußere des Gebäudes so zu gestalten, daß es die innere Anordnung widerspiegelt und sich in harmonischer Weise seiner Umgebung einpaßt. Um dieses zu lernen, werden die Schüler bei Ausflügen auf die ruhige geschlossene Dorfanlage im allgemeinen, sowie auf die ruhige und meist geschlossene Gestaltung des Aufbaues der einzelnen Gebäude aufmerksam gemacht, ähnlich in der Stadt auf die gute Wirkung alter Straßenbilder und auf die ruhige Behandlung der Bürgerhäuser, sowie ihrer Einzelheiten. Die Aufnahmen dienen dann wieder als

deutsche Holzbauten wie auch ländliche Bauwerke gezeichnet und modelliert werden. Schließlich wies der Vortragende darauf hin, daß die Lehrer der Baugewerkschulen auch an dem Bürgerhauswerk des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ erheblichen Anteil haben und auch durch Doktorarbeiten sowie durch andere lehrhafte Arbeiten um die Denkmalpflege erhebliche Verdienste besitzen.

In Bayern wies die Regierung 1890 zum ersten Mal auf die Pflege der ländlichen Bauweise hin, in Augsburg, Nürnberg und München werden seitdem in den Bauschulen Wettbewerbe betr. Aufnahmen von heimatlichen Bauwerken veranstaltet. Im Unterricht spielt die heimische Bauweise seitdem eine herrschende Rolle. Auch

die sächsischen, die württembergischen und die thüringischen Baugewerkschulen bestreben sich in gleicher Weise, im Sinne der Denkmalpflege und der heimischen Bauweise zu wirken.

In der Aussprache spricht Rehorst den Wunsch aus, daß der Vortrag Hoßfeld's, der die reichen Erfahrungen eines ganzen Lebens darstelle, durch Sonderabdruck in weite Kreise verbreitet werden möge. Er begrüßt mit freudigen Worten den Wandel zum Besseren, der sich an den Baugewerkschulen in den letzten Jahren zum Besten der Denkmalpflege und des Heimatschutzes vollzogen habe. Die Versammlung bezeichnet es einstimmig als wünschenswert, daß die ausgestellte Sammlung von Zeichnungen aus den Baugewerkschulen durch Veröffentlichung (im „Baugewerkmeister“ usw.) weiter bekannt gemacht werden möchte. Weiter sprachen u. a. Geh. Hofrat v. Oechelhäuser, Geh. Hofrat Dr. Gurliitt, Dombaumeister Hertel, Prof. Rathgen, Baurat Osterloh-Braunschweig.

Endlich berichtete der bayerische Generalkonservator Dr. Hager über die Denkmalpflegekurse, die das Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns seit 1909 veranstaltet hat, bisher fünf prähistorisch-archäologische, sechs kirchliche Denkmal-

Kurse. Sie werden sorgfältig vorbereitet. Die Teilnehmer an den kirchlichen Denkmalkursen werden nicht zu selbständigem Vorgehen angeleitet, sondern nur in den Geist der Denkmalpflege eingeführt, zu warmer Teilnahme und zum Vertrauen in ihre Wege und Ziele geleitet. Kunstgeschichte ist ausgenommen. Die Augen werden geöffnet für das Schöne und Sinnvolle aller Zeiten. Die Geistlichen werden dahin geführt, die Denkmalpflege als einen wirklichen Teil der Seelsorge anzusehen. Der erhebendste Teil der Kurse waren die Besichtigungen der Baudenkmäler. Die Zahl der Teilnehmer hat sich jedesmal gesteigert (bis zu 700). Für den ersten Museums-Kurs wurden nicht solche Massenwirkungen erstrebt; er wendete sich an Verwaltungsbeamte, Lehrer und Professoren, Verwalter und Konservatoren der kleineren Museen. Beide Arten von Kursen haben schon vorzügliche Erfolge gehabt und die Aufgaben der Denkmalpflege bereits jetzt wesentlich erleichtert. —

Zum Schluß sei bemerkt, daß außer der vorhin genannten Ausstellung noch eine Ausstellung des Architekten Gust. Kasel in Trier über die von ihm geplante Umgestaltung der Umgebung der Porta Nigra in Trier dem Denkmaltag angegliedert war. —

Ueber das schiedsrichterliche Verfahren.*)

Von Landgerichtsrat Fischer in Mülhausen i. Els.

Das schiedsrichterliche Verfahren ist besonders in Bauangelegenheiten zu empfehlen, da erfahrungsgemäß die überwiegende Zahl der Bauprozesse mehr tatsächliche Fragen, Rügen der Qualität und Quantität jeglicher Art betreffen, während die Rechtsfragen häufig einfacherer, ja allgemein bekannter Natur sind. Die Gerichte pflegen daher auf Antrag der Parteien stets das Gutachten eines Sachverständigen, oder falls es die Parteien beantragen und das Gericht es nach der Sachlage für nötig erachtet, die Gutachten mehrerer Sachverständigen einzuholen. Diese Gutachten oder eines derselben legen dann die Richter ihrer Entscheidung zugrunde, da sie ja selbst keine eingehenderen technischen Kenntnisse besitzen können. Häufig vergleichen sich deshalb die Parteien schon vor dem Urteil auf der Basis des oder der Gutachten.

Zweifelloos kann ein solches Ergebnis im Wege eines schiedsrichterlichen Verfahrens auf bedeutend billigere und meistens auch schnellere Art erreicht werden. Ist zum Beispiel ein Bauprozeß mit einer Streitsumme von 4000 M. beim Landgericht anhängig gemacht worden, so betragen allein die Gerichtskosten und Gebühren der Anwälte in dem Falle eines Urteils nach erfolgter Beweisaufnahme mindestens 330 M. ohne die Schreibkosten und die sonst meistens noch dazu kommenden Nebenkosten (die volle Gebühr je drei Mal nach § 18 Gerichtskosten-Gesetz und §§ 13, 17 Gebührenordnung für Rechtsanwälte). Man kann also die Gesamtkosten auf etwa 400 M. veranschlagen. Die Auslagen für Zeugen und Sachverständige sind nicht einbegriffen, Kosten, die im schiedsrichterlichen Verfahren ja ebenfalls erwachsen. Geht aber der Prozeß in Berufung oder gar — bei einer Streitsumme von über 4000 M. — nach Leipzig, was ja der Gegner stets in der Hand hat, so verdoppeln oder verdreifachen sich die Unkosten.

Demgegenüber setzen sich die Kosten des schiedsrichterlichen Verfahrens im wesentlichen aus denjenigen des oder der als Schiedsrichter ernannten Sachverständigen und etwaiger Zeugen zusammen, welche im Prozeß-Verfahren ja ebenfalls vernommen werden. Hingegen besteht kein Zwang, sich in den Verhandlungen mit dem Schiedsrichter des Beistandes von Rechtsanwälten zu bedienen, wie dies beim Landgericht und den höheren Instanzen der Fall ist. Ja die Parteien können die Zuziehung von Anwälten für das schiedsrichterliche Verfahren sogar besonders ausschließen, so weit nicht im Laufe desselben ein Gericht mit Anwaltszwang angerufen wird. Den staatlichen Anwaltszwang der etwa im Laufe des schiedsrichterlichen Verfahrens angerufenen Staatsgerichte, wie er beim Landgericht (auch Kammer für Handelssachen) und aufwärts besteht, können die Parteien natürlich nicht rechtswirksam ausschließen. Wohl aber können sie nach §§ 1045 und 1046 ZPO. den Anwaltszwang für die erste Instanz insofern vermeiden, als sie bei einer Streitsumme von über 600 M. ein Amtsgericht als zustän-

diges Gericht bezeichnen, während für diese Streithöhe sonst ein Landgericht zuständig wäre.

Gegen den Spruch des Schiedsrichters ist ein Rechtsmittel nicht gegeben, falls nicht die Parteien ausdrücklich die Berufung an einen Oberschiedsrichter — nicht aber an ein staatliches Gericht! — vereinbaren. Das regelmäßige Fehlen eines Instanzenzuges trägt ebenfalls bedeutend zur Verbilligung des schiedsrichterlichen Verfahrens bei.

Hiernach ist das letztere aber auch gewöhnlich schneller, als das staatliche Verfahren. Denn nichts verlangt eine endgültige Entscheidung so sehr, wie das ein oder gar mehrere Male erfolgende Durchlaufen höherer Instanzen.

Trotz aller Bemühungen der Gerichte, schnelle Entscheidungen herbeizuführen, läßt es sich ferner nicht vermeiden, daß ein Bauprozeß, der wie jeder andere in der Reihe erledigt wird, immer eine geraume Zeit dauert. Denn das Gericht kann erst entscheiden, wenn die Sache in der mündlichen Verhandlung vorgetragen ist. Gegen die so häufigen Vertagungen seitens der mit Prozessen überlasteten Anwälte ist aber bislang noch kein gesetzliches Mittel gegeben. Auch die Gerichte haben noch andere Prozesse zu erledigen.

Nun bietet ja allerdings das schiedsrichterliche Verfahren nicht dieselben Garantien wie der staatliche Prozeß. Zunächst schon deshalb nicht, weil die Parteien, wenn sie die Vorteile des Schiedsverfahrens nutzen wollen, die Entscheidung ihrer Rechtsstreitigkeiten endgültig auf einen oder wenige Schiedsrichter abstellen müssen, während die richterlichen Kollegialgerichte, wie anerkannt, größere Sicherheit für die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse bieten. Auch ist nicht zu bestreiten, daß die Parteien bei verwickelteren und gar grundsätzlichen Rechtsfragen nicht leicht geeignete Richter finden werden, als die eigens dazu staatlich eingesetzten Gerichte. Allein sehr viele Bauprozesse setzen sich, wie schon eingangs bemerkt, aus Fragen mehr tatsächlicher Art zusammen. Da wird es nicht schwer halten, geeignete, vertrauenswürdige und technisch, insbesondere akademisch gebildete Personen, ja Autoritäten des Faches zu finden, die unter Umständen zusammen mit rechtskundigen Personen als Schiedsrichter die Rechtsstreitigkeiten entscheiden. Trifft das Vertrauen der Parteien eine würdige Auswahl, so ist ihrem Interesse mit dem schiedsrichterlichen Verfahren aufs beste gedient.

Nachstehend seien die rechtlichen Grundlagen erörtert, auf denen sich das schiedsgerichtliche Verfahren aufbaut.

Das Verfahren ist einfach und in den §§ 1025—1048 der Zivilprozeßordnung in klarer Weise geregelt. Dieses neuerdings mehrfach, zuletzt durch das Gesetz vom 22. Mai 1910 abgeänderte Gesetz ist hinsichtlich der Vorschriften über das schiedsrichterliche Verfahren noch unverändert in Geltung, wie es seinerzeit erlassen wurde. Nur das Verfahren des unter Umständen mitwirkenden Staatsgerichtes ist seit dem 1. Januar 1900 teilweise ein anderes geworden, auch sind die Paragraphenzahlen seitdem verändert.

Die Grundlage des Verfahrens bildet der Schiedsvertrag, d. h. die Vereinbarung, daß die Entscheidung einer

*) Anmerkung der Redaktion. Die Frage der Erledigung von Baustreitigkeiten im Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens steht neuerdings wieder im Vordergrund des Interesses. Eine einfache Darlegung der allgemeinen Rechtsgrundlagen, auf denen sich das schiedsrichterliche Verfahren aufbaut, dürfte daher auch für unsere Leser von Wert sein.

Rechtsstreitigkeit durch einen oder mehrere Schiedsrichter erfolgen soll (§ 1025). An dem Wortlaut des Vertrages ist nicht zu haften. Wenn auch anstatt der richtigen Worte: Schiedsrichter und Schiedsgericht andere gewählt sein sollten, wie: Schiedsmann, Arbitrage, Hamburger Arbitrage usw., so kann doch ein richtiger Schiedsvertrag vorliegen^{*)}. Nur muß stets der Wille der Parteien klar zum Ausdruck gebracht sein, daß nicht etwa bloß technische und überhaupt tatsächliche Fragen begutachtet, sondern Rechtsstreitigkeiten durch Schiedsspruch („unter Ausschuß staatlicher Gerichte“) entschieden werden sollen, d. h. die strittige Frage, ob einer Partei ein Recht, z. B. eine Forderung u. a. zusteht oder nicht. Dies liegt z. B. auch in den Worten: „Qualitäts- und andere Differenzen“ oder „die Differenzen“ oder „die Differenzen nur dem Grunde, nicht der Höhe nach“ usw. Daß zu Schiedsrichtern solche Personen ernannt werden, die in dem betreffenden Fach sachverständig sind, z. B. in Bausachen Bausachverständige, ist eine sehr häufige Erscheinung und steht dem Wesen des Schiedsvertrages keineswegs entgegen.

Der Vertrag hat insoweit rechtliche Wirkung, als die Parteien berechtigt sind, über den Gegenstand des Streites einen Vergleich abzuschließen, also im wesentlichen nur, soweit vermögensrechtliche Angelegenheiten in Betracht kommen (§ 1025). Ein Schiedsvertrag über eine künftige Streitigkeit ist nur gültig, wenn er sich auf ein bestimmtes Rechtsverhältnis und die aus demselben entspringenden Rechtsstreitigkeiten bezieht (§ 1026). Es kann also z. B. ein Unternehmer mit einem Bauherrn allgemein vereinbaren, daß alle zwischen beiden bestehenden Streitpunkte jeglicher Art durch Schiedsrichter entschieden werden sollen. Bei etwaigen künftigen Rechtsstreitigkeiten muß aber der Schiedsvertrag das Rechtsverhältnis, z. B. den Bauvertrag, genau bezeichnen, dessen etwa entstehende Rechtsstreitigkeiten schiedsrichterlich geregelt werden sollen. Dies geschieht z. B. richtig häufig dadurch, daß in den Bauvertrag die Klausel aufgenommen wird: „Wegen der aus diesem Vertrag sich etwa ergebenden Rechtsstreitigkeiten unterwerfen sich die Parteien der Entscheidung eines Schiedsrichters in der Person des Herrn X, welcher sich zur Uebernahme des Schiedsrichteramtes bereit erklärt hat.“

Der Schiedsvertrag wird wohl in der Regel schriftlich erfolgen. Ist er, was nach dem BGB. zulässig ist, nur mündlich vereinbart, so kann jede Partei die Errichtung einer schriftlichen Urkunde über den Vertrag — unter Umständen im Klagewege — verlangen (§ 1027).

Ist nach dem Obigen ein rechtswirksamer Schiedsvertrag geschlossen, so kann die Partei, wenn sie trotzdem im ordentlichen Prozeßwege verklagt wird, nach ihrem Belieben unter Berufung auf den Vertrag die Abweisung der Klage verlangen (sogenannte prozeßhindernde Einrede des § 274 Ziffer 6, vergl. auch § 504 ZPO.). Beide Parteien können jederzeit vereinbaren, daß der Schiedsvertrag aufgehoben werde.

In dem Schiedsvertrag wird über die Art der Ernennung der Schiedsrichter Bestimmung getroffen, am besten die Auswahl der Person oder Personen und wegen § 1033 ZPO. Ziffer 1 auch der Stellvertreter derselben gleich vorgenommen, nachdem man sich ihrer Bereitschaft dazu vergewissert hat. Enthält jedoch der Vertrag über die Ernennung keine Bestimmung, so wird von jeder Partei ein Schiedsrichter ernannt (§ 1028). Dann hat die betreibende, d. h. an der Bildung des Schiedsgerichtes interessierte Partei, dem Gegner ihren Schiedsrichter schriftlich mit der Aufforderung zu bezeichnen, binnen einer einwöchigen Frist ein Gleiches zu tun. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird auf Antrag der betreibenden Partei der Schiedsrichter von dem zuständigen Gericht auf einfaches Gesuch hin durch Beschluß ernannt (§§ 1029 und 1045). Ein Schiedsrichter kann aus denselben Gründen und unter denselben Voraussetzungen abgelehnt werden wie ein Richter (§§ 41, 42, 43, 44 Abs. 4 ZPO.) und außerdem noch, wenn ein nicht im Schiedsvertrag ernannter Schiedsrichter die Erfüllung seiner Pflichten ungebührlich verzögert. Ferner können abgelehnt werden Frauen, Minderjährige, Taubstumme und Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind (§ 1032). Sind die Schiedsrichter jedoch im Vertrag ernannt, so fällt das Ablehnungsrecht nach der Rechtsprechung fort, wenn den Parteien das Vorhandensein des Ablehnungs-

grundes vor Ernennung bekannt war. Ueber die Ablehnung, falls sie sich nicht etwa gütlich durch Rücktritt des Abgelehnten erledigt, entscheidet das nach § 1045 zuständige staatliche Gericht auf einfaches Gesuch hin. Eine Verpflichtung, ein Schiedsrichteramts zu übernehmen, besteht nicht. Stirbt der im Schiedsvertrag ernannte Schiedsrichter oder versäumt er seine Pflicht, so tritt, mangels anderer Bestimmung des Schiedsvertrages, der letztere ohne weiteres außer Kraft (§ 1033 Ziffer 1).

Das weitere Verfahren, soweit es nicht etwa im Schiedsvertrag geregelt ist, bestimmt sich nach freiem Ermessen des Schiedsrichters. An die Bestimmungen des Prozeßrechtes ist er nicht gebunden. Er braucht nicht, wie der Richter, juristische Begründungen zu machen. Begründungen, welche ja die vom Gesetz stets gewollte Billigkeit nach dem Willen des Gesetzes auf wissenschaftlichem Wege ermitteln.

Vorgeschrieben ist nur die Anhörung beider Parteien soweit der Schiedsvertrag nicht ein Anderes zuläßt und sofern die Schiedsrichter nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen es für erforderlich erachten, die Ermittlung der Tatsachen, welche dem Streite zugrunde liegen (§ 1034). Zu diesem Zweck können sie Zeugen und Sachverständige abhören, die freiwillig vor ihnen erscheinen. Es wird sich empfehlen, den Eingeladenen die Zeugen- oder Sachverständigengelder vorher anzubieten oder sie zu hinterlegen. Zur Abnahme von Eiden sind die Schiedsrichter nicht befugt. Diese und andere richterliche Handlungen, welche sie für erforderlich erachten, zu deren Vornahme sie nicht befugt sind, insbesondere Ladung und Vernehmung nicht vor ihnen erscheinender Zeugen und Sachverständigen sind auf Gesuch einer Partei von dem zuständigen Gericht vorzunehmen (§§ 1035, 1036 und 1045).

Sind mehrere Schiedsrichter bestellt, so entscheidet absolute Mehrheit, wenn nicht der Schiedsvertrag ein anderes bestimmt (§ 1038). Wird diese Mehrheit nicht erzielt, ergibt sich insbesondere Stimmgleichheit, so ist der Schiedsvertrag hinfällig, wenn nicht die Parteien für diesen Fall Vorsorge getroffen haben (§ 1033, Ziffer 2). Stimmgleichheit liegt z. B. vor, wenn die Hälfte der Schiedsrichter sich für Abweisung, die andere Hälfte für Zuspuch der Klage erklärt haben. Es empfiehlt sich daher, falls nicht, was am besten ist, nur eine zuverlässige und vertrauenswürdige Person bestellt wird, stets, wie bei den staatlichen Richtern, eine ungerade Zahl von Schiedsrichtern zu ernennen.

Der Schiedsspruch ist schriftlich abzufassen unter Angabe des Tages der Abfassung, von sämtlichen Schiedsrichtern zu unterschreiben, in Ausfertigung den Parteien zuzustellen und unter Beifügung der Beurkundung der Zustellung auf der Gerichtsschreiberei des nach § 1045 zuständigen Gerichtes niederzulegen (§ 1039). Der Schiedsspruch ist mit Gründen zu versehen, wenn nicht im Schiedsvertrag etwas Anderes ausgemacht ist. (§ 1041 Abs. 1 Z. 5 und Abs. 2). Es wird nur erfordert, daß eine hiernach notwendige sachliche Begründung gegeben ist. Sie braucht weder vollständig, noch erschöpfend, noch sachgemäß zu sein.

Der Schiedsspruch hat unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urteiles. Lediglich aus den in § 1041 angegebenen Gründen kann seine Aufhebung im Wege der Klage bei dem nach §§ 1046 und 1045 zuständigen Gericht beantragt werden. Auf diese Anfechtung kann nur in den in § 1041 Ziffer 4 und 5 bezeichneten Punkten verzichtet werden (§ 1041 Abs. 2). Dieser Verzicht muß klar und ausdrücklich geschehen. In der allgemeinen Klausel: „unter Ausschuß des Rechtsweges“ ist er im Zweifel noch nicht enthalten.

Die Zwangsvollstreckung aus dem Schiedsspruch kann nur stattfinden, wenn ihre Zulässigkeit durch ein Vollstreckungsurteil ausgesprochen ist. Auf Erlassung derselben ist bei dem zuständigen Gericht (§ 1046) Klage zu erheben. Das Urteil wird ohne Prüfung der Richtigkeit des Schiedsspruches erlassen, vorausgesetzt, daß letzterer gehörig unterschrieben und auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt ist, und daß nicht einer der Gründe vorliegt, aus denen die Aufhebung des Schiedsspruches beantragt werden kann (§ 1042). Nach Erlassung des Vollstreckungsurteiles kann die Aufhebung des Schiedsspruches nur noch aus den in § 1041 Ziff. 6 bezeichneten Gründen und nur dann beantragt werden, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Partei ohne ihr Verschulden außer Stande gewesen sei, den Aufhebungsgrund in dem früheren Verfahren geltend zu machen (§ 1043). Diese Aufhebungsklage ist aber nach den näheren Bestimmungen des § 1044 binnen einer Frist von einem Monat zu erheben und nach Ablauf von zehn Jahren nach dem Eintritt der Rechtskraft des Vollstreckungsurteiles überhaupt nicht mehr statthaft.

^{*)} Kein Schiedsvertrag liegt vor, wenn die Ermittlung von bloßen Tatsachen, z. B. die Ermittlung eines Preises, der bisher noch nicht festgestellt war, in das billige Ermessen eines Dritten oder einer Mehrheit von Personen gelegt wird. Solche Personen heißen Schiedsmänner oder Arbitratoren. Auch Dispatcheure im Sinne des § 729 Handelsgesetzbuches, des § 87 des Binnenschiffahrtsgesetzes und der §§ 149 ff. des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind nicht Schiedsrichter. In diesen Fällen finden die dem schiedsrichterlichen Verfahren eigentümlichen Vorschriften keine Anwendung.

Der Schiedsspruch hat sich natürlich auch darüber auszusprechen, wer die Kosten des Verfahrens zu tragen hat oder wie diese zu verteilen sind. Die Eintreibung der Kosten erfolgt dann nach Rechtskraft des Vollstreckungs-Urteiles wie diejenige der Hauptsumme. Dazu bedarf es aber auch der ziffernmäßigen Festsetzung der Höhe der Kosten. Diese ist, wie das Reichsgericht (Bd. 59 S. 149 ff. der Sammlung) entschieden hat, ebenfalls Sache des Schiedsgerichtes. Gegebenenfalls hat letzteres seinen Spruch nachträglich in dieser Hinsicht zu ergänzen. Erst wenn eine Ergänzung wegen Tod oder Weigerung der Schiedsrichter oder aus einem sonstigen Grunde des

§ 1033 Ziff. 1 nicht möglich ist, tritt das ordentliche staatliche Gericht ein. Die Schiedsrichter werden jedoch ihre eigenen Kosten im Zweifel nicht einseitig festsetzen können, sondern nur im Einvernehmen mit den Parteien.

Auch durch Vereinsstatut, Testament usw. können Schiedsgerichte in bindender Form angeordnet werden, auf welche dann obige Bestimmungen ebenfalls entsprechende Anwendung finden (§ 1048).

Endlich ist zu bemerken, daß Bestechung und vorsätzliche Rechtsbeugung beim Schiedsrichter wie beim staatlichen Richter mit Zuchthaus bestraft werden (§ 334 u. 336 Strafgesetzbuch). —

Vermischtes.

Die Wallot-Gedächtnisfeier in Berlin, veranstaltet am 27. Oktober im Reichstagsgebäude durch die „Vereinigung Berliner Architekten“, den „Architekten-Verein“ zu Berlin, die Ortsgruppe Berlin des „Bundes Deutscher Architekten“ und den „Verein Berliner Künstler“ wird, wie wir in Ergänzung unserer Mitteilung S. 715, No. 81, nachtragen, in der nach den Angaben des Architekten Arnold Hartmann für die Feier vorbereiteten Kuppelhalle in der Weise vorsich gehen, daß nach dem Gesang des „Beati mortui“ nach der Offenbarung Johannis von Felix Mendelssohn-Bartholdy durch den „Berliner Lehrer-Gesang-Verein“ Hr. Min.-Dir. Wirkl. Geh. Rat Dr.-Ing. h. c. K. Hincckeldeyn-Berlin die Versammlung begrüßen, während Hr. Geh. Hofrat Prof. Dr.-Ing. h. c. Friedrich von Thiersch-München die Gedächtnisrede halten wird. Der Rede folgen Ansprachen von Vertretern der Städte, in denen Wallot vorwiegend gewirkt hat; es werden sprechen Hr. kgl. Brt. Rich. Wolffenstein für Berlin, Hr. Geh. Hofrat Prof. Dr.-Ing. h. c. Cornelius Gurliitt für Dresden und Hr. kgl. Brt. Ludw. Neher für Frankfurt a. M. Ein Schlußgesang: „Ruhe, schönsten Glück der Erde“ von Franz Schubert, gleichfalls vom „Berliner Lehrer-Gesangverein“ vorgetragen, beschließt die Feier, die um 12 Uhr beginnt.

Eine Ausstellung von Entwürfen Wallots wird im nördlichen Umgang des Reichstagsgebäudes am Tage der Feier und am folgenden Tage offen sein. —

Die kürzlich beschlossene Erweiterung des Hafens von Cuxhaven hat namentlich den Zweck, der Hamburg-Amerika-Linie bessere Hafeneinrichtungen für ihre großen Schiffe der Imperator-Klasse zu verschaffen. Der Hafen soll dementsprechend erweitert und auf 12 m bei mittlerem N. W. vertieft werden. Die Pläne sollen nach den ungünstigen Erfahrungen, die man mit den Erweiterungen der 90er Jahre gemacht hat, im Einverständnis mit der genannten Gesellschaft aufgestellt werden, die dem Hamburger Staat für Benutzung des Hafens während 10 Jahren ein Tonnengeld von mindestens 325000 M. zusichert und außerdem die Kosten für einige für ihre besonderen Zwecke herzustellenden Anlagen mit 8% verzinsen will. Die Kosten für die der Großschiffahrt dienenden Erweiterungsbauten sind auf 8 Mill. M. veranschlagt. Dazu kommen 1,85 Mill. M. für die geplante Erweiterung des Fischereihafens, der für den Verkehr von 40—45 Fischdampfern Platz bieten soll. Auch die Leistungsfähigkeit des Fischversand-Bahnhofes soll entsprechend gesteigert werden. —

Tote.

Staatsrat Freiherr von Schacky auf Schönfeld †. In München ist am 16. Oktober im Alter von 64 Jahren der kgl. Staatsrat im ordentlichen Dienst und Ministerial-Direktor, Vorstand der Bauabteilung des bayerischen Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten Dr.-Ing. h. c. Eugen Freiherr von Schacky auf Schönfeld Exzellenz nach langem schweren Leiden verschieden. Mit ihm ist einer der hervorragendsten bayerischen Staatsbaubeamten dahingegangen. Der Verstorbene wurde am 17. Aug. 1848 in Offendorf in der bayerischen Oberpfalz geboren und machte seine fachlichen Studien am damaligen Polytechnikum in München. Seine praktische Tätigkeit begann er beim Bahnbau Landsberg—Schongau und rückte 1886 zum Abteilungs-Ingenieur in Bamberg vor. Nach einer vorübergehenden Tätigkeit in der Generaldirektion der Staatseisenbahnen in München ging er 1890 nach Bamberg zurück, wurde aber 1896 als Oberingenieur wieder in die Generaldirektion berufen. Einige Zeit war er Vorstand des Oberbahnamtes München und hatte in dieser Stellung Gelegenheit, die Erfahrungen im praktischen äußeren Dienst zu sammeln, die ihn später befähigten, bei der Neuordnung der bayerischen Verkehrs-Verwaltung erfolgreich mitzuwirken. Nach dieser Neuordnung wurde er an die Spitze der Bauabteilung des neuen Verkehrs-Ministeriums berufen. 1907 wurde der Verstorbene zum Staatsrat im ordentlichen Dienst ernannt. Er war ein in hohem Grade organisatorisch veranlagter,

schaffensfreudiger Beamter, dem neben seiner umfangreichen Tätigkeit für die Anlage neuer Lokalbahnen, für die Umgestaltung des Hauptbahnhofes in München, für die Verwertung der bayerischen Wasserkräfte für die Zwecke der Staatseisenbahnen das Verdienst nachgerühmt wird, auch ausgleichend in den Beziehungen zwischen Technikern und Juristen gewirkt zu haben. Die Technische Hochschule in München begründete seine Ernennung zum Ehrendoktor der technischen Wissenschaften mit der Anerkennung, die seinen vom fortschrittlichen Geiste getragenen, tatkräftigen und erfolgreichen Bemühungen um die Förderung des Eisenbahn-Ingenieurwesens in Bayern gezollt werden müsse. Gibt es eine schönere Anerkennung eines selbstlosen Lebenswerkes? —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für den Neubau eines Rathauses für Schwerte an der Ruhr wird vom Magistrat für Bewerber erlassen, die in den Provinzen Westfalen und Rheinland geboren oder ansässig sind. Frist: 15. Jan. 1913. 3 Preise von 1500, 1200 und 900 M. Ankäufe für je 400 M. vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Reg.-u. Brt. Mund in Arnsberg, kgl. Brt. Claren und kgl. Brt. Kullrich in Dortmund, sowie Stadtmstr. Bierbach in Schwerte. Unter den Ersatzleuten Stadtbauinsp. Uhlig in Dortmund. Unterlagen gegen 3 M., die zurück erstattet werden, durch den Magistrat der Stadt Schwerte. —

In dem Preisausschreiben Missionshaus Barmen ist beim Preisgericht eine Aenderung insofern eingetreten, als in dem Bestreben, den technischen Mitgliedern die Mehrzahl zu verschaffen, zwei nicht technische Mitglieder aus dem Preisgericht ausgeschieden sind. Bausumme 700000 M. Die Summe der Preise ist mit Rücksicht auf den Umstand bemessen, daß die Missions-Gesellschaft ausschließlich von mildtätigen Gaben lebt und den Charakter einer Wohltätigkeits-Anstalt besitzt. Die Gesellschaft verpflichtet sich nicht, einen der Preisträger mit der weiteren Bearbeitung und Bauleitung zu beauftragen. Es handelt sich um eine Baugruppe bestehend aus einer Anzahl von Gebäuden, darunter Verwaltungsgebäude, Schulgebäude, Heim für Gäste, Oekonomiegebäude usw. Das Grundstück liegt in der Zone für Landhausbebauung, daher wird auf das Gesamtbild und auf den Umstand großer Wert gelegt, daß kasernenartige Massenwirkungen, sowie zu große Höhenentwicklungen der einzelnen Baukörper nicht geplant werden. Ein bestimmter Baustil wird nicht vorgeschrieben; doch sind Ziegelfugbau und rote Dachdeckung auszuschließen. Die etwas zahlreichen Zeichnungen sind 1:200 verlangt, schwarzweiß, nicht buntfarbig. —

Wettbewerb Reform-Progymnasium Gladbeck. Die Verfasser der zum Ankauf empfohlenen Entwürfe sind folgende: Für den Entwurf „Freude“ Hr. Emil Fahrenkamp, für den Entwurf „O schöne Nacht“ Hr. Hans Tietmann, für den Entwurf „Lehrstätte“ die Hrn. Aug. Pramann und Gotth. Nestler, sämtlich in Düsseldorf.

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für einen Saalbau in Cassel (Bebauung des ehemaligen Stadtbaugrundstückes) sind 35 Arbeiten aus Stadt und Landkreis Cassel, auf die der Wettbewerb beschränkt war, eingelaufen. 3 gleiche Preise von je 900 M. gewannen die Hrn. Heinr. Bangermann, Hans Bachfeld, sowie Hummel & Rothe in Cassel. Für je 400 M. wurden angekauft die Entwürfe der Hrn. P. P. Junker und P. Illge, gleichfalls in Cassel. —

Bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die architektonische Ausgestaltung der neuen Ihme-Brücke zwischen Hannover und Linden wurde dem Architekten F. W. Schick in Hannover einer der beiden I. Preise zuerkannt. Ihm wurde vom Landesdirektorium Hannover nunmehr die Ausführung übertragen. —

Inhalt: Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York. (Schluß). — Zwölfter Tag für Denkmalpflege in Halberstadt. (Schluß). — Ueber das schiedsrichterliche Verfahren. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das neue Gebäude der „Öffentlichen Bibliothek“ in New York.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DAS KAUFHAUS A. WERTHEIM AN DER KÖNIG-STRASSE IN
BERLIN. * ARCHITEKTEN KAYSER & VON GROSZHEIM UND
ERNST RENTSCH IN BERLIN. * ANSICHT VON DER KÖNIG-
STRASSE UND DER NEUEN FRIEDRICH-STRASSE. * * * * *
* DEUTSCHE BAUZEITUNG XLVI. JAHRGANG 1912 NO. 86. *



Schlußsteine der Hauptfassade an der König-Straße. Bildhauer: Professor R. Guhr in Berlin.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. N^o 86. BERLIN, DEN 26. OKTOBER 1912.

Der Neubau des Warenhauses A. Wertheim an der König-Straße in Berlin.

Architekten: Kayser & von Groszheim, Geheime Bauräte, und Ernst Rentsch in Berlin.

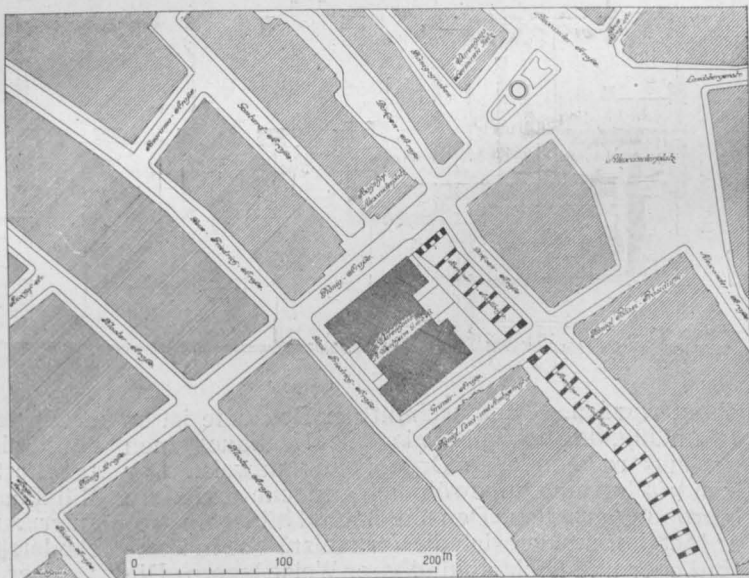
Hierzu eine Bildbeilage.

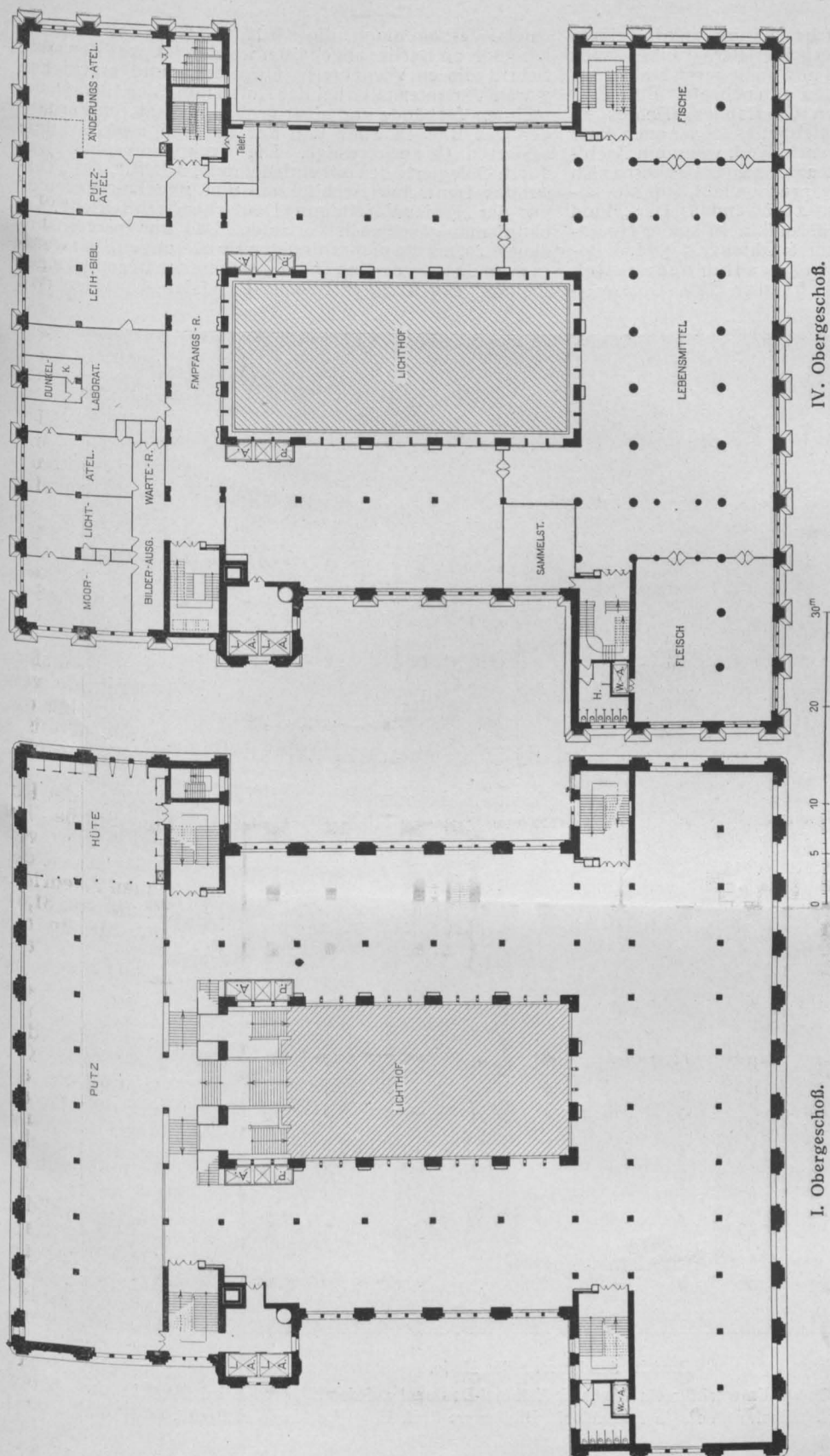


Lrotz aller Belastungen mit Steuern, sowie mit bau-, feuer- und sicherheitspolizeilichen Maßnahmen, befindet sich die Warenhaus-Industrie in Berlin und in anderen Großstädten in so fortschreitender Entwicklung, daß Erweiterungs- und Neubauten durch die bekanntesten Warenhaus-Firmen ununter-

unmittelbarer an das Warenhaus herangebracht und es sind hier Verhältnisse geschaffen worden, welche der Verkehrsentwicklung der nächsten Zukunft in höherem Maße gerecht zu werden vermögen, als es unter den alten Verhältnissen der Fall gewesen wäre, um so mehr, als der Neubau noch 1,8 m hinter der alten Baufucht errichtet wurde, sodaß breite Räume für die Fußgänger möglich wurden. Das Gelände hat eine Größe von rd. 6692 qm, von welchen rd. 4982 qm

unterbrochen und mit großen Opfern unternommen werden. Eine der jüngsten Schöpfungen der Firma A. Wertheim ist das neue Kaufhaus an der König-Straße, ein Konkurrenz-Unternehmen zu dem großen Kaufhause, das die Firma Herm. Tietz am Alexander-Platz errichtet und im Umfang des ganzen Stadtviertels erweitert hat. Der Neubau Wertheim steht auf dem Block, der von der König-Straße, der Neuen Friedrich-Straße, der Gruner-Straße und der Stadtbahn begrenzt wird. Er steht auf einem Gelände, dem die ehemaligen Königskolonnen vorgelagert waren, die abgetragen wurden und ihre Neuaufstellung im alten botanischen Garten an der Potsdamer-Straße erhalten haben. Durch die Entfernung dieser Kolonnen, die man im Interesse geschichtlicher Ueberlieferung bedauern kann, im Interesse des Verkehrs aber als eine notwendige Forderung bezeichnen darf, sind die vorüberflutenden Menschenmassen





Verkehrs - Mittelpunkt des Hauses bildet, ist 36^m lang und 16^m breit; er hat eine Fläche von 576 q^m. Zu ihm führt ein Haupteingang von der Hauptfront an der König-Straße; er ist aber auch von der Neuen Friedrich - Straße aus durch Nebeneingänge zugänglich. Von den Eingängen werden die Besucher leicht auf die außerordentlich zweckmäßig gelegten Treppen geleitet, die mit 2,5^m Laufbreite stattlicher entwickelt sind, als die üblichen Treppen der Berliner Geschäftshäuseres mit nur 1,8^m Laufbreite zueinander. Eine fünfte, gleich den übrigen auch feuersichere Treppe hat den Charakter einer Nebentreppe und dient lediglich dem Verkehr des Personales. Im Hause sind weiter vorhanden 3 große Lastenaufzüge und eine Wendelrutsche, d. h. ein selbsttätiges Förderwerk für Waren nach der Expedition. Alle Anlagen sind so, daß der Verkehr in der einfachsten Weise und auf den kürzesten Wegen geführt und geleitet ist.

Im Kellergeschoß, auf dessen Raumverteilung wir noch zurückkommen, ist die Baustelle in ihrer vollen Ausdehnung, d. h. bis in alle Winkel, für den Geschäfts- und Wirtschaftsverkehr des Warenhauses nutzbar gemacht worden, während zur Erhellung der aufgehenden Geschosse stattliche Höfe unbebaut gelassen sind, deren Fläche nur im Erdgeschoß durch einen fast quadratischen Raum für Kurzwaren gegen die Stadtbahn und durch einen Raum in der Form eines länglichen Rechteckes für Drogerie an der Neuen Friedrich-Straße gemindert ist. — (Fortsetzung folgt.)

Die Bekämpfung des Schmiergelder-Unwesens im Baugewerbe.

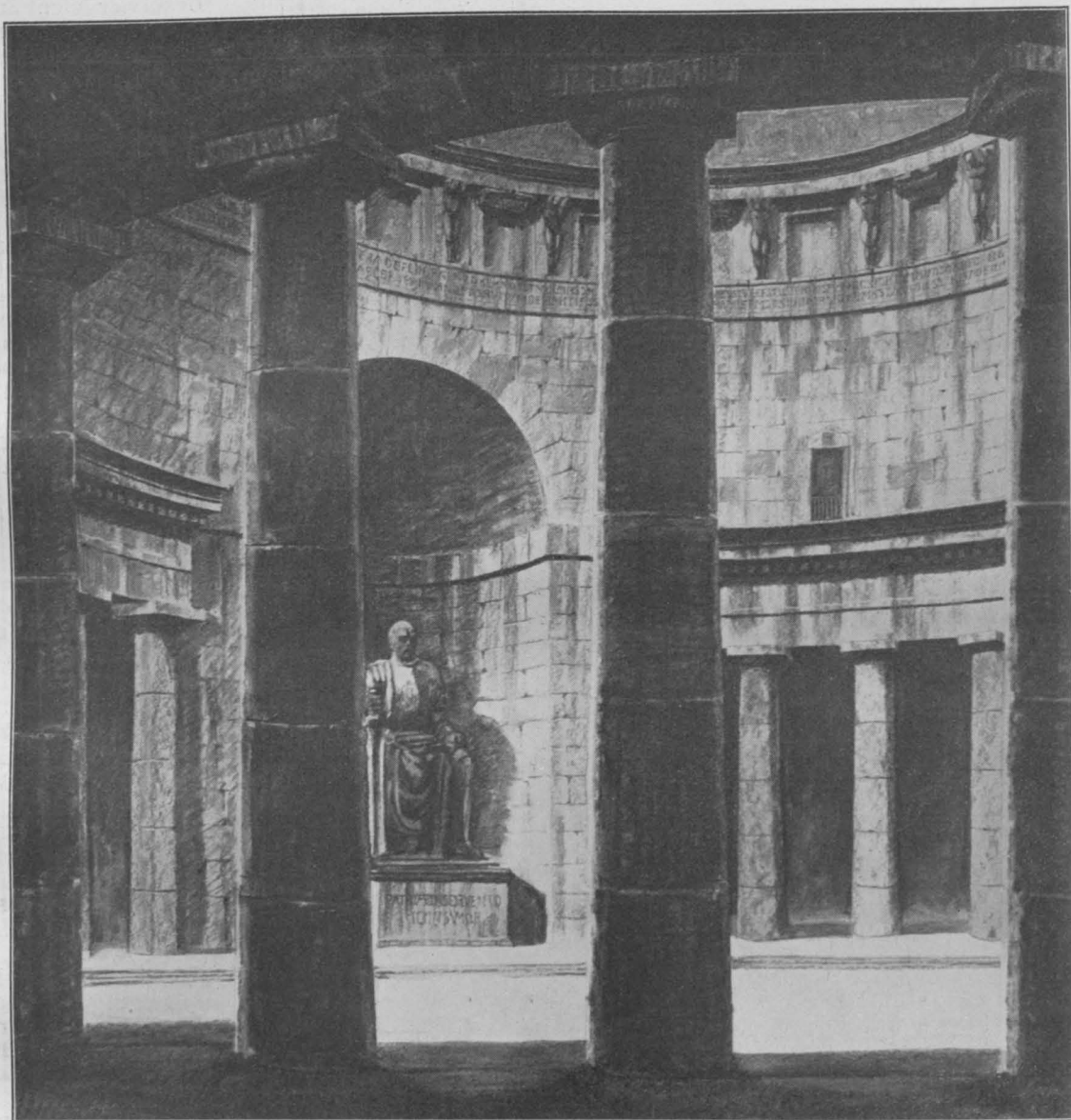
Werden seitens eines Lieferanten oder Unternehmers Provisionen oder Rabatte auf Bestellungen gewährt, so fallen diese dem Bauherrn zu“. So besagt in ihrem § 1, Abs. 15 die „Gebühren-Ordnung für Architekten und Ingenieure“, die ihre jetzige Fassung im Jahre 1901 in gemeinschaftlicher Arbeit des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, des „Vereins Deutscher Ingenieure“, des „Verbandes Deutscher Elektrotechniker“, des „Vereins Deutscher Maschinen-Ingenieure“, des „Deutschen Vereins von Gas- und Wasser-

Fachmännern“ und des „Vereins Deutscher Zentralheizungs-Industrieller“ erhalten hat. Die Beteiligten glauben damit vollkommen klar ausgesprochen zu haben, daß der Architekt oder Ingenieur als Vertrauensmann des Bauherrn in keinem Falle für sich selbst derartige Zuwendungen annehmen dürfe, und gaben sich wohl auch der Erwartung hin, daß diese Bestimmung dazu geeignet sei, Lieferanten und Unternehmer von der Anbietung solcher Vorteile an den Architekten und Ingenieur in der unlauteren Absicht, sich selbst dadurch Begünstigungen zu verschaffen, abzuhalten.

Das Reichsgesetz gegen den unlauteren Wett-

bewerb vom 1. Oktober 1909 beschäftigt sich in seinem § 12, dem sogenannten Schmiergelder-Paragrafen, auch mit der Frage der Provisionen und stellt deren Anbieten und Annahme unter Umständen unter Strafe. Eine Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichtes zu Hamburg vom 6. Juni 1912 bezeichnet es ferner auch dann als gegen die guten Sitten verstoßend, wenn ein Architekt oder Ingenieur als Beauftragter seines Bauherrn sich von Lieferanten Provision versprechen läßt, um sie seinem Bauherrn als Preisnachlaß zuzuwenden. Der „Bund Deutscher Architekten“ hat daraufhin in seiner Hauptversammlung zu Dresden am 6. Oktober d. J. den Beschluß gefaßt, eine Streichung des ihm bedenklich erscheinenden Abs. 15 des § 1 der Geb.-O. anzu-

rufene Versammlung, die am 19. d. Mts. in der Handelskammer zu Berlin abgehalten worden ist, war der erste Schritt dieses Vorgehens. Eingeladen und erschienen waren Vertreter aller bei der Aufstellung der Geb.-O. beteiligten Verbände und einer großen Anzahl von Verbänden des Baugewerbes und der am Baugewerbe interessierten Gewerbszweige. Die Architektenschaft war durch Delegierte des mit einladenden „B. D. A.“, des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ und der „Freien Vereinigung Deutscher Architekten“ verhältnismäßig schwach vertreten. Das war insofern bedauerlich, als die mehrstündigen Erörterungen sich weniger um das allgemeine Thema, als um das Besondere der Stellung des Architekten zum Provisions-Unwesen und



Ansicht des Inneren der Halle.

Der zur Ausführung bestimmte Entwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.
Architekt: Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf. Bildhauer: Prof. Hugo Lederer in Berlin.

streben und seine Mitglieder zu verpflichten, nicht mehr mit Firmen zu arbeiten, die den Architekten Zuwendungen irgend einer Art versprechen oder geben. Berichte über diese Beschlüsse in der Tagespresse konnten den Eindruck erwecken, als ob der betr. Paragraph der Geb.-O. das Provisions-Unwesen geradezu begünstige.

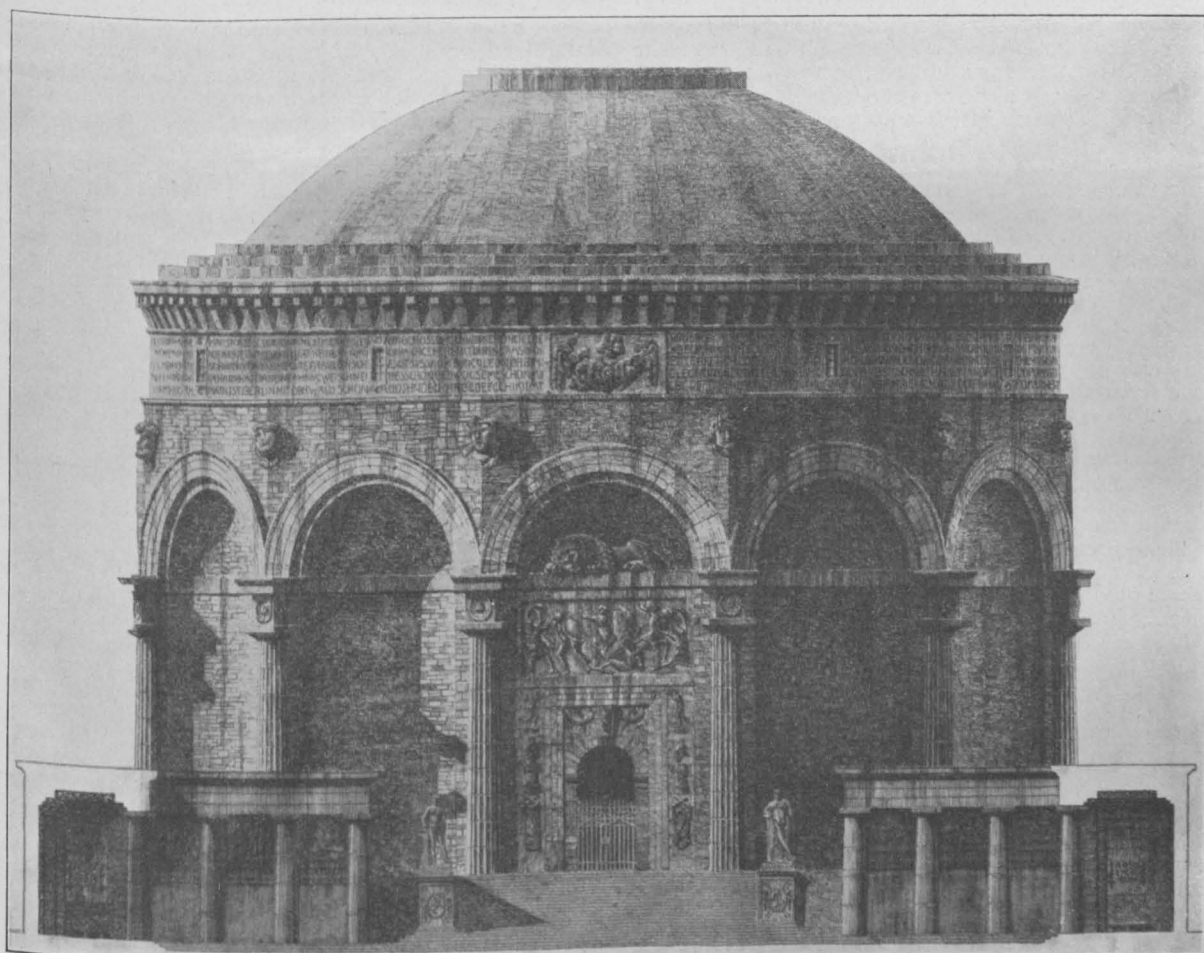
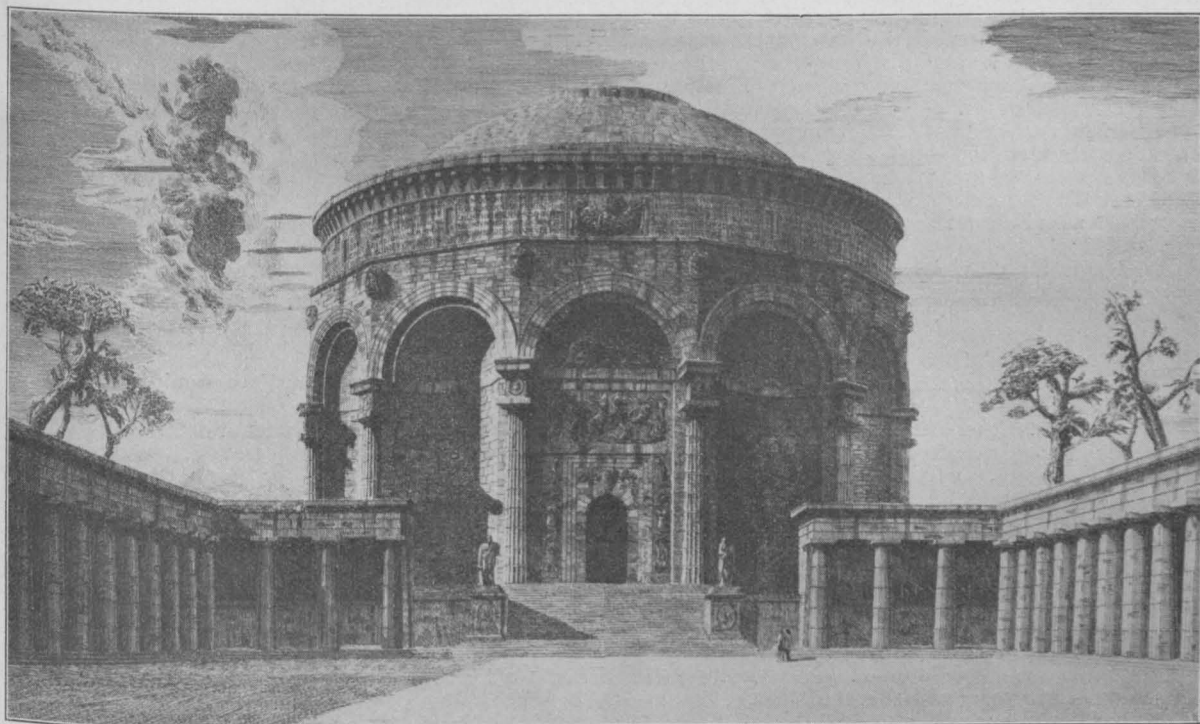
Der „B. D. A.“ hat sich dann mit dem „Verein gegen das Bestechungsunwesen E. V.“ mit dem Sitz in Berlin, dessen Vorsitzender Kommerz.-Rat Hüttenmüller in Ludwigshafen a. Rh. und dessen General-Sekretär Dr. Pohle in Berlin ist, in Verbindung gesetzt und seine Unterstützung bei der Bekämpfung des Schmiergelder-Unwesens im Bauwesen erboten. Eine mit dieser allgemeinen Tagesordnung vom Vorsitzenden genannten Vereins und des „B. D. A.“ gemeinsam einbe-

um die Abänderungs-Bedürftigkeit des § 1, Abs. 15 der Geb.-O. drehten.

Den Verhandlungen gingen Berichterstattungen über die Sachlage durch den Geschäftsführer des B. D. A., Arch. Friedr. Paulsen in Dresden, und des Justizrates Dr. S. Fuld aus Mainz, 2. Vorsitz. des „Vereins gegen das Bestechungsunwesen“, voraus. Der erste Redner gab ein ziemlich pessimistisches Bild von dem Umfang des Schmiergelder-Unwesens im Baugewerbe, das hier einen sehr günstigen Boden finde, dabei in seiner Wirkung auf unrechtmäßige Begünstigung des Unternehmers meist sehr schwer zu kontrollieren sei, selbst da, wo es sich um sehr bedeutende Preisaufschläge zu Ungunsten des Bauherrn handele. Es kämen recht beträchtliche Summen in Betracht, die das Bauen verteuerten, sodaß auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse dagegen ein-

geschritten werden müsse. Vor allem sei der jetzige Zustand geeignet, ein allgemeines Mißtrauen hervorzurufen, unter dem der solide Unternehmer und Architekt mit leiden müsse. Redner weist dann auf den § 1, Abs. 15 der

Ausdruck komme, indem die Sätze schon im Vertrag festgelegt würden, sodaß der Bauherr wisse, daß er nicht überverteilt werde, und der Architekt nicht in den Verdacht kommen könne, sich persönliche Vorteile zu verschaffen.



Der zur Ausführung bestimmte Entwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.
Architekt: Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf. Bildhauer: Prof. Hugo Lederer in Berlin.

Geb.-O. im Sinne der schon erwähnten B. D. A.-Beschlüsse hin. So lange die Bestimmung der Geb.-O. aber bestehe, müsse darauf gedrungen werden, daß, falls Provision oder Rabatt irgend welcher Art gegeben werde, dies klar zum

Der zweite Berichterstatter, Hr. Dr. Fuld, ging aus von der rechtlichen Stellung des Architekten und Ingenieurs zum Bauherrn, die sich als eine Vertrauensstellung und nach den übereinstimmenden Entscheidungen der neueren

Rechtsprechung als Dienstvertrag kennzeichne, während man früher einen Werkvertrag als vorliegend angenommen habe. Nach § 626 B.G. könne daher der Vertrag vom Bauherrn „aus wichtigen Gründen“ ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Zu den „wichtigen Gründen“ gehöre es aber zweifellos, wenn sich der Architekt vom Unternehmer Provision oder Rabatt versprechen lasse, denn der Dienstvertrag setze ein Treu- und Glaubens-Verhältnis als eine Hauptgrundlage voraus. Schon vor Erlass des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb habe die Rechtsprechung die Gewährung von Schmiergeldern an Architekten und Ingenieure als „gegen die guten Sitten verstößend“ bezeichnet und habe mit Rücksicht auf die besondere Stellung des Architekten und Ingenieurs zum Bauherrn schärfer geurteilt, als sonst in ähnlichen Fällen.

Als Belag hierfür verweist Redner u. a. auf die Entscheidung des Reichsgerichtes vom 26. August 1906, abgedruckt in der Zeitschrift „Das Recht“ v. J. 1906 (nicht in der offiz. Sammlung der Entscheidungen), ferner auf das Urteil des reichsländ. Ober-Landesgerichtes zu Colmar vom 17. Nov. 1910, das die Frage noch schärfer behandle. Es bezeichnet das Versprechen der Gewährung von Provision als „gegen die guten Sitten verstößend“ und demzufolge als „nichtig“. Die Provision habe einen unsittlichen Charakter, da sie geeignet erscheine, die Objektivität des Architekten zu beeinträchtigen. Eine wirkliche Schädigung des Bauherrn brauche dabei noch garnicht eingetreten zu sein. Grundsätzlich und praktisch von besonderer Bedeutung ist dann die schon erwähnte Entscheidung auf diesem Gebiet vom 16. Juni 1912, die vom hanseat. Ober-Landesgericht zu Hamburg gefällt worden ist. Dieses Urteil führt zunächst aus, daß die Provision nur zu dem Zweck gewährt werde, daß dafür die Interessen des Unternehmers wahrgenommen würden, und zwar auch gegen das Interesse des Bauherrn. Das sei sittenwidrig, auch wenn es vielfach Gebrauch sei. Es dürfe nicht als eine zulässige „Uebung“ angesehen werden, weil es in den beteiligten Kreisen vielleicht garnicht als unzulässig betrachtet wird. Das Urteil kommt ferner zu dem Ergebnis, daß der sittenwidrige Charakter der Handlung nicht dadurch aufgehoben werde, daß die Rabatte usw. dem Bauherrn zugewendet würden. Für die rechtliche Beurteilung sei es ganz gleichgültig, was damit geschehe. Auch wenn der Bauherr in keiner Weise geschädigt werde, bleibe der unsittliche, gesetzwidrige Charakter bestehen. Das Vergehen ist nach den Ausführungen des Redners eben ein Vergehen gegen die Allgemeinheit. Der Abs. 15 des § 1 der Geb.-O. stehe hiernach im Widerspruch mit dem geltenden Recht.

Redner geht dann auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein, dessen § 12 das Geben und Empfangen von Schmiergeldern unter Strafe stellt, jedoch nur dann, wenn der Empfänger als der Angestellte eines Betriebes anzusehen ist. Daraus ergibt sich die eigentümliche Rechtslage, daß das Empfangen von Schmiergeldern durch einen Architekten strafflos bleibt, wenn derselbe für einen Privatmann baut. Dieses eigentümliche Verhältnis charakterisiert der Vortragende besonders scharf an folgendem Beispiel: Eine Wohltätigkeits-Anstalt läßt durch einen Architekten einen Bau ausführen, in dem z. B. verwaarloste Kinder erzogen werden sollen. Er macht sich durch das Nehmen von Schmiergeldern nicht strafbar, würde es aber in dem Falle tun, wenn die Anstalt als ein Erwerbsunternehmen gebaut würde. Das erscheint nicht gerechtfertigt, das Gesetz ist aber in der vorliegenden Form vom Reichstag s. Zt. beschlossen worden und eine Abänderung ist in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten. Allerdings kann der Architekt nach § 1 des Gesetzes auf Schadenersatz belangt werden, wenn der sittenwidrige Charakter der Abrede festgestellt ist; das war aber auch schon nach der bisherigen Rechtsprechung möglich.

Redner stellt sich auch auf den Standpunkt des hanseatischen Ober-Landesgerichtes, daß unter keinen Umständen Rabatte und Provisionen von Architekten angenommen werden dürfen, ganz ohne Rücksicht darauf, welchem Verwendungszweck diese zugeführt werden sollen.

In der sich anschließenden Aussprache wird aus dem Kreise der anwesenden Architekten zunächst nachdrücklich hervorgehoben, daß die Annahme von Rabatten in eigenem Interesse in Architekten-Kreisen stets als unanständig verurteilt worden sei. Nach dieser Richtung sei auch die Bestimmung der Geb.-O. völlig klar. Es wird ferner betont, daß das Schmiergelder-Unwesen in Architekten-Kreisen keineswegs eine so ausgedehnte Verbreitung besitze, daß sich gerade auf diesem Gebiete besondere Maßnahmen als dringlich erwiesen hätten. Schwarze Schafe finden sich schließlich in jedem Berufe. Beden-

lich sei allerdings die z. T. verbreitete Ansicht der Lieferanten und Unternehmer, an die Bürovorsteher großer Architekten- und Baufirmen Provisionen geben zu müssen, um sich deren Wohlwollen und eine dauernde Geschäftsverbindung zu sichern. Dem muß entschieden entgegen getreten werden. Für die Streichung des Abs. 15, § 1 der Geb.-O. findet sich zunächst keine besondere Stimmung, nachdem die schon einleitend erwähnten Absichten dargelegt wurden, die man mit demselben verfolgt hat. Vielleicht sei es jedoch zweckmäßig, den Paragraphen in dem schon von dem I. Berichterstatter erwähnten Sinne zu erweitern, daß die Rabatte usw. schon in den Vertragspreisen klar zum Ausdruck kommen sollen. Dem stehen allerdings, wie hervorgehoben wurde, insofern Schwierigkeiten entgegen, als die Lieferanten vielfach durch Konventionen gebunden sind, diese Abzüge nicht von vornherein von den Preisen zu machen.

Um das möglich zu machen, müsse der Architekt vom Lieferanten in gleicher Weise wie der Wiederverkäufer behandelt werden, nur daß die Vorteile den Bauherren zufließen.

Im übrigen wurde aus der Versammlung heraus auch die Frage aufgeworfen, ob denn diese Versammlung das geeignete Forum sei, um über diese Fragen zu verhandeln, die doch die Architekten-Kreise zunächst unter sich abzumachen hätten. Vom Vorstandstisch wurde darauf erwidert, daß es allerdings nicht Aufgabe der Versammlung sei, sich gerade mit der Geb.-O. der Architekten zu befassen. Die Verhandlungen seien nach dieser Richtung auf ein falsches Gebiet geraten. Im übrigen habe sich der „Verein gegen das Bestechungsunwesen“ mit dieser Frage befaßt, da er aus dem Kreise der Architekten selbst, durch den B. D. A., ja zur Mitwirkung aufgefordert worden sei, und seine Aufgabe darin erblicke, überall dem Bestechungs-Unwesen durch Aufklärung und Einwirkung auf die maßgebenden Stellen entgegen zu treten. Daß auf dem vorliegenden Gebiete im übrigen Mißstände vorliegen, das ginge doch aus einer bekannten Gerichtsverhandlung hervor, in welcher zwei Bausachverständige offen erklärt hätten, daß das Geben und Nehmen von Provisionen in Baukreisen geradezu zu einer „Uebung“ geworden sei. (Unseres Wissens sind die in diesem Sinne lautenden ersten Presseberichte nachträglich erheblich eingeschränkt worden, außerdem hat diese Mitteilung sofort eine energische Zurückweisung aus dem Kreise der Architekten erfahren. Die Red.) Daß der Abs. 15, § 1 der Geb.-O. mit dem geltenden Recht in Widerspruch stehe, sei doch festgestellt, und seine Fassung lasse jedenfalls eine falsche Auffassung zu.

Ein Beschluß konnte in der Versammlung um so weniger gefaßt werden, als die Vertreter der einzelnen Verbände dazu gar kein Mandat besaßen. Das Ergebnis der Verhandlung wurde aber in der folgenden Erklärung zusammengefaßt:

1. In der vom „Verein gegen das Bestechungsunwesen“ gemeinsam mit dem „Bund Deutscher Architekten“ einberufenen Vertreter-Versammlung der Verbände der Architekten und Ingenieure und der Verbände aller Zweige des Baugewerbes wurde die gegenwärtige Rechtslage dahin gekennzeichnet:

a) Wird zwischen dem Lieferanten oder Unternehmer und dem angestellten oder beauftragten Architekten oder Ingenieur die Zahlung von Provisionen oder Rabatten zur Zuwendung von Aufträgen vereinbart, so machen sich beide Teile nach dem § 12 des Wettbewerbs-Gesetzes (Schmiergelder-Paragraph) strafbar.

b) Solche Provisionsversprechen sind auch zivilrechtlich ungültig, weil sie gegen die guten Sitten verstößen, und zwar nach der geltenden Rechtsprechung auch dann, wenn der Architekt oder Ingenieur sich die Provision versprechen läßt, um sie dem Bauherrn ohne Wissen des Lieferanten als Preisnachlaß zu verschaffen. Werden hinter dem Rücken des Bauherrn solche Provisionen vereinbart, so kann der Bauherr den Werkvertrag mit dem Unternehmer anfechten.

2. Als Folge dieser Rechtslage erklären ferner der „Verein gegen das Bestechungsunwesen“ und der „Bund Deutscher Architekten“ die Erreichung folgenden Zieles als notwendig:

c) die Bestimmung des § 1, Ziffer 15 der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure, wonach Provisionen oder Rabatte, die der Lieferant oder Unternehmer dem beauftragten Architekten oder Ingenieur gewährt, dem Bauherrn zufallen, ist zu beseitigen, weil aus dieser Bestimmung die Zulässigkeit solcher Provisionen gefolgert werden kann.

d) Es wird den Verbänden der Architekten und Ingenieure empfohlen, ihre Mitglieder entsprechend dem geplanten Vorgehen des „Bundes Deutscher Architekten“

zu verpflichten, mit Firmen nicht mehr zu arbeiten, die dem beauftragten Architekten oder Ingenieur Zuwendungen irgend welcher Art versprechen oder geben, um Aufträge zu erlangen. Offerten dürfen Aufschläge für solche Zwecke nicht enthalten. —

Nachdem diese Fragen durch den veröffentlichten Beschluß des „Bundes Deutscher Architekten“ aus dieser Versammlung in die breitere Öffentlichkeit getragen worden sind, die die Architektenschaft übrigens nicht zu scheuen braucht, werden sie zunächst im eigenen Kreise einer Lösung zugeführt werden müssen, was taktisch

wohl von vornherein das Richtige gewesen wäre. Gerade in solchen Fragen, die den ganzen Stand betreffen, müßte die gesamte Vertretung der deutschen Privat-Architektenschaft gemeinsam vorgehen. Die anwesenden Vertreter mußten bei diesen Beratungen, als dabei auch die Frage der Anerkennung der Geb.-Ö. durch die Gerichte gestreift wurde, von juristischer Seite die bittere Wahrheit hören, daß dazu vorher eine geschlossene Organisation des ganzen Standes der Privat-Architekten notwendig sei, während sich jetzt noch neue Interessengruppen bildeten, die zum Teil widersprechende Ziele verfolgten. — Fr. E.

Die Architektur- und Baugewerbe-Ausstellung in Krakau 1912.^{*)}

Von Julius von Bük.



Wanzig Jahre sind seit der ersten galizischen Baugewerbe-Ausstellung verfloßen, die in Lemberg in den Hörsälen und im Garten der Technischen Hochschule im Jahre 1892 abgehalten wurde. Ein ausgezeichnete Architekt, Prof. R. v. Zacheriewicz, Vorstand der Hochschule daselbst, gab hierzu die Anregung und war der technische und künstlerische Leiter dieser ersten Veranstaltung. Sowohl in der Architektur-Abteilung, als in dem großen Gebiete der Bauindustrie wurde viel Lobenswertes geboten; namentlich in der Gruppe Steine und Erden machte sich der Uebergang zu großindustriellen Betrieben schon damals bemerkbar.

Eine Fachausstellung, die dieses Jahr statt hatte, wandelte andere Bahnen. Sie wollte ein Wettbewerb polnischer Architekten aus Galizien, Preussisch- und Russisch-Polen sein. Auch Bauindustrielle aus Polen, wenn auch in geringer Zahl, hatten sich in dieser Gruppe beteiligt. Da auch die neuzeitliche Gartenkunst im Verein mit dem Wohnhausbau als Programm des Wettbewerbes gegeben war, so mußten neue Ausstellungsbauten mit Gartenanlagen hergestellt werden, die am Ende der neuen Wolska-Straße Platz fanden.

Ein jeder Bericht über eine Bau- und Baugewerbe-Ausstellung regt, wie man aus alter Erfahrung weiß, zu der berechtigten Frage an: Was bietet die Stadt an Monumental-, Privat- und Industriebauten; herrscht eine rege Bautätigkeit, die den Baugewerben die unerläßliche Förderung zu bieten vermag?

Krakau, diese alte monumentale Stadt ist in der deutschen Bauliteratur noch nicht geziemend gewürdigt worden. Man findet nur in den alten Jahrgängen der „Mitteilungen der k. k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung von historischen Baudenkmalen“ und in der einstigen Förster'schen Bauzeitung^{**)} vereinzelt Baubeschreibungen der alten Baudenkmale, die infolge zahlreicher Erneuerungen dem heutigen Bauzustande nicht mehr entsprechen. Einen dankenswerten Beitrag zur Baugeschichte Krakaus bietet die kürzlich erschienene und im ersten Halbbd. d. „D. B.“ d. Js., S. 114, besprochene eingehende Studie von A. Lauterbach: „Die Renaissance in Krakau“, welche den großen Einfluß der italienischen Architekten und Plastiker schildert, die mit der Königin Bona Sforza im 16. Jahrhundert in das Land kamen. In diesem Werke erklärt Lauterbach, daß die heimische Kunst damals viel zu schwach war, um der Kunst des Südens zu widerstehen, oder ihr eine Ausgestaltung im nationalen Sinne zu geben, sodaß die Renaissance in Polen die reinen und edlen Formen der italienischen Monumentalkunst, eine gewisse Einfachheit und Ruhe bewahrt hat. Man wird hier zahlreiche Kirchen und Privatbauten namentlich am Königsberg Wawel finden, die wie aus einem italienischen Stadtbild entrückt erscheinen.

Krakau ist reich an Meisterwerken der Architektur, eine plastische Baugeschichte, die mit den ersten Kirchenbauten 1079, dem romanischen Stil, beginnt. Um 1226 wird mit dem Bau der Marienkirche die Epoche des durch deutsche Baukünstler geförderten Spitzbogenstiles eröffnet, der bis zu Anfang des 16. Jahrhunderts die herrschende Bauweise geblieben ist. Das bedeutendste Baudenkmal dieser Kunstrichtung ist die auf der Wawelhöhe gelegene Domkirche, die zu den schönsten Kirchenbauten Europas zählt, mit den Grabstätten der polnischen Könige, Helden, Bischöfe, Dichter. Eine besondere künstlerische Eigenart verleihen dem herrlichen dreischiffigen Dom die 18 angebauten Kapellen im gotischen, Renaissance- und Barockstil mit zahlreichen Denkmälern der Goldschmiedekunst, Marmorplastik und Malerei. Ein Meisterwerk der

italienischen Renaissance ist die von Bartolomeo Berecci ausgeführte Sigismund-Kapelle, deren Wände mit feinen, prachtvollen Steinornamenten und Plastiken des Cino di Siena bedeckt sind. Der Florentiner Santo Gucci hat diesen Raum mit den Marmormenten der Könige Sigismund, Sigismund August und der Anna Jagellonka geschmückt. Eine Prachtarbeit der Goldschmiedekunst ist der Hauptaltar dieser herrlichen Kapelle, deren Kupferdach stark vergoldet ist. Ein Meisterwerk der kirchlichen Kunst ist auch die Kapelle des Königs Stefan Batori mit dem königlichen Thron aus rotem Marmor. Am Abhang des Wawel wurde von Kasimir dem Großen im 14. Jahrhundert anstelle eines alten Kastells ein neues Schloß erbaut, das später erweitert wurde und bis 1610 das Residenzschloß der polnischen Könige war. Mit seinen großen hohen Sälen, dem dreigeschossigen weiten Arkadenhof der Renaissance-Epoche zählt es zu den schönsten nordischen Bauwerken der italienischen Kunst. Seit 1796 wurde dasselbe als Kaserne benutzt. Sammlungen haben es ermöglicht, daß durch berufene Baukünstler derzeit an einer gründlichen Wiederherstellung des alten Königsbaues gearbeitet wird. Hervorragende gotische Bauten sind das alte Collegium majus, die Jagellonische Bibliothek mit dem Arkadenhof, das Collegium phisicum, der gotische Prachtbau des Collegium novum, der neuen Universität, ein imposanter Backsteinbau mit reich gegliederter Fassade. Den Mittelpunkt des großen Ringplatzes nimmt die 70^m lange, im 14. Jahrhundert von Kasimir dem Großen erbaute Tuchhalle ein, in deren Obergeschoß das sehenswerte Nationalmuseum mit einer wertvollen Gemädegalerie aufgestellt wurde.

Eine große technische und künstlerische Entwicklung hat seit der Epoche des Spitzbogenstiles in Krakau der Backsteinbau in allen Hochbaugebieten erfahren. Auch in der neuesten Zeit wird mit Vorliebe dank einer entwickelten Ziegelindustrie, die über kräftig rot brennende Rohstoffe verfügt, die Ausführung im Feinziegelbau gewählt und dem schönen alten Stadtbild eine fesselnde Farbenfreude verliehen. Zu den namhaften Bauten der neuesten Zeit zählen die Gebäudegruppe der staatlichen höheren Gewerbeschule, die demnächst vollendet wird, die Handelsakademie, die Handels- und Gewerbekammer, das in italienischen Renaissanceformen erbaute Turnerheim, zahlreiche Miet- und Einfamilienhäuser, die, wie auch das neue Theater, mit wenigen Ausnahmen in den älteren Stilformen gehalten sind.

Wie in Nürnberg wird auch hier die Erhaltung des alttümlichen Stadtbildes mit seiner monumentalen Schönheit angestrebt und durchgeführt. Krakau ist die an monumentalen Kirchenbauten reichste Stadt des einstigen großen Polenreiches und wird mit Recht „das polnische Rom“ genannt. Nach der Vereinigung mit den Vororten zählt die Stadt 160 000 Einwohner und besitzt 41 Kirchen, 34 Klöster und 5 Synagogen. Krakau ist der Mittelpunkt der polnischen Künstler, des Kunstgewerbes und der römisch-katholischen kirchlichen Kunst. In der mitten auf dem Hauptring im 14. Jahrhundert von Kasimir dem Großen erbauten und mehrere Male wieder hergestellten 70^m langen Tuchhalle ist in den großen Sälen des Obergeschosses das sehenswerte Nationalmuseum mit einer Gemäldesammlung der namhaftesten polnischen Maler zur Aufstellung gelangt. Der polnische Hochadel hat seine Altertümer und kunsthistorischen Sammlungen, wie Fürst Czatorycki, Graf Hutten-Czapski, der allgemeinen Besichtigung geöffnet. Auch die 1340 von Kasimir dem Großen gegründete Universität mit dem prächtigen alten Collegium majus, mit dem gotischen Säulengang und dem Kristallgewölbe, wie der neue gotische Backsteinbau des Collegium novum mit zahlreichen Nebenbauten verfügen über große wissenschaftliche Studiensammlungen. Im Erdgeschoß des neuen Hauptbaues, der Aula, ist das für Architekten sehenswerte archäologische Museum ägyptischer, griechischer, römischer und polnischer Altertümer angeordnet. Die Stadt ist der Sitz einer alten Akademie

^{*)} Anmerkung der Redaktion. Wir möchten diesen Aufsatz lediglich als einen sachlichen Bericht über Ereignisse unseres Faches im Osten aufgefaßt wissen. Ein Eingreifen in politische Verhältnisse ist mit der Wiedergabe nicht beabsichtigt.

^{**)} Auch die „Deutsche Bauzeitung“ hat verschiedene Veröffentlichungen über Krakau gebracht, so Jahrg. 1910, S. 630 ff., desgl. 1912, S. 191.

der Wissenschaften, einer Kunstakademie unter Leitung hervorragender Künstler, einer höheren Staatsgewerbeschule in 4 Abteilungen und von 2 Oberrealschulen.

Die Bautätigkeit ist seit 20 Jahren in stetem Anstieg, die Baugewerbe, namentlich die Industrien der Steine und Erden sind im Krakauer Bezirk hochentwickelt, da die großen Befestigungsbauten, die zahlreichen Staats-, städtischen, Privat- und Industriebauten einen großen Verbrauch von natürlichen und künstlichen Baustoffen, die Entwicklung einer Großindustrie gefördert haben. Es gilt dies auch von der Verblender-Fabrikation, da der Feinziegelbau zu Staats- und Privatbauten in den älteren Kunstformen eine vielbeliebte Bauweise ist. Heute ist

Vermischtes.

Ueber die Gründungsarbeiten bei den neuen Museumsbauten in Berlin verbreiten die „Neue Politische Korrespondenz“ und nach ihr die „Nordd. Allg. Ztg.“ unter der Bezeichnung „Die Stellung des Ministers der öffentlichen Arbeiten zu den Museumsbauten“ die folgende Mitteilung, die man wohl als halbamtliche Kundgebung des Ministeriums betrachten darf:

„Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in höchster Instanz die Aufsicht über die staatlichen Bauausführungen auszuüben. Er trägt die Verantwortung dafür, daß bauliche Maßnahmen des Staates keine Gefahren und Schäden im Gefolge haben. Von dieser Verantwortung kann ihn die Tatsache nicht befreien, daß aus besonderer Veranlassung die Bauten auf der Museumsinsel in Berlin Baubeamten übertragen worden sind, die ihm nicht unmittelbar unterstehen. Bei den Gründungsarbeiten, welche ebenso wie die gesamte technische Bauausführung einem dem Hochbaufach angehörenden Regierungsbaumeister anvertraut waren, ergaben sich besondere Schwierigkeiten. Die Baustelle für die Gebäude des zweiten Abschnittes wird von einer 50 m tiefen Schlucht, die mit weniger tragfähigen Bodenmassen ausgefüllt ist, durchzogen. Zur Gründung der Gebäude hatte man schon im Juli 1910 mit der Absenkung des Grundwassers durch eine Pumpanlage begonnen. Sodann stellte die Museumsbauverwaltung eine Reihe von Entwürfen zur Ueberbrückung der Schlucht auf. Diese sollte nach dem als maßgebend bezeichneten Entwurf durch eine Verbindung schwerer Fachwerkträger von rund 50 m Spannweite mit einem Schwimmkasten erfolgen. Die aufzunehmende Last beträgt 32000 t. Gegen den Ueberbrückungs-Entwurf wurden bei der Prüfung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten schwerwiegende technische Bedenken erhoben, auch ließ die damit verbundene lange Dauer der Grundwasserabsenkung Gefahren für die umliegenden öffentlichen Gebäude befürchten. Es wurde deshalb im Einverständnis mit dem Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten die schwierige, dem Tiefbau angehörige Gründungsarbeit in die Hand eines für solche Aufgaben speziell vorgebildeten Beamten, eines Regierungsbaumeisters des Ingenieurfaches, unter der unmittelbaren Leitung eines hervorragenden Vertreters des Wasserbaufaches im Ministerium der öffentlichen Arbeiten gelegt. Damit schieden für den bauleitenden Architekten diese Arbeiten aus seiner Tätigkeit aus, während ihm die große Aufgabe der Ausführung der Monumentalbauten des Museums unverändert verblieb. Nach neuerlicher Untersuchung der Baustelle ergab sich, daß die Schwierigkeiten an der Hand der früheren Pläne überschätzt worden waren. Die Schlucht kann mit einem schiefen massiven Gewölbe von nur 28 m Spannweite überbrückt werden. Seine Widerlager stehen auf festem Diluvialsande. Der starke Horizontalschub des Gewölbes kann nur günstig wirken. Zur Verdichtung der übrigen an sich schon ziemlich konsistenten Schlammmassen, die in ihren unteren Schichten nach dem Urteil eines Geologen viele Jahrtausende hindurch unter hohem Druck standen, sind außerdem noch Pfahlrammung und Sandschüttung ausgeführt worden. Ein Vorzug des Entwurfes ist, daß er in kurzer Frist ausgeführt werden kann. Die Hebung des Grundwasserstandes wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen einsetzen. Hiermit werden dann auch die Gefahren für die Umgebung bald beseitigt sein.“

Der sachliche Kern dieser Erklärung scheint uns zu sein, daß das Ministerium seinen von uns in No. 84 skizzierten Plan, über die durch eingerammte Pfähle verdichtete Bodenschlucht eine über 10 m starke Sandschüttung aufzubringen und darüber eine mächtige Eisenbetonplatte zu strecken, aufgibt, nachdem die Rammarbeiten z. T. ausgeführt sind, und grundsätzlich jetzt den Weg beschreitet, den die Bauleitung der Museumsneubauten von vorn herein vorschlug, nämlich den einer Ueberbrückung der Schlucht. Allerdings soll diese jetzt in ähnlicher Form

Krakau eine moderne Stadt; Altes und Neues haben sich hier harmonisch geeint. Die Hygiene wird durch Kliniken der Universität, Spitäler des Landes und der Gemeinde, durch ein städtisches Quellwasserwerk, eine größtenteils durchgeführte Kanalisation, Straßenabdeckung und -Reinigung, durch große gärtnerische Anlagen um die Altstadt, den Stadt- und den Dr. Jordan-Park, gefördert. Im eigenen Betrieb sind die städtische Gasfabrik, ein Elektrizitätswerk mit Licht- und Kraftanlage, ein modernes Schlachthaus, eine elektrische Straßenbahn, welche die Stadt mit den Vororten verbindet, Einrichtungen, welche ein beredtes Zeugnis der zielbewußten Tätigkeit der Stadtverwaltung bieten. — (Schluß folgt.)

erfolgen, wie sie von der Bauleitung unseres Wissens zwar auch in den Kreis ihrer Untersuchungen gezogen, aber zu Gunsten des in No. 84 beschriebenen und von außerhalb der Verwaltung stehenden Fachautoritäten durchaus günstig beurteilten Planes einer Verbindung eiserner Bogenfachwerkträger mit einem wasserdichten Eisenbeton-Schwimmkasten aufgegeben wurde. Daß es sich hierbei um eine außergewöhnliche Ausführung handelt, geht schon aus den Angaben der halbamtlichen Mitteilung über die ungeheure Belastung dieses Tragsystems hervor; aber außergewöhnliche Verhältnisse können auch außergewöhnliche Mittel rechtfertigen. Es ist das Verdienst der Museums-Bauleitung, diese Verhältnisse, über die man bei der Aufstellung der ersten Pläne und Anschläge für die Museumsbauten nichts wußte, klar gestellt zu haben. Sie hat ferner die schwierigen und verantwortlichen Erd- und Grundwasser-Absenkungsarbeiten — handelt es sich doch um Ausschachtungen bis zu 19 m unter Straßengelände und Grundwasserabsenkungen bis zu 14 m unter mittlerem Spreespiegel — bis vor nicht allzu langer Zeit, doch wohl nicht ohne Kenntnis der Aufsichtsbehörde, selbständig durchgeführt.

Es will uns scheinen, als ob in der weiteren Behandlung der ganzen Angelegenheit nicht sachliche Gründe allein maßgebend gewesen sind, sondern daß neben finanziellen Bedenken über die Höhe der Gründungskosten auch Zuständigkeitsfragen leider eine größere Rolle gespielt haben. Die ministerielle Erklärung ist geeignet, diese Anschauung zu unterstützen und bringt jedenfalls keine volle Klarheit in die Angelegenheit. —

Wettbewerbe.

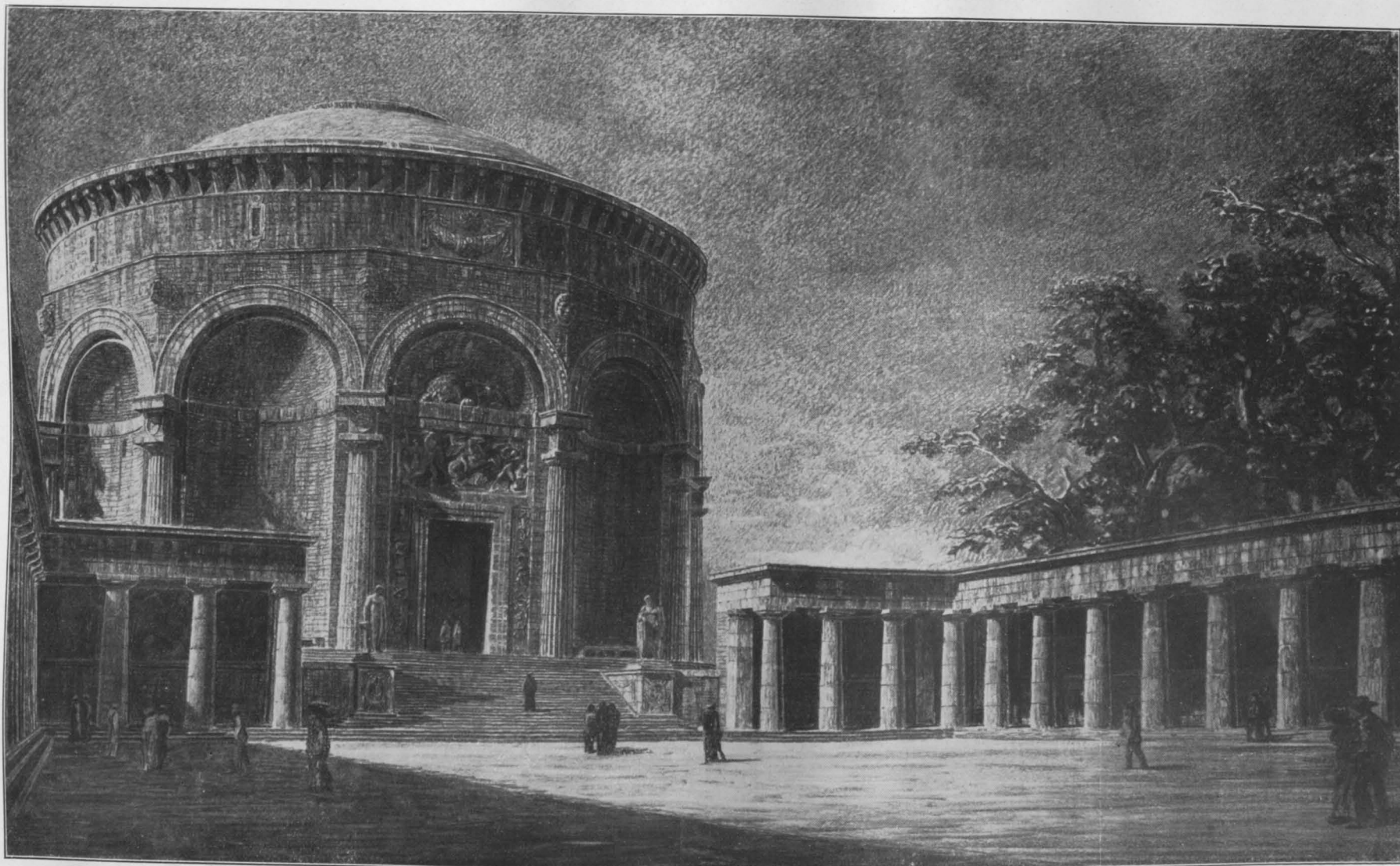
Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung des Geländes des alten Hauptbahnhofes und des Festplatzes in Karlsruhe, den wir bereits S. 684 angekündigt, ist nunmehr mit Frist zum 15. Januar 1913 für Bewerber, die in Karlsruhe ansässig sind, erlassen worden. Es gelangen 3 Preise von 3000, 2000 und 1000 M. zur Verteilung. Im Preisgericht befinden sich die bereits S. 724 genannten Herren. Verlangt werden ein Lageplan 1:1000, sowie Schaubilder und Fassadenentwürfe 1:200 schwarz-weiß. Die Bedingungen sagen zwar, daß die Beifügung dieser Schaubilder und Fassadenentwürfe „gestattet“, also nicht gefordert sei; wer sie aber nicht liefert, ist gegen die anderen Wettbewerber so im Nachteil, daß man auch diese Blätter als „verlangt“ bezeichnen darf. „Eine Zusicherung, daß die Bewerber bei der weiteren Ausarbeitung von Plänen oder bei der Ausführung der Projekte herbeigezogen werden, wird nicht gegeben“. Warum nicht? Bestehen auch hier bereits stillschweigende Abmachungen wie bei anderen Teilen der hier in Frage kommenden großen Bauaufgaben? Auf die Aufgabe an und für sich kommen wir zurück, wenn der vom städtischen Tiefbauamt zu beziehende Lageplan zu unserer Verfügung steht. —

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einem Sparkassengebäude der Stadt Wald (Rhld.) wird für die im Regierungsbezirk Düsseldorf ansässigen Architekten ausgeschrieben. Es sind drei Preise von 1000, 700 und 400 M., sowie der Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe zu je 150 M. vorgesehen. Dem Preisgericht gehören u. a. an: Prof. Kreis in Düsseldorf, Arch. Klotzbach in Barmen und Stadtmstr. Wender in Wald. Frist: 15. Jan. 1913. Unterlagen zum Preise von 3 M. durch das Bürgermeisteramt Wald. —

Inhalt: Der Neubau des Warenhauses A. Wertheim an der Königstraße in Berlin. — Die Bekämpfung des Schmiergelder-Unwesens im Baugewerbe. — Die Architektur- und Baugewerbe-Ausstellung in Krakau 1912. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Abbildungen: Der zur Ausführung bestimmte Entwurf eines Bismarck-National-Denkmal auf der Eisenhöhe bei Bingerbrück. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der Neubau des Warenhauses A. Wertheim an der Königstraße in Berlin.

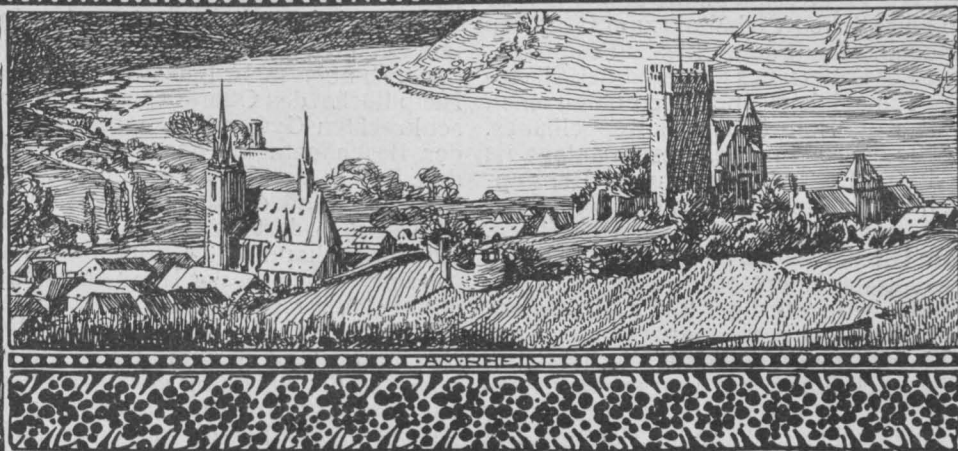
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ER ZUR AUSFÜHRUNG BESTIMMTE ENTWURF FÜR
 EIN BISMARCK-NATIONAL-DENKMAL AUF DER
 ELISENHÖHE BEI BINGERBRÜCK. * ARCHITEKT:
 PROFESSOR WILH. KREIS IN DÜSSELDORF. BILD-
 HAUER: PROFESSOR HUGO LEDERER IN BERLIN.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

*** XLVI. JAHRGANG 1912 * NO. 87. ***



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLVI. JAHRGANG. N^o 87. BERLIN, DEN 30. OKTOBER 1912.

Der zur Ausführung gewählte Entwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Architekt: Professor Wilhelm Kreis in Düsseldorf. Bildhauer: Professor Hugo Lederer in Berlin.

Hierzu eine Bildbeilage, die Abbildungen S. 765, sowie die mit No. 86 vorausgeschickten Abbildungen.



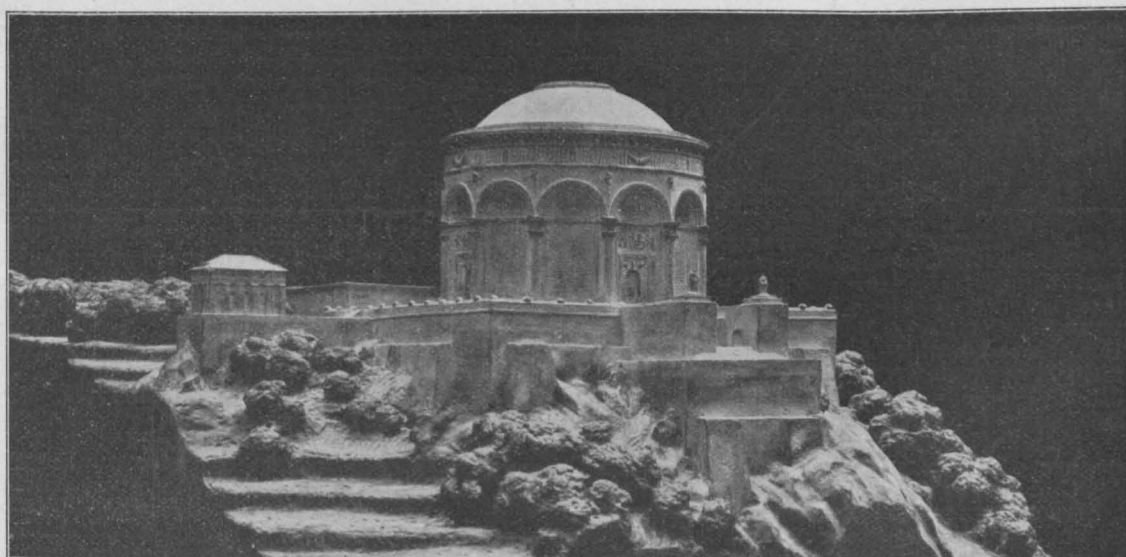
Am 18. Oktober, dem Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, die Napoleon seinem Schicksal entgegen führte und Deutschland von der Fremdherrschaft befreite, ist in Mainz, das mit Ausgangspunkt einstiger deutscher Größe war, ein Beschluß gefaßt worden, den wir auf das Freudigste begrüßen und der,

schuß trägt deshalb keine Bedenken, auch seinerseits dem Verein zur Errichtung eines Bismarck-National-Denkmales auf der Elisenhöhe die Ausführung des Denkmales nach dem jetzt vorliegenden Entwurf, vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten, unter Voraussetzung der baldigen Beschaffung der nötigen Mittel zu empfehlen“.

Und diese Entschließung wiederum stützte sich auf ein Gutachten des Kunst- und Bauausschusses, das dieser am Tage vorher beraten und in folgende Worte gefaßt hatte:

„Nach Ansicht des Kunst- und Bau-Ausschusses haben sich die Künstler mit bestem Erfolg bemüht, die Grundgedanken ihrer früheren Entwürfe zu entwickeln und in der Form ausreifen zu lassen. Der Entwurf des Hrn. Prof. Kreis hat alle Vorzüge des Vorentwurfes gewahrt, insbesondere die monumentale Wirkung in der Landschaft. Der Kuppelbau ist infolge sorgsamer Maßstab-Beobachtungen erheblich niedriger geworden. Er erhält 27^m Höhe, von der Terrasse bis zur Oberkante des Hauptgesimses ge-

wie wir glauben, der deutschen Monumentalkunst zum Segen gereichen wird. An diesem Tage versammelte sich in der Stadthalle der Große Ausschuß für die Errichtung eines Bismarck-National-Denkmales und beschloß einstimmig, den in unseren Abbildungen dargestellten Entwurf eines Bismarck-National-Denkmales zur Ausführung zu bringen. Der Abstimmung lag folgende Entschließung zugrunde: „Der große Ausschuß hat im Anschluß an das ihm vorgelegte ausführlich begründete Gutachten des Kunstausschusses vom 17. d. M. mit großer Befriedigung und Freude von Kenntnis genommen, daß die Herren Kreis und Lederer bei sorgsamster Vertiefung in die Größe ihrer Aufgabe nunmehr ihrem Entwurf eine in ihrer Gesamterscheinung ausgereifte Gestaltung gaben. Der große Aus-



Ansicht der Denkmalanlage gegen den Rhein.

messen. Der nach der Bergseite hin gelegene Fest-Platz wird jetzt von einer Säulenhalle umzogen. Er steht in einem glücklichen Verhältnis zum Hauptbau und zur Landschaft. Die Säulen dieses Festplatzes haben die Höhe der Stützen des heute auf der Elisenhöhe stehenden Tempelchens und geben damit einen guten Maßstab für die Halbsäulen des Kuppelbaues. Vorteilhaft für die Beurteilung der Gesamtanlage ist die Anfügung des seitlichen Wärterhauses. Der Kuppelbau hat auch in den Einzelformen eine Reihe von Umgestaltungen erfahren, die alle darauf hinzielen, ihm eine feinere Gliederung zu geben. Daß es damit Hrn. Prof. Kreis in der Hauptsache gelungen ist, die ihm gestellte Aufgabe in würdiger und bedeutsamer Form zu lösen, wurde allgemein anerkannt. Prof. Lederer hat die ernste, geschlossene, feierliche Haltung seiner Bismarck-Statue noch zu erhöhen vermocht. Die Gestalt ist vortrefflich in ihrer zwar ruhigen, aber energischen und straffen Haltung. Die Gewandung ist streng stilisiert und damit dem in

Aussicht genommenen Steinmaterial glücklich angepaßt. Im Gegensatz zum Vorentwurf ist sie jetzt reicher aufgeteilt, um ein lebhaftes Spiel von Licht und Schatten zu bewirken und der 6m hohen Figur dadurch noch mehr Leben zu verleihen. Die ruhige Hauptfläche des Oberkörpers wird beiderseits von senkrechten Gewandlinien begleitet, die den Blick des Beschauers auf das charaktervoll durchgebildete Anlitz der Statue hinlenken. Der Kunst- und Bau-Ausschuß erklärt nunmehr, daß die Entwürfe so weit gefördert sind, daß er sie zur Ausführung empfehlen kann unter Vorbehalt der notwendigen Nachprüfungen an der Hand eines Modelles im Maßstab 1:20. Er schlägt vor, den Herren Professoren Kreis und Lederer auf Grund dieser Entwürfe den Auftrag zur Ausführung zu erteilen. Zur sachgemäßen Begutachtung etwaiger Abänderungen sowie der Ausführung überhaupt empfiehlt der Kunst-Ausschuß die Einsetzung einer kleinen Kommission.“ —

(Schluß folgt.)

Die neue Wasserversorgung von New York.

Von Stadtbaumeister Erwin Neumann, Charlottenburg.

Die Stadt New York bezieht gegenwärtig ihr ganzes Wasser von den Croton- und Bronx-Sammelgebieten in den Landkreisen Westchester und Putnam und aus dem Ridgewood-Gebiet im Kreise Nassau (vergl. den Lageplan, Abbildung 1) in einer Entfernung von rd. 160 km von der Stadtmitte. Die ganze Anlage ist auf eine durchschnittliche tägliche Lieferung von 336 Millionen Gallonen = 1,28 Mill. cbm eingerichtet. Damit ist aber die Grenze der Leistungsfähigkeit des ganzen Gebietes erreicht, da zur Durchführung einer nennenswerten Steigerung des Wasserzuflusses die vorhandene bauliche Anlage zu klein ist. Bei der starken Bevölkerungszunahme der Stadt New York — die Einwohnerzahl wächst jährlich um 125000 Seelen — ist aber zu befürchten, daß in kurzer Zeit die heutige Wasserversorgung nicht mehr ausreichen wird. Bereits in dem ungewöhnlich heißen Sommer des Jahres 1911 ist in einzelnen Bezirken die Wasserzufuhr für den größten Teil des Jahres abgeschnitten worden. Eine Reihe von trockenen Jahren könnte auch heute schon eine bedenkliche Wasserklemme für die Stadt zur Folge haben.

Die Stadtverwaltung von New York hat die Notwendigkeit, neue Quellen zu erschließen, rechtzeitig erkannt und bereits vor 10 Jahren die Frage der Erweiterung der Wasserversorgung aufgegriffen und mit anerkannter Tatkraft zur Lösung gebracht. Zur Vermehrung der Wasserzufuhr konnten zwei Wege beschritten werden:

1. die Steigerung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Anlage durch Erweiterungsbauten,
2. die Aufschließung ganz neuer Quellen und Sammelgebiete.

Untersuchungen haben nun ergeben, daß die höchste Entwicklung des Croton-Gebietes eine Steigerung der mittleren täglichen Lieferung von 46 Mill. G. = 175 000 cbm zulassen würde. Die Kosten für die erforderlichen Erweiterungsbauten sind auf rd. 600 Mill. M. geschätzt worden. Der zweite Vorschlag hat die Anlage eines neuen Sammelgebietes zum Gegenstande, das in der Lage ist, täglich 500 Mill. G. = 1,9 Mill. cbm zu liefern, bei einem Kostenaufwande von 680 Mill. M.

Es ist schwer, sich ein zutreffendes Bild darüber zu machen, ob nicht der Kostenanschlag für die Erweiterung des Croton-Gebietes sehr übertrieben ist. Es macht den Eindruck — amerikanische Ingenieure äußerten sich mir gegenüber in ähnlichem Sinne —, daß man bei diesem Entwurf die Kosten möglichst hoch angesetzt hat, um für den anderen umfassenderen Entwurf, der ohne nennenswerte Mehrkosten eine erheblich größere Ergiebigkeit ge-

währleistet, Stimmung zu machen. Andererseits ist es eine alte Erfahrung, daß Erweiterungsbauten im Vergleich mit Neubauten teurer werden, wenn die bestehende Anlage im Betrieb erhalten werden muß.

Die städtischen Körperschaften von Groß-New York haben denn auch dem zweiten umfassenden Entwurf zugestimmt und dafür am 3. Juni 1905 die gesetzliche Zustimmung erhalten. Für die Ausführung ist eine neue Behörde gebildet „Board of Water Supply Catskill Mountain Water Works for New York City“. An ihrer Spitze stehen drei Beamte, die vom Bürgermeister auf Vorschlag der Handelskammer, der Kaufmannschaft und von einer Behörde, die mit dem Feuerlöschwesen zu tun hat, berufen sind. In seiner ersten Zusammensetzung ist ein Ingenieur im Board vertreten gewesen. Gegenwärtig sind zwei Mitglieder Juristen, eines ist Kaufmann. Die Arbeit wird durch ein Ingenieurbüro geleistet, an dessen Spitze gegenwärtig als erster Ingenieur Waldow Smith steht.

Die gesamte Zahl der beschäftigten Beamten ist für Oktober 1911 angegeben:

Verwaltungsbeamte	96
Ordnungs- und Gesundheitsaufsicht	356
Ingenieure aller Grade	1081
Zusammen	1533

Die genauen Pläne und Entwürfe sind, von der Ingenieur-Abteilung aufgestellt, am 9. Oktober 1905 der Finanz-Deputation (Board of Estimate) zur Genehmigung vorgelegt worden. Ihre Annahme ist am 27. Oktober desselben Jahres erfolgt. Die durch das Gesetz vorgesehene Zustimmung durch die Staatsbehörde des Staates New York (State Water Supply Commission) ist dann am 14. Mai 1906 erteilt worden. Die ersten Bauausführungen sind 6 Monate später vergeben worden. Seit Beginn des Jahres 1907 sind die Arbeiten in vollem Gange, 80 % der gesamten Anlage sind inzwischen fertig gestellt. Die ganze Unternehmung besteht aus folgenden Teilen:

1. Die Talsperre bei Ashokan am oberen Hudson, 180 km nördlich vom Weichbild von New York;

2. die Kensico-Talsperre bei Valhalla, 30 km nördlich von New York;

3. das Ausgleichsbecken bei Hill View;

4. die Leitung zwischen Ashokan und Hill View, die im natürlichen Gefälle verlegt ist;

5. der Druckstollen unter der Stadt New York mit seinen Verbindungen nach Brooklyn und Richmond.

Die Anlagen seien hier im Einzelnen besprochen.

1. Ashokan-Staudamm.

Der Stauinhalt dieses Beckens beträgt 492 Mill. cbm, die Wasseroberfläche hat eine Ausdehnung von 33 qkm. an Landerwerb wurden erforderlich 6150 ha.

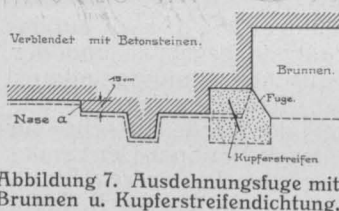
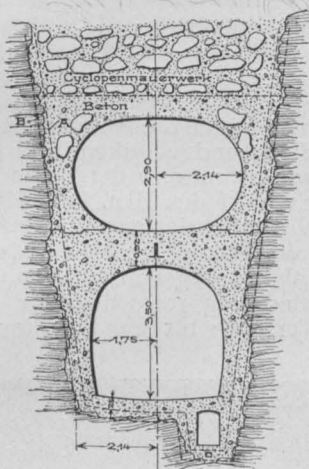


Abbildung 7. Ausdehnungsfuge mit Brunnen u. Kuppelstreifendichtung.

Abbildung 14 (links). Zulaufkanal im Trennungsdamm.



Abbildung 6. Ausdehnungsfuge am Anschluß des Mauerwerksdamms an den Betonkern.

Gegenwärtig wird nur das Gebiet des Esopus (vergl. den Lageplan Abbildung 1) ausgebaut, dessen Leistung auf 250 Mill. G. = 950000 cbm täglich berechnet ist. Das

Einzugsgebiet des Esopus- und Beaverkill-Gebietes hat einen Flächeninhalt von 240 Quadrat-Meilen = 622 qkm, Die jährliche Niederschlagshöhe wird zu $49\frac{1}{2}$ Zoll = 1157 mm

Abbildung 1. Uebersichtsplan der Wasserversorgungs-Gebiete New Yorks.

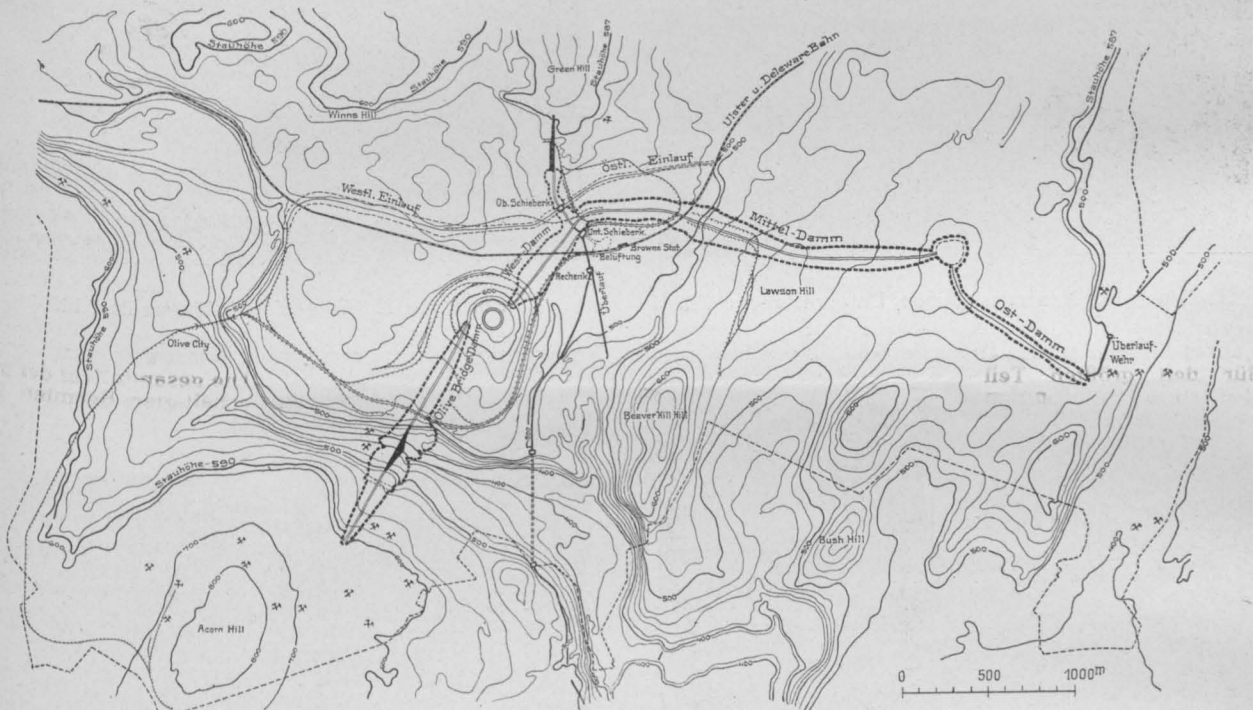
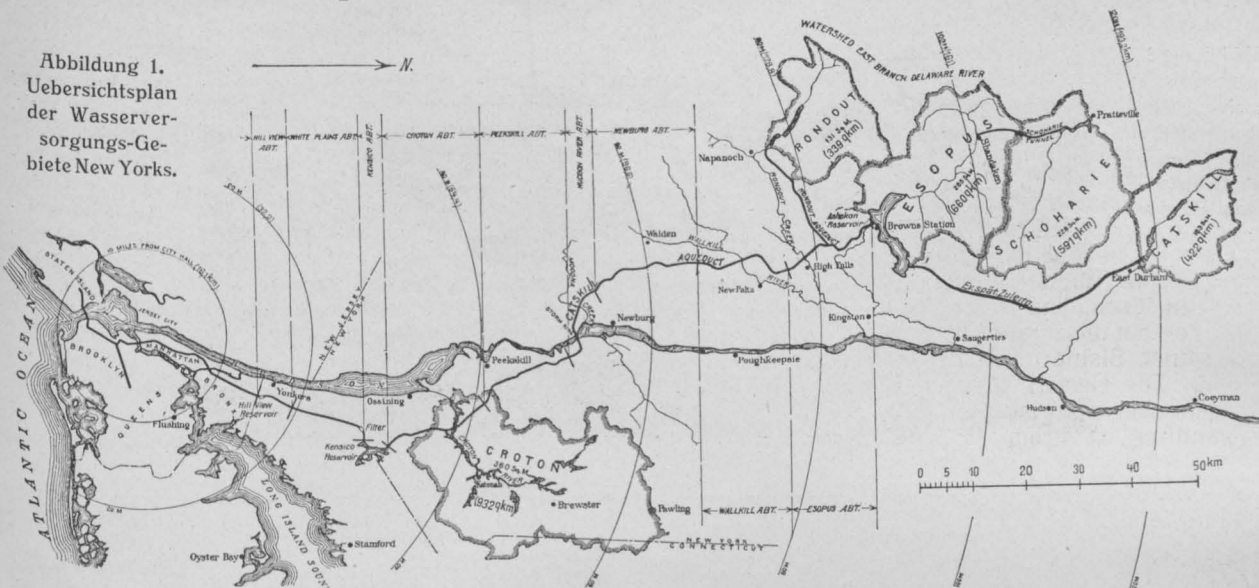


Abbildung 3. Sonder-Lageplan für die Staudämme des Ashokan-Staubeckens.

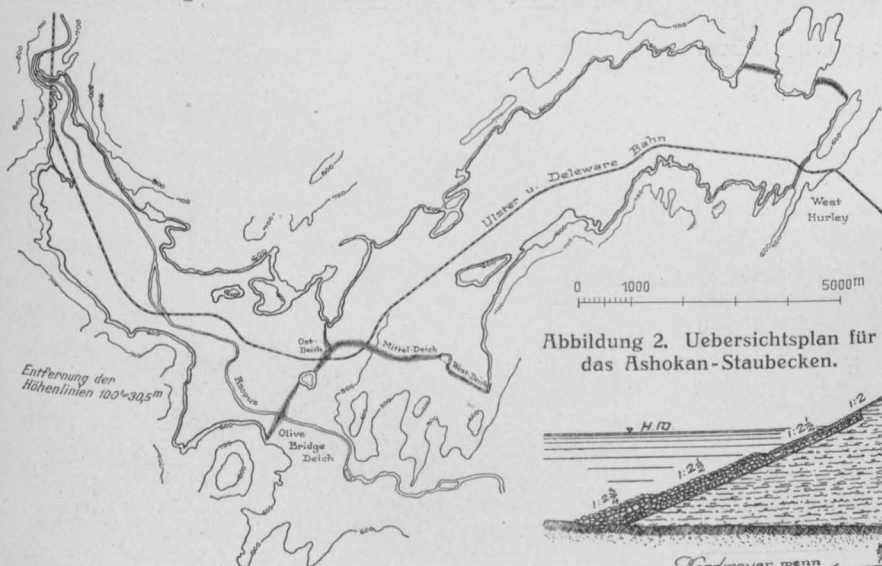


Abbildung 2. Uebersichtsplan für das Ashokan-Staubecken.

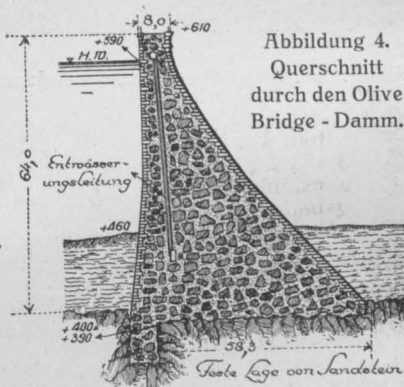


Abbildung 4. Querschnitt durch den Olive Bridge - Damm.

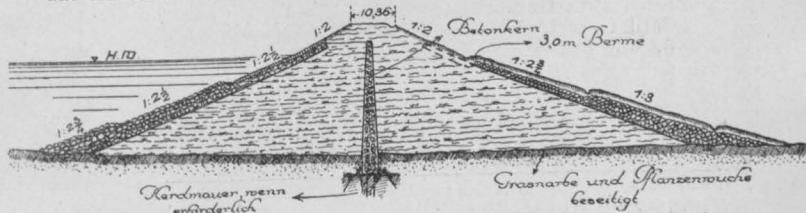


Abbildung 5. Querschnitt der Erddämme (Ashokan-Staubecken).

Die neue Wasserversorgung von New York.

30. Oktober 1912.

Abbildung 8.
Ausführung des
massiven Haupt-
Dammes (Olive
Bridge - Damm)
des Ashokan-
Staubeckens.
(Vergl. dazu den
Lageplan, Abb.
3 auf Seite 763.)



Die neue Was-
ser - Versorgung
von New York.
Abbildungen
8—13 u. 16. Auf-
nahmen von den
Ausführungsar-
beiten der Däm-
me des Asho-
kan-Beckens.



Abbildung 10. Mauerwerksdamm, Unterwasser-Ansicht.

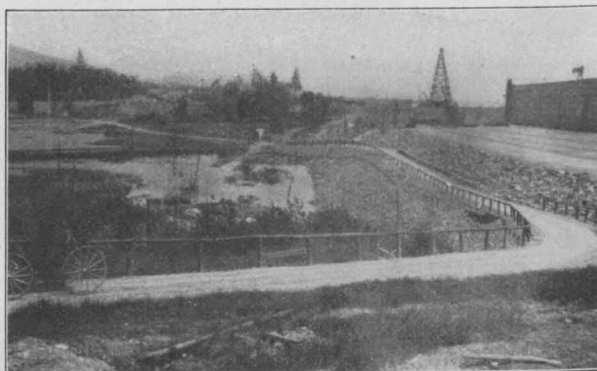


Abbildung 12. Ostdeich, Ob.-Wasser-Ansicht.



Abb. 9. Lücke zwischen Mauerwerksdamm und Flügeldamm.



Abbildung 11. Schutzdeich bei West-Hurley.

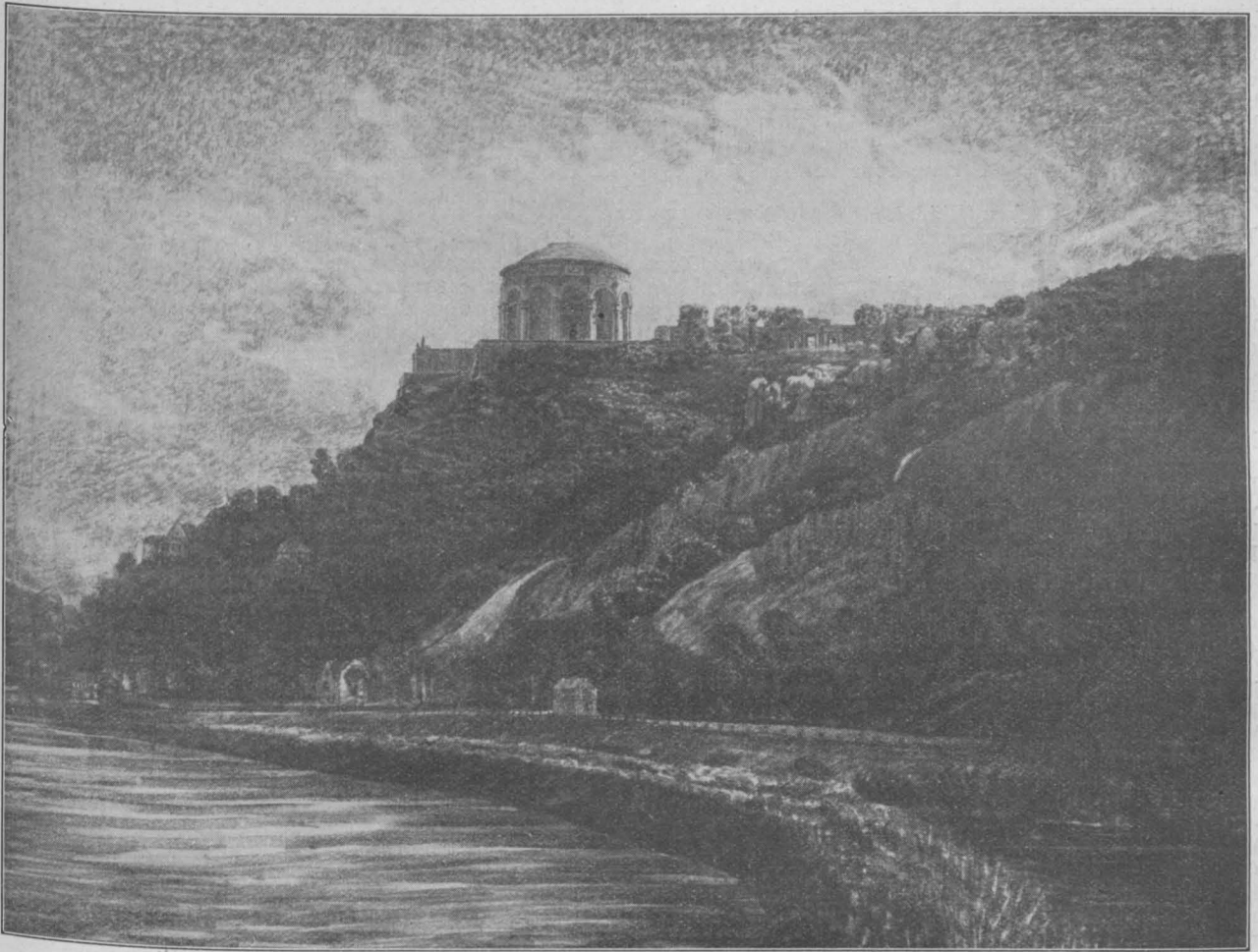


Abbildung 16. Baugrube der Rechenkammer.

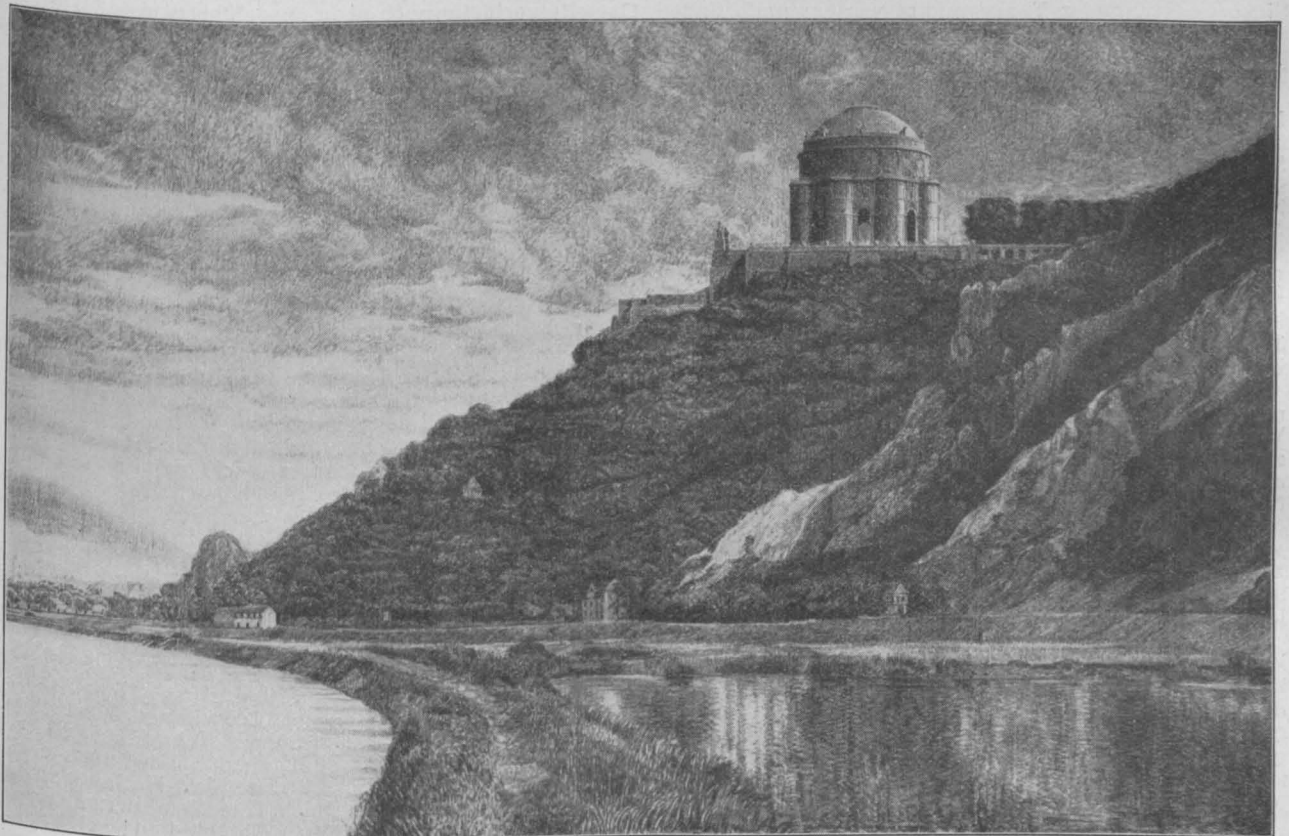


Abb. 13. Westdeich, Tunnel für Ulster- und Delaware-Bahn.

angegeben. Das Niedrigwasser ist zu 4 cbm ermittelt; das Hochwasser wird zu 1060 cbm angenommen. Rechnet man für 1 qkm die für deutsche Verhältnisse gültige Menge von 0,5 Mill. cbm jährlicher Abflußmenge, dann würde die durchschnittliche tägliche Lieferung zu rd. 0,9 Mill. cbm anzusetzen sein. Die von den amerikanischen Ingenieuren



Der zur Ausführung gewählte Entwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.
Architekt: Prof. Wilhelm Kreis in Düsseldorf. Bildhauer: Prof. Hugo Lederer in Berlin.



Der Vorentwurf für ein Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. Arch.: Prof. Wilh. Kreis in Düsseldorf.
30. Oktober 1912.

errechnete Menge von 950 000 cbm tägliche Leistung scheint demnach in den Grenzen der Möglichkeit zu liegen.

Später sollen die Gebiete des Schoharie- und Catskill-Tales im Norden und des Rondout-Tales im Südwesten hinzugenommen werden. Da diese Täler selbständige Niederschlagsgebiete sind, erfolgt die Einführung ihres Wassers durch besondere Anlagen. Die nördlichen Täler werden an die Ashokan-Sperre unter der Wasserscheide hindurch durch einen besonderen Tunnel, wie auf dem Uebersichtsplan Abbildung 1 auch zu ersehen ist, angeschlossen. Das Gebiet des Rondout-Tales soll mit einer besonderen Leitung in das Hauptrohr von Ashokan einmünden.

Das Ashokan-Becken (Abbildungen 2 und 3) wird im Tal des Esopus mit einer Sperre, dem Olive Bridge Dam, von 1408 m Länge abgeschlossen, davon bestehen 305 m aus Mauerwerk. Der Damm hat nach dem Entwurf den Querschnitt der Abbildung 4. Die verbleibenden 1103 m bestehen aus einem Erddamm mit Betonkern nach dem Querschnitt Abbildung 5. Ueber den Untergrund, auf dem der Damm steht, bin ich durch den bauleitenden Ingenieur wie folgt unterrichtet worden:

Das Gebirge besteht aus Sedimentär-Gestein, aus hartem, feinkörnigem blauen Sandstein. Der Stein ist in wagrechten Schichten von wechselnder Stärke gelagert. Die oberen Schichten werden in kurzen Abständen von weichen Materialien durchbrochen, die Verwitterungsformen aufweisen und zum Teil an der Luft zerfallen. Diese gefährlichen Schichten sind an der Oberseite weggeräumt worden und der Damm ist auf eine 1 m starke Sandsteinschicht gesetzt. Zur Sicherheit sind Löcher durch den Felsen getrieben und durch diese ist ein fetter Zementmörtel in den Untergrund gepreßt.

Ob der Damm somit auf zuverlässigem Boden steht, ist jetzt schwer zu entscheiden. Zur Beurteilung dieser Frage dient vielleicht ein Vergleich mit den Bodenverhältnissen des im Jahre 1911 gebrochenen Staudammes bei Austin in Pennsylvanien. Die dort vorhandenen Gesteinsarten (Sandstein mit wechselnden Lagen aus Tonschiefer und Verwitterungs-Material) müssen nach den Fachausdrücken, denen sich der mich unterrichtende Ingenieur bedient hat, shale (Schiefer), desintegrated sandstone (verwitterter Sandstein), soft clay rock (weicher Tonfelsen), auch im Esopus-Tal vorhanden sein. Vielleicht lassen die später mitgeteilte Abb. 15 und Abb. 16, S. 764, einen Schluß auf die Beschaffenheit des Untergrundes zu. Es wechseln hier harte, aber niedrige Sandsteinschichten, die nur durch dichte Anordnung der Sprenglöcher gelöst worden sind, mit klüftigen Gesteinsarten ab, die sich bereits ohne große Kraftaufwendung abräumen lassen. Sickerwasser, das z. T. abgepumpt werden muß, findet sich in allen Ausschachtungen vor. Ein Gleiten des Dammes wird wohl nicht zu erwarten sein. Es liegt aber vielleicht die Gefahr vor, daß der Untergrund durchlässig ist.

Bei der Länge des Dammes und der Herstellung als Mauerwerk und Erddamm ist es nicht möglich gewesen, ihm die Gewährleistung zu geben. Die Mauer ist daher als Schwerkraftsmauer berechnet. Auf Längenänderungen infolge Temperatur ist durch Einbau von Ausdehnungsfugen Rücksicht genommen. Mit diesen Fugen, die im Abstand von 26,8 m angeordnet sind, sind zugleich Einsteigeschächte zu Besichtigungsgalerien verbunden. Zur möglichst vollständigen Entwässerung des Mauerwerkskörpers sind auf der Wasserseite 3,86 m von der Außenkante entfernt Drainrohre in gegenseitigem Abstand von 3,8 m vorgesehen, die am Kopf und am Fuß mit den erwähnten Besichtigungsgalerien in Verbindung stehen.

Die Ausdehnungsfugen sind bemerkenswert, da sie meiner Kenntnis nach zum ersten Mal bei Staudämmen Verwendung finden. Abb. 6, S. 762, stellt einen von mir aufgemessenen Querschnitt dar. Vorgeschlagen sind sie anscheinend von Gowen, einem früheren Ingenieur der New Yorker Wasserversorgung. In Band XXXIV Proc. of Am. Soc. of Civ. Eng. berichtet er über Beobachtungen von Temperaturrissen in Staumauern. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß Dämme mit großen Mauermassen stets Risse aufweisen müssen. Am Schlusse seiner Darlegungen äußert er sich folgendermaßen:

„Wenn Gleichförmigkeit des Zustandes des Bauwerkes während des Baues nicht durchgeführt werden kann, können Risse nur durch lotrechte Ausdehnungsfugen an den richtigen Stellen vermieden werden, die durch den ganzen Damm gehen und mit entsprechenden Einsprünge und Nuten versehen sind, um durchgehende Fugen zu unterbrechen, und die mit Steinkohlenteer, Asphalt oder mit anderen Stoffen, die nachgeben, gedichtet sind.“

Die Ausdehnungsfugen wurden folgendermaßen hergestellt:

Die eine Seite ist mit vorher angefertigten Beton-

blöcken verblendet. Die Nase a (Abb. 7, S. 762) ist besonders abgeschliffen. Gegen diese Blöcke ist von der anderen Seite der Beton des nächsten Mauerstückes gegen gestampft, wobei zur Vermeidung des Anhaftens die lotrechten Flächen der Blöcke mit Vaseline bestrichen sind. Der Einsteigebrunnen wird dabei durch besondere Schalung ausgespart. Die eigentliche Dichtung soll an der Nase a erfolgen. Wenn dieser Abschluß versagen sollte, so ist beabsichtigt, in den Einsteigebrunnen einen Kupferstreifen nach Querschnitt Abbildung 7 einzubauen. Die Ausdehnungsfuge hat die Aufgabe, zu verhindern, daß bei der starken Kälte, wie sie das nordamerikanische Festland im Winter zeigt, infolge Zusammenziehung des Mauerwerkes Risse entstehen. Da die Betonierung in wärmeren Jahreszeiten erfolgt ist, und außerdem nach Ansicht der amerikanischen Ingenieure der Beton eine hohe Abbinde-Temperatur entwickelt — eine Annahme, die übrigens von Ziegler in „Beton und Eisen“ 1909 bis zu einem gewissen Grade bestritten wird — so ist kein Abstand zwischen den einzelnen Mauerteilen bei der Bauausführung selbst vorgesehen.

Die Stauhöhe des Beckens liegt auf der Höhe 590 Fuß über Meeresspiegel, die Mauerkrone auf 610, die Bordhöhe ist demnach 6,1 m. Die ursprüngliche Talsohle liegt auf 400 Fuß. Die Stautiefe beträgt demnach 190 Fuß = rd. 58 m. Die Herdmauer des Dammes ist 12,8 m unter Talsohle hinuntergeführt, während der Mauerfuß im allgemeinen nur 8,8 m unter Talsohle liegt. Die Löcher zur Zement-Einspritzung sind bis zu 19 m unter die Talsohle getrieben. Die größte Breite des Dammfußes beträgt 61 m.

Der Baustoff für den Mauerwerksdamm besteht aus Felsblöcken von rd. 8 t Gewicht in Beton verlegt. Die Ansichtsfläche des Dammes ist mit Betonsteinen, die auf besonderer Lagerstelle hergestellt sind, verkleidet. Folgende Betonmischungen sind verwendet worden: Herdmauer 1 : 2 : 4, Betonblöcke 1 : 2½ : 5, Hauptdamm 1 : 3 : 6. Für die Zeit des Baues ist im Bett des Esopus eine Durchlaßöffnung freigelassen, um alle Niederschläge abzuführen und um Messungen über den Abflußvorgang vorzunehmen. Diese Öffnung wird später geschlossen werden.

Die Bauausführung ging in der Weise vor sich, daß die Steine durch eine Drahtseilbahn angeliefert und auf seitlich errichteten Gerüsten abgelegt wurden. Zahlreiche Derrick-Krane sorgten für den Transport der Steine in das Mörtelbett. (Abb. 8, S. 764.) Hier wurden die Blöcke mehrmals hin- und hergedreht, um alle Luft aus dem Beton zu entfernen. Der Betonmörtel wurde in einer Zentralanlage gemischt und auf derselben Drahtseilbahn angeliefert. Die Baustoff-Anfuhr erforderte, daß der Anschluß des Deiches an den Mauerwerkskörper auf der Ostseite vorläufig noch nicht ausgeführt wurde. Durch die vorhandene Lücke laufen jetzt noch 6 Arbeitsgleise, wie aus der Abbildung 9 zu erkennen ist. Die Abtreppung auf der linken Seite des Bildes am Damm deutet den Uebergang vom Mauerwerk zum Betonkern an. Die Böcke der benutzten 4 Drahtseilbahnen erscheinen in der Mitte des Bildes. Der fertige Damm ist durch Abbildung 10, S. 764, veranschaulicht.

Die Ausführung der Betonkerne, der Erddämme sowie der Erdschüttungen erfolgt gleichfalls durch dieselbe Seilbahn. Die Schüttungen bestehen aus Lehm und Ton mit Steinpackung auf der Außenseite. Die Dämme werden auf der Wasserseite in Lagen von 12 cm, auf der Luftseite in Lagen von 18 cm durch Dampfwalzen von 10 t Gewicht abgewalzt. Die Form der Flügeldämme beiderseits der Sperrmauer ist aus Abbildung 10 zu ersehen.

Die benachbarten Talränder sind nicht überall hoch genug, um bei der angenommenen Stauhöhe das Becken zu halten. Es sind daher noch drei weitere Erddämme gezogen worden, deren Lage aus dem Plan Abb. 3, S. 763, hervorgeht. Der eine Damm erstreckt sich von der mit Winchel Hill bezeichneten Anhöhe nach Osten, daran schließt sich der Mitteldeich bis zum Leonhard Hill. Er dämmt den Beaver Kill, einen linksseitigen Nebenfluß des Esopus ab. Der Bach wird gegenwärtig durch einen Betonkanal abgeleitet. Das ehemalige Flußbett ist bis auf den gesunden Felsen ausgeräumt worden.

Ostwärts vom Leonhard Hill bewirkt der Ostdeich den Anschluß an den Talrand. Dort befindet sich das Ueberfallwehr. Die Deiche haben ansehnliche Abmessungen erhalten: Westdeich 556 m Länge, 28 m Höhe, 161,5 m Breite im Fuß, Mitteldeich 2200 m Länge, 33 m Höhe, 195 m Breite, Ostdeich 1024 m Länge, 10,3 m Höhe, 58,2 m Breite im Fuß. Außerdem sind ganz im Osten noch drei Sperren angelegt (Abbildung 2): Der West-Hurley-Deich, Woodstock- und Genwood-Deich. Alle diese Sperrmauern sind Erddämme mit Betonkern. Abbildung 11 zeigt den West-Hurley-Deich in der Ausführung. Die Lücke im Bauwerk ist erforderlich gewesen, um einen öffentlichen

Weg aufrecht zu erhalten, bis seine Verlegung erfolgt war. Der Querschnitt der Erddämme entspricht sinngemäß demjenigen der Abbildung 5. Die spätere Wasserseite des Westdeiches zeigt Abb. 12, S. 764. Das sumpfige Gelände wird von dem Eisenbahndamm der Ulster- und Delaware-Bahn geschnitten. Diese Bahn liegt auf rd. 21 km im späteren Staugebiet (vergl. Plan, Abbildung 3). Bisher ist für die Verlegung der Bahn noch nicht viel unternommen. Die Verhandlungen sollen im Gange sein. Es wird auch bereits in der Nähe von West-Hurley das Planum für die Verlegung hergestellt. Die Bahnlinie schneidet zweimal den Westdeich. Weil noch nicht abzusehen ist, wann die Verlegung erfolgen wird und eine Unterbrechung der Bauarbeiten nicht eintreten soll, so werden vorläufig Tunnel in den Deicheingebaut, die später geschlossen werden.

Die Form des Tunnels, von der Wasserseite gesehen, stellt Abbildung 13 dar. Es ist beabsichtigt, ihn später mit einer Betonwand in der Ebene des Betonkernes abzuschließen, im übrigen aber die Lücke mit Boden zu verfüllen.

Das ganze Ashokan-Becken ist nun in zwei Abschnitte getrennt unter Benutzung der Wasserscheide zwischen Esopus und Beaverkill. Diese Wasserscheide läuft von Winchel Hill in fast nördlicher Richtung. Es wird nun in der Richtung dieses Sattels ein weiterer Staudamm errichtet, dessen nördlicher Teil zu einem Verteilungswehr ausgebaut wird (Abbildung 3). Das westliche Becken des Esopus dient als Hauptspeicherraum, das östliche soll nur den Ueberschuß über den Verbrauch fassen; seine Stauhöhe wird 0,9 m tiefer liegen, als die des westlichen. Der Ueberschuß läuft über das Verteilungswehr in das östliche Becken und von dort bei Hochfluten über den schon erwähnten Ueberlauf am Ostdeich.

Die Trennung der beiden Becken ist zum Teil veranlaßt durch die moorige Beschaffenheit des Bodens im östlichen Teile. Es ist beabsichtigt, das Versorgungswasser wenn möglich nur aus dem Esopus-Becken zu entnehmen, da man fürchtet, das Wasser im Westbecken könnte an Farbe und Geschmack leiden.

Die Wasserentnahme erfolgt aus der Mitte des Beckens. Zu diesem Zweck ist auf der Ostseite ein 1700 m langer, auf der Westseite ein 900 m langer Einlaufkanal angelegt. Beide treffen im Verteilungswehr in der oberen Schieberkammer zusammen. Die Entnahme erfolgt in zwei verschiedenen Höhen. Zwei übereinander liegende Stollen, deren Querschnitt aus Abb. 14, S. 762, zu ersehen ist, laufen in der Spur des Trennungsdammes von der oberen

zur unteren Schieberkammer, wo eine Ableitung des Wassers zur Rechenkammer oder zum Belüftungsbecken vorgenommen werden kann. Mit der letztgenannten Anlage soll das Wasser eine gute Durchlüftung erhalten, um frisch und schmackhaft zu bleiben. Zu diesem Zweck wird das Wasser durch eine Anzahl kleiner Düsen zu Staub zerteilt und wie im Springbrunnen in die Luft geschleudert. Das niederfallende Wasser sammelt sich in dem Einfassungsbecken und wird von dort der Leitung zugeführt. In Deutschland hat die Solinger Talsperre eine ähnliche Anlage erhalten. Den Bau der unteren Schieberkammer zeigt die später noch folgende Abb. 15. Von dort wird das Wasser unmittelbar durch zwei Kanäle zur Rechenkammer geführt, wo alle größeren Schwimmstoffe und Verunreinigungen ferngehalten werden sollen, Abb. 16, S. 764, zeigt den Bodenaushub für diese Kammer. In dem Einschnitt auf der linken Seite des Bildes werden die zwei Zuleitungs-Kanäle übereinander untergebracht. Der Einschnitt auf der rechten Seite soll den Ueberlaufkanal aufnehmen. Jeder der beiden Zulaufkanäle erhält nämlich kurz vor der Rechenkammer ein Wehr, dessen Krone so angelegt ist, daß nur soviel Wasser der Rechenkammer und damit der späteren Wasserleitung zugeführt wird, als diese entwerfsmäßig ohne Druck aufnehmen kann. Alles überflüssige Wasser, das infolge zu großen Ueberdruckes im Becken oder bei zu reichlicher Oeffnung der Schieber im Zuleitungskanal befördert wird, soll über diesen Ueberlauf von der Rechenkammer ungenutzt abgeführt werden. Hinter der Rechenkammer liegt die erste Meßvorrichtung, deren Anordnung später beschrieben wird.

Die ganze Länge der Uferlinie des Ashokan-Beckens wird 64 km betragen. 1900 Seelen haben in der unter Wasser zu setzenden Fläche zuletzt gewohnt. Im Sommer haben außerdem noch 1000 weitere Personen dort zur Erholung Aufenthalt genommen. Im Ueberstauungsgebiet liegen ferner 35 Kirchhöfe, deren Belegung noch anderweitig untergebracht werden muß. Die Landerwerbung ist zum großen Teil freihändig erfolgt. Auf der Fahrt von Kingston nach der Baustelle durch das Gelände des späteren Westbeckens traf ich nur noch verlassene Häuser an. 110 km Wege müssen verschwinden, dafür werden 61 km neue Wege erbaut werden. Sie werden gleich als Automobilstraßen angelegt, um der New Yorker Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Erholungsfahrten auch nach dieser Gegend hin zu erstrecken. Die Zufahrtsstraßen werden gegenwärtig schon durch den Staat New York ausgeführt. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Architektur- und Baugewerbe-Ausstellung in Krakau 1912.

Von Julius von Bük. (Schluß.)

Die Vereinigung der polnischen Architekten in Krakau, Lemberg und Warschau war mit der Veranstaltung der Ausstellung einer sozialen Frage näher getreten, die heute alle Völker beschäftigt. Es ist die Wohnungsfrage, das Wohnungselend der minderbemittelten Stadtbewohner, der selbständigen Handwerker, Arbeiter, deren praktische Lösung durch Wettbewerbe, Großindustrielle, gemeinnützige Bauvereine der verschiedensten Berufe, durch Städteverwaltungen, Baubanken und Bauunternehmer mit mehr oder weniger Glück und Verständnis aller technischen und materiellen Schwierigkeiten angestrebt wird. Besonderes Interesse wurde dem Ein- und Zweifamilienhaus in Gartenanlagen entgegen gebracht. Die Ausstellung strebte die Lösung dieser Fragen durch einen Wettbewerb polnischer Architekten an und es wurden für 5 Typen von Entwürfen für Ein- und Zweifamilienhäuser für den Mittelstand, für Handwerker und Arbeiter Preise im Gesamtbetrag von 7500 Kr. bestimmt. Für die eigentliche Architektur-Ausstellung war von den Arch. L. Wożytyczko und Josef Czajkowski ein Hallenbau mit Biedermeier-Motiven geplant und von Baumeister A. Karwat in Krakau mit Terrabona-Verputz von L. & G. Kaden ausgeführt. Zutritt gab eine Empfangshalle nach dem Entwurf von J. Czajkowski. In 3 Sälen waren die Modelle, Grundrisse und Aquarelle mit den vorgeschriebenen gärtnerischen Anlagen zur Aufstellung gelangt. Für die I. und II. Type, Einfamilienhaus in einer Garten-Vorstadt auf einer verbauten Fläche von 400 qm, waren 13 Entwürfe, zumeist aus Russisch-Polen, eingelangt. In zwei Geschossen waren 12 Wohn-, Schlaf- und Nebenräume, eine Halle und Terrassen an den beiden Hauptfassaden vorgeschrieben. Es seien hier als hervorragende Arbeiten die von J. Kahan in Krakau und Z. Maczinski in Warschau genannt. In Type III der Gruppe von 3 Einfamilienhäusern für den Mittelstand war das Modell von Piotr Wyczinski und Leonard Medelski in Posen zu nennen. Für Type IV, Handwerker-Einfamilienhaus, war

eine bebaute Fläche von 350 qm, dazu waren 2 Wohnzimmer und Wohnküche, Werkstätte und Schlafräume im Dachgeschoß für die Arbeiter vorgesehen. Der Wettbewerb für diesen Typus war sehr bescheiden; es waren Entwürfe von T. Zelinski in Krakau hervorzuheben. Reger war die Beteiligung an der Gruppe Arbeiterkolonien mit Ein- und Zweifamilienhäusern. Sie blieb auf österreichisch-polnische Architekten, namentlich aus Krakau, beschränkt, die Typen von ein- und zweigeschossigen Arbeiterhäusern in Gartenumgebung mit 1—4 Wohnungen darboten. Wenn auch da kaum mehr Neues geboten werden kann, weil zahlreiche gute Ausführungen in allen Industriestaaten geschaffen wurden, so waren doch die Modelle von M. Muczynski, T. Koszycki, K. und T. Stryjensky beachtenswert.

In den anstößenden Sälen waren die Entwürfe, Modelle, Aquarelle von Kirchen, Privatbauten, Villen, Sanatorien außer Wettbewerb ausgestellt, die zumeist ausgeführt wurden. Den Großteil der Aussteller bildeten Architekten aus Posen und Warschau. Hervorzuheben waren die Anlage einer Arbeiterkolonie von J. Handzelewicz in Warschau, die „Warschauer Villa“ von H. Gaj, die Miethausbauten von W. Kijewski und Pawlowski in Warschau, die Geschäfts-, Handwerker- und Arbeiterhäuser von J. Mieczkowski in Posen. Eine moderne Anlage ist ein von F. Maczynski und T. Stryjenski ausgeführter Sanatoriumsbau des Dr. Chramca in dem Tatra-Kurorte Zakopane. Letzterer Krakauer Künstler hatte auch das Modell des Palastbaues für den Grafen A. Wodzicki mit einer Porphyrfassade in der Wolskagasse ausgestellt. Die neuzeitliche Baukunst war durch den Architekten H. Uziemblo in Batowice-Krakau durch einfach vornehme Ausführungen vertreten. Es sei auf die Halle des Sanatoriums des Dr. Dluszki in Zakopane, den Vorsaal und Empfangssaal des Krakauer Stadtpräsidenten, mehrere Caféhaus-Ausstattungen, das Theater-Kabaret, die Entwürfe für bunte Kunstverglasungen und Glasmalereien hingewiesen.

Neben dem Hauptgebäude erhob sich ein römisch-katholischer Kapellenbau nach einem Entwurf von Jan Bukowski. Der Innenraum war von dem Maler K. Orleckzi mit bunten Ornamenten und stilisierten Blumen dekoriert. Das Antependium des Altars, eine glasmusivische Arbeit der Kunstglasmalerei und Mosaikanstalt von S. G. v. Zelenski in Krakau, bot eine farbenprächtige Wirkung. Eine Gebäudegruppe im modernen Stil mit vorgelegten Kolonnaden und gedeckten Terrassen bildeten das Theater, das Café und seine Wirtschafts-Gebäude, von J. Czajkowski entworfen. Das schmucke Theater für polnische Schauspiel- und Kabaret-Vorstellungen faßte 400 Personen.

Auf einem mit weißen Umfriedigungen abgeschlossenen weiten Plan waren Musterbauten in gärtnerischen Anlagen errichtet. Es waren eine vollkommen eingerichtete Vorstadtvilla, ein ländliches Haus für eine Handwerkerfamilie, ein schmuckes Arbeiterhaus für 2 Familien. Hieran schloß sich die Gebäudegruppe des mit Hausrat und landwirtschaftlichen Geräten ausgestatteten polnischen Bauernhofes aus dem Krakauer Bezirk.

Das meiste Interesse erregte die von J. Czajkowski entworfene Vorstadtvilla mit einem Säulenportal an der Haupt- und einer Terrasse an der Hinterfassade. Ein Hauptteil des Gelingens war dem Kunstgewerbeverein zu verdanken, von dessen Mitgliedern zahlreiche Kunstgewerbebetriebe und Industrielle für die Ausstattung der Halle, von 9 Wohn- und Schlafzimmern, der Küche, des Bades herangezogen wurden. Ein jeder Raum wurde einem anderen Künstler und Ausführenden überwiesen, so daß eine größere Beteiligung moderner Ausstattungsfirmen ermöglicht wurde, aus der zu ersehen war, daß die Firmen Galiziens, namentlich aus der alten Kunststadt Krakau, auf der Höhe technischen und künstlerischen Könnens stehen. Unter den entwerfenden Künstlern seien: K. Tichy, K. Frycz, H. Uziemblo, J. Bukowski in Krakau, E. Tojanowski, E. Bartlomizjerki in Warschau genannt. Fr. Maczynski hatte das in Gartenland gelegene Arbeiter-Zweifamilienhaus mit den durch einen Lattenzaun getrennten, je aus einem Vorbau, Küche, einem großen Wohnzimmer mit Nebenräumen bestehenden Hälften, entworfen. Sowohl in architektonischer als in Raumeinteilung als sehr gelungen war das von A. Szyszko Bohnsz entworfene Handwerkerhaus zu bezeichnen. Einen Beitrag zu den Typen kleiner landwirtschaftlicher Bauten ohne besondere nationale Stilformen bot der aus Wohnhaus, Stallgebäude und Scheuer bestehende Bauernhof.

Eine interessante Anlage war der Bau der Baugewerbe-Ausstellung, eine von 12 Säulenpaaren getragene gedeckte Kolonnade. Sie wurde von Wladislaw Ekielski entworfen. Durch diesen klassischen Säulenhau war die Möglichkeit geboten, in Monolithen die bunten Sandsteinlager in Galizien und Russisch-Polen in der Anwendung vorzuführen. Es sind die grauen, grünlichen und rötlichen Vorkommen der Sandsteinbrüche in Targoszyn, Skawrach, Straconce Druzkabach, Mikalajow,

Vermischtes.

Architekten und Landmesser im Städtebau. Die mir gestern erst (21. Okt.) zu Gesicht gekommene Erwiderung des Hrn. Regierungs-Baumeisters Landsberg zu Posen in Nr. 83 auf meinen in No. 75 veröffentlichten Aufsatz nötigt mich, die hochgeehrte Schriftleitung unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes (die gar nicht nötig gewesen wäre, denn wir haben unsere Spalten sachlichen Erwiderungen, wenn sie angemessene Form haben, noch nie verschlossen. Die Red.) um Aufnahme folgender tatsächlicher Richtigstellung in Ihrer nächsten Nummer zu bitten:

1. Es ist unzutreffend, daß Hr. Regierungs-Baumeister Landsberg nur die von ihm in Nr. 83 angeführten Äußerungen in Bezug auf den Entwurf von Städte-Bauplänen durch Landmesser und Tiefbauämter gemacht hat. Er hat seinen Vortrag zwar im allgemeinen abgelesen; er hat aber hin und wieder außerhalb seiner Niederschrift noch Bemerkungen eingestreut, und ich kann mit aller Bestimmtheit behaupten, daß er einmal im Laufe seines Vortrages und ein zweites Mal gegen Schluß desselben davor gewarnt hat, die Bebauungspläne durch Landmesser und Tiefbau-Ingenieure oder Tiefbauämter bearbeiten zu lassen.

2. Nicht allein dieser Umstand, sondern der Widerspruch, der darin lag, daß der „Verein für Kunst und Wissenschaft“ in der Provinz Posen gerade eine Anzahl sehr ansprechender, von den Landmessern Meltzer und Kreutz zu Breslau entworfener Bebauungspläne als Muster ausgestellt hatte, und daß trotzdem der von diesem Verein für den Vortrag, welcher dem Publikum doch die Ausstellung gewissermaßen erläutern sollte, bestellte Hr. Regierungs-Bau-

Chrzanowie in Galizien, Swialavi Zagojach, Szydlow in Russisch-Polen. Die Industrien der Steine und Erden waren noch durch die Porphyrrwerke von S. Morawiczki & Co. in Krakau, die Marmorwerke der Administration Krzeszowicze, die Sandstein- und Porphyrrwerke mit mechanischem Betrieb von Kulka & Co. in Krakau, die Basalt-Werke H. Kowarzyk in Gorze, die Alabasterwerke, die Schauen mehrerer Kalkwerke in Galizien und Russisch-Polen vertreten, und stand da durch lehrreiche Anordnung die große Kalkgewerkschaft Liban & Ehrenpreis in Podgorze-Krakau an erster Stelle. Auch die Zement- und Zementwaren-Industrie in Galizien, die Ziegel- und Betonwaren-Fabrikation in Galizien, Posen und Russisch-Polen hatten bemerkenswert ausgestellt. Ältere Zementfabriken im Krakauer Gebiet sind die Zementfabrik A.-G. in Szczakowa und von B. Liban & Co. in Podgorze Bonarka. In diesen Tagen wurde das große neue Werk der „Gorka“, Zementfabrik A.-G. in Sziersza mit den neuesten Einrichtungen eröffnet. Westgalizien besitzt ein reiches Vorkommen von schönem, rotbrennendem Ton, welcher besonders für die Verblender- und Dachziegel-Fabrikation geeignet ist, sodaß ein größerer Teil neuzeitlich eingerichteter Fabriken stets reichlich beschäftigt ist. Das größte Unternehmen sind die Ziegel- und Dachziegelwerke von Radziwill, Wimmer & Zelenski in Krakau-Dabie, Lemberg, Kolomea und Niepolmicze, die alle Ziegeleiprodukte und glasierte Waren erzeugen. Große leistungsfähige Ziegelfabriken sind die des Fürsten O. Sanguszko in Tarnow, des Grafen Michalowski in Dobszeczow u. a.

Vorzügliche Erzeugnisse hatten die A.-G. „Klinker“ in Przysieka, Posen, die Ziegelfabrik A.-G. in Warschau ausgestellt. Eine reiche Wahl ihrer Schamotten, Steinzeugwaren, Fliesen und Mosaikplatten-Fabrikation boten die Werke „Skawina“ im Orte gleichen Namens dem Besucher dar. Eine neue Fabrikation in Galizien sind die Herstellung von Asbest-Dachplatten der „Asbil“ A.-G. wie die Korksteinfabrikation der Wiener Firma Kleiner & Bockmeyer. Die Bautischlerei und Parkett-Fabrikation war durch einige gewerbliche Betriebe und die Fabrik R. Muranyi und die Holzimprägnierung großen Stiles des Grafen Myclelski in Tzebinia in anerkennenswerten Arbeiten vertreten. Den Hauptanziehungspunkt der Metallindustrie-Gruppe für Bauzwecke bildete die Schau der größten Eisen- und Kohlen-Gewerkschaft Oesterreichs in Wittkowitz mit 17000 Arbeitern, an die auch eine Werkstätte für Eisenbrücken-Konstruktion, eine große Schamotte- und Schlacken-Zementfabrik angeschlossen ist. Eine reiche Ausstellung von Eisenbaubedarf aller Art war hier vorgeführt, welche die große Vielseitigkeit und die umfangreiche Hervorbringung dieser auf einen Hochpunkt gelangten Großindustrie erkennen ließen.

Galizien hat durch diese Veranstaltung erwiesen, daß es in einem erfreulichen bauindustriellen Aufschwung begriffen ist. —

meister Landsberg sich nicht scheute, die Landmesser wiederholt anzugreifen, obwohl ihm doch die wenigen ausgestellten Bebauungspläne und ihre auf denselben in deutlicher Schrift genannten Verfasser genau bekannt sein mußten, veranlaßte mich als Vorsitzenden eines 800 Mitglieder umfassenden landmesserischen Fachvereins, den Landmesserstand gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Es ist somit ebenfalls unzutreffend, daß mein Abwehr-Artikel nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Landsberg'schen Vortrag steht; Hr. Landsberg gab mir direkte und berechtigte Veranlassung zur öffentlichen Abwehr. —

Plähn, kgl. Oberlandmesser a. D.

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb für ein Gemeindehaus in Lüneburg liefen acht Arbeiten ein. I. Preis dem Entwurf „Pestalozzi“ des Hrn. Holthey in Lüneburg; II. Preis dem Entwurf „Templerhaus“ des Hrn. Karl Siebrecht in Hannover; III. Preis dem Entwurf „Schild mit 3 Kreuzen“ des Hrn. Matthies in Bardowiek. —

Inhalt: Der zur Ausführung gewählte Entwurf eines Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück. — Die neue Wasserversorgung von New York. — Die Architektur- und Baugewerbe-Ausstellung in Krakau 1912. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Der zur Ausführung gewählte Entwurf eines Bismarck-National-Denkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.